Christian Damböck

Demokratie kontra Populismus.

Eine nonkognitive Sicht

christian.damboeck@univie.ac.at

Speicherort:
http://homepage.univie.ac.at/christian.damboeck/texte/1933_2017.pdf

Fassung: 11.07.2017

Inhalt

Vorwort 2
Einleitung 3
Demokratie ist nonkognitiv 16
Populismus spiegelt Demokratie 79
Arbeiter kontra Bildungselite 125
Schluss: Für eine natürliche Epistokratie 150

Vorwort

Wie kommt man dazu, als Spezialist für Geschichte der Wissenschaftstheorie (mit Schwerpunkt Wiener Kreis), ein Buch über Populismus zu schreiben? Die ersten Ideen zu diesem Buch sind direkt nach der ersten Runde der Bundespräsidentenwahl in Österreich im Jahr 2016 entstanden, bei der der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer mit Abstand die meisten Stimmen erhielt. Die Verarbeitung dieses Schocks war zunächst als eine eher an Thomas Bernhards Schimpftiraden erinnernde Polemik angelegt. Dabei stellten sich aber zwei Dinge heraus. Die Polemik ist ungeeignet, als Mittel zur Verarbeitung einer politischen Strömung, die ihrerseits auf Polemik, Hass und einer irrational betrachteten, entstellten Wirklichkeit gründet. Wir können gegen diese Strömung nur dann die Oberhand gewinnen, wenn wir uns nicht in den Strudel des unlogischen Denkens in einer Welt alternativer Fakten ziehen lassen. Meine zweite Erkenntnis war, dass all das was sich aus meiner Sicht auf der rationalen Ebene über Populismus sagen lässt, eng mit meinen sonstigen philosophischen Interessen zusammenhängt. Resultat dieser Einsichten ist das vorliegende Buch, das die Polarisierung zwischen Populismus und Demokratie auf der Grundlage der *Wissenschaftlichen Weltauffassung* und der *nonkognitiven Werttheorie* des (linken) Wiener Kreises beschreibt und behauptet, dass man dies effektiv *nur* auf einer solchen Grundlage tun kann.

{Danksagungen}

Einleitung

Das Problem und der Lösungsansatz

Was ist Populismus? *Warum* gibt es ihn? *Wie* kann man gegensteuern? Das sind die drei Fragen, die hier behandelt werden. Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist die Demokratie als Idealbild einer Staatsform, das „wir" teilen. Das bedeutet, dass dieses Buch für Anhänger der Demokratie geschrieben ist. Das Problem, das hier thematisiert wird, ist nur für diejenigen ein solches, die tatsächlich in der Demokratie einen wünschenswerten Zustand sehen. Diese Relativität des Ausgangspunktes unserer Betrachtung ist nicht bloß eine rhetorische Figur, sondern wird eine zentrale Rolle in unseren Überlegungen spielen. Demokratie ist weder naturgegeben noch selbstverständlich. Wenn *wir* uns für die Demokratie entscheiden, dann ist dies genauso unsere freie Entscheidung wie wir uns (in einer Demokratie) frei dagegen entscheiden könnten. Populismus ist, grob gesprochen, die Summe aller Spielarten der demokratischen Selbstaufhebung der Demokratie. Er ist also nicht etwa eine besondere (volksnahe) Form von Demokratie, sondern der Ansatz, diese in einer Demagogie von Repräsentanten des angeblichen Volkswillens zu terminieren. Dieser Volkswille wird dann nicht länger in Wahlen oder Umfragen bestimmt (die zwar weiter existieren können, aber eher nur als redundante Bestätigungsmechanismen, ohne echte Wahlmöglichkeit), sondern ausschließlich durch die Meinung des populistischen Führers: das Volk schrumpft auf die Gruppe derjenigen zusammen, die genau so denken wie dieser bzw. es wird, was auf dasselbe hinausläuft, Volk mit Partei- oder Führermeinung synonym.

Das ist paradox. Warum geben wir unser Recht auf Mitbestimmung auf und überantworten die Entscheidungsfindung einem Demagogen, von dem wir nie wissen können, ob er unausgesetzt genauso entscheiden wird, wie wir dies gerne hätten? Um der Frage nahetreten zu können, warum das dennoch passiert, warum in heutigen Gesellschaften der westlichen Welt die Gruppe derjenigen, die ihre Freiheit an Demagogen verschenken wollen, immer größer wird, müssen wir zunächst feststellen, *wer* eigentlich zu dieser Gruppe gehört. Wir blicken auf Wahlanalysen und grenzen die Gruppe der Sympathisanten populistischer Politik anhand soziologischer Determinanten ein. Interessant ist dabei auch der Vergleich des heutigen Zustandes mit historischen Parallelszenarien. Wir stützen uns dabei auf das Urszenario populistischen Erfolges: die Weimarer Republik. Wer hat in der Weimarer Republik populistische Kräfte gewählt und wer tut dies heute? Dabei lassen sich interessante Unterschiede ermitteln. So waren Intellektuelle in der Weimarer Republik durchwegs antidemokratisch eingestellt und sind heute, in allen Ländern der westlichen Welt, in großer Mehrheit für die Demokratie und also gegen den Populismus. Umgekehrt tendieren Arbeiter heute eher stärker als in der Weimarer Republik zum Populismus.

Unter diesen quantitativen Voraussetzungen sind dann kausale Modelle zu entwickeln. *Wie* wird man Populist? Wie sieht die Denkweise eines Bürgers aus, der sich am Ende gegen die Demokratie entscheidet? Was sind die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen einer solchen Entwicklung? Haben wir diese Logik des Populismus verstanden, so können wir in einem zweiten Schritt versuchen, sie anhand konkreter Szenarien zu verstehen. *Warum* tendieren Arbeiter zum Populismus? Warum haben sich Intellektuelle in der Weimarer

Republik für den Populismus entschieden und heute dagegen? Welche Rolle spielen in diesen Szenarien soziologische und wirtschaftliche Faktoren – Entwicklung sozialer Gruppen, Wachstum und Rezession, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit? Welche Rolle spielen diverse Auswirkungen der Globalisierung? Welche Rolle spielen Migrationsbewegungen? Wie spielen Medien und die politische Weltlage in die Entwicklung des politischen Denkens der Bürger hinein?

Bei all diesen Fragen ist es wichtig, klar zu unterscheiden, zwischen den Szenarien, die politische Denkweisen zum Populismus tendieren lassen – die Welt im Kopf also – und dem was wir, auf wissenschaftlicher Grundlage, über reale (wirtschaftliche, ökologische, politische) Zusammenhänge sagen können. Manchmal decken sich diese Szenarien – Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit sind real und nicht bloß eingebildet – manchmal tun sie das aber nicht – Populisten tendieren zu Verschwörungstheorien und Sündenbockhypothesen, die sich gerade dadurch auszeichnen, dass sie falsche Kausalzusammenhänge konstruieren. Man muss also die Kopf-Szenarien und die Real-Szenarien erfassen und miteinander vergleichen: Wo überlappen sie einander? Wo gilt es durch politische Maßnahmen gegenzusteuern, die reale Missstände bekämpfen? Wo klaffen politisches Denken und Realität auseinander? Wo geht es darum, aufzuklären, Irrtümer und Verschwörungstheorien sowie Mangel an Information und Rationalität zu bekämpfen?

So münden diese kausalen Modelle – die Warum-Frage – direkt in die Entwicklung von Gegenstrategien: *Wie* können wir Populismus heute bekämpfen und seine Entstehung künftig verhindern? Gemäß unserer Unterscheidung zwischen (teils falschen bzw. irrationalen) Kopf-Szenarien und den wirklichen Vorgängen bieten sich einerseits eine Reihe von direkten politischen Strategien an, die im Grunde naheliegend sind (und auf die wir hier auch eher nur am Rande eingehen): Maßnahmen gegen Ungleichheit und für die Erhöhung intergenerationaler Mobilität (das ist, die Möglichkeit, aus jeder Gesellschaftsschicht in die höheren Schichten vorzustoßen); Reform der Medien (Klarnamenpflicht in Onlineforen, effiziente Maßnahmen gegen Verhetzung); Reform der EU und anderer internationaler Organisationen, im Sinne einer Stärkung nationaler Demokratien; Entwicklung einer konsistenten Migrationspolitik und einer effektiven Integrationspolitik (die auch die Bevölkerung vor Ort in die Pflicht nimmt). All diese Maßnahmen können aber nur bedingt effektiv sein, um den Populismus, der sich einmal in den Köpfen der Bürger eingenistet hat, aus diesen wieder zu vertreiben. Populismus kann letztlich nur durch *Bildung* effektiv bekämpft werden. *Politische Bildung* (in Schule wie Erwachsenenbildung) muss die Fähigkeit und Bereitschaft zur Partizipation am demokratischen Entscheidungsprozess erhöhen. Dafür ist die Bereitstellung von Informationen erforderlich: über Wirtschaft, Steuern, Sozialstaat, Migration und Globalisierung etwa. Viele populistische Denkweisen resultieren direkt aus falschen Vorstellungen über einschlägige Zusammenhänge. Gleichzeitig ist es aber auch nötig, darüber aufzuklären, wie Demokratie funktioniert und was ihr Gegenteil ist. Und: es geht auch darum, das, was wir die *mythische Identität* der Demokratie nennen werden, zu stärken. Die Anwesenheit von Freiheit und Gleichheit und die Abwesenheit von Diktatur sind wünschenswert: aber dass sie das sind braucht eine weltanschauliche Begründung, ist nicht selbstverständlich oder naturgegeben. *All das* müssen pädagogische Maßnahmen zur „politischen Bildung“ umfassen und nicht nur, wie dies heute geschieht, Übungen im

kritischen Denken und demokratischen Kompromissfinden. Dennoch sind Schule und Universität auch heute schon schlagkräftige Institutionen, die Populismus vermeiden. Bildung *muss* nicht zwangsläufig Demokratie-affin machen – die Weimarer Republik ist ein dramatisches Gegenbeispiel, wo gerade die im autoritären Bildungssystem aufgewachsenen Repräsentanten der Bildungselite radikal anti-demokratisch eingestellt waren. Aber Bildung macht Demokratie-affin, sobald sie in einem demokratischen Geist funktioniert. Nur so lässt sich erklären, warum heute in der gesamten westlichen Welt die Bildungselite nur in minimalem Ausmaß populistische Strömungen unterstützt. Wir können politische Bildung – gemäß den hier entwickelten Prinzipien – zweifellos noch weiter *optimieren*. Im Grunde würde es aber genügen, den Anteil der gebildeten Bevölkerung – der heute bei ungefähr einem Drittel liegt – so weit zu erhöhen, dass er 50 Prozent übersteigt. Es gäbe dann eine Sperrmajorität der Wissenden oder das was wir am Ende dieses Buches eine „natürliche Epistokratie“ nennen werden.

Ein weltanschauliches und interdisziplinäres Projekt

Philosophie hat zwei wichtige Vorteile gegenüber geisteswissenschaftlichen Einzeldisziplinen wie der Geschichte, der Soziologie oder den Politikwissenschaften. Sie ist, richtig verstanden, in der Lage *normative Vorschläge* zu machen und sie kann eine *interdisziplinäre Perspektive* einnehmen.

Was die Normativität angeht – das Transportieren eines weltanschaulichen Gehalts: in unserem Fall, die normative Verteidigung der Demokratie – so steht dem in den wissenschaftlichen Einzeldisziplinen Max Webers Grundsatz der *Wertfreiheit* der wissenschaftlichen Forschung entgegen,[1] den heute praktisch niemand in der Wissenschaft infrage stellen wird. Wissenschaft studiert Fakten und generiert Objektivität. Es ist jedoch nicht ihre Aufgabe, reale Zustände zu bewerten und weltanschauliche Vorschläge zu formulieren. Hier ist die Philosophie in einer Ausnahmestellung. Sie erhebt zwar, wie die übrigen Wissenschaften, den Anspruch der Objektivität. Zugleich aber ist die Philosophie sozusagen *an der Schnittstelle* zwischen Fakten und Normen angesiedelt. Anders als die Psychologie oder Soziologie etwa, wo Werte ausschließlich deskriptiv behandelt werden – Wer verteidigt wann und warum welche Werte? – geht es in der Philosophie auch darum, überhaupt zu verstehen, was Werte sind und wie sie sich zu Fakten verhalten. Auch dieser Gesichtspunkt der Philosophie ist zunächst einmal wertneutral. Man entwickelt Modelle über Fakten-Wert-Beziehungen und beschreibt Wertesysteme. Jedoch gibt es eine zwar wohl nicht unumstrittene jedoch meines Erachtens entscheidend wichtige *Nische* im Gesamtzusammenhang dessen was man Philosophie nennt: die *politische Philosophie*, die dem Selbstverständnis des *engagierten Intellektuellen* entspricht. Auch diesen Gesichtspunkt kann man, wenn man möchte, wertneutral formulieren, indem man ihn in eine Wenn-Dann-Beziehung packt. *Wenn* wir uns der Weltanschauung X verpflichten, *dann* sollten wir so und so handeln. *Wenn* wir für die Demokratie sind, *dann* sollten wir diese und jene Maßnahmen gegen Populismus ergreifen. So ist die Grundlage dieses Buches eine konditional-weltanschauliche. Wir folgen Webers Wertfreiheitspostulat, weil wir nicht den Anspruch

[1] Vgl. Max Weber, *Wissenschaft als Beruf*, München, 1919.

erheben, einen wissenschaftlichen Beweis für die Gültigkeit der hier studierten demokratischen Weltanschauung zu haben: nur, *wenn* man diese für richtig hält, gelten die hier formulierten Handlungsvorschläge. Dennoch gehen wir insofern über den wertfreien Standpunkt wissenschaftlicher Einzeldisziplinen hinaus als wir die deskriptiven Möglichkeiten der Wissenschaft gezielt in einem normativen Rahmenwerk ausreizen. Wir tun gewissermaßen so *als ob* die Werte der Demokratie gültig wären und sehen uns an, was dann die Konsequenzen für das politische Handeln sind. Unser Standpunkt ist damit gleichzeitig wertfrei-wissenschaftlich *und* weltanschaulich-normativ. (Vgl. auch das was wir weiter unten über die „nonkognitive" Natur des hier eingenommenen Standpunktes sagen.)

Der zweite wichtige Vorzug der philosophischen Perspektive ist die Möglichkeit, einen interdisziplinären Standpunkt einzunehmen. Manches an den hier studierten Zusammenhängen ist im engeren Sinn philosophisch: es dreht sich um Werte und die Frage, wie Werte und Fakten zusammenhängen. Dort orientieren wir uns auch an (wie sich zeigen wird, mit demokratischem Denken insgesamt konvergierenden) Ansätzen aus dem Umfeld des Logischen Empirismus, also an im engeren Sinn philosophischen Konzepten. Ein großer Teil dessen, was wir hier zu sagen haben, ist aber nicht in einem eingeschränkt-abstrakten Sinn dem Feld der Philosophie zuzurechnen. Es geht um konkrete, empirische Zusammenhänge die etwa in folgenden wissenschaftlichen Einzeldisziplinen studiert werden: Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichtswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Medienwissenschaft, Psychologie. Interdisziplinär ist der hier einzunehmende Standpunkt deshalb, weil *die inhaltliche Schnittmenge* all der genannten Disziplinen erstens nahezu leer ist und sich zweitens nicht mit dem deckt, was wir hier aus diesen Disziplinen benötigen. Das heißt, von dem Blickwinkel irgendeiner dieser Einzeldisziplinen aus bleiben stets wichtige Teile dessen, was hier relevant ist, unsichtbar. Man muss nicht (akademisch gebildeter) Philosoph sein, um diese interdisziplinäre Perspektive einzunehmen. Sie kann auch ausgehend von einer der oben genannten Einzeldisziplinen fruchtbar gemacht werden. Entscheidend ist nur, dass man bereit sein muss, über den disziplinären Tellerrand zu blicken. Das ist gerade im Fall der Philosophie von großer Bedeutung, die im vergangenen Jahrhundert immer weiter von den Einzelwissenschaften weggedriftet ist. Eine neue Kultur der Interdisziplinarität ist hier erforderlich, wenn die Philosophie nicht den Anschluss an empirische Fragestellungen verlieren möchte. Natürlich muss man dabei Kompromisse eingehen – ist es heute unmöglich, das eigene Fach in allen Details zu überblicken, so kann man sich erst recht nicht eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Disziplinen lückenlos aneignen. Es bleibt aber dabei, dass eine Fragestellung, wie die hier formulierte, die auf ein Verständnis der aktuellen politischen Zusammenhänge in ihrer Gesamtheit hinausläuft, nur in einem viel eher dem (heute wieder aktuell werdenden) Wissenschaftsbild des neunzehnten als dem zwanzigsten Jahrhundert entsprechenden *geisteswissenschaftlichen Standpunkt* sinnvoll behandelt werden kann. Dieses bis heute mit der Gestalt des Philosophen Wilhelm Dilthey assoziierte

Projekt hat etwas mit *Universalgeschichte* zu tun und entspricht damit einer heute wieder bedeutsamer werdenden Tendenz zur inter- und transdisziplinären Betrachtung.[2]

Was sind die einzelwissenschaftlichen Studien, auf die wir uns berufen?

Der Ausgangspunkt dieses Buches ist philosophisch – die Idee des nonkognitiven Charakters der Demokratie – und auch die Details der Argumentation sind vielfach als direkte Schlussfolgerungen zu sehen, die sich aus dieser philosophischen Grundeinstellung ergeben. Kurz: dies ist ein philosophisches Buch, das philosophische Thesen zu einem politischen Problem formuliert. Worin liegt dann aber im Detail der oben angekündigte *interdisziplinäre* Charakter dieser Überlegungen? Aufseiten der Politikwissenschaften und der Rechtstheorie sind die folgenden Untersuchungen den im Umfeld des Logischen Empirismus angesiedelten demokratietheoretischen Arbeiten Hans Kelsens verpflichtet. In der neueren politologischen Literatur wurden wichtige Anregungen vor allem dem Leitfaden von Christoph Möllers zum Thema Demokratie entnommen sowie Jan-Werner Müllers rezentem Populismus-Essay.

Was die historiografische Literatur zur Weimarer Republik angeht, so sind vor allem zwei Arbeiten hervorzuheben, denen diese Arbeit viel verdankt. Jürgen W. Falters Wahlanalysen, die einen direkten Vergleich mit heutigen Wählerstromanalysen und *Exit Polls* ermöglichen. Und die klassische Studie Fritz Ringers über die „deutschen Mandarine“, die Repräsentanten des Universitätssystems, deren antidemokratische Einstellung eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Nationalsozialismus geliefert hat. Ein zentraler Aspekt dieser Untersuchungen liegt in dem Versuch, die Überlegungen Ringers über 1945 hinaus fortzuführen. *Heute* sind die Intellektuellen der Länder der westlichen Welt keine antidemokratischen „Mandarine“ mehr. Warum und wann haben sie aufgehört, dies zu sein? Wie kam die Entwicklung zustande, an deren Ende die Demokratie gerade in den gebildeteren Bevölkerungsteilen einen wichtigen Rückhalt besitzt?

Daneben stützen sich die folgenden Überlegungen auf rezente Literatur zur sozialen und ökonomischen Ungleichheit und zur Migration, zur Sozialstruktur in westeuropäischen Ländern und in den USA sowie auf Werke zur Geschichte der Ökonomie, wobei ich vor allem die Arbeiten von Thomas Piketty und Angus Maddison hervorheben möchte. Außerdem wurden diverse Wahlstatistiken und Daten aus soziologischen Referenzwerken und aus dem Material statistischer Bundesämter als empirische Grundlage herangezogen.

Der interdisziplinäre Charakter dieser Arbeit wurde also ernst genommen. Ich habe versucht, in die Literatur der relevanten Disziplinen einzudringen und mich nicht bloß auf unüberprüfte ad hoc Annahmen zu stützen. Dennoch ist mir bewusst, dass gerade dort wo ein Buch wie das gegenständliche wirklich interdisziplinär wird, alles immer Stückwerk bleiben muss. Natürlich kann man, wenn man sich die doppelte oder fünffache Zeit nimmt, noch wesentlich mehr Literatur heranziehen und dem Ganzen so eine solidere Grundlage

[2] Vgl. Wilhelm Dilthey, *Einleitung in die Geisteswissenschaften*, Berlin, 1883. Bei den neueren Autoren denke ich hier beispielsweise an die exemplarische Behandlung des neunzehnten Jahrhunderts, in einem universal- und globalhistorischen Sinn bei Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt: Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München, 2009 sowie an die ebenso interdisziplinär wie universalhistorisch konzipierte Zugangsweise zur Ökonomie bei Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München, 2016.

geben. Es ist aber letztlich per definitionem unmöglich, in einem interdisziplinären Feld am Ende *alles* zu überblicken: sonst gäbe es die einzelnen Disziplinen und ihre scharfen Grenzen nicht, die dadurch entstehen, dass einzelne Forscher immer nur eine begrenzte Menge von Literatur im Detail studieren und lückenlos überblicken können.

Angloamerikanische Methoden, kontinentaleuropäische Inhalte

Politische Philosophie spielte eine überragende Rolle in der Philosophie Zentraleuropas in der Nachkriegszeit. Engagierte Intellektuelle, von Sartre bis Camus, von Adorno bis Habermas, haben die philosophische Szene geprägt und haben oft höchst erfolgreich akademische und öffentliche Tätigkeit miteinander verbunden. Die Bücher dieser Philosophen wendeten sich fast immer gleichermaßen an ein Fachpublikum und an interessierte Laien. *Was sollen wir tun*? In der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts bestand die intellektuelle Antwort auf diese Frage zunächst einmal darin, sich bei den Schriften der philosophischen Meisterdenker Anregungen zu holen. Das faszinierende an dieser Epoche lag also daran, dass bei drängenden Fragen tatsächlich Philosophen zurate gezogen und gehört wurden. Heute scheint dies kaum mehr der Fall zu sein. Nicht dass es weniger drängende Fragen gäbe. Die heutige Krise der Demokratie muss uns schwerwiegender erscheinen als alles an Krisen, das die westliche Welt in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts erlebt hat. Es scheint auch Bedarf an einschlägigen Denkanstößen gegeben zu sein. Die Menschheit hat nicht aufgehört, zu lesen. Bloß gibt es kein dem Bedarf an Literatur gerecht werdendes Angebot. Die Meisterdenker sind heute (mit wenigen Ausnahmen) tot oder steinalt (und am Phänomen des Populismus augenfällig desinteressiert). Die akademische Philosophie hat sich von dem Modus einer öffentlichkeitskompatiblen Literatur weitgehend verabschiedet: man schreibt heute Aufsätze in Journalen, die sich durch ihren Expertenjargon auszeichnen, also für Nicht-Spezialisten grundsätzlich unzugänglich sind.

Ich will nicht vorschlagen, dass wir uns heute die Schuhe von Sartre oder Habermas anziehen sollten. Diese wären uns nicht nur zu groß. Es sind dies auch, das sei hier mit aller Deutlichkeit gesagt, nicht die Schuhe, mit denen wir hoffen dürften, aus der heutigen Krise hinaus zu spazieren. Die Meisterdenker der Nachkriegsphilosophie waren an Demokratie entweder desinteressiert oder beschränkten sich auf eine Spielart, die aus heutiger Sicht merkwürdig zirkulär funktionierte. *Was sollen wir tun?* Die sehr wenig demokratische Antwort auf diese Frage, die die Meisterdenker anzubieten hatten, lautete: lerne meine exklusive philosophische Methode – wie auch immer sich diese dann nannte: Dialektik, Dekonstruktion, etc. – und finde in Anwendung dieser Methode die Antwort. Das heißt, die Meisterdenker versprachen einen Weg zur Erkenntnis des Normativen, zur Wertentscheidung, zur Einsicht (und sei diese noch so gebrochen). Sie versprachen damit aber etwas, das in einem demokratischen Umfeld grundsätzlich dem Einzelnen überlassen sein sollte. Werte sind emotional, nicht rational. Sofern Philosophie wissenschaftlich ist, sollte sie aber rational sein, also, im Fall der politischen Philosophie, gerade nicht *die Prämisse* einer politischen Wenn-Dann-Frage in den Fokus nehmen, sondern lediglich die sich aus einer wertenden Prämisse ergebenden rationalen Schlussfolgerungen.

Die Methode der Philosophie hat sich also, gegenüber den aus heutiger Sicht eher hermetischen und wissenschaftlich inakzeptablen Entwürfen der Meisterdenker grundlegend verändert. Es ist dies die Methode einer strikt wissenschaftlich orientierten Philosophie, wie sie beispielsweise im Wiener Kreis entwickelt worden ist und wie sie sich, auf dem Umweg über die Philosophie in Großbritannien und den USA heute weltweit durchgesetzt hat. Wertfrei und rational muss Philosophie demnach sein und an den empirischen Resultaten der Wissenschaften orientiert. Was an dem oben vorgeschlagenen geisteswissenschaftlich-universalhistorischen Ansatz neu ist, gegenüber dieser klassischen Methode der sogenannten Analytischen Philosophie, ist eher nur, dass sich die Philosophie hier wieder den Geisteswissenschaften zuwenden sollte, während in der angloamerikanischen Tradition meist die Naturwissenschaften im Zentrum gestanden sind. Methodisch bedeutet das aber keine grundlegende Änderung.

Ist also die methodische Ausrichtung der Nachkriegsphilosophie in Deutschland und Frankreich heute als problematisch zu betrachten so bleibt doch die Tatsache zu betonen, dass nur in dieser Tradition, nicht aber in der analytischen Philosophie, der Typus des engagierten Intellektuellen zu finden ist, der akademische und öffentliche Tätigkeit verbindet. Natürlich gab und gibt es auch in den USA oder in Großbritannien engagierte Intellektuelle, von Marcuse bis Chomsky, von Žižek bis Butler. Aber diese Intellektuellen sind entweder (wie Marcuse, Žižek, Butler) eher der kontinentaleuropäischen Tradition zuzuordnen (und dann eher auf Literaturinstituten zu finden als in der Philosophie) oder sie haben (wie Chomsky) ihr politisches Engagement mehr oder weniger unabhängig von ihrer akademischen Tätigkeit gelebt. Die für Europa so charakteristische *Fusion* aus akademischer und öffentlicher Tätigkeit ist, in der akademischen Philosophie der USA, kaum zu finden. Diese europäische Kultur gilt es wiederzubeleben, wenn auch vor einem ganz anderen, viel eher dem angloamerikanischen philosophischen Denken entsprechenden, methodologischen Hintergrund.

Waren die engagierten Intellektuellen der Nachkriegszeit durchwegs wissenschaftsskeptisch eingestellt bzw. betrachteten ihre Beiträge als Antithesen zu einer „positivistischen" Wissenschaftskultur, waren sie, gleichlaufend damit, meist verblüffend wenig affin einem demokratischen Denken, das Werte als „nonkognitiv" ansieht, so gilt es heute das engagierte Denken, den oben formulierten Prinzipien folgend, auf die rationale, empirische Ebene zu verlagern. Hier müssen die Konstruktionen einer (angeblichen) philosophischen Methode dem wissenschaftlichen Diskurs weichen: Empirie statt Dialektik, Rationalität statt Dekonstruktion.

Aber, gab es nicht gerade in der angloamerikanischen Tradition eine starke politische Philosophie? Man denke an die Gerechtigkeitstheorie von John Rawls oder auch an Karl Poppers Theorie der „offenen Gesellschaft", um zwei durchaus heterogene Bestandteile dieser weitgespannten wissenschaftlichen Kultur zu erwähnen.[3] Es stimmt, dass diese und andere Beispiele dafür sprechen, dass auch die angloamerikanische Wissenschaftskultur nach 1945 Auseinandersetzungen mit politischen Kategorien zu bieten hat, die teilweise (für

[3] Vgl. John Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt / Main, 1979 sowie Karl Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde,* Tübingen, 1992.

Rawls und Popper gilt dies in besonders hohem Maß) extrem einflussreich gewesen sind. Auch profitieren die vorliegenden Untersuchungen nicht zuletzt von diesen Spielarten einer angloamerikanischen politischen Philosophie (das gilt vor allem für Poppers liberale Weltsicht). Ich würde also niemals behaupten wollen, dass es in der angloamerikanischen Tradition keine (überaus wertvollen) Debatten zur politischen Philosophie gibt. Der Punkt ist nur, dass diese politischen Debatten durchwegs viel abstrakter und also in gewissem Sinn wirklichkeitsferner konzipiert sind als ihre kontinentaleuropäischen Gegenstücke. Dort wo Sartre, Camus, Derrida, Adorno und Habermas auf die konkreten Details dessen eingehen was man *politische Handlungslogik* nennen könnte; wo sie konkrete Antworten auf die Frage „Was soll ich tun?" liefern, die jedem gebildeten Menschen zugänglich sind; wo sie sich *an alle* wenden, nicht nur an ein akademisches Fachpublikum, bleiben angloamerikanische Debatten meist eher akademisch (Popper ist hier vielleicht eine Ausnahme, die die Regel bestätigt). Wenn wir aber verstehen wollen, wie ein konkretes politisches Phänomen wie der Populismus funktioniert und wie man gegensteuern kann, dann müssen wir uns gerade auf diese Ebene der politischen Handlungslogik begeben. Wir müssen Theorien, Erklärungen und Vorschläge formulieren, die allen zugänglich sind, die sie hören wollen. Die Herausforderung, der wir uns stellen müssen, besteht also darin, diese inhaltlichen Fäden aufzugreifen, die typischer Weise in der kontinentaleuropäischen Tradition bearbeitet wurden, aber unter völlig geänderten methodologischen Vorzeichen.

Eine nonkognitive Perspektive

Demokratie erfordert eine klare Trennung zwischen Fakten und Normen. Sind Fakten insofern *kognitiv* (in einer zugegeben nicht sehr glücklich gewählten Terminologie) als sie einer kognitiven Bestimmung zugänglich sind – eine Faktenaussage ist grundsätzlich immer wahr oder falsch und es ist grundsätzlich möglich, ihren Wahrheitsgehalt zumindest in bestimmten Ansätzen zu ermitteln – so sind Normen und Werte insofern *nonkognitiv* als sie sich einer kognitiven Bestimmung entziehen. Werte *gelten* nicht, aufgrund der An- oder Abwesenheit einer externen Faktenlage, sondern weil *wir* sie akzeptieren – und sie sind aus ebendiesem Grund ungültig: weil *wir* sie zurückweisen. Weil aber jeder Mensch ein freies Individuum ist, das seine Denkweisen selber wählen kann, sind Werte grundsätzlich immer von der jeweiligen subjektiven Entscheidung des Individuums abhängig. So kann es sein, dass Anne X als Wert akzeptiert, Andreas aber nicht.

Diese wichtige, zuerst von Vertretern der deutschen Jugendbewegung des Fin de Siècle entwickelte Theorie – ihre frühesten Anhänger waren einerseits spätere Logische Empiristen wie Rudolf Carnap und Hans Reichenbach, aber auch manche späteren Vertreter sozialdarwinistischer Denkweisen wie Hans Freyer und Carl Schmitt – hat, genau betrachtet, eine negative und eine positive Seite. Die negative Seite besteht darin, dass Wertaussagen nie den Charakter von Faktenaussagen haben können, weil sie eben nicht auf externe Sachverhalte Bezug nehmen (etwa so, wie man dies früher gedacht hätte: auf „platonische Ideen" oder „ewig gültige Zusammenhänge"), sondern auf genau die Kontexte, in denen sie akzeptiert werden. Die nonkognitive Wertlogik ordnet Wertaussagen wie „Du sollst nicht töten" keine Wahrheitswerte zu, sondern assoziiert sie lediglich mit denjenigen Kontexten (den Menschen bzw. Gruppen), die sie akzeptieren. Warum ist das demokratisch? Weil

andernfalls jede demokratische Entscheidung eine *Fehlentscheidung* wäre, der die falschen Werte zugrunde liegen. *Entweder* akzeptieren wir die Idee der Demokratie, also der freien und gleichen Entscheidung normativer Fragen, *oder* wir entscheiden uns für einen ethischen Kognitivismus, demzufolge dann aber die Entscheidungen normativer Fragen nicht mehr demokratisch zu fällen wären, sondern von einem Gremium, das den bestmöglichen Zugang zu den wahren Werten besitzt. Wem dieses Verdikt übereilt vorkommt, der möge ihm bitte trotzdem noch eine Chance gegen und in Ruhe das Kapitel mit dem Titel „Was ist Demokratie?“ lesen.

Die positive Seite des Nonkognitivismus besteht darin, dass der nonkognitive Charakter von Werten uns nicht daran hindert, Werte zu diskutieren, sondern im Gegenteil: dadurch, dass Werte nonkognitiv sind, wird es überhaupt erst sinnvoll, Diskussionen darüber anzuzetteln. (Andernfalls müsste man ja nicht diskutieren, sondern eine geeignete Expertise einholen, nach der sich dann jede Diskussion erübrigen würde: entweder man kapiert die wahren Werte oder eben nicht.) Nur wenn Werte nonkognitiv sind, *können* wir sie diskutieren und können sie gegebenenfalls auch *modifizieren*. Der Philosoph Hans Reichenbach umschreibt diesen Sachverhalt als „demokratisches Prinzip“: „Jedermann hat das Recht, seine eigenen ethischen Imperative aufzustellen und zu verlangen, daß alle anderen Menschen diesen Imperativen Folge leisten.“[4]

Natürlich kann man es auch als Nonkognitivist anderen freistellen, ihre Werte beliebig zu wählen. In manchen Fragen wird man dies auch tatsächlich tun. „Ob Du Mozart oder Beethoven bevorzugst, ist Deine Sache, ich mische mich da nicht ein.“ In vielen Fällen aber, und namentlich in all denen, wo es um demokratisch grundlegende Werte wie die Menschenrechte geht, wird man nicht den Weg gehen wollen, dass man Anderen beliebig freistellt, diese Werte zu akzeptieren oder nicht. Gerade weil man Nonkognitivist ist, kann man (ohne sich auf irgendeine nebulöse externe Autorität berufen zu müssen) Werte so vertreten, dass man abweichende Meinungen entweder überhaupt nicht akzeptiert oder nur unter sehr spezifischen Umständen. Das Ziel, einen gemeinsamen Wertekatalog zu finden, ist im Nonkognitivismus also zumindest implizit angelegt, weil sein demokratisches Prinzip der Gemeinsamkeit lediglich die Alternative des Konfliktes gegenüberstellt.

Zwar *kann* man durchaus auch Nonkognitivist sein, *ohne* gleichzeitig die Demokratie zu wünschen. Wir werden diese Möglichkeit unten am Beispiel des gleichzeitig nonkognitivistischen und totalitären Denkers Hans Freyer näher erläutern: diese Spielart des Nonkognitivismus ist ein Sozialdarwinismus, demzufolge Wertsysteme in einem immerwährenden Wettstreit liegen sollen, in dem sich immer das (militärisch) stärkste durchsetzen wird. Diese Option existiert. Sobald man aber eine friedfertige Haltung einnimmt und den Kompromiss dem offenen Konflikt gegenüber bevorzugt, ist Nonkognitivismus unweigerlich demokratisch. Und: es ist wichtig, zu verstehen, dass man zwar Nonkognitivist sein kann, ohne Demokrat zu sein (siehe Hans Freyers werttheoretischen Sozialdarwinismus), nicht aber umgekehrt. Demokratie setzt eine nonkognitive Auffassung von Werten voraus.

[4] Vgl. Hans Reichenbach, *Der Aufstieg der wissenschaftlichen Philosophie*, Wiesbaden, 1977, S. 330.

Das aber – dass die Demokratie Nonkognitivismus impliziert – bedeutet auf der anderen Seite nicht, dass es nicht bestimmte Werte gibt, die sich in einer demokratischen Denkweise (fast zwangsläufig) herauskristallisieren bzw. die für demokratisch denkende Menschen nicht verhandelbar sind. Demokratie ist nicht eine Staatsform, die auf dem Reißbrett entstanden ist, sondern sie ist ein realer historischer Zustand, der zwar bestimmte abstrakte Grundlagen hat – etwa die Idee der freien und gleichen Beteiligung aller Bürger am demokratischen Entscheidungsprozess. Das genaue Wie der Umsetzung dieser abstrakten Grundlagen kann aber nur am konkreten Fall der Demokratien in ihrem Ist-Zustand studiert werden. Und dort zeigt sich, dass Demokratie de facto mit einem Katalog von Werten konvergiert – im Wesentlichen: die Menschenrechte – die man mit Demokratie geradezu gleichsetzt. Diese Werte sind über Jahrhunderte, wenn nicht Jahrtausende entwickelt worden und sie sind heute (zumindest teilweise) in der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen als demokratischer Grundkonsens festgeschrieben. Das heißt: wann immer Demokratie ist, werden die Menschenrechte im Grundsatz akzeptiert (auch wenn in der Praxis viele Verletzungen vorkommen); das Zurückweisen der Menschenrechte bedeutet auch das Zurückweisen von Demokratie. Demokratie *ist* also de facto ein ganz bestimmtes Wertesystem. Bloß sind diese Werte lediglich die ebenso historisch gewachsenen wie abstrakten Rahmenbedingungen demokratischer Entscheidungsprozesse. Im Einzelfall ist fast immer unklar, welche Entscheidung die demokratisch „richtige“ ist. Das wiederum impliziert, dass der Demokratie zwar ein Konsens über Werte zugrunde liegt (in der Gestalt der Menschenrechte), dass dies aber nicht bedeutet, dass deshalb jede einzelne demokratische Entscheidung rein rational gefällt werden könnte (etwa von einem Menschenrechtsgremium). Es wäre geradezu haarsträubend naiv, zu glauben, dass, aufgrund des abstrakten Wertkonsenses in der Gestalt der Menschenrechte, die einzelnen demokratischen Entscheidungen *weniger* nonkognitiv würden.

Zwar existieren tatsächlich Fragen, die einer demokratischen Abstimmung unzugänglich sind. Einmal sind dies reine Faktenfragen: ob Wien an der Donau liegt ist ebenso wenig eine Frage demokratischer Meinungsbildung wie die Frage, ob es in Auschwitz Gaskammern gegeben hat. Dann sind dies Fragen, die im direkten Zusammenhang mit dem demokratischen Wertekonsens stehen. Akzeptieren wir beispielsweise das Recht auf Leben als unabdingbares Menschenrecht, dann wäre es schlicht ein Widerspruch, gleichzeitig die Todesstrafe zu fordern. Aber hier bleibt immer ein Spielraum. Denn: erstens sind die wenigsten Fragen, die in einem demokratischen Prozess entschieden werden müssen, eindeutig einer dieser beiden Kategorien zuzuordnen. Es bleibt also de facto fast immer ein recht großer Spielraum für offene normative Entscheidungen, die dann völlig nonkognitiv sind, ohne auf Fakten und/oder von Vornherein festgeschriebene Werte heruntergebrochen werden zu können. Außerdem steht in einer Demokratie im Grunde immer *alles* zur Disposition, einschließlich von Fakten und Grundwerten. Nicht, dass Fakten und Grundwerte nicht das Fundament der Demokratie bilden würden. Aber es liegt eben in der Natur der Sache der Demokratie, dass sie auch damit leben muss, dass Teile der am demokratischen Prozess Beteiligten die Fundamente desselben infrage stellen bzw. ignorieren. Wäre das nicht unweigerlich so, dann hätten wir, wie sich zeigen wird, kein Populismus-Problem.

Demokratie: Work in Progress *oder historische Episode?*

Demokratie ist weder naturgegeben noch handelt es sich um ein feststehendes System, auf dessen Unausweichlichkeit man sich bei einer obersten Behörde berufen könnte. Dass die Demokratie nicht naturgegeben ist, bedeutet, dass sie in keinem Fall der Ausgangszustand eines Staates gewesen ist. Dieser Ausgangszustand war immer eine Spielart des Gegenteils von Demokratie – also eine Variante der Diktatur – und demokratische Zustände sind folglich immer auf eine nicht-demokratische Weise hergestellt worden: in einem Staatsstreich, einer von außen aufoktroyierten Demokratisierung oder auch in der Entscheidung der (undemokratisch) herrschenden Eliten, Demokratie einzuführen. Genauso wenig aber wie die Demokratie der Urzustand irgendeines Staates gewesen ist, kann man sagen, dass die Entwicklung politischer Systeme zwangsläufig auf eine Demokratie hinausläuft, als deren natürlicher *Endzustand* also. Zwar scheint vieles dafür zu sprechen, dass die Demokratie insofern eine sehr naheliegende Option ist als sie die einzige Staatsform ist, in der alle Menschen grundsätzlich gleich behandelt werden. Aber wenn das überhaupt ein Argument ist, dann eines von streng zirkulärem Charakter. Natürlich kommt die Demokratie einem egalitären Denken entgegen, aber sie tut das, weil sie eben aus einem solchen egalitären Denken resultiert. Kaum jemand von „uns" – den Lesern dieses Buches – wird zwar ernsthaft auf die Idee kommen, die Idee der Gleichheit anzuzweifeln, aber das impliziert nicht, dass nicht mögliche Szenarien von Staaten existieren, wo sich dennoch eine Mehrheit herauskristallisiert, die gerade das tut: nämlich die Grundkonzepte der Demokratie zu verwerfen. Wer das nicht sieht, der ignoriert die Entwicklungen, die wir gerade in so gut wie allen Staaten der sogenannten westlichen Welt zu konstatieren haben. Populismus bedeutet nichts anderes als das Verwerfen der Grundideen der Demokratie, einschließlich der Idee der egalitären Entscheidung. Egal was auch immer seine künftigen Erfolgsperspektiven sein mögen: der Populismus hat durch seinen heutigen Erfolg ein für alle Mal bewiesen, dass die Vorstellung eines natürlich-konvergenten Prozesses, der auf die Demokratie als unweigerlichem Endzustand hinausläuft, eine Illusion ist.

Ein Problem, das sich hier auftut, ist aber zunächst eher konzeptueller Natur. Bevor wir fragen können, wie tief die heutige Krise der Demokratie eigentlich ist, müssen wir einen Maßstab definieren, der diese Tiefe sichtbar macht. Und hier scheint ein Problem darin zu bestehen, dass traditionelle (philosophische) Vorstellungen von Demokratie oft bemerkenswert naiv sind. Die Demokratie ist beispielsweise eindeutig *nicht* darin erschöpfend zu verstehen, dass sie ein Produkt des Zeitalters der Aufklärung ist. Zwar gehört der Grundsatz der freien und gleichen Entscheidung, der eine Grundlage aller heutigen Erscheinungsformen von Demokratie bildet, zu den Grundideen der Aufklärung, ebenso wie die Menschenrechte direkt aus den Ideen von 1789 hervorgegangen sind. Andererseits aber war keine der in dieser Zeit etablierten Staatsformen aus heutiger Sicht demokratisch. Kant betrachtete die Demokratie als einen „Despotism" (weil sie die irrigen Ansichten des gemeinen Volkes über die tiefen Einsichten der Philosophen stellt). Die Aufklärung hat wichtige Grundideen heutiger demokratischer Staatsformen hervorgebrach. Dennoch sind freie und gleiche Wahlen (einschließlich Frauen- und Jugendwahlrecht) erst im 20ten Jahrhundert nach und nach etabliert worden. Die Demokratie ist also nicht eins zu eins als Produkt des Zeitalters der Aufklärung zu verstehen. Sie ist viel eher ein *Work in Progress*, das

sich im Wesentlichen erst im zwanzigsten Jahrhundert entwickelt hat (nebenbei: ob die Antike Demokratie allzu große Ähnlichkeiten mit unseren heutigen Vorstellungen gehabt hat, ist nicht weniger fraglich). Was im Detail erforderlich ist, damit man einer Staatsform zurecht das Prädikat einer Demokratie verleiht, ist eine Frage, die nur *innerhalb* des Entstehungsprozesses dieses Work in Progress beantwortet werden kann. Es gibt hier keinen feststehenden Bezugsrahmen, auf den wir uns berufen könnten, zumal, wie wir sehen werden, jede Idealvorstellung von Demokratie die Eigenschaft hat, nirgends wirklich realisiert zu sein. Der Idealzustand von Demokratie *kann* beschrieben werden, aber seine Konstruktion erfolgt gleichsam approximativ, aus einer rationalen Rekonstruktion des Realzustandes heraus. Ob man diesen Idealzustand dann als Maßstab akzeptiert oder nicht, ist eine grundsätzlich offene Frage. Alles was man hier beisteuern kann, sind Diskussionsbeiträge, jedoch keine feststehenden Bezugsrahmen und archimedischen Punkte.

Diesem empirischen Charakter der Demokratie (als Real- wie als Idealzustand) korrespondiert aber noch eine zweite wichtige Perspektive der Zufälligkeit. Ist die Demokratie organisch, weitgehend zufällig *entstanden*, so könnte sie auch, als Resultat eines aus unserer Sicht zwar sehr unerwünschten, aber nicht undenkbaren historischen Prozesses, auch wieder *verschwinden*. Und das hat die Demokratie im Übrigen durchaus mit der Aufklärung in ihrer Gesamtheit gemein. Weder Demokratie noch Rationalität und Wissenschaft definieren Maßstäbe, die wir, einmal erreicht, immer beibehalten *müssen*. Die Katastrophen des zwanzigsten Jahrhunderts beweisen das. Warum sollte es nach 1945 plötzlich so sein, dass eine Rückkehr in die Barbarei endgültig ausgeschlossen ist?

Kurz gesagt: der empirische Standpunkt, der die Demokratie als historisches Produkt, als *Work in Progress* versteht, impliziert die Abwesenheit unweigerlicher Trends der Entwicklung, die Unmöglichkeit der Berechenbarkeit der Zukunft. Die Demokratie *könnte* sich als historisches Zwischenspiel erweisen, sobald sich die heutigen populistischen Kräfte weitgehend durchsetzen und demokratische Systeme durch undemokratische ersetzen, die Meinungsfreiheit und die Wissenschaft unterdrücken und Protektionismus und Repression etablieren. Das ist *denkbar*, und es gibt eine Menge Indizien, die dafür sprechen, dass entsprechende Entwicklungen in vielen Ländern der westlichen Welt unmittelbar bevorstehen.

All das bedeutet aber nicht, dass wir zwangsläufig pessimistisch sein müssen. Die Demokratie ist bedroht, aber nicht tot. Es gibt viele Gründe zur Annahme, dass die Kräfte, die zur Verteidigung der Demokratie bereit sind, sich am Ende als stärker erweisen könnten. Namentlich die Tatsache, dass das Establishment aus Medien, Verwaltung, Bildung und Wissenschaft geschlossen *gegen* die heutigen populistischen Tendenzen auftritt, gibt Hoffnung. Die Weimarer Republik ist auch deshalb zusammengebrochen, weil die geistigen Eliten mit den Nazis gemeinsame Sache gemacht haben. Heute gibt es keine Anzeichen für eine vergleichbare Entwicklung. Wenn die Gegner des Populismus ihre Kräfte bündeln und alles daransetzen, diesen zurück zu drängen, dann scheinen die Aussichten auf Erfolg sehr groß zu sein. Nur müssen Konzepte entwickelt und dann auch angewendet werden. Die zirkuläre und manchmal zahnlos gewordene Demokratie muss ihre Wehrhaftigkeit entdecken. Von selber wird das Gespenst des Populismus nicht verschwinden. *Wir* müssen

alles daransetzen, ihm den Garaus zu machen. Hier, an der Weggabelung zwischen passiver und wehrhafter Demokratie, liegt die Botschaft dieses Buches, einen Anstoß zu geben, der die Weichen auf die wehrhafte und aktive Seite stellt.

Demokratie ist nonkognitiv

Demokratie ist ein dynamisches, nonkognitives Ideal. Sie ist ein Ideal: das heißt, sie existiert in Reinform nur in unseren Köpfen, als Zielvorgabe. Sie ist dynamisch: das heißt, dass auch diese Idealvorstellung ihrerseits historisch entsteht und sich weiterentwickelt. Sind Frauen in einer Demokratie gleichberechtigt an Entscheidungen zu beteiligen? Bis ins zwanzigste Jahrhundert hinein wurde diese Frage in Demokratien verneint, während heute ein Staat, der Frauen von demokratischen Prozessen ausschließt niemals den Status einer Demokratie zugesprochen bekommen könnte. Daran sieht man, dass das was Demokratie tatsächlich ist, historisch variabel ist. Heute assoziieren wir Demokratie mit den Menschenrechten. Allerdings werden in allen Ländern der Welt Menschenrechtsverletzungen begangen, vielfach staatlich sanktioniert und gesetzlich verankert. Daran sieht man, dass Demokratie als Idealzustand existiert, aber nirgends als Realzustand mit diesem Idealzustand völlig identisch ist. Um Demokratie zu verstehen, muss man also beides kennen, den Idealzustand (in seiner historischen Entwicklung) und die Abweichungen zwischen Ideal- und Realzustand. Wo genau dann die Grenze liegt, wo Demokratie überhaupt aufhört zu existieren, ist schwer zu sagen. Wie weit kann und darf ein Staat von dem Ideal entfernt sein, um sich überhaupt noch zurecht demokratisch zu nennen?

Demokratie ist aber nicht bloß ein dynamisches, sondern jedenfalls ein *nonkognitives* Ideal. Es gibt kein ewig währendes Gesetz, das uns vorschreibt, dass wir die Demokratie (in irgendeiner ihrer historischen Erscheinungsformen, real oder ideal) als Richtschnur unseres Handelns anerkennen *müssen*. Wir müssen uns also zunächst die Frage vorlegen, ob das demokratische Ideal X überhaupt der Staatsform entspricht, die wir haben wollen. Das ist, wenn man so will, die Urfrage, die wir uns, in einem freien und gleichen demokratischen Klima vorlegen müssen: wollen wir dasselbe überhaupt? Dann können wir, sofern diese Frage positiv beantwortet wurde, in einem zweiten Schritt damit beginnen, Rückschritte und Gefährdungen der Demokratie dingfest zu machen und Überlegungen darüber anzustellen, wie wir uns näher an unser Ideal der Demokratie annähern und Abweichungen davon verhindern können. Das Nonkognitive an der Staatsform der Demokratie ist aber in einem doppelten Sinn gegeben. Es ist so, dass sie nur für die ein Ideal darstellt, die sie als solches anerkennen. Es ist aber auch so, dass es sich dabei um die philosophische Vorstellung handelt, dass politische Zielvorstellungen grundsätzlich immer nonkognitiv sind. Andere Staatsformen haben in der Regel nicht diesen Charakter, auf einer nonkognitiven Sicht zu gründen (wenn es auch, wie wir sehen werden, Ausnahmen gibt). Die Idee also, dass Politik in ihrer Gesamtheit nonkognitiv ist, hängt in einem sehr speziellen und exponierten Sinn mit der Idee der Demokratie zusammen. Diese nonkognitive, gewissermaßen konditionale Natur des Politischen, von der Perspektive der Demokratie aus betrachtet, wollen wir in diesem ersten Kapitel herausarbeiten. In gewissem Sinn folgt dann alles weitere daraus.

Was und wann ist Demokratie?

Demokratie mag in gewissem Sinn 2500 Jahre alt sein. Die athenische Demokratie kannte ein Wahlrecht. Dieses beschränkte sich aber auf eine winzige Gruppe von männlichen Vollbürgern, war also alles andere als gleich. Damit ist die Etablierung der Demokratie im

heutigen Sinn eine moderne Angelegenheit. Wann genau fand sie statt? Die Revolution in Frankreich und die Unabhängigkeitsbewegung in den USA führten 1789 zu einer ersten Etablierung einschlägiger Ideen. Freie und gleiche Wahlen etablierten sich dennoch erst später.[5]

Frankreich	1848	1946	1974	
	♂	♂ ♀	21 -> 18	
Schweiz	1848	1971		
	♂	♂ ♀		
USA	1870	1920	1965	
	♂	♂ ♀	Afroamerikaner	
Deutschland	1871	1919	1970	
	♂ ≠ 25	♂ ♀ = 20	18	
Österreich	1907	1919	1923	2007
	♂ = 24	♂ ♀ =	20	16

Wie obige Tabelle zeigt, setzten sich Grundprinzipien des freien und gleichen Wahlrechts nur langsam, im Grunde erst in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, durch. Das Frauenwahlrecht wurde erst nach dem ersten Weltkrieg in den größeren Demokratien etabliert, auch Jugendliche unter 25 Jahren waren davor von Wahlen meist ausgeschlossen. Damit war auch in etablierten Demokratien bis zum Ersten Weltkrieg nur eine Minderheit der Bevölkerung wahlberechtigt. Bis 1918 schränkte oft auch ein krass ungleiches Klassenwahlrecht die Demokratie ein, so das Dreiklassenwahlrecht in Preußen, das etwa Vermögenden mehr Stimmen als den Besitzlosen zugestand. Die Demokratie ist also ein Produkt der letzten 150 Jahre und sie hat sich erst in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts auf breiter Ebene durchgesetzt. Selbst wenn man schwerwiegende Mängel wie ein abwesendes Frauenwahlrecht ignoriert gab es 1875 nach gängigen Demokratietheorien nur drei echte Demokratien: die USA, die Schweiz und Neuseeland. 1950 stieg die Anzahl auf 18, 2006 auf 33 von 151 souveränen Staaten.[6]

Wenn wir hier von Problemen und Bedrohungen bzw. Defekten von Demokratien reden, so meinen wir grundsätzlich nur solche Staaten, die nach gängiger Lesart als eindeutig demokratisch identifiziert sind. Es geht also nicht um politische Kontexte wie Russland, China oder die Türkei oder auch Nordkorea, wo die Abwesenheit fundamentaler demokratischer Grundwerte zu einer unbestritten schlechten Bewertung des Demokratiezustandes führen. Vielmehr geht es um Länder, in denen die besten demokratischen Voraussetzungen existieren und in denen dennoch die Demokratie, aus noch näher zu erläuternden Gründen, heute bedroht scheint. Bei aller Relevanz von Parallelen zwischen Populisten wie Trump, Farage, Le Pen oder Strache mit Demagogen wie Putin und Erdogan ist dieser fundamentale Unterschied doch nicht aus den Augen zu verlieren. Auch wenn alle Populisten der westlichen Welt einen politischen Status quo anstreben, der dem in Russland oder der

[5] Vgl. etwa Manfred G. Schmidt, *Demokratietheorien. Eine Einführung*, Wiesebaden: VS, Verlag, 2010, S. 370-398.
[6] Zählung nach Schmidt, *Demokratietheorien,* S. 392-397.

Türkei nahekommt, so sind diese Zielvorgaben nicht mit der vorhandenen Realität zu verwechseln. *Noch* haben wir in der westlichen Welt die Demokratie. Noch haben wir Zeit, alles daran zu setzen, ihre Deetablierung zu verhindern. Es gibt keinen schlüssigen Grund, dass das unmöglich sein sollte.

Junge und alte Demokratien. Häufige und seltene Ideale

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Frage der Dauer und der (teils aus der Dauer erwachsenden Stabilität). Eine junge Demokratie wird in der Regel weniger stabil sein als eine lange etablierte, wenn in ersterer die Bürger den größten Teil ihres Lebens in einer totalitären Praxis gelebt haben, in letzterer die Bürger nichts Anderes kennen als eine demokratische Wirklichkeit. In den Ländern Westeuropas ist es heute so, dass nurmehr eine winzige Minderheit die Abwesenheit von Demokratie miterlebt hat. Wer 1945 sechzehn Jahre jung gewesen ist (also nach heutigem österreichischem Wahlrecht erwachsen), ist heute im hohen Alter von 88 Jahren. In Österreich handelt es sich hier um eine Gruppe (der mindestens 88jährigen) von gerade einmal 1,4 Prozent der Gesamtbevölkerung.[7] Bürger der USA haben nie eine andere als die demokratische Wirklichkeit erlebt. Anders verhält es sich in den Ländern Osteuropas. Dort bildet die Gruppe derer, die 1989 mindestens sechzehn Jahre alt gewesen sind heute die Gruppe der mindestens 44jährigen, also die Gruppe der Mächtigen, die knapp die Hälfte der Bevölkerung des jeweiligen Landes repräsentiert. Hier scheint die Gefahr groß, dass sich nach Reetablierung totalitärer Zustände die Demokratie als eine Episode entpuppt. Zumindest ist das Phänomen zu konstatieren, dass in Ländern wie Ungarn und Polen antidemokratische Systeme – sogenannte „illiberale Demokratien“ (in der Diktion von Viktor Orban) – sang und klanglos Demokratien ersetzen und scheinbar niemand den demokratischen Strukturen nachtrauert.

Konsequenz dieser Überlegung kann nur sein, dass die Situation in Ungarn oder Polen nicht eins zu eins mit der Situation in Westeuropa und den USA zu vergleichen ist. Wenn in einem dieser Länder mit etablierten Demokratien die Demokratie deetabliert würde, dann sicher nicht sang und klanglos. Trump wurde zum Präsidenten gewählt, der Brexit wird Realität, vielleicht kommt in Frankreich, Italien, Österreich, den Niederlanden oder auch Deutschland in naher Zukunft eine populistische Partei an die Macht. Die Widerstände werden mit den Aktivitäten dieser populistischen Aktionisten und Parteien und dem Zuwachs ihrer Macht kurz- und mittelfristig jedoch immer proportional steigen und nicht, wie in Ungarn, abnehmen bzw. aufhören. Jedenfalls ist das nach allen bisherigen Erfahrungen (nicht zuletzt der FPÖ-ÖVP-Regierung in Österreich ab dem Jahr 2000) genau so zu prognostizieren. Auch Ungarn und Polen sind also, mangels einer lang anhaltenden demokratischen Praxis und trotz aller nominell vorhandenen hochwertigen demokratischen Strukturen, die kaum hinter denen in Österreich oder Frankreich zurückstehen, grundsätzlich anders – nämlich gefährdeter – einzustufen als die Länder mit etablierten Demokratien. Wir wollen uns daher, bei aller Bedeutsamkeit gelegentlicher Blicke über den Hutrand der Welt etablierter Demokratien, auf diese beschränken, einfach weil das Phänomen antidemokratischer Tendenzen dort wesentlich verblüffender und, gemessen am Abstand zur jeweils

[7] *Statistisches Jahrbuch*, Statistik Austria, 2017, 47.

angegriffenen starken Demokratie, schwerwiegender ist. Kehrt man in Russland, der Türkei, Ungarn oder Polen bloß zu einer kurzfristig überwundenen totalitären Praxis zurück, so würde ein Umsturz in Westeuropa oder den USA die Abkehr von einer sozusagen den transzendentalen Hintergrund aller Lebenserfahrungen bildenden, über viele Generationen etablierten Praxis bedeuten.

Dauer ist aber ein sehr relativer Begriff. Misst sich Dauer in Generationen, dann ist Demokratie in einigen Ländern der Welt heute *alt*, weil sie viele (fünf bis zehn) Generationen existiert. In weltgeschichtlichen Zusammenhängen gemessen ist das aber nichts, die winzige Spitze eines Eisbergs, der Demokratie nirgendwo als dort beinhaltet. Die vielen Jahrtausende vor dem heutigen Zustand gab es nirgends Demokratie, zumindest nirgends in einer aus heutiger Sicht auch nur annähernd akzeptablen Weise. Auch verschärft sich dieser Eindruck dadurch, dass in den Ländern, die heute *alte* Demokratien darstellen, in der Anfangsphase Zustände existierten, die man heute nicht mehr akzeptieren würde: ein Staat ohne Frauenwahlrecht etwa könnte heute nie und nimmer das Attribut Demokratie erlangen. Reden wir heute von Demokratie, dann sind wir gezwungen uns auf politische Phänomene zu beschränken, die sich im Wesentlichen auf die Zeit nach den Weltkriegen beschränken und die sich ihrerseits bis heute nicht zuletzt durch massive Abweichungen von einem sukzessive ausformulierten Wunschdenken darstellen. Aber auch dieses empirisch gewachsene Ideal der Demokratie ist weder früh noch häufig zu finden, in theoretischen Ansätzen zu Politik und Staat. Noch in der Zwischenkriegszeit war die große Mehrheit der Intellektuellen strikt anti-demokratisch eingestellt. Und damals wie heute ist nicht überall dort wo Intellektuelle „Demokratie“ drauf schreiben auch tatsächlich das drinnen was wir heute Demokratie nennen würden. Unsere These wird lauten, dass es letztlich nur einen philosophischen Begriff von Demokratie gibt, der heutige Vorstellungen trägt: den durch Hans Kelsen eingeführten nonkognitiven Ansatz.

Hans Kelsens Demokratieauffassung: Freiheit, Gleichheit, Kompromiss

Wissen wir nun also *wann* Demokratie stattfindet – in eingeschränkten Spielarten seit der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, in vollentwickelter Form erst seit wenigen Jahrzehnten – so bleibt immer noch die Frage zu stellen, *was* Demokratie eigentlich ist? Hans Kelsen, der große österreichische, dem logischen Empirismus nahestehende Rechtstheoretiker zeichnete ein bis heute gültiges Bild, das sich auf freie und gleiche Mitbestimmung und Kompromiss stützt, nicht aber auf ewige Ideen und philosophische Einsichten aus dem Ohrensessel des Gelehrten.[8]

Demokratie hat viel mit Freiheit zu tun. Es geht aber nicht darum, dass jeder frei ist, zu tun und zu lassen, was ihm gerade beliebt. Ein Staat, der diesem Grundsatz folgt, wäre keine Demokratie, sondern eine Anarchie.

[8] Vgl. Hans Kelsen, *Verteidigung der Demokratie. Herausgegeben von Matthias Jestaedt und Oliver Lepsius*, Tübingen: Mohr Siebeck, 2006, insbesondere 229-247. Eine heutige Perspektive auf die Demokratie, die jedoch ganz der Kelsenschen Anschauung verpflichtet ist, formuliert in vielen präzisen Aphorismen Christoph Möllers, *Demokratie – Zumutungen und Versprechen*, Berlin: Wagenbach, 2008.

> Eben darum muß die Idee der Gleichheit zu der Idee der Freiheit, diese beschränkend, hinzutreten, damit demokratische Gesellschaftsform zustandekommen kann. Und nur aus dieser eigenartigen Verbindung der Freiheit mit der Gleichheit läßt sich das für die Demokratie so charakteristische Majoritätsprinzip rechtfertigen.[9]

Zunächst geht es also um Gleichheit. Der Wille des Volkes wird als Wille der Mehrheit bestimmt, drückt damit aber auch nur den Willen eines Teils der Bevölkerung aus und folgt also dem Prinzip, die Freiheit einer möglichst kleinen Gruppe der Bevölkerung einzuschränken. Der Kompromiss wird zur Grundlage demokratischer Prozesse. Wer Kompromisse generell für „faul" erachtet, ist kein Freund der Demokratie. Große Würfe und unwidersprochen durchgeführte Radikalreformen sind nur in Diktaturen und eher schwachen Demokratien realistisch. Konsens, so wünschenswert er erscheinen mag, ist keine per se demokratische Tugend.

Aber muss das so sein? Warum können wir nicht in einer bestimmten Situation die genau richtige Entscheidung identifizieren und diese dann politisch einzementieren, ganz ohne demokratische Entscheidungsprozesse, die ohnehin nur dazu führen, dass sich Irrtümer und Halbwahrheiten einschleichen?

Wertekognitivismus verabschieden

Beziehen sich jene Normen und Werte, die wir unseren Entscheidungen zugrunde legen, auf Tatsachen der Kultur? Spiegeln sie ewige Ideen wieder? Oder handelt es sich vielmehr um subjektive Setzungen, die wir nur unserem Gewissem folgend, in voller Eigenverantwortlichkeit vornehmen können und müssen? Für einen Denker der Aufklärung wie Immanuel Kant war die Antwort auf diese Frage eindeutig: die Vernunft gibt uns die Gründe, die unsere Wertsetzungen bestimmen. Werte sind immer und überall gleich, weil sie immer und überall der Ausfluss derselben unveränderlichen Vernunft sind. Geht es also um politische Entscheidungen, dann täten wir, nach Kant, nicht gut daran, „das Volk" zu fragen, weil wir nicht annehmen können, dass die breite Masse mit der messerscharfen Analyse reiner Vernunftgründe vertraut ist. Demokratie ist für Kant daher ein „Despotism", weil sie zu einer Diktatur der typischer Weise fehlgeleiteten Meinung über die vernunftgetriebene Wissenschaft führt.

Kants Weltauffassung wurde jedoch bald nach dessen Tod als allzu naiv identifiziert. Das was uns die Vernunft diktiert verändert sich, weil sich die Rahmenbedingungen, in denen wir Vernunftgründe suchen, verändern und vielleicht auch weil Vernunft selber ein historischer Gegenstand ist, der zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Ausformungen annimmt. Im neunzehnten Jahrhundert führte diese Historisierung der Vernunft zu einer Situation, wo die Geschichtswissenschaften plötzlich *die* zentrale Stellung im Konzert der Wissenschaften erlangten. Wäre für einen Philosophen der Aufklärung wie Kant die Frage *Was sollen wir tun?* eindeutig auf der Ebene einer rein a priori zu erstellenden Diagnose zu beantworten gewesen, hätten also Politiker, nach Kant, die Verpflichtung gehabt, sich ihre Entscheidungen von Logik-geschulten Ohrensesselphilosophen diktieren zu lassen (auch wenn natürlich diese wie jene ihren logischen Analysen empirische Fakten zugrunde legen

[9] Kelsen, *Verteidigung der Demokratie*, 239.

müssen), so verlagerte sich die Frage der politischen Entscheidungsbefugnis im neunzehnten Jahrhundert auf die Geschichtswissenschaften. Ist es so, dass sich das was Politik zu sagen hat, nicht einfach in eine Summe aus Empirie plus reiner Logik auflösen lässt, dann muss diejenige Wissenschaft zu Rate gezogen werden, die in der Lage ist, die (reine) Empirie mit ihren nicht weniger empirischen logischen Rahmenbedingungen zu verbinden: eben die Geschichtswissenschaft. Für einen Historisten wie Johann Gustav Droysen war somit, konsequenter Weise, die Geschichte eine politische Angelegenheit bzw. die Politik letztlich eine Sache der Geschichtswissenschaft.[10] Wir müssen die historische Entwicklung unseres Landes studieren, um am Ende herauszufinden, wie wir in der gegenwärtigen Situation politisch zu agieren haben. Diese Doktrin erhielt ein theoretisches Fundament in der Philosophie der Südwestdeutschen Schule um Wilhelm Windelband und Heinrich Rickert. Demnach gibt es zu jedem historischen Zustand der Welt – zu jedem Zustand des „Seins" also – eine eindeutig feststehende Gruppe von Zusammenhängen, Werten, normativen Setzungen, die in diesem Kontext „gelten". Das „Sein" ist rein empirisch und eine Domäne der Geschichtswissenschaft. Festzustellen jedoch, was in einem bestimmten Zustand des Seins „gilt" ist eine Domäne der a priori vorgehenden Philosophie. Will also die Politik wissen, was zu einem bestimmten Zeitpunkt zu tun ist, dann hat sie sich an jene historisch geschulten und logisch begabten Philosophen zu wenden, die in der Lage sind, aus dem „Sein" das jeweilige „Gelten" herauszuschälen. Diese Auffassung konvergierte mit der mehrheitlich antidemokratischen Haltung der deutschen „Mandarine" der ersten Jahrzehnte des zwanzigsten Jahrhunderts. Sie war, auf der anderen Seite, inkompatibel mit einer Auffassung von Demokratie, die normative Entscheidungen als Angelegenheit identifiziert, die jeder für sich selbst abzumachen hat. Sind Werte und normative Setzungen kognitiv, dann ist Demokratie bestenfalls eine Notlösung: die bessere Lösung wäre immer die, nicht das Volk zu befragen, wenn es um politische Entscheidungen geht, sondern diejenigen, die in der Lage sein, das gerade Gültige herauszufinden (aufgrund solider empirisch-logischer Analyse).

Im Grunde gibt es zu dieser kognitivistischen Haltung nur eine mögliche Alternative, sofern wir nicht Wissenschaft insgesamt gegen Demokratie *eintauschen* wollen. Es gilt, einen Weg zu finden, der die objektiven Sachverhalte, mit denen sich Wissenschaft befasst (logische Tautologien, raumzeitliche Fakten und Kausalzusammenhänge: näheres dazu weiter unten) strikt trennt von jenen subjektiven Setzungen, die wir vornehmen, wenn wir Entscheidungen treffen. Diese Summe aus Kognitivismus hinsichtlich wissenschaftlichen Fakten und Nonkognitivismus hinsichtlich Normen und Werten ist präzise das was man *Logischen Empirismus* nennt. Der Logische Empirismus ist damit auch das einzige philosophische Modell, das Demokratie *und* Wissenschaft gleichermaßen zulässt.

Im Gegenzug ist es zwangsläufig so, dass wir uns zwischen Wertekognitivismus und Demokratie zu entscheiden haben. *Entweder* sind Werte und normative Setzungen kognitiv, dann sind demokratische Entscheidungen ein Irrweg, weil es nicht darum geht, *alle* zu fragen, sondern diejenigen, die verbriefter Weise Zugriff haben auf die kognitiven Normen

[10] Vgl. Johann Gustav Droysen, *Historik. Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie der Geschichte*, München: Oldenbourg, 1967.

und Werte, die also *wissen*, wie politische Entscheidungen korrekter Weise aussehen müssen. *Oder* aber Werte und normative Setzungen sind nicht kognitiv, dann besteht zumindest die Möglichkeit, als Konsequenz daraus, eine demokratische Ordnung zu etablieren. Nonkognitivismus ist kompatibel mit Demokratie (es gibt aber auch totalitäre Spielarten von Politik, die sich im Rahmen einer nonkognitiven Grundhaltung konzipieren lassen, was wir unten an den Beispielen Carl Schmitt und Hans Freyer illustrieren werden). Kognitivismus ist dies nicht: er passt mit der Demokratie nicht unter ein theoretisches Dach. *Glauben* wir also an die Demokratie, dann müssen wir zwangsläufig den Wertekognitivismus verabschieden. Dies im Detail zu argumentieren und zu motivieren ist das zentrale intrinsische Ziel dieses Buches. Wir werden unten noch vielfach darauf zurückkommen.

Theoretische Fragen und praktische Entscheidungen

Soll der Sozialstaat gestärkt werden? Soll es mehr Umverteilung geben? Hat die Freiheit und wirtschaftliche Stärke der Unternehmer oberste Priorität? Sollen wir Atomkraft nutzen? Sollen wir mehr Autobahnen bauen? Politische Fragen sind immer *normative* Fragen. Das hat zwei wichtige Konsequenzen.

Erstens sind nicht-normative Fragen prinzipiell *keine* politischen Fragen. Gibt es Klimawandel? Ist sichere Endlagerung von Atommüll möglich? Führt mehr Umverteilung zu einer stärkeren Zufriedenheit der Arbeiterklasse? Führt eine geringere Besteuerung von Unternehmern zu mehr Wirtschaftswachstum? All das sind *keine* normativen Fragen, die daher auch nicht politisch entschieden werden können. Manche dieser Fragen sind einer eindeutigen wissenschaftlichen Beantwortung zugänglich: wir *wissen*, was die Antwort auf diese Fragen ist. Andere Fragen sind umstritten: wir können nur Vermutungen äußern, die sich allenfalls auf sekundäre Evidenzen stützen. In keinem Fall aber folgt aus solchen Fakten-Fragen automatisch die Beantwortung damit im Zusammenhang stehender normativer Fragen. Beispielsweise könnte man durchaus auch dann für die Nutzung der Atomkraft sein, wenn man weder glaubt, dass es sichere Endlagerung von Atommüll gibt noch ein Atomunfall absolut ausgeschlossen ist. (Man weiß, dass Atomkraft relativ billig ist und gibt dieser Tatsache eine stärkere emotionale Gewichtung.) Auch wenn es sich als evident herausstellen sollte, dass Umverteilung die Arbeiter zufriedener macht, könnte man gegen derartige Maßnahmen sein: Gerechtigkeit wird als höheres Prinzip erachtet, Belastungen sind gleichmäßig zu verteilen, ungeachtet der Einkommen.

Faktenfragen sind von größter Bedeutung für normative Fragen. Sie liefern den Hintergrund für normative Entscheidungen. Aber normative Entscheidungen sind keine Faktenentscheidungen. So zumindest sieht es das demokratisch-nonkognitive Weltbild. In keiner existierenden Gesellschaft gibt es umfassenden Konsens (also: 100 Prozent Übereinstimmung) über irgendwelche, wichtigen oder unwichtigen normativen Fragen. Jede normative Frage wird in jeder existierenden normativen Gesellschaft von unterschiedlichen Gruppen unterschiedlich beantwortet. Oft sind die „abweichenden“ Gruppen winzig (etwa bei der Frage, ob die Todesstrafe gerechtfertigt ist, in allen westeuropäischen Demokratien), aber man wird immer irgendwelche Abweichler und „Spinner“ entdecken, die einen umfassenden Konsens unmöglich machen. Viel schwerwiegender wird die Situation aber bei allen in einer Gesellschaft gerade heiß diskutierten Fragen (vgl. die obigen Beispiele). Hier

wird es zwar meistens möglich sein, eine Mehrheit für eine bestimmte Antwort zu finden, aber die Mehrheit wird in der Regel nur einfach sein, vielleicht eine absolute Mehrheit, in Ausnahmefällen eine Zweidrittelmehrheit, sie wird kaum jemals an oder über die 90 Prozent gehen – es sei denn, es handelt sich um eine Frage, die ohnehin längst entschieden wurde, wie die der Todesstrafe oder aber es stimmt etwas nicht, mit dem demokratischen Prozess, der zur Entscheidung geführt hat. Nach allem, was wir über demokratische Entscheidungsszenarien wissen, ist also der Konsens ein prinzipiell auszuschließendes Phänomen. Mit anderen Worten: die Ethik der Demokratie ist nicht absolut, sondern relativ; sie ist nicht kognitiv, sondern nonkognitiv. Politische Fragen können nicht wie Fakten-Fragen behandelt werden, sondern es handelt sich um emotionale Setzungen, die von Person zu Person unterschiedlich sein können. Wertabsolutismus ist daher undemokratisch. Der Nonkognitivismus ist das ethische Modell der Demokratie.

Rudolf Carnap hat diesen Zusammenhang zwischen theoretischen Fragen (die grundsätzlich beantwortbar sind und daher wissenschaftlich thematisiert werden können) und praktischen Entscheidungen (die keine objektive Entscheidung erlauben, sondern von jedem Einzelnen getroffen werden müssen, auf seine Emotionen vertrauend) in einem kurzen Aufsatz beschrieben, der die Quintessenz dieser nonkognitiven Perspektive enthält.

> Verwirrend wirkt hier der zweideutige Sprachgebrauch, nach dem man auch dort von „Fragen“ spricht, wo in Wirklichkeit nicht Fragen, d. h. Aufforderungen zur Entscheidung über wahr und falsch, vorliegen, sondern Situationen, in denen eine Entscheidung des Handelns zu treffen ist. Wenn ich mir klar werden will, ob ich den vor mir liegenden Apfel essen soll oder nicht, so ist das eine Sache des Entschlusses, der praktischen Entscheidung, nicht der theoretischen. Die Entschlußunsicherheit pflegt man aber häufig durch dieselbe sprachliche Form auszudrücken, wie die Unsicherheit des Wissens, nämlich durch die Form einer Frage: „Soll ich diesen Apfel essen?“ Diese Sprachform täuscht uns eine Frage vor, wo keine Frage ist. Weder mein eigenes Denken, noch alle Lehren der Wissenschaft sind imstande, jene scheinbare Frage zu beantworten; nicht als gäbe es hier eine Grenze des menschlichen Verstandes, sondern einfach, weil gar keine Frage vorliegt. Theoretisch – durch alltägliches oder wissenschaftliches Wissen – kann nur gesagt werden: „wenn du den Apfel ißt, so wird dein Hunger verschwinden“ (oder: „so wirst du dich vergiften“, „so wirst du ins Gefängnis kommen“ oder dergl.). Diese theoretischen Angaben über die zu erwartenden Folgen können gewiß für mich sehr wichtig sein; aber durch sie kann mir der Entschluß nicht abgenommen werden. Es ist Sache des praktischen Entschlusses, ob ich mich sättigen oder hungrig bleiben will; ob ich mich vergiften oder gesund bleiben will; die Begriffe „wahr“ und „falsch“ können hier nicht angewendet werden.[11]

Was Carnap hier anhand eines alltäglichen Beispiels illustriert gilt auch für die größten politischen und moralischen Probleme. Theoretische Fragen können bei solchen Entscheidungen überaus hilfreich sein: Nur, wenn wir wissen, ob der Klimawandel stattfinden wird und welche Folgen er nach sich ziehen wird, können wir eine vernünftige Entscheidung über Gegenmaßnahmen treffen. Aber diese Entscheidung ist grundsätzlich normativ, also einer wissenschaftlichen Behandlung völlig unzugänglich. *Wenn* wir der Auffassung sind, dass es verbrecherisch wäre, keine Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen, dann impliziert das (1) dass wir theoretisches Wissen über den Klimawandel besitzen und (2) zu der Überzeugung gelangt sind, dass man Maßnahmen ergreifen sollte,

[11] Rudolf Carnap, „Theoretische Fragen und praktische Entscheidungen“ (1934), zitiert nach: Christian Damböck (Hrsg.), *Der Wiener Kreis. Ausgewählte Texte*, Stuttgart: Reclam, 2013, 175-179, hier: 176.

etwa deshalb, weil wir für die Sicherung der Lebensbedingungen unserer Kinder eintreten. Aber diese letztere Überzeugung ist eben normativ – wenn wir sie alle teilen, umso besser, das ändert jedoch nichts an ihrem subjektiv-normativen Charakter.

Dass normative Entscheidungen *sowohl* subjektiv sind *als auch* abhängig von theoretischen Fragen impliziert, dass man in einem demokratischen Entscheidungsprozess, so subjektiv letztlich jede Entscheidung ist, doch notgedrungen wohlinformiert sein muss. Man *kann* eine Entscheidung über Maßnahmen gegen den Klimawandel natürlich auch fällen, ohne die geringste Ahnung von den Prognosen der Klimawissenschaft zu haben bzw. vor dem Hintergrund von eklatanten Fehlinformationen darüber. Bloß wäre eine solche Entscheidung dann, von einem wissenschaftlich-rationalen Standpunkt betrachtet, schwerwiegend beeinträchtigt. Müssen wir doch annehmen, dass eine schlecht oder falsch informierte Person, die sich vor diesem Hintergrund für X entscheidet, auf einer besseren Entscheidungsgrundlage vielleicht die genau gegenteilige Entscheidung treffen würde. Wenn wir *glauben*, dass der Klimawandel überhaupt nicht existiert, dann werden wir uns wohl gegen CO_2-Ziele entscheiden; glauben wir aber an die Existenz des Klimawandels und negativer Auswirkungen desselben, dann werden wir mit hoher Wahrscheinlichkeit, vor dem Hintergrund derselben *Werte*, aber aufgrund anderer theoretischer Informationen, *für* CO_2-Ziele sein.

Geistige Freiheit: erfordert Wissenschaft, Meinungsfreiheit, Medien und Sozialstaat

Es gibt einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Demokratie. Das freie und gleiche Wahlrecht alleine genügt nicht, um Demokratie Wirklichkeit werden zu lassen. Die Wahlberechtigten müssen in der Lage sein, ihre Entscheidungen frei zu fällen. Und dazu gehört wesentlich mehr als bloß ein kühler Kopf. Es muss, wie von Hans Kelsen eingefordert, eine ganz spezifische, hochkomplexe Form der Freiheit existieren, in einer Demokratie, nämlich *geistige Freiheit*.

> Daher gehört zum Lebensprinzip jeder Demokratie – zwar nicht, wie man mitunter gemeint hat, die wirtschaftliche Freiheit des Liberalismus, denn es kann ebenso wie eine liberale auch eine sozialistische Demokratie geben – dafür aber die geistige Freiheit, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, das Prinzip der Toleranz und insbesondere: die *Freiheit der Wissenschaft* in Verbindung mit dem Glauben an die Möglichkeit der *Objektivität*.[12]

Um geistige Freiheit zu gewährleisten muss eine ausreichende Anzahl von *demokratischen Alternativen* verfügbar sein. Es muss eine repräsentative *Entscheidungsgrundlage* existieren und den Bürgern der Demokratie zugänglich gemacht werden. Und es muss schließlich die Möglichkeit geben, sich frei und offen über normative Fragen auszutauschen: es müssen offene Plattformen der *Diskussion* und des demokratischen Austauschs existieren. Hier geht es darum, die theoretische Entscheidungsgrundlage für demokratische Entscheidungen herzustellen – *deshalb* hängt Demokratie eng mit wissenschaftlicher Objektivität zusammen. Aber es geht auch darum, die Möglichkeit zu schaffen, dass jeder Einzelne auch in der Lage

[12] Kelsen, *Verteidigung der Demokratie*, 241.

ist, sich diese theoretische Entscheidungsgrundlage *anzueignen* und sich eine Meinung zu bilden. Dafür sind Plattformen des Meinungsaustausches erforderlich, aber auch Medien, die Information *sichtbar* und *zugänglich* machen. Und es ist schließlich, was Kelsen in den obigen Ausführungen übersieht, nötig, den Staat so zu organisieren, dass nicht Teile der Bürger in eine soziale und wirtschaftliche Notlage gelangen, in der sie der nackte Überlebenskampf unfähig macht, am demokratischen Prozess teilzunehmen. Das heißt, ein Minimum an Sozialstaat gehört zwangsläufig zu einer Demokratie, die sich dem Prinzip der geistigen Freiheit verpflichtet. Dazu gehören Sozialleistungen für Arbeitslose und Geringverdiener, aber auch Bildung, Gesundheit, Altersvorsorge. Es gibt also eine ganze Reihe von Faktoren, die wir berücksichtigen müssen, wenn wir eine Demokratie einrichten wollen, in der geistige Freiheit möglich ist. In den folgenden Abschnitten werden wir uns mit diesen Aspekten auseinandersetzen.

Was ist Wissenschaft?

Wissenschaftliche Methoden zielen, dem Ideal des Soziologen Max Weber folgend,[13] auf eine gänzlich *wertfreie* Betrachtung der Wirklichkeit ab. Wissenschaft liefert keine normativen Entscheidungen und sie suggeriert auch keine solchen. Was Wissenschaft liefert sind einerseits (vor allem in der Mathematik, aber etwa auch in der theoretischen Physik und in manchen Bereichen der Philosophie) *deduktive Konstruktionen*, etwa über Zahlen, algebraische Mannigfaltigkeiten und geometrische Figuren. Diese rein theoretischen Überlegungen, gemeinsam mit der Möglichkeit moderner Datenverarbeitung, bilden eine wichtige Grundlage für andere Wissenschaften, auch wenn sie vielleicht für sich genommen nichts aussagen (weil sie keine Fakten ausdrücken, sondern bloß abstrakte Konstruktionen beschreiben).

Andererseits studiert die Wissenschaft, aufgrund von *empirischen Daten* (Messungen, Umfragen), *kausale Zusammenhänge* in der raumzeitlichen Wirklichkeit. Diese zweite Aufgabe setzt sich, genau betrachtet, aus zwei Teilaufgaben zusammen. Einmal geht es um die bloße Bestimmung *von Fakten*, das Sammeln von Daten, Dokumenten, Belegen. Diese Aufgabe der Wissenschaft ist keinesfalls zu unterschätzen. Sie ist in den eher abstrakt operierenden Naturwissenschaften genauso fundamental wichtig wie in den auf die konkrete menschliche Wirklichkeit gestützten Sozial- und Geisteswissenschaften. Viele wichtige Resultate der Wissenschaft liegen ausschließlich darin, zu sagen, dass sich irgendetwas so und so verhält, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort ein bestimmtes Ereignis stattfindet. Zwar hängen viele solche reinen Faktenaussagen mit teils hochkomplexen Erklärungen und wissenschaftlichen Modellen zusammen, aber am Ende beschreiben sie einen simplen raumzeitlichen Sachverhalt. Beispielsweise: die jährliche Durchschnittstemperatur auf der Erde (als wichtiger Indikator des Klimawandels); die Anzahl an Menschen, die von Nationalsozialisten deportiert und ermordet worden sind; die Anzahl von Stimmen, die eine Partei bei einer Wahl bekommen hat; die Anzahl an Menschen, die zur Angelobung von Donald Trump gegangen sind; die Inflationsrate zu einem bestimmten

[13] Max Weber, *Wissenschaft als Beruf*, München: Duncker & Humblot, 1919.

Zeitpunkt in einem bestimmten Land; der Wert an Waren in US-Dollar, die heuer von Österreich exportiert worden sind.

Abgesehen von solchen reinen Faktenaussagen (und damit zusammenhängenden deskriptiven Statistiken) liefern Wissenschaften zweitens abstraktere Aussagen über bestimmte (immer wiederkehrende oder singuläre) kausale Zusammenhänge zwischen Fakten (anhand von Erklärungen, Modellen, Skizzen von Mechanismen). Beispielsweise könnte ein wissenschaftliches Modell einen kausalen Zusammenhang zwischen dem weltweiten CO_2 Ausstoß und der Erderwärmung herstellen: zwei Fakten, die kausal zueinander in Beziehung gesetzt werden. Eine Erklärung für den Zustrom von Wählern zu den Nationalsozialisten könnte die Weltwirtschaftskrise ins Treffen führen oder die revanchistischen Gelüste nach der narzisstischen Kränkung durch den Frieden von Versailles. Ein erklärendes Modell für die Entstehung von populistischen Strömungen in der Gegenwart könnte sich auf die soziale Ungleichheit berufen, das gebremste Wirtschaftswachstum, die durch Migration ausgelösten Ängste oder die Unzufriedenheit mit dem Zustand der Europäischen Union. All dies sind mögliche Erklärungen, die Wissenschaftler unter Heranziehung von Naturgesetzen und statistischen Korrelationsanalysen vornehmen können, die sich ihrerseits auf Fakten stützen – Datensammlungen, Umfragen, Archivbestände. Wie man solche Erklärungen genau durchführt, wann sie akzeptabel sind und wann nicht, wann sie als vage zu betrachten sind, wann als relativ sicher, welchen Datenbestand man heranzuziehen hat bzw. wann vorhandene Daten als sicher oder unsicher gelten, wie die Ergebnisse von Umfragen oder die in Archiven zu findenden historischen Quellen einzuschätzen sind: all das festzustellen *ist Aufgabe der Wissenschaft*.

Wenn wir also *wissen* wollen, *was* zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Welt geschehen ist bzw. auch *warum* es geschehen ist, dann müssen wir uns entweder direkt an Wissenschaftler wenden oder wir müssen zumindest versuchen, die von der Wissenschaft bereitgestellten Methoden kennen zu lernen, um die Situation nach den letzten und besten vorhandenen Maßstäben, die Objektivität sicherstellen, die Exakt und Vage, Klar und Unklar, Sicher und Hypothetisch zu unterscheiden helfen, einschätzen zu können. Wann immer es um *Beschreibung* und *Erklärung* der Wirklichkeit geht, ist Wissenschaft gefragt, sind wir darauf angewiesen, mit Wissenschaftlern zu kooperieren, uns bei ihnen Rat zu holen bzw. uns die von ihnen entwickelten Standards der Objektivität zu eigen zu machen.

Wissenschaftliche Weltauffassung. Der Wiener Kreis

Sind demokratische Entscheidungen *normativ*, warum sind sie dann auf wissenschaftliche *Objektivität* angewiesen? Wir haben den Unterschied zwischen normativen Setzungen und Fakten oben bereits herausgearbeitet. Dabei können zwei Sachverhalte nicht oft genug betont werden. Normative Setzungen, die der nötigen faktischen Grundlage entbehren, sind blind. Fakten hingegen bzw. Erklärungen sind objektiv und grundsätzlich einer wissenschaftlichen Bestimmung zugänglich.

Nach dem Modell von Rudolf Carnap, das sehr eng mit Kelsens Ansatz verwandt ist, sind *praktische Entscheidungen* – und damit auch alle Arten von *politischen* Entscheidungen – stets normativ und daher emotional. Die Antwort auf die Frage „Was sollen wir tun?“ kann

niemals den Charakter einer Faktenaussage haben. Philosophen und Politiker, die uns das weißmachen wollen, sind Feinde der Demokratie. Sie wollen *ihre* praktischen Entscheidungen (in demagogischer Absicht) als die einzig wahren festschreiben, um damit alle abweichenden Entscheidungen und normativen Ansätze von Vornherein zu disqualifizieren. Aber diese Aussage hängt sehr eng mit unserem wissenschaftlichen Weltbild als solchem zusammen, wie der Wiener Kreis und der Logische Empirismus, mit großer Überzeugungskraft ausgeführt haben. Webers Grundsatz der *Wertfreiheit* erwächst einfach aus der Erkenntnis, dass Werte (und damit alle Arten von praktischen Entscheidungen) einer wissenschaftlichen Bestimmung unzugänglich sind. Wer Werte für Fakten hält und praktische Fragen als der wissenschaftlichen Beantwortung zugänglich, der ignoriert nicht bloß, wie wir oben argumentiert haben, die gesellschaftliche Wirklichkeit. Er ignoriert auch die neuzeitliche Entwicklung der Wissenschaften. Die *Entzauberung* der Welt (ein anderer Ausdruck, den Max Weber verwendet), die durch die Wissenschaft stattgefunden hat, bedeutet die Verbannung praktisch-normativer Fragen aus dem Kreis dessen, was wir Fakten nennen. Werte sind keine Tatsachen, sondern emotionale Entscheidungen, die jeder für sich treffen muss.

Das moderne *wissenschaftliche* Weltbild *konvergiert* hier in einem entscheidenden Punkt mit dem modernen *demokratischen* Weltbild. Beide Konzeptionen verbannen normative Fragen aus dem Kreis des Faktischen und öffnen diese für die Einsicht einer geradezu unumgänglichen Demokratisierung der Welt, vorausgesetzt, wir betrachten die Erkenntnis der Inexistenz verbindlicher (wissenschaftlicher) Antworten auf praktische Fragen als Anstoß zur Demokratisierung. Das scheint *naheliegend*, aber es muss nicht so sein. Man könnte diese Erkenntnis auch zur Etablierung eines sozialdarwinistischen Denkens auswerten: praktische Entscheidungen prallen aufeinander, im Kampf möge sich der Stärkste behaupten (ein Punkt, den wir unten noch am Beispiel der politischen Philosophie von Hans Freyer erläutern werden). Die Einsicht der Wissenschaften in den nicht-kognitiven Charakter von praktischen Entscheidungen und Wertaussagen führt also nicht mit logischer Notwendigkeit zur Demokratie. Wohl aber führt sie zur Demokratie, wenn wir uns für eine *friedfertige* Weltsicht entscheiden, eine Weltsicht, die bereit ist, den Anderen als grundsätzlich gleichartig zu betrachten.

Das eben formulierte Argument ist natürlich *zirkulär*. Es läuft darauf hinaus, dass demokratisch eingestellte Menschen, wenig überraschend, die Demokratie wählen werden und antidemokratisch orientierte Menschen eben nicht. Parallel dazu ist anzumerken, dass es auch innerhalb der Wissenschaft durchaus Tendenzen gab (und wohl auch heute noch gibt), die eine durchaus undemokratische Sicht der Wahrheitsfindung propagierten. So schlug der deutsche Philosoph Otto Friedrich Bollnow 1937 vor, Objektivität nicht als Synonym für Allgemeingültigkeit zu sehen (wie dies in den Wissenschaften sonst üblich ist), sondern als eine die Allgemeingültigkeit konterkarierende Führer-Wahrheit. „Objektivität“ bedeutet demnach „Angemessenheit“ der Erkenntnis, die unter Umständen nur einem einzelnen, gegen den Strom der Masse schwimmenden genialen Führer zugänglich ist. Diese Haltung öffnet die Türen zu einer die „Allgemeingültigkeit“ abwertenden Spielart der Wissenschaft, die sich auf diffuse Annahmen über „Angemessenheit“ von Erkenntnis stützt. Bloß wurden diese im Dienst der Nationalsozialisten formulierten Vorschläge von der

scientific community nicht akzeptiert. Der Grund dafür ist wenig überraschend: Warum sollte eine rein emotional-wertend festgeschriebene Angemessenheit schwerwiegender sein als die Allgemeingültigkeit von Fakten? Wenn wir also überhaupt die Existenz von Fakten akzeptieren, dann scheint es absurd, diesen eine übergeordnete Instanz entgegenzuhalten, also etwas, das man im Umfeld von Donald Trump heute „alternative Wahrheiten" nennt. Vielleicht sieht ein nationalsozialistischer Philosoph die Aussage, Gaskammern hätten nie existiert als „angemessener" denn die allgemeingültige Aussage, dass dies sehr wohl der Fall war. Aber ein solches Konterkarieren von Fakten zeichnet sich eben genau dadurch aus, dass es von Wissenschaftlern als in jeder nur erdenklichen Weise inakzeptabel – und, wie man definitiv hinzufügen kann: *unangemessen* – betrachtet wird. Dass es nichts gibt, das über den Fakten steht und diese konterkarieren oder korrumpieren könnte, ist eine unbestrittene Grundlage der Wissenschaften. Daran ändern ideologische Ausflüge von Nazi-Philosophen nichts.

Wer normative Setzungen über Fakten stellt, der stellt sich gegen die Wissenschaften. Wer normative Aussagen als Fakten-Aussagen auffasst, der stellt sich nicht weniger gegen die Wissenschaften. Das bedeutet insbesondere, dass ein großer Teil der Philosophie des zwanzigsten Jahrhunderts, die im kontinentalen Teil Europas entwickelt wurde, in ihrem Kern als anti-wissenschaftlich einzuschätzen ist. Das zu kritisieren und davor zu warnen ist der Sinn der polemisch gegen die „Metaphysik" gerichteten *Wissenschaftlichen Weltauffassung* des Wiener Kreises.[14]

Aber die Wissenschaftliche Weltauffassung hat nicht nur diese negative Seite – Fakten als verbindlich zu erachten, ihre Korrumpierung zu verhindern und das Hinstellen normativer Entscheidungen als Faktenentscheidungen zurückzuweisen. Die positive Seite der Wissenschaftlichen Weltauffassung besteht in dem oben bereits besprochenen Grundsatz Carnaps, praktische Entscheidungen durch theoretische Fragen zu stützen. Dieser Grundsatz besagt nichts Anderes als dass es möglich und notwendig ist, jede praktische – und daher der wissenschaftlichen Behandlung unzugängliche – Frage durch eine Reihe von theoretischen und also wissenschaftlich behandelbaren Fragen zu unterstützen bzw. die Entscheidung durch Antworten auf einschlägige theoretische Fragen zu erleichtern. Nur ein Beispiel von unzähligen möglichen: Für die politische Frage, ob man Maßnahmen zur $C0_2$-Reduktion unterstützt, ist es absolut entscheidend zu wissen, ob (a) ein Klimawandel existiert, dieser (b) die Umwelt schädigt und ob (c) durch ein Senken der $C0_2$-Ziele der Klimawandel gebremst werden könnte. Diese drei Fragen sind eindeutig theoretisch und damit einer wissenschaftlichen Behandlung potentiell zugänglich. Die Klimawissenschaften befassen sich genau damit und haben eindeutige Antworten geliefert: Klimawandel existiert, er ist schädlich für das Ökosystem und nur ein Senken der CO_2-Ziele könnte die Auswirkungen bremsen. Eine politische Diskussion, die sich auf diese Ausgangslage stützt, kann immer noch zu dem Resultat kommen, die CO_2-Ziele nicht zu senken – etwa, weil andere Aktivitäten als wichtiger erachtet werden. Das wäre in jedem Fall demokratisch. Definitiv undemokratisch wäre es dagegen (genau in dem Stil, wie Donald Trump dies vormacht), willkürlich und unter gänzlicher Umgehung wissenschaftlicher Prozeduren „alternative Fakten" zu schaffen – etwa

[14] Vgl. Damböck (Hrsg.), *Der Wiener Kreis*, 7-32.

die als „angemessener“ empfundene Aussage, dass es nicht erwiesen sei, dass Klimawandel überhaupt existiere und daher auch der CO_2-Ausstoß nicht zu senken sei.

Wissenschaft und Demokratie

In dem oben bereits zitierten Aufsatz „Wissenschaft und Demokratie“ von 1937 positionierte Hans Kelsen die Freiheit der Wissenschaft als fundamentale und in gewissem Sinn wichtigste Voraussetzung der Demokratie. Warum ist das so?

Wie wir gesehen haben, ist die Wissenschaft jene Institution, die es uns ermöglicht, die optimale Faktengrundlage – empirische Daten und Erklärungen – bereitzustellen, um darauf aufbauend normative Entscheidungen zu treffen. Diese Konstellation ist von entscheidender Bedeutung für ein Verständnis der modernen Demokratie. Demokratische Entscheidungen *sind* zwar normativ und damit letztlich emotional und subjektiv. Das bedeutet aber nicht, dass demokratische Entscheidungen *willkürlich* sind oder sein dürfen. Ahnungslosigkeit und Unwissenheit bzw. auch Schlechtinformiertheit und das Gefangensein in einem Netz der Lüge und Propaganda sind die schlimmsten Feinde der Demokratie. Der Idealfall einer Diktatur wäre, im Gegenzug – unter der Annahme, dass heutige Menschen meist eine grundsätzliche Vorliebe für Demokratie haben, zumindest so weit, dass sie freie und gleiche Wahlen befürworten – eine Staatsform, die völlig unbehinderte und freie Wahlen gewährleistet – keine Klagen über Wahlbetrug können das Glück trüben –, in der jedoch den Bürgern wichtige Informationen vorenthalten und falsche Informationen geliefert werden, derart geschickten Strategien folgend, dass die Bürger stets die Entscheidungen fällen, die den Machthabern gerade genehm sind. Eine solche Staatsform wäre mitnichten demokratisch, und zwar einfach deshalb, weil auf *falschen* und *unzureichenden* Informationen gründende normative Entscheidungen mit hoher Sicherheit – zumal dann wenn die Mängel bewusste Manipulationen sind – so geartet sind, dass sie im Fall von vorliegenden besseren Informationen, *gänzlich anders* ausfallen würden.

Wenn man den Bürgern eintrichtert, es gäbe keinen Klimawandel und dann die Frage stellt, ob man Maßnahmen ergreifen soll gegen die (von einer Gruppe von linken Bobos wider besseren Wissens behauptete) Erderwärmung, dann werden mit großer Sicherheit alle halbwegs schlauen (jedoch von der Propaganda erfolgreich infiltrierten, also ohne Zugang zu besseren Informationen befindlichen) Bürger *gegen* diese Maßnahmen stimmen. Wenn es außerdem so ist, dass im umgekehrten Fall, also unter Vorliegen der besten verfügbaren Daten, die von den Klimawissenschaften geliefert werden, im Gegenteil eine Mehrheit für diese Maßnahmen stimmen würde, dann handelt es sich hier eindeutig um eine durch Betrug und das absichtliche Verfälschen bzw. Unterdrücken wissenschaftlicher Resultate herbeigeführte *Fehlentscheidung*. Mit anderen Worten: demokratische Entscheidungen können, trotz ihres normativen Charakters, genau dann (und sozusagen indirekt, übertragen gesehen) *falsch* sein, wenn ihre Faktengrundlage falsch ist. Ist F die beste verfügbare Datengrundlage einer demokratischen Fragestellung d und F* eine unzulängliche Datengrundlage, die durch Unfähigkeit, schlechte Kommunikation oder bewusste Verfälschung zustande gekommen ist, dann ist die aus F* erwachsene demokratische Entscheidung D genau dann als *falsch* zu bezeichnen, wenn auf der Grundlage von F eine

andere, gegenteilige Entscheidung D‘ gefällt worden wäre. (Die Bürger des Landes würden, konfrontiert mit F, ihre aus F* erwachsene Entscheidung zurecht einen *Fehler* nennen.)

Dieser Zusammenhang basiert auf einer *naturalistischen Grundsicht.* Wir können zwar nicht *wissen*, was die richtige Antwort auf d ist – praktische Entscheidungen sind normativ, nicht faktisch – wohl aber können wir (unter Umständen) *wissen*, wer in welcher Situation welche Entscheidung fällen wird (Nonkognitivismus ist nicht zu verwechseln mit Unberechenbarkeit und Willkür). Das heißt, Aussagen der Art „d wird unter der Voraussetzung von F durch die Person P im Sinne von D entschieden“ sind Faktenaussagen. Gibt es aber Voraussetzungen F die gut oder bestmöglich sind und solche F*, die auf Fälschungen oder kommunikativen Unzulänglichkeiten beruhen, so impliziert F* eine *Verfälschung* des Wählerwillens von P, sobald P angesichts F anders entschieden hätte. Die *Freiheit* des Willens bedeutet also nicht, dass man zwangsläufig unvorhersehbar, willkürlich, erratisch entscheidet. Unser Wille ist nicht weniger frei, wenn wir berechenbar sind. Dagegen ist unser Wille eindeutig eingeschränkt, wenn wir nicht die Möglichkeit erhalten, auf der Grundlage von bestmöglichen Informationen die *für uns* richtigen Entscheidungen zu treffen. Was wir *wollen* hängt fundamental davon ab, was wir *wissen*. Wenn wir aber dort, wo wir *wissen könnten* bloß eine Entscheidungsgrundlage von Lügen und Irrtümern besitzen, dann ist die Freiheit unseres demokratischen Willens dementsprechend eingeschränkt.

Ersetzen antidemokratische Politiker und/oder Wissenschaftler die vorhandenen Fakten durch manipulierte Konstrukte „angemessener“ oder „alternativer Fakten“, so zielen sie auf eine Einschränkung demokratischer Willensfreiheit ab. Wissenschaft und Demokratie hängen so auf das engste zusammen. Auch wenn man sie nicht darauf reduzieren kann (es gibt andere Aspekte der Rechtfertigung von Wissenschaft, die mit dem hier relevanten demokratischen Denken wenig zu tun haben), so ist Wissenschaft doch in einem wesentlichen Sinn die zentrale Ausdrucksform demokratischer Willensfreiheit, wie umgekehrt eine Diktatur stets auf der Eindämmung und Maskierung wissenschaftlicher Objektivität beruht. Moderne Wissenschaft ist, gleichlaufend mit Demokratie, ein Produkt der Aufklärung und der Idee der Gleichheit und Freiheit.

Sind Fakten demokratisch?

Wenn wir eine untrennbare Verbindung von Wissenschaft und Demokratie identifizieren, dann scheint dies im Widerspruch zu stehen, mit der anderen Annahme, die wir formuliert haben, nämlich der normativen (oder nicht-kognitiven) Natur demokratischer Entscheidungen und der faktischen (oder kognitiven) Natur der Wissenschaften. Ist es nicht gerade so, dass wir über normative Inhalte abstimmen, weil sie subjektiv sind, über Fakten aber eben nicht abstimmen, weil sie objektiv sind? Wäre es nicht einer Zerstörung der Wissenschaft gleichkommend, wollte man ihre Sachhaltigkeit demokratisieren? Ist es nicht genau das, was viele Demagogen und Populisten fordern: Faktenaussagen auf Fragen der Meinung zu reduzieren? Ist Wissenschaft nicht vielmehr dem Prinzip einer „Diktatur der Fakten“ verpflichtet?

Für diese These und die Annahme, wissenschaftliche Entscheidungen seien grundsätzlich *undemokratisch* spricht der unübersehbare Sachverhalt, dass empirische Fragen in der

Wissenschaft kaum durch eine Abstimmung entschieden werden. Wenn wir wissen wollen, ob Wien an der Donau liegt, dann müssen wir *nachsehen*, ob dies so ist: wir müssen hinfahren oder uns aus einschlägigen Quellen vertrauenswürdige Informationen besorgen. Darüber abzustimmen hätte vor allem deshalb keinen Sinn, weil wir dadurch Gefahr liefen, informierten und uninformierten Personen das gleiche Gewicht zu verleihen.

Umgekehrt aber bedeutet das nicht, dass wissenschaftliche Entscheidungen gänzlich undemokratisch ablaufen. Die Fähigkeit, eine wissenschaftliche Entscheidung zu fällen, ist an strenge Bedingungen geknüpft, die der Kontext, in dem die Entscheidung liegt, diktiert. Wissenschaftler, die diesen Kontext kennen, definieren diese Bedingungen und sie geben auch ihre Meinung darüber ab, wer sonst noch in der Lage sein könnte, diese Bedingungen in geeigneter Weise zu definieren und/oder anzuwenden. Das heißt, dass über die Sachhaltigkeit einer bestimmten wissenschaftlichen Aussage zwar nicht in einer eins zu eins aus demokratischen Verfahren übernommenen Weise *abgestimmt* wird. Wohl aber wird in jeder modernen Wissenschaft die Gültigkeit einer wissenschaftlichen Aussage keinesfalls auf das blinde Vertrauen in das umfassende Genie eines Forschers gegründet. Der sogenannte *Geniekult* ist seinerseits das Symptom einer zutiefst undemokratischen und letztlich anti-wissenschaftlichen Kultur. Deshalb werden wissenschaftliche Entscheidungen heute in streng durchgeführten *Peer-Reviewing*-Prozessen gefällt, wo eine wissenschaftliche Aussage (meist handelt es sich in Wahrheit um einen ganzen Aufsatz, ein Buch, ein Forschungsvorhaben) von unabhängigen Experten des gleichen Feldes geprüft wird. Dieses Verfahren weist eine Vielzahl von unübersehbaren Mängeln auf: es ist anfällig für Protektionismus, für die Entwicklung hermetischer „Zitierkartelle“, für Innovationsfeindlichkeit. Bei aller Mangelhaftigkeit aber ist das *Peer-Reviewing*-Verfahren doch eine Methode, die von praktisch der gesamten *Scientific Community* als alternativlos eingeschätzt wird. Warum? Weil es demokratisch ist!

Peer Reviewing ist das wissenschaftliche Gegenstück zur freien und gleichen Wahl in der Demokratie. Es funktioniert analog, aber nicht genau gleichartig. Die Entscheidung eines Gutachters hat *frei* zu erfolgen, und sie ist im Normalfall auch so zu akzeptieren wie sie gefällt wird. Der *Freiheit* wissenschaftlicher Entscheidungen korrespondiert jedoch kein der *Gleichheit* demokratischer Entscheidungen entsprechender Grundsatz. Wissenschaftliche Expertise ist grundsätzlich immer, in dem Maß ihrer Vertrauenswürdigkeit, Anerkanntheit und der ihr zugeschriebenen Qualität fundamental *ungleich*. Aber das genaue Ausmaß der Ungleichheit, die Art und Weise wie Experten in einem wissenschaftlichen Netzwerk unterschiedliches Gewicht bekommen, wird einzig und allein von diesem Netzwerk selber bestimmt. So lange die Wissenschaft frei ist, hat in den Prozess des *Peer Reviewings* kein Politiker, kein sonstiger Kommentator von außen dazwischen zu funken. Kurz gesagt: Demokratie äußert sich in der Wissenschaft grundlegend anders als in einem demokratisch organisierten Staat: in der Gestalt eines freien, jedoch systematisch ungleichen (und von dieser Ungleichheit lebenden) *Peer Reviewing* Prozesses. Aber das bedeutet einfach, dass wir es hier mit zwei Unterschiedlichen *Erscheinungsformen* der Demokratie zu tun haben: der staatlichen und der wissenschaftlichen. Nur beide zusammen können eine funktionierende Demokratie garantieren. In einer Diktatur kann freie Wissenschaft bestenfalls in extrem eingeschränkter Weise existieren (sie muss per definitionem überall

dort unterdrückt und verhindert werden, wo es um die Sicherstellung der Manipulation als der zentralen Agenda jeder Diktatur geht). Umgekehrt aber kann eine Demokratie ohne starke und freie wissenschaftliche Institutionen nicht existieren.

Wie kommuniziert Wissenschaft ihre Inhalte in einer Demokratie?

Das oben erwähnte Beispiel des Klimawandels ist aus noch einem weiteren Grund wichtig. Der Beitrag der Klimawissenschaften besteht nicht darin, auf die Frage nach der Existenz des Klimawandels, eine *eindeutige* Antwort zu liefern, die den Charakter mathematischer Gewissheit hat – also so sicher ist, wie die Aussage, dass 2 plus 2 gleich 4 ist. Das Weltklima ist eine ungeheuer komplexe Angelegenheit und die Frage des Klimawandels ist für sich genommen schwer zu beantworten, noch schwerer ist die Frage zu beantworten, ob ein vorhandener Klimawandel auf Umweltverschmutzung zurückzuführen ist. Es handelt sich hier um *Hypothesen*, die mit modernsten wissenschaftlichen Methoden, Computermodellen und Analysen riesiger Datenmengen gestützt werden. Hier wie überall in den empirischen Wissenschaften geht es daher um Fragen, deren Antworten *Wahrscheinlichkeiten* ausdrücken und *Vermutungen*, keine mathematischen Gewissheiten.

Wie aber kann und soll die Klimawissenschaft ihre komplexen Resultate für ein breites demokratisches Publikum aufbereiten? Dass eine Aufbereitung notwendig ist, steht außer Zweifel. In der heutigen Wissenschaft ist die Spezialisierung so ungeheuer weit fortgeschritten, dass niemand in der Lage ist, auch nur das eigene wissenschaftliche Feld in aller Breite zu überblicken. Wissenschaftliche Texte sind in einem ausschließlich dem engeren Kreis von Experten des jeweiligen Feldes zugänglichen Fachjargon verfasst, der oft hochabstrakte mathematische und sonstige Vorkenntnisse voraussetzt. Verfassen also Klimawissenschaftler einen Report, der sich an ein breiteres Publikum wendet, dann müssen sie zwangsläufig ihre Resultate vereinfacht darstellen, um verständlich zu sein. Aber wie weit darf diese Vereinfachung gehen? Die Antwort ist eindeutig: im Grunde darf überhaupt nicht vereinfacht werden; vielmehr muss ein Weg gefunden werden, die hochkomplexen Zusammenhänge, genauso wie sie sind, für ein Publikum von Nicht-Experten nachvollziehbar zu machen.

Die Möglichkeit einer solchen Zugänglichmachung von komplexen wissenschaftlichen Inhalten muss in einer demokratischen Gesellschaft geschaffen werden, und zwar auf zwei Ebenen. Einmal muss die Bevölkerung in die Lage versetzt werden, bestimmte Inhalte zu verstehen. Ohne ein minimales Wissen über elementare Zusammenhänge der Mathematik, der Physik, der Geografie, der Biologie ist das unmöglich. Sinn der Allgemeinbildung, sofern diese eine demokratische Notwendigkeit darstellt (sie könnte ja auch anderen Zwecken dienen: dem smarten Auftreten in bestimmten gesellschaftlichen Kontexten, der späteren Ausbildung) ist es, die Zusammenhänge verstehen zu können, die wir verstehen müssen, um anstehende demokratische Entscheidungen zu fällen. Weil diese Zusammenhänge aber in einer globalisierten und ökologisch bedrohten Welt überaus komplex sind, steigen auch die Anforderungen an Allgemeinbildung. Auf der anderen Seite muss die Wissenschaft versuchen, Formate für ihre (für demokratische Entscheidungen relevanten) Inhalte zu liefern, die unter der Voraussetzung eines solchen minimalen Allgemeinwissens zugänglich sind. Dieser Kommunikationsprozess kann jedoch durchaus in mehrere Schichten zerfallen.

Den reinen Experten, ohne Öffentlichkeitsanspruch, die ihre Resultate ausschließlich in hochspezialisierten (und dem Nichtexperten völlig unverständlichen) Fachjournalen publizieren, können Wissenschaftskommunikatoren gegenüberstehen (das können natürlich grundsätzlich dieselben Leute sein, die diese zweite Aufgabe mit erfüllen), die geeignete Berichte verfassen bzw. die einschlägigen Resultate in Interviews darstellen. Dann wird in der Regel noch eine weitere Schicht erforderlich sein, um den Kontakt zur demokratischen Basis herstellen zu können: nämlich die Vermittlung des Wissens durch Journalisten und Medienproduzenten.[15]

Entscheidend ist aber, dass der gesamte so skizzierte Kommunikationsprozess die Art und Weise sichtbar macht, wie an der Quelle Wissen produziert wurde. Es geht nicht bloß darum, zu sehen, dass die Klimawissenschaft zu dem Schluss gekommen ist, dass Klimawandel stattfindet, sondern man kann diesen Schluss nur dadurch hinreichend verstehen, dass man versteht, wie er zustande gekommen ist. Würde man die Frage nach dem Klimawandel auf eine simplifizierte Ja/Nein-Antwort herunterbrechen – natürlich muss man das *auch* tun: in der politischen Argumentation, nicht aber in der Darstellung der wissenschaftlichen Fakten – dann wäre man unweigerlich in der Nähe des Klitterns von Tatsachen durch normativ-subjektive Vorlieben der „Angemessenheit". Transparenz und Vereinfachung sind keine Synonyme. Sie haben beide ihren Wert in einer demokratischen Diskussion, können aber kaum unter einen Hut gebracht werden. Einer komplizierten Welt durch die Schaffung eines Anscheines von Einfachheit die Kompliziertheit zu nehmen: das ist die Botschaft und Zielrichtung aller Demagogen.

Der Informationsauftrag der Medien

Die Wissenschaft ist gleichsam die Spitze des Eisbergs des faktenbezogenen Teils einer funktionierenden Demokratie. Die große Basis aber, das, was das demokratische Gewicht der Fakten generiert, ist in anderen Institutionen zu suchen, konkret, in den Medien. Natürlich hat die Wissenschaft eine Verpflichtung zur Öffentlichkeitsarbeit, aber auch wenn diese funktioniert wird sie die breite Bevölkerung nur über weitere Stationen erreichen, wie wir oben ausgeführt haben. Dazu kommt jedoch ein weiterer, noch viel wichtigerer Sachverhalt. Zwar erläutert die Wissenschaft, wie man Objektivität möglich machen kann, wie man Fakten generiert, aber es ist nur in ganz wenigen Ausnahmefällen (das Beispiel des Klimawandels, das wir genannt haben, ist einer davon) so, dass die Fakten, die demokratische Prozesse als Grundlage benötigen, direkt von den Wissenschaften geliefert werden. Im Gegenteil ist es (a) so, dass die Fakten, von denen die Wissenschaft redet, meistens keinerlei Relevanz für demokratische Entscheidungsprozesse haben (sondern aus ganz anderen Gründen generiert werden, die hier nichts zur Sache tun) sowie (b) die Fakten, die wirklich wichtig sind, für demokratische Entscheidungsprozesse, ihrerseits für die Wissenschaften zunächst irrelevant sind (die Wissenschaft greift diese Fakten aber unter Umständen später auf und analysiert sie in sozialwissenschaftlichen Modellen). Diese beiden Sachverhalte gemeinsam sprechen dafür, dass es andere Institutionen als die

[15] Vgl. etwa den Kinofilm *Before the Flood*, von Leonardo DiCaprio, in dem aber gerade die Kommunikation komplexer wissenschaftlicher Inhalte teils arg vereinfachend umgesetzt ist.

Wissenschaften sein müssen, die demokratischen Prozessen ihre Faktengrundlage bereitstellen.

Nicht, dass die Wissenschaften hier plötzlich irrelevant wären. Ihre Standards, Methoden und Erkenntnisse haben universelle Gültigkeit, müssen also auch von anderen Institutionen berücksichtigt werden. Objektivität ist ein Ziel, dessen Bedingungen und Möglichkeiten von den Medien als der demokratischen Kerninstitution der Faktenbeschaffung eins zu eins von den Wissenschaften zu übernehmen sind. Das mag überzogen erscheinen, aber de facto wird kein seriöser Journalist einen anderen als genau diesen Anspruch an sich stellen. Die Publizistik ist als Sozialwissenschaft institutionalisiert, die genau die Einlösung dieses Anspruches ermöglichen soll, indem sie den Umgang mit statistischen Methoden und anderen Standards wissenschaftlicher Faktenbeschaffung lehrt.

Der *Informationsauftrag* der Medien ergibt sich gewissermaßen automatisch aus dem demokratischen Tagesgeschäft. Anstehende politische Entscheidungen (Wahlen, Volksabstimmungen), aber auch alle anderen Arten von politisch relevanten Ereignissen erzeugen bei den an demokratischen Prozessen teilnehmenden Bürgern ein Bedürfnis an Information, das die Medien (gegen Bezahlung) zu befriedigen imstande sind. Auch wenn diese Seite der Faktenproduktion in einer demokratischen Gesellschaft von ungleich größerer und unmittelbarerer politischer Relevanz ist wie die tendenziell zurückgezogene Faktenproduktion der Wissenschaften und auch wenn die mediale Spielart der Faktenbeschaffung in der Regel ganz anderen (weil sehr stark marktwirtschaftlich geprägten) Gesetzen gehorcht, so sind doch die normativen Kriterien, die sich hier aus der Idee der Objektivität als solcher ergeben, exakt dieselben wie im Fall der Wissenschaft. Das wird niemand bestreiten, trotz oder gerade aufgrund der Tatsache, dass es im Bereich der Medien eine viel größere Bandbreite von Phänomenen gibt, wo von der Rechtfertigung wissenschaftlicher Ansprüche keine Rede sein kann: um den oft haarsträubenden Umgang mit Faktenaussagen, den Boulevardmedien (aber nicht nur diese) erkennen lassen, kritisieren zu können, bedarf es eines präzisen und unbestechlichen Maßstabes. Es wäre absurd, angesichts übergroßer Verletzungen wissenschaftlicher Standards, die Latte niedriger zu legen. Unsinn bleibt Unsinn, Fälschung bleibt Fälschung, egal ob diese in einem angesehenen wissenschaftlichen Journal publiziert werden oder in der *Kronen Zeitung*.

Der „Auftrag“ zur Informationsbeschaffung, von dem wir hier reden, wird nicht von einer obersten Demokratiebehörde erteilt. Er ergibt sich aus den Mechanismen demokratischer Prozesse von selber. Mit anderen Worten: genau so wie die Wissenschaft ein genuines Produkt der Aufklärung und also des Prozesses der Demokratisierung der Welt ist, sind die Medien in diesem Prozess entstanden. Keine Demokratie ohne Medien, keine Medien ohne Demokratie – zumindest so lange der Informationsauftrag in dem oben beschriebenen Sinn interpretiert wird. Auch Diktaturen benötigen Medien. Bloß wird dort der Informationsauftrag in einem völlig anderen Sinn definiert: nicht nach Kriterien der wissenschaftlichen Objektivität und des aus dem Prozess der demokratisch relevanten Ereignisse generierten Informationsbedürfnisses, sondern ausschließlich anhand des durch den Willen der Regierung definierten Bedürfnisses nach Steuerung (durch maßgeschneiderte Information).

Der Meinungsbildungsauftrag der Medien

Auch wenn der Informationsauftrag der Medien gerade in den klassischen Formen der Printmedien, Funk und Fernsehen, heute weitgehend überwiegt – gemeinsam mit einem für demokratische Prozesse kaum direkt relevanten Erfüllen von Bedürfnissen nach Unterhaltung –, so gibt es noch ein weiteres wichtiges demokratisches Bedürfnis, dem sich die Medien in einer funktionierenden Demokratie zu widmen haben: die Unterstützung bei der Meinungsbildung. Obwohl beim Bereitstellen von Information wissenschaftliche Objektivität und daher *Wertfreiheit* gefragt ist, erschöpft sich der demokratische Beitrag der Medien nicht im wertfreien Berichten. Politische Entscheidungen und Ereignisse könne (und sollen) in Medien auch *kommentiert* werden. *Meinungen* in den Medien zu artikulieren ist legitim und wichtig, weil Medien nicht zuletzt als Plattformen für demokratische Diskussion und Meinungsbildung fungieren können und sollen. Damit erhalten die Medien eine zusätzliche Rolle, die in der Wissenschaft bewusst ausgeklammert bleibt. Medien sind nur dort wertfrei, wo sie Informationen und Fakten bereitstellen. Jenseits davon, als Plattformen der Diskussion und der Meinungsbildung, haben sie das Recht und die Pflicht zur Normativität.

Politische Kommentatoren können die Rolle von intellektuellen Vordenkern übernehmen: wir kennen ihre seriöse Expertise und vertrauen ihrem moralischen Urteil, weil wir gelernt haben, dass sie mental ähnlich funktionieren wie wir selber. Das bedeutet nicht, dass wir in jedem Fall die Meinung eines Kommentators eins zu eins übernehmen. Aber wir können uns von ihr inspirieren lassen. Deshalb ist der politische Kommentar völlig zurecht genuiner Bestandteil jeder demokratischen Medienlandschaft. Die *Unabhängigkeit* und *Neutralität* von Medien ist dort ein demokratisches Gut, wo es um die Einhaltung wissenschaftlicher Standards der Informationsbeschaffung geht sowie um die *strikte Trennung* von Fakten und Interpretationen. Das bedeutet aber auch, dass überzogene Doktrinen der Neutralität tendenziell demokratiefeindlich sind. Wenn die Fakten am Tisch sind, müssen wir sie interpretieren und normativ einschätzen. Medien, die sich gänzlich der Stellungnahme enthalten, sind wichtig: Informationsagenturen erfüllen genau diese Funktion. Es wäre aber äußerst beunruhigend, wenn sich Zeitungen und andere Medien der Interpretationskultur verweigern und keine Kommentare mehr abgeben würden. Genau aus diesem Grund sind auch *Parteizeitungen* und andere Arten von einer bestimmten Weltanschauung verpflichteten Medien – also etwa einschlägige Fernseh- und Radiosender, Blogs und Facebook-Seiten – wichtige Aspekte der demokratischen Meinungsbildung. Sie sind identitätsstiftend und haben bloß den – oft allerdings schwerwiegenden – Nachteil einer Tendenz zur Herausbildung von isolierten Informations- und Meinungsinseln. Im Prinzip wäre aber auch das kein schwerwiegendes Problem, wenn es nicht regelmäßig einherginge, mit dem Verbreiten von falschen Informationen. *Polarisierung* ist grundsätzlich kein Problem für eine Demokratie. Eher im Gegenteil: solange man friedlich agiert und bestimmte Regeln akzeptiert, kann im Grunde die demokratische Kultur nur profitieren, von der Entstehung starker Meinungskonflikte und stark gegensätzlicher politischer Programme. Der Grund, dass die heute sehr weit verbreiteten weltanschaulich gefärbten Blogs und Facebook-Seiten eine echte Gefahr für die Demokratie darstellen liegt so auch weniger in den dort verbreiteten

Meinungen (sofern diese nicht offen antidemokratisch oder verhetzend sind), sondern in den dort verbreiteten Falschmeldungen und Verschwörungstheorien.

Medien müssen also nicht zwangsläufig überparteilich sein. Auch mag die Überparteilichkeit oft nicht viel mehr als eine Marketingstrategie sein: Boulevardmedien pflegen diese Strategie, gemeinsam mit einer zweifelhaften Kultur der Kommentare, die weniger die subjektive Meinung des Kommentators wiederspiegeln als die vermutete Tendenz, vielen Lesern „aus der Seele zu sprechen". Wenn seriöse Medien Unabhängigkeit und Überparteilichkeit für sich in Anspruch nehmen, dann hat das dennoch gute demokratische Gründe. Es geht darum, eine breite Plattform zu bilden, in der sich möglichst viele unterschiedliche Gruppen und Weltanschauungen zusammenfinden und so Diskussion anstelle von bloßer Identitätsstiftung zu fördern. Kommentare sind dann in der Regel sehr heterogen ausgerichtet, vor dem Hintergrund einer neutralen und weltanschaulich offenen „Blattlinie". (Dennoch ist es legitim, wenn solche Medien in bestimmten Extremfällen von ihrer neutralen Linie abweichen: wenn etwa die *New York Times* im Wahlkampf 2016 offen Hilary Clinton unterstützt hat oder auch das österreichische *Profil* den Präsidentschaftskandidaten Alexander Van der Bellen, dann deshalb, weil sie in einem Wahlsieg des jeweiligen Gegenkandidaten eine Bedrohung der Demokratie und der Meinungsfreiheit gesehen hätten. Diese Vorgangsweise entsprang also offenbar direkt aus dem Selbstverständnis dieser Medien als demokratische Institutionen.)

Wie viel Sozialstaat ist Voraussetzung für Demokratie?

Wohlstand ist kein demokratisches Grundrecht, ebenso wenig wie Gleichheit oder Umverteilung. Ob eine Demokratie sozialistisch organisiert ist oder kapitalistisch, solidarisch oder neo-liberal ist eine Frage des demokratischen Entscheidungsprozesses, keine dieser Eigenschaften spricht a priori für die An- oder Abwesenheit von Demokratie. Dennoch gibt es ein Minimum an Sozialleistungen, die eine Demokratie gewährleisten sollte, um ihr Funktionieren zu ermöglichen. Das heißt, im Umkehrschluss, dass eine Demokratie *ohne* Sozialstaat kaum möglich wäre. Eine extreme Form des Liberalismus, die Steuern abschafft und in der sich der Staat, wie im 19. Jahrhundert, auf eine rein organisatorische Funktion beschränkt, wäre ohne Zweifel eine ultimative Bedrohung von Demokratie (und ist auch einer der Gründe, warum sich im 19. Jahrhundert Demokratie nicht wirklich ausbreiten konnte). Grund dafür ist einfach, dass man nur dann am demokratischen Entscheidungsprozess teilnehmen kann, wenn man ein Mindestmaß an Bildung, Gesundheit und sozialer Absicherung genießt. Diese Mindeststandards zu garantieren ist damit durchaus eine Schlüsselaufgabe der Demokratie. Wo genau diese Mindeststandards liegen ist eine Frage, die nur der demokratische Entscheidungsprozess selbst beantworten kann, aber es ist naheliegend, Zusammenhänge in etwa so aufzustellen:

Analphabetismus ist in jedem Fall ein Problem für die Demokratie. Aber auch bloße Grundkenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen, wie man sie in den ersten vier Jahren Grundschule erwirbt, reichen kaum aus. Man muss, wie oben ausgeführt, im Prinzip in der Lage sein, über Fragen von hinreichender Komplexität nachdenken zu können, um am demokratischen Entscheidungsprozess aktiv teilnehmen zu können. Je komplexer die politische Weltlage wird, desto größer werden diese Anforderungen. Heute kann kaum ein

Zweifel bestehen, dass weniger als eine zwölfjährige Schulausbildung mit abschließender Hochschulreife kaum ausreichen kann, um alle anstehenden politischen Fragen hinreichend klar analysieren zu können. Die Latte liegt hier also überaus hoch, was die Fortschritte in den letzten Jahrzehnten teilweise kompensiert. Der Anteil der Bevölkerung mit lediglich Grundschulabschluss hat sich seit der Zwischenkriegszeit stark verringert, von damals etwa 80 Prozent auf heute kaum mehr als 20 Prozent. Die Bevölkerungsgruppe mit Hochschulreife hat sich dagegen stark vergrößert, von ungefähr 5 Prozent auf etwa 30 Prozent. Dieser letzte Anteil liegt heute schon bei den Jugendlichen bei an die 50 Prozent, im Prinzip müsste man aber anstreben, ihn an die neunzig oder hundert Prozent zu steigern (Berufsausbildungen können auch nach erlangter Hochschulreife gemacht werden).

Der zweite große Aspekt von minimalen Sozialleistungen, die ein funktionieren der Demokratie ermöglichen, betrifft eine Vielzahl von Maßnahmen zur Verhinderung von Armut und Elend: Grundsicherung, Arbeitslosengeld, Krankenversicherung, Altersvorsorge. Natürlich kann eine Gesellschaft beschließen, einzelne dieser Aspekte oder auch alle nicht gesetzlich zu garantieren und wird dadurch nicht automatisch zur Diktatur. Das Problem ist nur, dass in einem stark mangelhaften Sozialsystem (wie es beispielsweise in den USA zu finden ist) fast zwangsläufig große Gruppen von Verlieren entstehen, die, mangels Bildung und mangels Perspektive nicht an demokratischen Prozessen teilnehmen oder auch den Staat insgesamt ablehnen.

Mangelhafte Sozialsysteme sind also eine Gefahr für die Demokratie. Wir werden auf diese Zusammenhänge unten noch zurückkommen. Hier sollte nur der grundsätzliche Punkt hervorgehoben werden, dass Demokratie und Sozialstaat kaum weniger miteinander verknüpft sind wie Demokratie und Wissenschaft, auch wenn man hier natürlich Einwände erheben könnte. Ein Einwand könnte sein, dass es in der Verantwortung des Einzelnen liegen muss, beispielsweise für seine Altersvorsorge zu sorgen. Es gibt hier sicher einen Spielraum. Und kaum eine einzelne Maßnahme, die man in den best-organisierten Sozialstaaten der Welt (also in Westeuropa) findet ist so in Stein gemeißelt, dass ihre Abschaffung automatisch zu einem Verfall der Demokratie führen muss. Das ist deshalb so, weil es hier ja um ziemlich indirekte Zusammenhänge geht. Natürlich ist die Teilnahme an demokratischen Prozessen jedem frei gestellt. Man muss nicht zur Wahl gehen (bzw. wäre ein entsprechend ausgeübter Zwang kaum sinnvoll), man muss auch nicht über politische Probleme nachdenken. Bürger einer Demokratie haben sozusagen das Recht auf Selbst-Ausschluss. Bloß muss die Demokratie jedem die Chance geben, den anderen Weg gehen zu können. Und das setzt vor allem ein recht hohes Maß an Bildung voraus. Schafft man Strukturen sozialen Elends, in denen sozialer Aufstieg nahezu unmöglich ist und der Zugang zu Bildung mit großer Sicherheit verwehrt bleibt, dann handelt man diesem Grundsatz entgegen. Es genügt also nicht alleine, Schulen zu bauen. Man muss auch versuchen, die Bevölkerung mehrheitlich in eine Lage zu bringen, wo es realistisch wird, dass Kinder auch tatsächlich das Schul-Angebot ergreifen. Mit anderen Worten: wenn die zufälligen Verhältnisse der Geburt über den Zugang zur Bildung entscheiden, dann handelt es sich um eine in diesen Belangen *fragmentierte* Demokratie (mehr zu diesem Begriff weiter unten), die Teile der Gesellschaft ausschließt.

Kann (und wird) sich die Demokratie selber abwählen?

Angesichts der Entwicklungen in Deutschland schrieb Hans Kelsen 1932 eine leidenschaftliche „Verteidigung der Demokratie“, die jedoch zu dem ernüchternden Schluss kam, dass sich Demokratie nur selbst erhalten und bewahren kann. Demokratie funktioniert genau so lange wie eine Mehrheit der Bürger Demokratie wünscht. *„Eine Demokratie, die sich gegen den Willen der Mehrheit zu behaupten, gar mit Gewalt zu behaupten versucht, hat aufgehört, Demokratie zu sein.* Eine Volksherrschaft kann nicht gegen das Volk bestehen bleiben.“[16] Das ist eine Tautologie. Aber, was soll man tun, als Anhänger der Demokratie, wenn diese bedroht ist? „Man muß seiner Fahne treu bleiben, auch wenn das Schiff sinkt; und kann in die Tiefe nur die Hoffnung mitnehmen, daß das Ideal der Freiheit unzerstörbar ist und daß es, je tiefer es gesunken, um so leidenschaftlicher wieder aufleben wird.“ (ebd.)

Kelsen hatte recht: nach 1945 erreichte die Demokratie in Westeuropa (wenn auch langsam: siehe unten) ihr weltgeschichtlich höchstes Niveau. Es bleibt aber festzuhalten, dass Demokratie ihre Selbstaufhebung nicht verhindern kann. Was sie bloß tun kann, ist, alles daran zu setzen, dass die Bevölkerung nicht den Glauben an die Demokratie verliert und Zuflucht in der Demagogie sucht. In der Demokratie über Strategien nachzudenken, wie die Demokratie erhalten bleiben kann, wie man Bedrohungen der Demokratie begegnen kann, ist ebenso legitim wie notwendig. Abwesenheit eines solchen Nachdenkens könnte wohl ein Indiz dafür sein, dass eine Demokratie auf der sicheren Seite ist, es könnte aber auch dafür sprechen, dass sie sich bereits am absteigenden Ast befindet.

Niemand bestreitet, dass die Demokratie heute bedroht ist und gerade in den Staaten, wo sie ihr höchstes Niveau erreicht hat, am Rande der Selbstabschaffung steht, indem Parteien, die eben diese zum Programm gemacht haben, teils in die Nähe der absoluten Mehrheit gelangen. Ist *heute* also die Demokratie in einem *schlechteren* Zustand als nach 1945, wo jahrzehntelang nicht der geringste Zweifel an demokratischen Strukturen hörbar geworden ist? Die Antwort auf diese Frage ist mit großer Sicherheit: Nein. Nach 1945 wurde, auf Betreiben der Siegermächte, in Deutschland und Österreich, die Demokratie installiert und sie wurde ohne Zweifel von der Mehrheit gewollt: vor allem von den Eliten, die sie politisch repräsentiert haben, aber auch von den einzelnen Bürgern. Dass manche nicht aufhörten, einen „kleinen Hitler“ als Problemlöser herbeizusehnen, ändert daran wenig. Dennoch wurde hier ein System von der breiten Mehrheit unterstützt, das nur einen sehr geringen Spielraum an demokratischer Beteiligung vorsah. Entscheidungen wurden hinter verschlossenen Türen getroffen und durften von den Bürgern legitimiert werden: eine eher *zirkuläre* Form von Demokratie.

Das nach 1945 installierte politische System war, anders ausgedrückt, zwar jahrzehntelang ausgesprochen *stabil*, ohne dabei jedoch demokratisch besonders hochwertig gewesen zu sein. Bis zu den ersten großen Bürgerinitiativen in den 1960er- und 1970er-Jahren, von der Studentenbewegung, zur Öko- und Friedensbewegung, beschränkte sich die Bürgerbeteiligung auf das Abnicken von Regierungen. Die Informationen, die über die politischen Vorgänge geboten wurden, waren unzulänglich. Kritische Medien gab es bis in

[16] Kelsen, *Verteidigung der Demokratie,* 237.

die 1970er-Jahre kaum. Zeitungen und Fernsehen lieferten Hofberichterstattung, ohne große kritische Untertöne. Der Alltag war grau und öde, die Gesellschaft von einer extremen Obrigkeitshörigkeit gekennzeichnet. Die Wissenschaft lag am Boden und konnte sich von dem Aderlass durch die „Emigration der Vernunft“ (vor allem in Österreich) nur sehr langsam erholen.

Seit den 1970er-Jahren hat sich an dem ursprünglich eher traurigen Zustand der Demokratie in Österreich und Deutschland jedoch vieles gebessert. Neue Parteien traten auf die Bildfläche, engagierte Medieninstitutionen wurden gegründet, kontroversielle Themen (Nazi-Vergangenheit, Abrüstung, Atomkraft) wurden diskutiert. Aus einer statischen Gesellschaft, deren Demokratie eher pro forma funktionierte, wurde eine dynamische Gesellschaft, mit umfassender Bürgerbeteiligung. Die heutige Gefährdung der Demokratie ist ein Produkt dieser Dynamisierung der Gesellschaft, daran kann kein Zweifel sein. Aber es wäre völlig falsch, dies zum Anlass zu nehmen und die Dynamisierung als solche zu kritisieren bzw. den vorhergegangenen Zustand herbeizusehnen.

Wie sehr hier Licht und Schatten zusammenspielen (und insgesamt eine Tugend der Kontraste etablieren, die wir nicht geringschätzen sollten) zeigen zwei Ereignisse aus der österreichischen Geschichte besonders markant. Einmal die Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten im Jahr 1986. Dem Slogan „Jetzt erst Recht“ folgend hatte die Mehrheit der Bevölkerung den „Pflichterfüller“ Waldheim zum Präsidenten gemacht.[17] Aber diese für sich genommen unerfreuliche Episode führte nicht nur zum Aufstieg Jörg Haiders und der Etablierung einer ebenso selbstbewussten wie antidemokratischen politischen Restaurationsbewegung, mit der wir uns bis heute herumschlagen (mit immer noch steigendem Gefährdungspotential). Sie führte auch zu einer breiten Auseinandersetzung mit der österreichischen Geschichte, zu Versuchen der „Vergangenheitsbewältigung“, zu kritischen Stellungnahmen von Politikern wie Franz Vranitzky zur Rolle Österreichs im Nationalsozialismus, zur Zurückweisung der These, Österreich sei ein „Opfer“ des Nationalsozialismus gewesen, kurz, zu einer massiven Mobilisierung demokratischer Potentiale. Die zweite Episode, auf die man hier verweisen kann, ist die jüngst geschlagene Bundespräsidentenwahl des Jahres 2016, bei der am Ende der Kandidat der Grünen gegen den FPÖ-Kandidaten gewonnen hat. Auch hier wurde einerseits das enorme Potential der antidemokratischen Bewegung der FPÖ sichtbar, die es immerhin schaffte, fast 50 Prozent der Bevölkerung zu mobilisieren, andererseits aber führte die Wahl zu einer seit 1945 nicht dagewesenen Politisierung der Gesellschaft. Egal ob man für oder gegen Hofer war, man war bereit, diese Haltung intensiv zu verteidigen und andere zu überzeugen zu versuchen. Besonders stark war diese Bereitschaft zum Engagement eindeutig bei den Anhängern des Grünen Kandidaten Alexander Van der Bellen: sie war letztlich dafür verantwortlich, dass Van der Bellen am Ende doch gewonnen hat. Und das gibt Hoffnung. Die Dynamik bedeutet eine insgesamt stärkere Auseinandersetzung mit Politik. Das lässt negative Kräfte frei werden, aber auch (in vielleicht noch stärkerem Maß) positive.

Es gibt also, in der gegenwärtigen Situation der Demokratien des Westens, viel Anlass zu Sorge und Beunruhigung, aber genau so viel Anlass zu Optimismus und Zuversicht. Es gibt

[17] Vgl. http://wiev1.orf.at/stories/200075, abgerufen am 15.05.2017.

keinen Grund, vergangene Zustände herbeizusehnen. Dennoch. Die Demokratie kann sich abwählen. Das ist so und wird immer so sein und noch nie seit 1933 waren Länder der westlichen Welt so nahe daran, dass es tatsächlich passiert.

Wehrhafte Demokratie

Das Gegenteil einer wehrhaften Demokratie ist eine wehrlose Demokratie. Eine Demokratie, die sich nicht mehr gegen ihre Feinde verteidigt, hat sich selbst aufgegeben. Nach 1945 hat man deshalb zurecht großen Wert auf demokratiesichernde Maßnahmen gelegt. Eine starke Verfassung und ein starkes unabhängiges Verfassungsgericht ist eine dieser Maßnahmen gewesen, Gesetze zum Verbot des Nationalsozialismus und anderer totalitärer Strömungen eine andere. Ob diese beiden Maßnahmen tatsächlich funktionieren kann heute (und zwar nicht erst nach dem gescheiterten Verbot der NPD in Deutschland) angezweifelt werden. Feinde der Demokratie treten, in dem durch derartige Maßnahmen geschaffenen Umfeld, wenn sie schlau sind, so auf, dass sie diese Mechanismen umgehen. Keine der heutigen antidemokratischen Parteien, von der FPÖ bis zur AfD, sagt offen, dass sie eben das ist, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil sie durch ein offenes Bekenntnis ihr eigenes Verbot herbeiführen würde (das gilt zumindest in Deutschland und Österreich: in anderen Staaten sind populistische Parteien denn auch offensiver). Das heißt, man hat, aufseiten der Feinde der Demokratie, effiziente Mechanismen gefunden, verfassungsmäßige Sicherheitsnetze und Verbotsgesetze elegant zu umgehen bzw., wie im Fall der Annullierung der Bundespräsidentenwahl in Österreich 2016, den Verfassungsgerichtshof geradezu gegen die Demokratie selber zu instrumentalisieren. Gegen eine verfeinerte Kultur der populistischen Aushebelung von Demokratie sind die starken Verfassungen unserer „wehrhaften Demokratien“, so scheint es, nicht bloß hilflos, sie können im Extremfall zu Waffen in den Händen der Feinde mutieren. Das soll nicht heißen, dass man jetzt an den in Österreich und Deutschland geschaffenen verfassungsmäßigen Voraussetzungen etwas ändern sollte, um sich von Instrumentalisierungen der Verfassung durch Rechtspopulisten zu schützen. Das wäre wohl eher absurd. Wohl aber haben wir uns von diesen Instrumentarien schlicht wenig zu erhoffen, im Kampf gegen subtile Anfechtungen der Demokratie.

Natürlich garantiert ein wie in Deutschland mit einem bestimmten moralischen Auftrag ausgestatteter und langjährig installierter Verfassungsgerichtshof eine gewisse *Stabilität*. Verfassungsrichter werden in Deutschland für 12 Jahre von Bundestag und Bundesrat gewählt, jeweils mit Zwei-Drittel-Mehrheit. So lange also im Parlament ein demokratischer Grundkonsens herrscht, wird sich dieser im Verfassungsgericht spiegeln. Auch ein kurzfristiges Abdriften des Parlamentes von diesem Grundkonsens könnte so vom Verfassungsgericht teilweise abgefedert werden. Aber genau diese Stabilität könnte auch in die genaue Gegenrichtung wirken. Setzt sich ein anti- oder post-demokratischer Ton durch, so könnte das zu einer schrittweisen Umkehrung der Ausrichtung des Verfassungsgerichtshofes führen, dessen Stabilität dann nicht mehr die Demokratie, sondern ihr Gegenteil nachhaltig schützen würde (der nachgerade absurde Glaube an die Macht absoluter Werte, der sich ohne Zweifel in der Konstruktion des deutschen Verfassungsgerichtshofes ausdrückt, würde so in brutaler Weise ad absurdum geführt). Wie man es immer drehen und schieben mag: eine Demokratie ohne Unterstützung durch eine

Mehrheit der Bürger kann nicht weiterbestehen, da helfen auch keine verfassungsmäßigen Tricks. Anders ausgedrückt: *wenn* die verfassungsmäßig stabilisierte Demokratie in Deutschland gut funktioniert und dies vermutlich auch weiterhin tun wird, dann deshalb, weil sie die Überzeugungen der Bürger und Volksvertreter repräsentiert.

Neben den verfassungsmäßigen Instrumentarien wurden aber nach 1945 eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Sicherung der Demokratie etabliert, die nicht weniger Teil des Konzepts einer wehrhaften Demokratie sind (auch wenn sie meist nicht unter diesem Titel firmieren), und von denen man sagen kann, dass grundsätzlich gut funktionieren. Anders als die zuvor beschriebenen *negativen* Strategien der gesetzlichen Verfolgung von Gegnern der Demokratie, sind diese erfolgreicheren Ansätze als *positive Maßnahmen* konzipiert, die das Aufkeimen von antidemokratischem Denken von Vornherein verhindern sollen. Zu diesen positiven Maßnahmen ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk zu rechnen, als Instanz der Meinungsvielfalt und des institutionalisierten demokratischen Informationsauftrages (wir werden unten noch mehr darüber sagen). Vor allem aber sind hier im Grunde alle Spielarten des Sozialstaates und der Umverteilung hineinzurechnen. Progressive Steuersätze, Altersvorsorge gemäß Generationenvertrag, freier Zugang zur Bildung, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Sozialhilfe, kommunaler Wohnbau: alles Maßnahmen, die nach 1945 in Westeuropa in welthistorisch einzigartiger Weise etabliert worden sind, und zwar nicht nur von sozialdemokratischen Regierungen.[18] Das Motiv für die Etablierung starker Sozialstaaten, das konservative Politiker wie Adenauer, De Gaulle, Figl und Raab antrieb, war die Idee, dass der Nationalsozialismus ein Produkt von Elend und Arbeitslosigkeit gewesen ist und dass genau diese Faktoren zu verhindern sind, um ein Wiedererstarken totalitärer Denkweisen zu verhindern.

Die Menschenrechte, Völkerrecht und die globale Demokratie

Das vielleicht faszinierendste und charakteristischste Produkt der Aufklärung ist die Idee der Menschenrechte. Die Deklaration der Menschenrechte wurde zwar erst 1948 von den Vereinten Nationen kanonisch festgeschrieben. Die Grundgedanken dieser Deklaration gehen aber auf die Grundrechte der amerikanischen Bundesverfassung und die französische Menschenrechtsdeklaration zurück, die beide 1789 formuliert worden sind.

Die Menschenrechte sind ein *Katalog von Werten*. Sie haben nicht den Status von einklagbaren Grundrechten, wohl aber definieren sie eine Übereinkunft, der sich so gut wie alle Staaten der Welt grundsätzlich anschließen und die zusätzlich im Völkerrecht verankert ist, mittels dessen schwerwiegende Verstöße gegen die Menschenrechte geahndet werden können.

[18] Vgl. das Standardwerk zur Geschichte der Sozialsysteme in den Ländern der westlichen Welt Peter H. Lindert, *Growing Public. Social Spending and Economic Growth Since the Eighteenth Century (Volume 1)*, Cambridge: Cambridge University Press, 2004. Die Grafiken auf S. 14 zeigen die grundsätzlichen Entwicklungen. Für soziale Maßnahmen wurden bis 1930 nur höchstens ein bis drei Prozent des BIP ausgegeben. Nach 1945 sind diese Werte rasch angestiegen. Sie lagen um 1960 überall zwischen 5 und 15 Prozent des BIP und haben um 1980 ein Niveau von 20 bis 30 Prozent in Westeuropa bzw. 10 bis 15 Prozent in den USA, Japan und Australien erreicht. Auf diesem Niveau sind diese Ausgaben seither überall relativ konstant geblieben. (Es hat also insbesondere auch die neoliberale Wende hier zu keinem dramatischen Rückgang geführt.)

Ein Katalog von Werten also, der von Menschen für Menschen geschaffen wurde, der sich aber dadurch auszeichnet, dass er im Prinzip überall anerkannt ist. Es ist dies eine Philosophie, die jeder kennt und jeder teilt, nicht, weil sie von philosophischen Halbgöttern „bewiesen" wurde, sondern weil es sich um einen Vorschlag handelt, der sich durchgesetzt hat, ohne nennenswerte Beteiligung der Philosophie. Die Menschenrechte zeigen, dass das was die Menschheit an Moralphilosophie benötigt nicht in abstrakten Exkursen über absolute Werte besteht, sondern in demokratischen Kompromissen über konkrete Wertsysteme. Die Menschenrechte sind, in gewissen Grenzen (es fehlen die Tierrechte und die Rechte der Natur: Standards über die Erhaltung des Ökosystems), *alles das an Philosophie was die Menschheit braucht*.

Zwar gibt es überall Verstöße gegen die Menschenrechte, aber man wird, außerhalb dezidierter „Schurkenstaaten", die Politiker vergebens suchen, die sich nicht letztlich zähneknirschend auf ein Bekenntnis zu den Menschenrechten festnageln ließen. Im Grunde genommen fungieren die Menschenrechte damit als eine, wenn auch letztlich nur informell gültige, jedoch universell akzeptierte, globale Verfassung. Sie etablieren so etwas wie den *Grundkonsens einer* (in den Köpfen der Menschen, empirisch, nicht transzendental errichteten) *globalen Demokratie*.

Was aber kann ein solcher, ideell überaus mächtiger, jedoch formal nur auf dem Umweg über das Völkerrecht einklagbarer Kanon von Werten und ideellen Rechten, zur Integrität und Persistenz existierender Demokratien beitragen? Ungeheuer viel, weil es sich eben um einen Kanon handelt, den im Grunde *jeder* akzeptiert (einschließlich derer, die ihn verletzen), nicht nur jeder Staat, sondern auch alle Bürger aller Staaten, egal welche politische Überzeugung sie nun vertreten mögen. Die Menschenrechte sind genau in ihrer nicht-formalen Gültigkeit stark. Auch wenn die Menschenrechte ununterbrochen mit den Füßen getreten werden, in jedem Land der Welt, so hört es niemand gern, dass man ihm eben dies vorhält. Dadurch werden die Menschenrechte zu einem mächtigen Instrument der Durchsetzung von Demokratie, und zwar auf der Ebene der Kommunikation von Mensch zu Mensch, der Diskussion, der medialen Aufklärung. Zwar wird es wohl eine Minderheit geben, die etwa die Hasstiraden des Kolumnisten der *Kronen Zeitung* Michael Jeannée gegen *Amnesty International* gutheißt,[19] aber wenn populistische Parteien darauf angewiesen wären, ihre Anhängerschaft aus Unmenschen zu rekurrieren, dann wären sie absolut chancenlos: deshalb berufen auch sie sich (wenn auch wenig überzeugend) auf die Menschenrechte. So ist anzunehmen, dass in Staaten wie Österreich, wo an die 50 Prozent der Bevölkerung mit populistischen Parteien sympathisieren, der Großteil dieser Sympathisanten auf keinen Fall grundsätzlich gegen die Demokratie oder gegen die Menschenrechte ist. Ganz im Gegenteil teilen diese Staatsbürger offensichtlich in der großen Mehrheit die Grundwerte der Demokratie *und* die Menschenrechte und sie wählen insofern, könnte man sagen, die FPÖ *bloß irrtümlich*. Diese Annahme gilt es festzuhalten und als vielleicht wichtigste Waffe im Kampf gegen die Feinde der Demokratie immer bereit zu haben.

[19] Siehe beispielsweise http://derstandard.at/2000026495036/Amnesty-vsJeannee-Krone-muss-Gegendarstellung-veroeffentlichen, abgerufen am 15.05.2017.

Vor allem ist mit den Menschenrechten natürlich überall dort zu argumentieren, wo rezent geforderte Maßnahmen offensichtlich im eklatanten Wiederspruch dazu stehen. Das Aussperren von Flüchtlingen „unmoralisch“ zu nennen ist wenig zielführend: Um welche Moral geht es? Müssen Deine Werte auch meine sein? Zu sagen, dass eine solche Maßnahme gegen die Menschenrechte verstößt, ist viel besser, weil es nicht bloß einen Werteverstoß reklamiert, sondern einen Verstoß *gegen genau diejenigen Werte, die wir alle teilen*.

Sind wirklich alle für die Menschenrechte?

Datenmaterial, das obige Behauptungen belegt, existiert wenig, jedoch gab es 2015 in Großbritannien den beispiellosen Fall, dass die Regierung von David Cameron den Vorschlag machte, nach den nächsten Wahlen die Menschenrechtserklärung durch einen „British Bill of Rights“ zu ersetzen. Eine Umfrage von *Amnesty International* zu eben diesem Thema lieferte durchaus aussagekräftige Rückmeldungen.[20] 78 Prozent der Bevölkerung waren der Auffassung, dass Rechte, Gesetze und Schutzmaßnahmen für jeden gleich gelten sollten, 11 Prozent dagegen, 10 Prozent unentschieden (ergibt [88] Prozent dafür und [12] Prozent dagegen, wenn man die Unentschiedenen unberücksichtigt lässt]. 67 [78] Prozent teilten die Meinung, dass Menschenrechte für alle gelten sollten und von Regierungen daher nicht selektiv geändert werden dürfen, 18 [22] Prozent waren dagegen, 15 Prozent unentschieden. Zwar mag es beängstigend erscheinen, dass hier immerhin 18 bzw. 11 Prozent offensichtlich der Auffassung sind, man könne (national) an Menschenrechten herumschrauben. Es scheint jedoch naheliegend, dass auch in dieser Gruppe nur eine Minderheit der Auffassung wäre, man müsse bestimmte Menschenrechte einfach abschaffen. Am ehesten gilt dies für die Todesstrafe: 16 Prozent der befragten waren der Auffassung, ein eventueller „British Bill of Rights“ sollte das Verbot der Todesstrafe nicht mehr beinhalten. Bei den anderen 15 genannten Rechten aus der Menschenrechtserklärung waren nur jeweils zwischen 4 und 8 Prozent der Auffassung, man solle sie in einen „British Bill of Rights“ nicht mehr aufnehmen. Das heißt, selbst die Minderheit von 18 Prozent, die für einen „British Bill of Rights“ wäre, würde in diesen (vielleicht mit Ausnahme der Todesstrafe) praktisch dieselben Rechte aufnehmen wollen, die auch in der Menschenrechtskonvention stehen.

In einer Umfrage von 2014 durch „YouGov“ zeigte sich aber auch eine starke Skepsis der britischen Bevölkerung gegenüber den Menschenrechten.[21] Es wurde die Frage gestellt, ob Menschenrechte tatsächlich existieren (es gibt Rechte, die alle Menschen haben, einfach weil sie Menschen sind) oder ob Menschenrechte nicht wirklich existieren (keine bestimmten Rechte sollten allen Menschen zu allen Zeiten gegeben werden). Nur 58 Prozent der Bevölkerung stimmten hier für die Existenz von Menschenrechten, 26 Prozent dagegen. Allerdings war der Anteil bei den Liberaldemokraten (83 Prozent dafür, 13 Prozent dagegen) und den Labor-Wählern (68 Prozent dafür, 18 Prozent dagegen) wesentlich höher als bei den Konservativen (50 Prozent dafür, 37 Prozent dagegen) und bei UKIP (41 Prozent dafür, 46

[20] http://www.comresglobal.com/polls/amnesty-international-human-rights-poll/, abgerufen am 15.05.2017.
[21] https://yougov.co.uk/news/2014/07/20/scepticism-about-human-rights-well-echr/ , abgerufen am 15.05.2017.

Prozent dagegen). Diese Zahlen sind wichtig, weil sie zeigen, dass unter Populisten (hier: UKIP) offensichtlich weniger als die Hälfte an die Menschenrechte glaubt. Das ist einerseits deprimierend, andererseits gibt es aber auch Hoffnung. Wenn man immerhin noch *fast die Hälfte* der Populisten auf die Menschenrechte festnageln kann (so diese Zahlen repräsentativ sind), dann ist zumindest bei dieser Gruppe noch nicht Hopfen und Malz verloren.

In Österreich wurde 2010 von der „Initiative Menschenrechte jetzt" eine Umfrage durchgeführt, in der die Meinung über das Ausmaß der Achtung der Menschenrechte erhoben wurde.[22] 71 Prozent waren der Auffassung, die Menschenrechte würden in Österreich sehr oder eher stark berücksichtigt, 73 Prozent fanden, man solle in Österreich mehr auf Menschenrechte achten (17 Prozent dagegen, 4 Prozent egal, 6 Prozent unentschieden). Bemerkenswert ist bei dieser Umfrage auch, dass zwar Rechte wie das auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person, auf Gesundheitsversorgung, Soziale Sicherheit, Gleichbehandlung von mindestens zwei Drittel der Bevölkerung als „besonders wichtig" eingestuft wurden. Nur 34 Prozent hielten das Recht auf politische Partizipation für „besonders wichtig", nur knapp ein Viertel das Recht auf Minderheitenschutz, auf Asyl sowie das Versammlungsrecht. Auch gab nur knapp ein Drittel der Befragten an, das Recht auf Minderheitenschutz und das Recht auf Asyl überhaupt zu kennen. Die Wahrnehmung der Menschenrechte ist also teils selektiv, teils gibt es ein Informationsdefizit darüber, was genau überhaupt Menschenrechte sind.

Keine dieser Umfragen hat den Charakter einer direkten Frage der Art „Sind sie für die Einrichtung der internationalen UNO Menschenrechtskonvention oder finden sie, dass jedes Land über Menschenrechte selber nachdenken und diese selber festlegen sollte?" Allerdings kommt die „YouGov" Umfrage dem nahe. Bedenkt man andererseits die Ergebnisse der Umfrage von „Amnesty International", dann liegt es nahe, dass man in Großbritannien (bzw. bei UKIP) zwar die Menschenrechte selber festlegen will, aber letztlich in diese Eigendefinition erst recht wieder ungefähr dasselbe hineinschreiben würde wie in die UNO Konvention. Es scheint hier ein Hauch von britischem Imperialismus mitzuschwingen, der in Westeuropa kaum ein Gegenstück hat. Zumindest kann man von den britischen Umfragen nicht automatisch schließen, dass auch in Westeuropa mehr als die Hälfte der Populisten die Menschenrechte ablehnt. Tragfähigere Zahlen wären hier wichtig. So hat die FPÖ zwar 2015 angekündigt, ein Volksbegehren zur Einrichtung einer „Österreichischen Menschenrechtskonvention" anzustrengen,[23] dazu ist es aber bislang nicht gekommen. Vielleicht deshalb, weil ein viel zu geringer Anteil der FPÖ-Wähler tatsächlich gegen die Menschenrechte ist?

Nach allem was man mit moderater Spekulation den obigen Zahlen entnehmen kann ist anzunehmen, dass im Grunde nur ein winziger Teil der Bevölkerung (in westlichen Ländern) die Menschenrechte rundheraus ablehnt: vielleicht fünf oder zehn Prozent (sieht man von einer gelegentlich bei einer größeren Gruppe zu findenden Sympathie für die Todesstrafe

[22] https://www.bizeps.or.at/umfrage-ergibt-menschenrechte-mehr-achten/, abgerufen am 15.05.2017.
[23] http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20150823_OTS0023/asyl-kickl-fpoe-fordert-aenderung-der-menschenrechtskonvention-statt-oevp-scheinloesungen, abgerufen am 15.05.2017.

ab). Dass auch das Recht auf Asyl und das Recht auf Minderheitenschutz Menschenrechte sind, ist vielleicht noch nicht überall durchgedrungen. Dennoch scheint letztlich (und entgegen den Zahlen zu UKIP in der zitierten Umfrage) die Mehrheit der potentiellen Unterstützer populistischer Parteien gleichzeitig *für* die Menschenrechte zu sein. Diese fundamentale Aporie könnte eine der wichtigsten Waffen gegen den Populismus in seiner Gesamtheit darstellen (wir kommen unten noch darauf zurück).

Menschenrechte als demokratische Grundwerte: eine kognitivistische Sicht?

Auf den ersten Blick ist die in den vorangegangenen Abschnitten entwickelte Anschauung über Demokratie und Menschenrechte nur schwer mit der nonkognitiven Grundhaltung vereinbar, die wir als Quintessenz demokratischen Denkens beschrieben haben. Wenn in einer Demokratie normative Entscheidungen immer zur Disposition stehen und wenn die Demokratie selber dem demokratischen Entscheidungsprozess zugänglich ist: wäre es dann nicht geradezu absurd, die Demokratie gleichzeitig mit demokratischen Grundwerten zu assoziieren? Schaffen wir, indem wir die Menschenrechte so eng mit Demokratie verbinden, nicht einen Kognitivismus durch die Hintertüre? Es gibt zwei Gründe, die dafür sprechen, dass dies nicht der Fall ist, dass also eine starke Verbindung zwischen Menschenrechten und Demokratie durchaus im Einklang mit der nonkognitivistischen Grundhaltung ist.

Erstens ist Demokratie für sich genommen schon eine Art Grundwert, aus dem vieles wenn nicht alles folgt, was die Menschenrechte behaupten. Freiheit und Gleichheit *implizieren* gewisse Dinge. Freie Wahlen sind eines dieser Dinge, aber längst nicht das einzige. Auch die Freiheit der Wissenschaft gehört dazu und, wie wir oben ausgeführt haben, solche Grundvoraussetzungen wie Freiheit der Medien (einschließlich des Informations- und Meinungsbildungsauftrags) und ein Minimum an Sozialstaat. Die Menschenrechte wiederum drücken im Wesentlichen diese Implikationen aus. Sie drücken also, logisch betrachtet, diejenigen Werte aus, die aus dem Grundwert der Demokratie abgeleitet werden können, insofern als sie mit diesem in einer Notwendigkeitsbeziehung stehen. *Ohne* Menschenrechte keine Realisierbarkeit des Grundwertes der Demokratie.

Zweitens ist Demokratie nicht nur eine *logische*, sondern vor allem eine *empirische* Angelegenheit. Die Idee der Freiheit und Gleichheit war früher da als die Erkenntnisse darüber, was alles erforderlich ist, um diese Idee in einem Staat realisieren zu können. So war am Beginn nicht einmal die Idee der freien und gleichen Wahlen, die wir heute als unabdingbare Voraussetzung für Demokratie betrachten würden, mit der Idee von Freiheit und Gleichheit verknüpft. Im Zusammenhang damit waren frühe Auffassungen über Freiheit und Gleichheit (in der Aufklärung) zutiefst *kognitivistisch*. Es ging um absolute Werte, die nur einer Minderheit von hellsichtigen Philosophen zugänglich waren. Demokratie war damit als Absurdität identifiziert als „Despotismus“ der Masse (Kant) von Vornherein ausgeschlossen. Erst in der Entwicklung einer nonkognitivistischen Grundhaltung, der zufolge normative Entscheidungen den Einzelnen überlassen werden müssen, als letztlich emotionale Wertentscheidungen, wurde Demokratie mit Freiheit und Gleichheit in Verbindung gebracht, was im Grunde erst im zwanzigsten Jahrhundert passiert ist. Dann wurde sukzessive erkannt, dass man Freiheit und Gleichheit, in diesem Setting, nur mit großem Aufwand erlangen kann. Es genügt nicht bloß, ein Wahlregister einzurichten. Man muss auch tatsächlich *alle*

entscheidungsfähigen BürgerInnen in dieses Register aufnehmen und man muss ihnen zumindest eine Chance geben, an den anstehenden Entscheidungen so teilzunehmen, dass sie nicht ins Blaue hinein entscheiden. Der Staat muss sich die Partizipation seiner BürgerInnen erarbeiten. Das ist Demokratie im heutigen Sinn. *Empirisch* sind so die Ideen der Aufklärung in eine Verbindung getreten, mit der Idee der freien und gleichen Wahl sowie mit den anderen oben angesprochenen Ideen: Freiheit der Wissenschaft und der Medien, Sozialstaat. Die *logische* Beziehung zwischen Demokratie als Grundwert und den sich daraus ergebenden Werten ist also *empirisch* gewachsen.

Nicht, dass nicht, in einer nonkognitivistisch verstandenen Demokratie, immer alles zur Disposition stünde. Aber es gibt, gemäß der Idee des Nonkognitivismus, auch Werte, die mit anderen Werten mehr oder weniger stark verknüpft sind. Wirft man den einen über Bord, so kann man auch den anderen nicht mehr realisieren. Die These, die unseren Überlegungen über Demokratie und Menschenrechte zugrunde liegt, lautet also, dass, empirisch wie logisch, eine sehr enge Beziehung besteht, zwischen diesen Dingen. Natürlich *kann* man das Recht auf Leben oder das Recht auf Asyl *diskutieren*. Aber man muss sich dabei darüber im Klaren sein, dass, in einer bestimmten Spielart, eine solche Diskussion immer den Charakter einer Diskussion über die Demokratie in ihrer Gesamtheit zu erlangen droht. Es geht dabei nicht um *Detailfragen*. Ob man die Fristenlösung als mit dem Recht auf Leben vereinbar sieht oder das Recht auf Asyl als Kompatibel mit einer pragmatisch festgelegten jährlichen Obergrenze für Flüchtlinge – das sind Detaildiskussionen, die einem demokratischen Entscheidungsprozess immer zugänglich sein können, ohne dass dadurch die Demokratie auch nur in Ansätzen bedroht wäre. Die Demokratie wird aber dann bedroht, wenn man, jenseits aller Details, an den Grundfesten zu rütteln beginnt. Das Recht auf Leben oder Asyl als in einem Staatsentwurf überhaupt nicht mehr relevant zu erachten: das wäre eine Strategie, Demokratie und Menschenrechte in ihrer Gesamtheit aus den Angeln zu heben. Das Schiff der Demokratie kann, um die berühmte Metapher von Otto Neurath erneut zu strapazieren, immer weiterentwickelt werden. Wir können einzelne Planken austauschen, müssen dabei aber vorsichtig sein, weil wir uns auf hoher See befinden. Es geht darum, das Schiff zu verbessern und zu modernisieren, nicht aber, es zu versenken. Populisten und andere den demokratischen Konsens fundamental infrage stellende Staatstheoretiker zielen aber genau darauf ab: dieses Schiff auf Grund laufen zu lassen und durch ein anderes zu ersetzen, das einen gänzlich anderen Bauplan und eine andere Funktionsweise aufweist. Es geht hier also um das Fingerspitzengefühl einer politischen Architektur, die zu unterscheiden in der Lage sein muss, zwischen Verbesserungsvorschlägen, die das Schiff der Demokratie potenziell flotter machen und kompatibler mit geänderten historischen Voraussetzungen und solchen Vorschlägen, die das Schiff der Demokratie irreparabel beschädigen wollen.

Die Idee absoluter Werte ist antidemokratisch

Wozu aber benötigt man am Ende die nonkognitivistische Wertauffassung, wenn Demokratie ohnehin mit bestimmten in den Menschenrechten formulierten Grundrechten konvergiert? Warum sollen diese Werte nicht absolut gültig sein können? Würden wir so nicht ein festeres Fundament für die Demokratie erlangen?

Beachten wir erneut, dass unser Demokratiebegriff auf der Dispositionalität normativer Entscheidungen ebenso beruht wie auf der Verbindlichkeit wissenschaftlicher Objektivität. Verbindlichkeit wissenschaftlicher Objektivität bedeutet am Ende, dass Wahrheit in einer Demokratie (zumindest in gewissen Grenzen) unanfechtbar sein muss. Wenn, um ein unverfängliches Beispiel zu nennen, wissenschaftlich erwiesen ist, dass Rauchen die Wahrscheinlichkeit für Lungenkrebs erhöht, dann muss es möglich sein, jemanden zu klagen, der dennoch behauptet, Rauchen sei gesundheitlich unbedenklich. Wenn diejenige Person oder Institution nicht nur diese Behauptung aufstellt, sondern gleichzeitig vom Handel mit Tabakwaren profitiert, dann muss sie für die gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die bei gutgläubigen Rauchern entstehen, zur Verantwortung gezogen werden können. Das ist eine Forderung, die zumindest teilweise darauf beruht, dass es in einer Demokratie unzulässig ist, objektiv wahre Sachverhaltsdarstellungen zu negieren. Natürlich kann man in vielen Fällen ungestraft Unsinn verbreiten, nicht aber, wenn dieser schwerwiegende Auswirkungen auf Leib und Leben hat, wie im Fall einer aus wirtschaftlichen Gründen lancierten Lüge der Tabakindustrie. So ist es von fundamentaler Bedeutung für das funktionieren einer Demokratie, dass in solchen schwerwiegenden Fällen das bloße behaupten der Unwahrheit rechtlich schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen kann.

Wissenschaftliche Objektivität ist nicht anfechtbar, in einer Demokratie. Das bedeutet vor allem auch, dass alle Dinge, die wissenschaftlich objektiv entschieden werden können, einer demokratischen Entscheidung unzugänglich sein müssen. Der freie, aber ungleiche Prozess der Etablierung wissenschaftlicher Objektivität (mittels *peer reviewing*) kann und darf in einer Demokratie nicht gegen freie und gleiche Wahlen ausgespielt werden. *Wenn* es so ist, dass wir (gestützt durch wissenschaftliche Untersuchungen) *wissen*, dass Rauchen die Wahrscheinlichkeit von Lungenkrebs fördert, dann impliziert dies, dass eine demokratische Abstimmung über diese Frage demokratiepolitisch unzulässig wäre. Ganz generell ist zu sagen, dass wann immer es um *kognitive* Inhalte geht, also um Fragen, die grundsätzlich mit Ja oder Nein, Wahr oder Falsch beantwortet und also *objektiv entschieden werden können*, demokratische Methoden der Entscheidungsfindung keinen Platz haben. Wir fragen dann, in einer Demokratie, nicht *alle*, nicht *das Volk*, sondern nur *die Experten*, nur diejenigen, von denen verbrieft ist, dass sie in der Lage sind, diese Fragen entweder zu entscheiden oder doch alles zu sagen, was man über die Möglichkeit einer Entscheidung der Frage genau sagen kann. Die so generierten Informationen können dann ihrerseits als Grundlage normativer demokratischer Entscheidungen dienen. Es wäre aber unzulässig, diese beiden Dinge – solche Fragen, die kognitiv sind und also wissenschaftlich entscheidbar und solche Fragen, die dies eben nicht sind und also nur demokratisch abfragbar – *zu vermischen*. In gewissem Sinn ist dies *das* Fundament der Demokratie, so wie sie von Kelsen gedacht wurde. Und es scheint kein Indiz zu geben, dass diese Annahmen heute irgendjemand infrage stellen könnte, den wir ernsthaft als Demokraten akzeptieren würden. Das würde dann ja entweder bedeuten, dass man eine Abstimmung über Fakten für zulässig erachtet oder aber, dass man bestimmte Entscheidungen dem demokratischen Zugriff entzieht, die eindeutig nicht kognitiv sind.

Was aber, wenn wir bestimmte Wertaussagen am Ende als kognitiv erkennen? Wenn beispielsweise die Menschenrechte den Status von objektiven Wahrheiten erlangen? – Es

könnte dabei immer noch ein Spielraum bleiben, für demokratische Disponibilität politischer Einzelfragen, die nicht unmittelbar mit Menschenrechten verknüpft sind. Normative Details wären also nach wie vor demokratischen Entscheidungsprozessen zugänglich, aber die Menschenrechte als Grundwerte der Demokratie selber hätten den Status von nicht zur Disposition stehenden Tatsachenaussagen. Es geht hier wohlgemerkt nicht um die Frage von geltendem Recht und dessen Verletzung. Geltendes Recht zu verletzen oder zur Verletzung geltenden Rechts aufzurufen kann und muss in bestimmten Fällen auch in einer Demokratie Strafen nach sich ziehen. Es kann und darf aber in einer Demokratie keine Strafen nach sich ziehen, wenn man, *ohne* gegen geltendes Recht zu verstoßen, bloß bestimmte Normen und Werte der Demokratie ablehnt. Das bloße Ablehnen von Normen und Werten darf, im Umkehrschluss, in einer Demokratie niemals als strafbare Handlung gewertet werden, so lange es nicht mit anderen, nicht bloß wertsetzenden Handlungen einhergeht, die ihrerseits strafbar sind. Solche rechtlich verankerten Festlegungen von Werthaltungen sind in einer Demokratie unmöglich, weil es sich dabei um eindeutige Signaturen des Totalitarismus handelt. Totalitarismus verabsolutiert Werte und schreibt dementsprechend Werthaltungen unter Strafandrohung vor. Demokratie dagegen tut nichts dergleichen. Sie schafft zwar Gesetze, die den Anspruch erheben, im Einklang mit den Menschenrechten zu sein, aber sie schreibt weder vor, die Menschenrechte zu verteidigen noch stellt sie das bloße normative Zurückweisen der Menschenrechte unter Strafe. Demokratie ist, in diesem Sinn gesehen, strikt *wertneutral*. Nicht, weil Demokratie keine Wertegrundlage hätte – sie hat sie, in der Gestalt der Menschenrechte. Sondern deshalb, weil Demokratie strikt unterscheidet zwischen einer Wertegrundlage, die zu akzeptieren oder abzulehnen allen frei steht, und dem darauf aufbauenden System von Gesetzen und Vorschriften, wo Verstöße natürlich Sanktionen nach sich ziehen können. Wertneutralität der Demokratie bedeutet hier einfach, dass die Demokratie die Werthaltung und die normative Haltung als solche, einschließlich der Affirmation des Rechst- und Wertesystems der eigenen Staatsform weder von den Bürgern positiv einfordert, noch eine Ablehnung dieser Dinge unter Strafe stellt. Totalitarismus ist dementsprechend *nicht* wertneutral, weil und wenn er diese Trennung nicht vornimmt und von den Bürgern die Akzeptanz der Grundwerte und des Rechtssystems des Staates einfordert bzw. kritische Haltungen unter Strafe stellt.

Absolute Werte sind also antidemokratisch. Es ist mit einer demokratischen Weltanschauung schlich inkompatibel, die Idee zu vertreten, es gäbe irgendwelche Werte, die den Charakter von nicht hinterfragbaren Tatsachen haben. Auch insofern sind Demokratie und Nonkognitivismus mit Bezug auf Werte am Ende *identisch*. Totalitarismus dagegen tritt, so scheint es, fast immer in einem wertabsolutistischen Gewand auf (mit der einen Ausnahme eines sozialdarwinistischen Nonkognitivismus, die wir unten noch, am Beispiel von Hans Freyer und Carl Schmitt illustrieren werden). Insbesondere ist Totalitarismus immer (auch im Fall eines totalitären Nonkognitivismus) so zu verstehen, dass er die Akzeptanz einer Staatsform an die verbindliche Vorgabe einer Wertordnung knüpft bzw. moralische Haltung als genuine Bürgerpflicht definiert. Ob absolut oder nicht: ein in der Diktator X vorgegebener Wert Y muss zwangsläufig so vorgegeben werden, dass die Abwesenheit einer Identifikation mit Y beim Bürger B strafrechtliche Maßnahmen nach sich zieht. B ist dann ein Bürger, der die staatlich vorgegebene Moral verletzt und muss, nur aufgrund seiner Geisteshaltung,

auch wenn diese keine positiven Auswirkungen auf sein Handeln nach sich zieht, als staatsfeindlicher Denker bekämpft werden. In einer Demokratie dagegen muss die bloße Geisteshaltung absolut frei sein: bloß einschlägige Handlungen (oder auch die Bestimmung anderer dazu) können unter Strafe gestellt werden, bloße Denkweisen können nie den Charakter von strafrechtlich relevanten Handlungen haben.[24] Demokratie ist nonkognitiv. Totalitarismus dagegen funktioniert zwangsläufig (auch in seinen nonkognitiven Spielarten) als rechtlich sanktionierter Wertabsolutismus.

Demokratie und der kleinste gemeinsame Nenner aller Weltanschauungen

In demokratischen Debatten spielt Moral bestenfalls eine untergeordnete Rolle, einmal aufgrund des eben gesagten (weil Moral nie staatlich sanktioniert sein kann), aber auch aufgrund dessen dass man in moralischen Fragen von einem Konsens ausgeht, der durch das Demokratiekonzept als solches, zusammen mit den Menschenrechten definiert wird. Diese moralischen Rahmenbedingungen implizieren eine Reihe von Herausforderungen, mit denen sich die Politik zu beschäftigen hat. Auf die moralischen Grundkonzepte kommt man in diesem Zusammenhang aber eigentlich nur dann zu sprechen, wenn Verletzungen der Menschenrechte und der Grundideen der Demokratie zu beklagen sind. So lange es darum geht, Wege zu suchen, wie man die von allen geteilten Ziele am besten erreicht, kann Moral kaum ins Spiel kommen. Die Menschenrechte als Grundwerte sind also die eine Sache, die andere Sache ist die, dass realpolitische Entscheidungen nur in Extremfällen überhaupt etwas mit diesen Grundwerten zu tun haben. Die Grundwerte definieren einen Rahmen, innerhalb dessen man einen sehr großen freien Gestaltungsspielraum hat. Auch das unterscheidet im Übrigen Demokratie von Spielarten des Totalitarismus: weil in letzteren in aller Regel die Vorstellungen darüber, wie Politik auszusehen hat, viel konkreter und weitreichender sind und also der Gestaltungsspielraum, der nach Festsetzung der Grundwerte bleibt viel kleiner.

Es stimmt zwar, dass alle politischen Entscheidungen *normativ* sind (einfach, weil *alle* Entscheidungen normativ sind), aber daraus folgt nicht, dass deshalb auch alle politischen Entscheidungen als Entscheidungen über *moralische* Fragen aufzufassen sind. Das wäre ein völliges Missverständnis der Ausgangssituation in einer funktionierenden (idealen) Demokratie. Über moralische Fragen herrscht hier Konsens: niemand zweifelt an den Menschenrechten. Dissens herrscht nur darüber, wie man die Menschenrechte respektierenden Rahmenbedingungen des Lebens im gemeinsamen Staat am besten zu schaffen hat. Soll man eine stark auf Umverteilung und staatliche Regulation basierende Politik wählen? Oder ist es besser, wenn sich der Staat eher heraushält und die Entwicklung des Wohlstandes in einem freien Wechselspiel der Kräfte ermöglicht? Welche Rolle soll der Umweltschutz bei der Durchführung des demokratischen Projektes spielen? Das demokratische Tagesgeschäft zerfällt in eine riesige Menge von Einzelfragen, in denen man

[24] Ein Grenzfall sind hier sicher die Gesetze, die in Deutschland und Österreich nationalsozialistische Gesinnung seit 1945 unter Strafe stellen. Aber auch hier wird streng genommen nicht eine bloße Werthaltung unter Strafe gestellt, sondern die Affirmation eines Unrechtsregimes, die als Aufruf gelesen werden kann, die Rechtsverletzungen dieses Regimes gut zu heißen bzw. entsprechende Handlungen auch für die Zukunft zu fordern.

völlig unterschiedlicher Meinung sein kann, auch wenn man von exakt demselben Katalog von Werten ausgeht. Genauer gesagt: in einer Demokratie ist dieser Spielraum sehr groß; je kleiner er ist, desto weniger kann eine Staatsform am Ende noch demokratisch sein.

Deshalb sollte man auch das Gerede über „Werte“ bei demokratischen Parteien nicht überbewerten: es geht nicht um Werte, sondern um unterschiedliche Strategien, eine Politik zu definieren, die den Werten, die ohnehin feststehen, optimal gerecht wird. Das sind strategische Fragen von höchster Komplexität, über die man nie umfassende Einigung erzielen wird. Deshalb ist es auch nicht paradox, zu behaupten, dass in einer Demokratie de facto alle von denselben Werten ausgehen und dennoch sehr weitgehender Dissens über alle möglichen politischen Einzelfragen existieren kann.

In einer funktionierenden Demokratie gibt es keine Debatten über Fragen der Moral, einfach deshalb, weil Demokratie für sich genommen einen Wertekanon repräsentiert, sodass moralisierende Debatten schlicht darauf hindeuten, dass dieser Kanon insgesamt infrage gestellt wird, dass also, mit anderen Worten, genau das aufhört zu existieren: eine funktionierende Demokratie. Das bedeutet jedoch gleichzeitig nicht, dass es nicht unterschiedliche *Weltanschauungen* gibt, sind es doch eben diese oft sehr einfach mit der sozialen Herkunft, mit der Zugehörigkeit zu bestimmten religiösen Traditionen zusammenhängenden Denkweisen (Ideologie, Weltanschauung), anhand derer wir unsere Strategien zur Aktivität in einem demokratischen Umfeld entwickeln. Diese Ideologien haben natürlich meist auch etwas mit unterschiedlichen sozialen Schwerpunktsetzungen zu tun – Arbeiter sehen den Staat mehr vom produzierenden Gewerbe her, Wirtschaftstreibende denken eher in marktwirtschaftlichen Kategorien –, sie *können* (müssen aber nicht) in Protektionismus ausarten. Entscheidend ist dabei jedoch, dass es völlig aussichtslos wäre, so lange wir an die Demokratie glauben, hier an eine den Einzelstandpunkten übergeordneten, diese ausgleichende Perspektive zu denken. *Wer* sollte diese definieren? Wer sollte sie einnehmen? *Warum* sollten die anderen sie akzeptieren? Menschenrechte und Weltanschauung sind also zwei fundamental verschiedene Dinge. Erstere könnte man vielleicht so auffassen, dass sie *den kleinsten gemeinsamen Nenner aller Weltanschauungen in einer Demokratie* definieren, während letztere den gesamten Rest an Weltanschauung umspannen, der übrigbleibt, wenn wir den gemeinsamen Nenner erst festgelegt haben.

Wenn Politiker also beginnen, ernsthaft über Moral zu diskutieren (und nicht bloß irreführender Weise dieses Wort verwenden, wo es bloß um demokratisch normalen Dissens von Weltanschauungen geht), dann ist in der Demokratie Feuer am Dach. Es ist ein wichtiger Gesichtspunkt des Nachdenkens über Demokratie, den Punkt zu erkennen, wo überflüssige Moralrhetorik aufhört und wo eine Politik tatsächlich anfängt, Alternativen zur Demokratie auszubrüten. Es sollte vor diesem Hintergrund auch klarwerden, in welchem Ausmaß es skandalös ist, als Regierung eines demokratischen Landes wie Großbritannien ernsthaft vorzuschlagen, man bräuchte eine eigene, nationale Alternative zu der internationalen Menschenrechtskonvention. Zerstören wir das Gleichgewicht, das der Demokratie ihre unbestrittene, weltweite Grundlage gibt und beginnen wir, an den moralischen Grundideen dieses Konsenses aller demokratischen Weltanschauungen herumzuschrauben, dann sind wir ohne Zweifel schon mitten in einem Prozess, der dem Versuch einer Selbstaufhebung der

Demokratie zumindest täuschend ähnlichsieht. Anders ausgedrückt: dass eine Demokratie per definitionem die Möglichkeit bieten muss, diese Staatsform selbst und ihre Grundwerte abzulehnen, ist die eine Sache, die andere ist die, dass solche Ablehnung, wenn sie vermehrt auftritt, die Demokratie naturgemäß bedroht. Demokratie muss solche Ablehnung *ermöglichen*, aber sie kann und darf sie nicht *hinnehmen*. Sie muss ihre eigene Ablehnung ohne Strafandrohung akzeptieren, aber sie muss sich auch auf der Ebene des demokratischen Diskurses dagegen wehren, insbesondere indem sie *Bildung* so organisiert, dass diese eine affirmative Haltung zur Demokratie maximieren hilft. Es ist also kein Teil der demokratischen Meinungsfreiheit, die Demokratie nicht, auf dem öffentlichen Meinungsmarkt offensiv zu verteidigen, auch und gerade auf der Ebene staatlich finanzierter Aktivitäten (des Kultur- und Bildungssystems). Wehrhafte Demokratie tut genau das, wehr- und hilflose Demokratie verabsäumt das zu tun.

Zirkuläre und zahnlose Demokratien. Konfliktdemokratien

Wir haben die Demokratien der Nachkriegszeit in Westeuropa „zirkulär" genannt. Das Zirkuläre lag hier darin, dass sich die Bürgerbeteiligung auf die Auswahl zwischen zwei oder drei vorgegebenen Alternativen bei den Wahlen beschränkte, und auch da gab es eine klare Erwartungshaltung, dass man das wählte, was dem eigenen „Stand" entsprach. Der Abstand zwischen Politik und Bürgern war verblüffend groß. Verhandlungen und Diskussionen wurden meist geheim geführt, präsentiert wurden bloß die Resultate. Parteien spielten dabei letztlich eine untergeordnete Rolle, indem sie kaum mehr waren als die verlängerten Arme von Interessensvertretern. Paradigmatisch für diese Politik als ideologisches Fertigmenü bzw. diese Frühform des Lobbyismus war die österreichische *Sozialpartnerschaft*: Interessensvertretungen, die den Parteien diktierten, wohin der Hase lief. Politik, die sich auf das Verteilen von Privilegien beschränkt, auch wenn diese „Privilegien", bei genauerer Betrachtung, oft durchaus sinnvolle und tragfähige Maßnahmen des Sozialstaates sein mögen: sie als von den Interessensvertretern herausgeschlagene Privilegien zu verkaufen scheint marketingtechnisch geschickter.

Das zirkuläre Demokratiemodell der Nachkriegszeit hat sich im Lauf der Jahrzehnte abgelebt bzw. wurde von der Realität einer immer engagierteren und selbstbewussteren Öffentlichkeit überholt. Heute existieren noch Restbestände des zirkulären Demokratiemodells, etwa im schier unzerstörbaren Reiz des Versprechens von Privilegien bzw. dem Modell von Politik als dem Herausschlagen von ungerechtfertigten Vorteilen (die populistischen Parteien tragen einen guten Teil der Schuld an der Nachhaltigkeit dieser demokratischen Ordnung, indem sie wild entschlossen sind sie über alle je dagewesenen Ausmaße hinaus zu kultivieren, aber zu finden ist das Modell grundsätzlich überall). Durch die Überwindung zentraler Aspekte der Zirkularität – seit der Etablierung der Grünparteien in den 1970er-Jahren gibt es echte Oppositionspolitik, politische Debatten werden seit Jahrzehnten Live im Fernsehen übertragen, Politiker werden in allen erdenklichen Varianten gegrillt und gelöchert, politische Fertigmenüs wären absolut chancenlos – hat sich die Konsens- und Schiebungsdemokratie zur *Konfliktdemokratie* gewandelt. Standpunkte prallen ununterbrochen aufeinander. Kompromisse müssen hart erkämpft werden. Politische Standpunkte sind nie eins zu eins durchsetzbar, weil in einer aufgrund der Entwicklung hin

zur Konfliktdemokratie verästelten Parteienlandschaft absolute Mehrheiten für Einzelparteien praktisch ausgeschlossen scheinen, vielmehr großkoalitionäre Szenarien begünstigt sind, in denen die Standpunkte weit auseinanderliegen und daher Kompromisse in der Regel „faul" wirken müssen. Dieses Phänomen wird durch die Existenz nicht paktfähiger populistischer Parteien natürlich noch zusätzlich verschärft. Kurz gesagt: der Eindruck entsteht, dass die Konfliktdemokratie von heute vor allem eines ist, nämlich eine *zahnlose Demokratie*.

Dazu sind zwei Dinge zu sagen. Einmal ist der Kompromiss ein zentrales Merkmal, das demokratische von totalitären Gesellschaften unterscheidet. Wer den Kompromiss hasst, hasst die Demokratie. Kleine Schritte, „Reförmchen" sind das typische Ausdrucksmittel der Demokratie, große Würfe die typischen Erscheinungsformen der Diktatur. Der Unterschied zu dem angeblich goldenen Zeitalter der Nachkriegszeit liegt hier darin, dass heute die Kompromisse in einer sichtbaren Weise entstehen – wir können den Blick in die Werkstatt werfen und das demokratische Flickwerk beim Werden beobachten. Früher dagegen – in einer zirkulären und also *schwachen* Demokratie – wurden bloß die fertigen Resultate präsentiert, natürlich immer als große Würfe, und wegen der Unsichtbarkeit des Entstehungsprozesses blieb auch der zusammengeflickte Charakter verborgen. Hinzu kommt, dass die „großen Würfe" der Nachkriegszeit wenig überraschend vielfach tatsächlich genau das gewesen sind, schließlich galt es ein völlig neues demokratisches Gemeinwesen praktisch aus dem Nichts zu schaffen und galt es, was diesen Effekt noch massiv verstärkt hat (also den der Möglichkeit großer Würfe), mit den extremen Bedingungen eines exorbitanten Wirtschaftswachstums politisch Schritt zu halten. Große Würfe gab es also in der Nachkriegszeit tatsächlich, aber nicht (nur), weil die politische Landschaft mehrheitenfreundlicher war. Natürlich war es kein Nachteil für die Regierung Kreisky, auf der Grundlage einer absoluten Mehrheit schalten und walten zu können. Aber viele der substanziell wichtigen sozialen Maßnahmen dieser Regierung wären ohne Zweifel auch in dem auf angeblich faule Kompromisse angewiesenen Umfeld einer großen Koalition zustande gekommen (oder auch in einer ÖVP-Alleinregierung). Das soll die politische Bedeutung Kreiskys nicht schmälern, wohl aber soll es die These anfechten, politische Visionen seien nur mit einer absoluten Mehrheit umsetzbar: sie sind nur umsetzbar, wenn radikal geänderte Voraussetzungen radikale Schritte erzwingen. Gibt es keine radikalen Änderungen in den äußeren Rahmenbedingungen, so sind, etwas überspitzt formuliert, auch keine Visionen erforderlich. So war die berühmt-berüchtigte Aussage des SPÖ-Kanzlers der 1980er- und 1990er-Jahre „Wer Visionen hat, braucht einen Arzt" nicht (nur) ein Signal großkoalitionärer Mut- und Visionslosigkeit, sondern Ausdruck der gegenüber den 1970er-Jahren geänderten Bedingungen des verlangsamten Wachstums.[25]

Diese Zusammenhänge im Auge behaltend – eine „zahnlose" Demokratie ist in der Regel viel mehr der Ausdruck einer wenig dynamischen Zeit (in der Zähne überflüssig sind) als eines Niedergangs der politischen Kultur – kann dennoch nicht bestritten werden, dass es heute schwieriger ist als noch vor ein paar Jahrzehnten, politische Probleme zu lösen. Und das liegt

[25] Ob Vranitzky das ihm zugeschriebene Bonmot je wirklich geäußert hat, ist nicht völlig klar. Vgl. http://derstandard.at/61476/Die-Geschichte-vom-Kanzler-den-Visionen-und-dem-Arzt.

daran, dass die Demokratie erst heute ihren Idealzustand als Konfliktdemokratie erreicht hat und dass in diesem Zustand per definitionem die Monokultur Mangelware ist. War aber das politische System der Nachkriegszeit ganz offenbar den Anforderungen einer zirkulären Demokratie angepasst, so ist Nachdenken darüber, wie man Entscheidungsprozesse in dem geänderten Umfeld der Konfliktdemokratie erleichtern kann, sicher erlaubt. Das umso mehr als der negative Eindruck der Konfliktdemokratie als zahnlose Demokratie eine Steilauflage für Populisten darstellt, die man kaum nur dadurch ihrer Effektivität berauben wird können, dass man den Bürgern klarmacht, dass Kompromisse das Salz der demokratischen Suppe sind. Wir werden zwei Beispiele für solche Möglichkeiten diskutieren: das Mehrheitswahlrecht und die direkte Demokratie.

Mehrheitswahlrecht: Nein, Danke!

Die klassische Methode zur Etablierung einer schlagkräftigen Demokratie ist das Mehrheitswahlrecht, das oft auch gemeinsam mit einem Präsidialsystem auftritt, also einer Konzeption von Demokratie, bei der die politische Macht schwerpunktmäßig stärker bei einem dem Parlament übergeordneten Präsidenten liegt. [Dieses zweite Konzept wollen wir hier kaum diskutieren, weil es keine Indizien gibt, dass es in Österreich oder Deutschland ernsthaft erwogen werden könnte. Fest steht, dass ein Präsidialsystem weniger demokratisch ist als eine parlamentarische Demokratie, in der ein eventueller übergeordneter Präsident (wie in Deutschland oder Österreich) nur sehr eingeschränkte Kompetenzen hat, einfach weil ein Präsident Inhalte tendenziell nur mit sich selber zu diskutieren hat, während ein klassischer Regierungschef einen härteren demokratischen Weg gehen muss, über den Ministerrat und das Parlament (natürlich bleiben Präsidenten in Frankreich oder den USA am Ende auch oft am Parlament hängen, aber sie können doch viel leichter Demagoge spielen als ein Regierungschef in Deutschland oder Österreich).]

Das Mehrheitswahlrecht ist dadurch per definitionem eine Einschränkung der demokratischen Gleichheit, dass es die Stimmen der Bevölkerung *ungleich verteilt*. Fast alle Wahlsysteme sind heute zumindest insofern Mehrheitswahlrechte als sie eine Sperrklausel von vier oder fünf Prozent implementieren, die man mindestens erreichen muss, um ins Parlament ziehen zu können. Grund dafür ist offenbar nicht zuletzt die Erfahrung der Weimarer Republik, wo immer viele Kleinstparteien im Parlament vertreten waren und damit die Bildung von Regierungen schwieriger wurde. Fest steht aber, dass diese Sperrklausel dazu führt, dass Parteien, die die Hürde nicht knacken (und mit ihr all ihre Wähler), vom demokratischen Prozess ausgeschlossen sind. Das kann durchaus schwerwiegend sein. So haben in Deutschland 2013 knapp 16 Prozent der gültigen Stimmen keine Repräsentation im Bundestag gefunden, weil die gewählten Parteien die Sperrklausel nicht geschafft haben (insbesondere, mit knapp unter 5 Prozent, die FDP und die AfD[26]). Es ist also eine durchaus schwierige Frage der Abwägung, ob man eine gewisse Mehrheitenfreundlichkeit dadurch erkaufen möchte, dass ein großer Teil der Wähler im Parlament nicht vertreten wird. Eigentlich spricht sehr wenig dafür, zumal man populistische oder rechtsextreme Parteien dadurch nur so lange ausschließen kann, so lange sie eben nur

[26] Interessanter Weise gibt es in Österreich eine vier Prozent Sperrklausel: FDP und AfD wären hier im Parlament gelandet.

wenig Zustimmung haben. Umgekehrt müssen Mehrparteienkoalitionen nicht zwangsläufig instabiler sein als Zweiparteienkoalitionen. Als Zünglein an der Waage können Kleinstparteien so durchaus demokratisch wertvoll und einflussreich werden.

Das wahrscheinlich unfairste mehrheitsfreundliche Wahlsystem ist das amerikanische und britische System des „Winner takes all“: in jedem Wahlkreis bzw. Bundesstaat erhält die stärkste Partei alle Wahlmänner bzw. zugewiesenen Parlamentssitze. Umgelegt auf eine komplexere Parteienlandschaft sind bei diesem System absurde Wahlergebnisse unvermeidlich. Man stelle sich etwa eine Parteienlandschaft vor, in der es vier ungefähr gleich starke Parteien gibt (also etwa so wie derzeit in Österreich). Jede dieser Parteien erreicht ungefähr 20 Prozent, eine einzelne davon aber kommt zufällig in allen Wahlkreisen auf knapp (ein paar Stimmen) mehr als die anderen. Dann würde diese Partei hundert Prozent der Parlamentssitze erhalten.

Moderatere Systeme sind möglich. So wird derzeit in Österreich immer wieder das System erwähnt, wo die stärkste Partei genau 50 Prozent der Parlamentssitze bekommt bzw. auch 50 Prozent plus einen (damit sie alleine regieren kann) oder 50 Prozent minus einen (damit sie eine Koalition mit einer Kleinpartei machen muss). Eine andere Variante wäre das 2017 von der SPÖ vorgeschlagene, bei dem die Parteien, die die Regierung bilden dadurch mehr Stimmen erhalten, dass die Minister eigene Parlamentssitze zugesprochen bekommen (zulasten der nicht in der Regierung sitzenden Parteien).[27] Ein solches System wäre mehrheitenfreundlich und würde in der konkreten Situation in Österreich kleine Koalitionen realistischer machen.

Dabei sollte man aber eines immer bedenken. In einer vom Umsturz bedrohten Demokratie ist man es der Bevölkerung schuldig, sicher zu stellen, dass die den Umsturz planende Partei nicht durch ein Mehrheitswahlrecht noch weiter begünstigt wird. Im Prinzip müsste man dann auch die Sperrklauseln aufheben, sodass möglichst alle gültigen Stimmen direkt und gleich ihre Repräsentation im Parlament finden. (Gibt es beispielsweise 200 Abgeordnete, dann müsste man immer noch 0,5 Prozent der Stimmen erreichen, um in den Nationalrat zu gelangen. Man hätte also immer noch eine moderate Sperrklausel.) Wenn dann die umstürzende Partei mit genau 50 Prozent der Stimmen auch 50 Prozent der Mandate erhält und den Umsturz vollzieht, dann kann man dagegen nicht mehr viel tun, aber man hat zumindest verhindert, dass der Umsturz mit einer Minderheit der Stimmen möglich wird.

Das Beispiel der Weimarer Republik liefert hier ein Argument, das kaum jemand ignorieren wird können. Dass die NSDAP an die Macht kommen konnte, lag nicht am Wahlsystem. Eine Partei mit höchstens einem guten Drittel Stimmenanteil (bzw. 43,9 Prozent, wenn man die schon unter massiver Propaganda zustande gekommenen Wahlen von 1933 mit einbezieht) kann sich bei einem reinen Verhältniswahlrecht nur dann durchsetzen, wenn sie von anderen Parteien und politischen Kräften an die Macht gehievt wird. Genau das ist passiert. Hätten nicht die anderen politischen Kräfte die Macht der NSDAP legitimiert, hätten diese vielmehr eine die NSDAP ausklammernde Koalition gebildet, dann wäre vielleicht nach ein

[27] Vgl. http://derstandard.at/2000050648814/Wahlreform-Verwunderung-ueber-Kerns-Bonus-Mandate, abgerufen am 15.05.2017.

paar Jahren der Spuk vorbei gewesen: wo ist die Garantie, dass die NSDAP 1933 oder 1934 tatsächlich die absolute Mehrheit errungen hätte? – Hätte es allerdings in Deutschland ein Mehrheitswahlrecht nach englischem oder amerikanischem Muster gegeben, so hätte die NSDAP schon 1932 über eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament verfügt und damit über die unumschränkte Macht, 1933 wären ihr knapp 90 Prozent der Mandate zugefallen![28] Das Wahlsystem der Weimarer Republik (ein reines Verhältniswahlrecht: pro 60.000 Stimmen erhielt man je ein Mandat) war also nicht Schuld am Erfolg der NSDAP, sondern hat diesen, ganz im Gegenteil, so weit erschwert als dies ein Wahlsystem nur tun kann.

Das Mehrheitswahlrecht ist aber nicht nur deshalb abzulehnen, weil ein Verhältniswahlrecht das Kippen in eine selbstgewählte Diktatur verhindert (so lange weniger als 50 Prozent diese tatsächlich unterstützen). Es widerspricht auch fundamental dem Grundgedanken der Gleichheit und der Repräsentation. Auch Sperrklauseln sind aus diesem Grund eher abzulehnen. Wenn, wie in Deutschland derzeit, mehr als ein Achtel der Wähler nicht im Parlament repräsentiert sind, weil die Parteien, die sie gewählt haben, die Fünfprozenthürde nicht geschafft haben, so ist dies ein de facto Ausschluss dieses Bevölkerungsteiles vom demokratischen Prozess. Beim Mehrheitswahlrecht kommen aber in der Regel alle Parteien bis auf zwei, die sich die Parlamentssitze aufteilen, unter die Räder. Ein Wahlrecht also, das extrem ausschließend und minderheitenfeindlich konzipiert ist, indem prinzipiell nur die größten Bürgerbewegungen überhaupt Repräsentation finden können. Wenn dann noch dazu eine der beiden Parteien eines solchen dichotomischen Mehrheitswahlsystems, wie derzeit in den USA, in den Populismus kippt, dann bleibt eine einzige Partei als demokratische Alternative übrig. Man hat *keine Wahl* als die Demokraten zu wählen, sofern man *demokratisch* denkt. Und das ist eine Schande.

Zwischenbemerkung: Mehrheitswahlrecht als Pseudodemokratie

Alte Demokratie aufgrund ihres Alters als stark zu identifizieren ist eine Sache. Man kann dies tun, aufgrund des oben formulierten Generationenargumentes: wer immer nur das Blut der Demokratie geleckt hat wird wenig Freude am Totalitarismus haben (und umgekehrt). Alte Demokratien haben aber in der Regel auch den Nachteil, dass sie auf rechtlichen Grundlagen beruhen, die oft aus Zeiten stammen, wo diese Staaten noch viel näher dem Zustand einer Diktatur gewesen sind als dem heutigen einer Demokratie. Vielleicht das eindrucksvollste Beispiel in dieser Hinsicht ist das Mehrheitswahlrecht. Dieses findet sich fast nur in alten Demokratien, deren rechtliche Grundlagen bereits im neunzehnten Jahrhundert (oder früher) geschaffen worden sind. Was könnte in diesem Zusammenhang *die Begründung* für ein Mehrheitswahlrecht gewesen sein? Dass das Prinzip *Winner takes all* nicht eine demokratische Grundhaltung reflektiert, ist klar: diese müsste ja den Anspruch erheben, ein *Minderheitswahlrecht* zu implementieren, in dem möglichst jede Meinung ihre Stimme erhält. Im Verhältniswahlrecht wird dieser Grundsatz aus bloß pragmatischen Gründen tendenziell verletzt. Natürlich kann ein Parlament eines Staates aus zehn oder hundert Millionen wahlberechtigten Bürgern nicht *jede* Meinung reflektieren. Aber immerhin kann man die Zahl der Abgeordneten festsetzen und auf dieser Grundlage, so die

[28] Vgl. Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München: C.H. Beck, 1991, 133.

Idee des Verhältniswahlrechts, eine Stimmenanzahl festsetzen, die eine bestimmte Meinung (politische Strömung, Partei) mindestens erhalten muss, um durch mindestens einen Abgeordneten repräsentiert zu werden. Dass das Parlament nur ein paar Hundert und nicht ein paar Millionen Abgeordnete hat, ist in rein pragmatischen Überlegungen gegründet, die die Meinungsvielfalt beschränken.

Im Mehrheitswahlrecht jedoch können pragmatische Überlegungen allein nicht ausschlaggebend sein, führt dies doch, zumindest in bestimmten rechnerischen Möglichkeiten, zu geradezu absurden Verzerrungen. Man denke sich eine Parteienlandschaft aus hundert ungefähr gleich großen Parteien, von denen eine in allen Wahlkreisen mit knapp über einem Prozent der Stimmen gewinnt. Diese Partei würde dann hundert Prozent der Abgeordneten im Parlament stellen, während sie lediglich ein Prozent der Bevölkerung repräsentiert (in einem Verhältniswahlrecht und einem Parlament mit mehreren Hundert Abgeordneten würden aber alle diese hundert Parteien durch mehrere Abgeordnete repräsentiert). Steht die Partei zufällig für einen extrem antidemokratischen und unmenschlichen Kurs, der von knapp 99 Prozent der Bevölkerung strikt abgelehnt wird, dann kann hier ein Prozent über den Rest der Bevölkerung drüber fahren. Nicht viel weniger absurd ist der empirisch wahrscheinlichere und faktisch durchaus häufige Fall, wo etwa bei amerikanischen Präsidentenwahlen der Kandidat mit der geringeren Stimmenanzahl gewinnt, weil er zufällig mehr Wahlmännerstimmen erreicht. Was kann also ein solches Mehrheitswahlrecht philosophisch rechtfertigen? Im Grunde gibt es nur eine sinnvolle Antwort auf diese Frage: die Rechtfertigung muss in einem *Naturalismus* liegen, der in Spielarten in der Philosophie der Südwestdeutschen Schule oder bei Georg Simmel zu finden ist (wie oben beschrieben), aber zweifellos auch in verschiedenen Varianten des britischen Empirismus und des amerikanischen Pragmatismus. Dieser Naturalismus besagt, dass es in einer bestimmten historischen Situation genau eine Gruppe von Werten und normativen Setzungen gibt, die dieser Situation präzise entsprechen. Meinungsvielfalt kann hier nur eine Vielfalt von Irrtümern abdecken, ist also durchaus nicht wünschenswert. Vielmehr ist eine Strategie zu suchen, die es ermöglicht, stets die gerade gültigen Werte bzw. politischen Entscheidungen zu finden. Man könnte dies durch eine Technik versuchen, die immer die führenden Experten für normative Fragen zu Entscheidungen befugt. Legitimationen von „gottgegebenen“ Regimen (Monarchien) verlaufen genau in diese Richtung. Der Kaiser als gottbegnadeter Fürst, der, aufgrund eines direkten Drahtes nach oben, immer die richtige Entscheidung fällt. In einem säkular-entzauberten Umfeld jedoch, wo solche Konzepte keine Glaubwürdigkeit mehr entwickeln können, wäre eine Spielart der (Pseudo-)Demokratie eine probate Alternative. Wenn sich zeigen ließe, dass die Mehrheit der Bevölkerung typischer Weise genau die Meinung repräsentiert, die auch der in dem jeweiligen Kontext gerade gültigen Normen und Werte reflektiert, dann würde diese Mehrheit den diskreditierten Monarchen ersetzen können – nicht mehr mit einem Draht nach „oben“, sondern mit einem Draht nach „innen“, zur Natur, zur normativen Wirklichkeit. Das Mehrheitswahlrecht ist somit Ausdruck eines Naturalismus, der die Mehrheit in der Lage sieht, die gerade gültige politische Entscheidung zu treffen. *Alle* anderen Meinungen außer der, die die Mehrheit erlangt, *auszuschließen*, ist hier eine logische Konsequenz der naturalistischen, pseudodemokratischen Grundhaltung. Naturalismus ist, wie wir gesehen haben,

inkompatibel mit Demokratie, weil (und insofern als) er keinen Spielraum für eine sinnvolle Pluralität an politischen Meinungen lässt. Indem es der Ausdruck einer naturalistischen Grundhaltung ist, ist damit auch das Mehrheitswahlrecht insgesamt pseudodemokratisch bzw. inkompatibel mit einer demokratischen Weltsicht.

Direkte Demokratie: nur in Grenzen sinnvoll

Die Idealform der Demokratie ist der aus der Diskussion aller Bürger hervorgehende Kompromiss. Demokratie in einem kleinen Verein oder Dorf zu realisieren ist leicht möglich. Schwieriger wird es, wenn Demokratie als Staatsform auftritt, in Kontexten wo es um viele Millionen von Bürgern geht. Wie soll in solchen Kontexten das Ideal eines aus der Diskussion aller Bürger hervorgehenden Kompromisses erreicht werden? Der *Parlamentarismus* ist die bis heute plausibelste Antwort auf diese Frage. Bürger organisieren sich in Parteien und Bürgerlisten, auf die bei Wahlen die Stimmen der Bürger verteilt werden. Das Suchen nach Kompromissen wird dann im Parlament ausgetragen, das eine Gemeinschaft von 2, 20 oder auch 200 Millionen Bürgern in einer überschaubaren Gruppe von etwa 200 Personen repräsentiert (also ein Parlamentarier auf zehntausend, hunderttausend oder auch eine Million Bürger). Bei den Wahlen tritt man mit einem bestimmten Programm an, Zielvorstellungen, die nicht immer eins zu eins erreichbar sind, vor allem dann nicht, wenn sie mit anderen Programmen im Widerspruch stehen, mit denen ein Kompromiss zur Durchsetzung im Parlament gefunden werden muss. Verhandlungen und Diskussionen ermöglichen es in einer funktionierenden Demokratie einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden. Scheitern alle Verhandlungen in entscheidenden Punkten, dann wird die Regierung abdanken und das Parlament seine Auflösung beschließen, um in Neuwahlen die Karten neu zu verteilen.

Volksabstimmungen können in diesem Kompromissfindungsprozess eine wichtige Rolle spielen. So können wichtige Entscheidungen der Bevölkerung zur Validierung vorgelegt werden, selbst dann, wenn sie von einem gewählten Parlament im Grunde bereits gutgeheißen worden sind. Das verleiht diesen Entscheidungen eine zusätzliche Legitimation, die vor allem dann wichtig ist, wenn es um langfristig bedeutsame Grundsatzfragen geht. Umgekehrt wäre es problematisch, die Kompromissfindung auf Volksabstimmungen auslagern zu wollen. Wenn beispielsweise die Frage auftaucht, ob der Spitzensteuersatz für Einkommen von x auf y Prozent angehoben werden kann, dann wäre es ziemlich sinnvoll, diese Frage, auf der Grundlage einer demokratischen Legitimation, eingehend zu diskutieren und eine Entscheidung zu fällen, die alle Argumente und Standpunkte berücksichtigt. *Ohne* das Sichten der Argumente und Standpunkte gleich zu einer Volksabstimmung zu schreiten schiene wenig zielführend, weil nackte Zahlen (x, y, etc.) alleine recht wenig aussagen. Bis zum Extrem in diese Richtung gehen rezente Vorschläge populistischer Parteien für die Einführung der „direkten Demokratie“. Demnach sollte der Vorschlag einer Minderheit schon zu einer zwingenden Volksabstimmung führen können. Das würde einerseits bedeuten, dass es Minderheiten möglich wäre, die Themen vorzugeben. Andererseits würde es per definitionem dazu führen, dass über Fragen entschieden wird, *bevor* man demokratisch einen einschlägigen Kompromiss errungen hat. Führt direkte Demokratie also dazu, dass Minoritäten Themen diktieren können und dass Themen entschieden werden,

bevor sie einer demokratischen Kompromissfindung zugeführt worden sind, so hat sie jedenfalls demokratieschädigende Wirkung. Das Kalkül, durch ununterbrochenes Aufbrechen neuer Reizthemen und das Erzwingen der Entscheidung über unausgegorene Fragen den parlamentarischen Diskurs ad absurdum zu führen ist keine Strategie zur Stärkung, sondern zur Zerstörung der Demokratie.

Natürlich gibt es keine definitive Liste von Fragen, bei denen eine Volksabstimmung sinnvoll wäre. Die Vorhandenheit eines Kompromisses und die langfristige Wirksamkeit, im Sinne einer schwerwiegenden Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, könnten gute informelle Kriterien sein. Auf der Gegenseite scheint es sehr plausibel, die demokratische Sinnhaftigkeit von Volksabstimmungen infrage zu stellen, sobald sie einen schon gefundenen gesellschaftlichen Konsens ohne Not infrage stellen.

Hätte beispielsweise das Parlament in Großbritannien den Vorschlag ausgearbeitet, aus welchen Gründen auch immer, die EU zu verlassen, dann wäre eine „Brexit"-Volksabstimmung eine sinnvolle bzw. unumgängliche Konsequenz gewesen. Es hätte sich um ein Paradebeispiel eines folgenschweren Kompromisses gehandelt, der einer zusätzlichen demokratischen Legitimation bedarf. Was tatsächlich passiert ist, war aber etwas völlig Anderes. Aufgrund fadenscheiniger polit-strategischer Erwägungen hat man sich, ungeachtet des völlig unzweifelhaften anhaltenden parlamentarischen Konsenses *für* die EU, dazu entschlossen, eine Volksabstimmung vorzunehmen, vielleicht, um das Anti-EU-Thema ein für alle Mal zu erledigen. Dieses wahnwitzige Spiel mit dem Feuer hat zur Katastrophe geführt. Und: es *ist* wahnwitzig, wenn man bedenkt, was für eine fundamentale Bedeutung die EU für das heutige demokratische Selbstverständnis Europas hat. Die Brexit-Abstimmung war ungefähr genauso idiotisch wie eine Demokratie hilflos wäre, die sich auf die ununterbrochene Infragestellung der eigenen Grundlagen stützt, etwa eine jährliche Volksabstimmung über die eigene Verfassung. Stabilität, die man selber gefährdet, kommt einer Entscheidung für die Labilität gefährlich nahe, auch wenn man damit das Gegenteil bezwecken mag.

In jedem Fall gilt aber, dass in wichtigen Fragen, die grundsätzliche Änderungen der Politik eines Landes betreffen, eine Volksabstimmung ebenso sinnvoll wie demokratisch ist: nur so kann sichergestellt werden, dass die Mehrheit der Bürger tatsächlich eine bestimmte Entscheidung trägt. Also: direkte Demokratie, ja bitte – aber nicht als Minderheitenrecht, das Populisten ermöglicht, den Staat aus den Angeln zu heben.

Diese Skepsis gegen direkte Demokratie kann aber auch auf einer abstrakteren Ebene reflektiert werden. So ist direkte Demokratie im Grunde Ausdruck der selben pseudodemokratischen Weltsicht wie das Mehrheitswahlrecht, sobald sie *nicht* auf dem Konzept eines umfassenden Kompromisses beruht, wie er etwa in Bürgerversammlungen gefunden werden kann (ein Konzept, das perfekt demokratisch ist, aber nur in kleinen Einheiten funktioniert – wie sollte eine Bürgerversammlung bei zehn oder hundert Millionen Bürgern funktionieren?), sondern auf dem Konzept der Auswahl *genau eines* aus einer Gruppe von vordefinierten Vorschlägen, im Rahmen einer Volksabstimmung. Diese Auswahl schließt die Möglichkeit eines Kompromisses von Vornherein aus, lässt also alle, die nicht genau die Mehrheitsmeinung vertreten, gänzlich aus. Direkte Demokratie ist also radikal

anti-pluralistisch, weil sie Minderheitenmeinungen keine Möglichkeit zur weiteren Artikulation bietet. Umgekehrt aber, als Minderheitenrecht verstanden, ist die direkte (plebiszitäre) Demokratie gleichzeitig auch ein Instrument der Demagogie von umstürzlerischen Minderheiten (wie oben skizziert). Diese Kombination aus Anti-Pluralismus und Minderheiten-Demagogie macht die plebiszitäre direkte Demokratie zum idealen Staatsmodell des Populismus. Das alles gilt aber nur dann, wenn einer zur Abstimmung gestellten Sachfrage *nicht* eine kompromissfindende Debatte vorausgegangen ist. Hat eine solche Debatte stattgefunden (etwa im Parlament), dann sind Volksabstimmungen natürlich unbestreitbar ein wesentliches Instrument zur Absicherung von Kompromissen und also zur Stärkung einer Demokratie.

Kompromiss statt Konsens: nonkognitive statt deliberativer Demokratie

Kelsens nonkognitive Demokratieauffassung stellt in das Zentrum der demokratischen Entscheidungsfindung, wie wir oben gesehen haben, das Konzept des Kompromisses. Der Grund dafür liegt direkt im Nonkognitivismus. Ist es so, dass normative Entscheidungen nonkognitiv sind, dann können wir lediglich einen Zustand anstreben, in dem möglichst geringe Bevölkerungsteile ihre politischen Vorstellungen nicht verwirklichen können bzw. in dem nur diejenigen politisch übergangen werden, deren Auffassungen für die Mehrheit inakzeptabel sind. Was ein demokratischer Prozess der Kompromissfindung aber nicht hervorbringt, ist ein Resultat, das man (vielleicht weil es demokratisch gefunden wurde) *vernünftig* nennen könnte. *Kompromiss* ist aus genau diesem Grund etwas anderes als *Konsens*.

Die nonkognitive Politikauffassung proklamiert Demokratie und Kompromiss aus der empirischen Einsicht der generellen Abwesenheit bzw. extremen Unwahrscheinlichkeit des Konsenses. Der Kompromiss ist die Konsequenz, die man aus der nonkognitiven Einstellung zieht, sobald man sich zu einer friedfertigen, toleranten Weltsicht entschließt. Das muss man, rein logisch betrachtet, nicht tun. So gibt es auch, worauf wir unten noch eingehen werden, die Spielart des Nonkognitivismus, die an die Stelle des Kompromisses den Kampf setzt. Diese etwa von Hans Freyer oder Carl Schmitt verteidigte theoretische Variante knüpft an die nonkognitive Einsicht die normative Auffassung, wonach Wertsysteme genau dann besser sind, wenn sie von einer (militärisch) überlegenen Politik vertreten werden. Dagegen postuliert das „demokratische Prinzip“ von Hans Reichenbach die Idee des Kompromisses als Reaktion auf die nonkognitive Einsicht. Nonkognitivismus ermöglicht also nicht etwa eine nicht-normative, neutrale Umgangsweise mit Werten. Wir müssen uns auch hier entscheiden und ein Modell wählen, im Rahmen der vom Nonkognitivismus offen gelassenen Möglichkeiten. Entweder wir bevorzugen den Weg der Einfühlung und der Toleranz bzw. der friedfertigen Koexistenz und proklamieren so, mit Reichenbach, das demokratische Prinzip von selbstbewusst verteidigten und dennoch (in gewissen Grenzen) adaptionsfähigen Werten. Oder wir gehen den Weg der Gewalt und fordern zur bedingungslosen Verteidigung der eigenen Wertsysteme auf. In beiden Fällen machen wir einen normativen Vorschlag, möglicher Weise (wenn auch nicht zwangsläufig) in Verbindung mit der Annahme, dass dadurch politischer Fortschritt generiert wird.

Die deliberative Demokratieauffassung von Jürgen Habermas jedoch setzt normativ auf einer anderen Ebene an. Sie ist in gewissem Sinn nicht weniger das Produkt einer (bzw. ein und derselben) demokratischen Überzeugung (als normativer Entschluss) wie die nonkognitive Demokratieauffassung (und sie befindet sich damit im gleichen Gegensatzverhältnis zu einer totalitären Sicht im Stil von Freyer und Schmitt). Der Unterschied liegt also *nicht* auf der Ebene des Normativen, sondern darin, dass hier die selbe normative Einstellung in eine andere Theorie eingebettet ist. Diese andere Theorie ist eben der werttheoretische Kognitivismus. Deliberative Demokratie ist also Wertekognitivismus *plus* demokratische Einstellung. Die Annahme lautet hier, dass zwar der Wertekognitivismus gilt, dass aber (als die korrekte Einsicht über kognitive Werte) nur dann die richtigen Werte generiert werden, wenn wir normative Entscheidungen in demokratischen Prozessen (einer bestimmten Art) herbeiführen. Auch wenn Intellektuelle (Philosophen) vielleicht in der privilegierten Position sind, die wahren Werte bzw. die richtigen politischen Entscheidungen *zu erkennen*, so ist die Demokratie als das Modell identifiziert, in dem de facto die gesellschaftlichen Akteure (die typischer Weise nicht intellektuell sind) letztlich diejenigen Entscheidungen treffen, die sich intellektuell als korrekt identifizieren lassen. Diese Akteure agieren unbewusst („freie Assoziation“), gelangen also nicht zu der (nach wie vor dem Intellektuellen vorbehaltenen) *Erkenntnis* des politisch Richtigen, aber sie agieren genau dann im Sinne dieser Erkenntnis, wenn sie demokratisch agieren.

Das klingt alles sehr nach einem ad hoc Rechtfertigungsszenario. Dennoch ist es logisch konsistent, unter der Voraussetzung der Annahme, dass der Wertekognitivismus gilt. Die zu klärende Frage wäre also die, ob nun der Wertekognitivismus gilt oder nicht. Wir können hier ein indirektes Argument liefern, indem wir illustrieren, dass eine deliberative Auffassung von Demokratie, auch wenn sie, in einem sehr allgemeinen Sinn, dem normativen Anspruch der Demokratie entspringt (also politische Entscheidungen in offenen Meinungsbildungsprozessen und Wahlen zu generieren, nicht aufgrund von zentralisierten Experten- oder Diktatorenentschlüssen), doch letztlich intuitiven Annahmen über den Geist demokratischer Politik zuwiderläuft. Das Grundproblem ist, dass die deliberative Annahme, aus der nonkognitiven Sicht, demokratischen Entscheidungen ein unnötiges Ornament hinzufügt. Wenn sich aus einem demokratischen Prozess die Entscheidung X ergibt, dann ist X, mag der Prozess demokratiepolitisch noch so perfekt sein, immer nichts anderes als die Meinung einer Gruppe, die sich durchsetzen konnte. Die Tatsache, dass X demokratisch gefunden wurde, impliziert nur, dass X offensichtlich von einer Mehrheit gewollt wird. Aus nonkognitiver Sicht bedeutet aber der demokratische Ursprung von X auch niemals *mehr* als das. Und das ist gut so, wenn wir die Demokratie lieben.

Deliberative Demokratie bedeutet dagegen zwangsläufig, dass X, wenn es demokratisch gewonnen wurde, dadurch eine bestimmte Form der (rationalen) *Rechtfertigung* beanspruchen kann. X ist dann, in irgendeiner Form, kraft der deliberativen Annahme, *wahr*. X bedeutet also, normativ bestimmt, einen *Konsens*, auch dann, wenn dieser eine große Gruppe ausschließt: diese X nicht Einsehenden liegen dann einfach falsch. Nonkognitiv betrachtet bedeutet X aber immer nur einen *Kompromiss*, das heißt, dass die ausgeschlossene Gruppe derjenigen, die X ablehnen, einfach dadurch charakterisiert ist, dass sich die Mehrheit der X-Befürworter nicht mit ihr verständigen konnte: dadurch *und durch*

nichts anderes. Natürlich ist die hier implizierte Behauptung, dass nur die nonkognitive Sicht Demokratie in einer Weise denkt, die diesem Wort gerecht wird, ihrerseits normativ bzw. empirisch zu überprüfen. Es handelt sich um ein bestimmtes Bild von Demokratie. Ob es dieses Bild ist, das letztlich (von einer Mehrheit) geteilt wird, muss sich zeigen. Klar sollte jedoch auf jeden Fall sein, dass, auch wenn beide Auffassungen von Demokratie, die deliberative und die nonkognitive, aus einem verwandten normativen Geist entstehen, sie doch letztlich völlig unterschiedliche und am Ende kulturell inkompatible Auffassungen von Demokratie nach sich ziehen. Demokratie als Kompromiss *oder* Demokratie als Konsens. Wir müssen uns hier entscheiden.

Dieses Buch ist unter der Prämisse geschrieben, dass die Entscheidung für Demokratie als Kompromiss gefällt wird. Daraus ergeben sich ganz bestimmte Schlussfolgerungen für das im nächsten Kapitel zu behandelnde Problem des Populismus. Zumindest in zweierlei Hinsicht scheint es fast ausgeschlossen vor einem deliberativen Hintergrund zu ähnlichen Schlussfolgerungen zu gelangen. Erstens, weil die deliberative Sicht bzw. der Wertekognitivismus, wie wir oben argumentiert haben, die scharfe Trennung zwischen objektiven wissenschaftlichen Befunden und subjektiven Wertsetzungen unmöglich macht und insofern dem matschigen Diskurs eines „postfaktischen" Populismus entgegenkommt. Zweitens, weil die deliberative Sicht zwangsläufig, in den im deliberativen Prozess generierten „Konsensen" eine Reduktion der demokratisch repräsentierten Gruppe impliziert, die mit ihrer anti-pluralistischen Tendenz dem „imperativen Mandat" der Populisten gefährlich nahe scheint. Kurz: auch wenn deliberative Denker vielleicht den Populismus ablehnen, dann gibt ihnen ihre eigene Theorie doch kaum die nötigen Werkzeuge, dieser Ablehnung einen konsistenten theoretischen Rahmen zu verleihen: die Grenzziehung zwischen Populismus und Demokratie scheint in einer deliberativen Auffassung der letzteren schwierig bis unmöglich, weil Deliberation nicht weniger anti-pluralistisch eine bestimmte (Mehrheits-)Meinung verabsolutiert wie die dazu parallelen Konzeptionen des Populismus und des Naturalismus.

Wer ist das Volk?

Wer soll überhaupt dazu berechtigt sein, an einer Demokratie teilzunehmen? *Wo* findet Demokratie, als Staatsform, überhaupt statt? Was ist ein Staat? Auf die letzte Frage gibt es eine ziemlich einfache *geografische* Antwort: ein Staat ist ein Gebilde, das sich durch bestimmte geografische Grenzen definiert, innerhalb derer eine bestimmte Form der Herrschaft ausgeübt wird. Staaten überlappen einander nur sehr selten (und wenn, dann führt dies gewöhnlich zu Konflikten). Geht man also davon aus, dass Demokratie, als Staatsform, innerhalb bestimmter Grenzen stattfindet, dann fragt sich zweitens, *wer genau*, von den innerhalb bzw. auch außerhalb dieser Grenzen wohnenden Menschen zur Teilnahme an der Demokratie berechtigt ist? *Wer ist das Volk?*

Das Wahlrecht in einer Demokratie ist stets an bestimmte Bedingungen geknüpft (wir reden hier nur vom *aktiven* Wahlrecht; das passive Wahlrecht stellt meist restriktivere

Anforderungen[29]). So ist es fast immer so, dass man (a) die *Staatsbürgerschaft* des fraglichen Landes besitzen muss (dann aber meist auch in dem Fall wahlberechtigt ist, wenn man den Wohnsitz außerhalb des Landes hat), (b) ein bestimmtes *Wahlalter* erreicht haben muss, das heute meist bei 18 Jahren liegt, in Österreich aber seit 2007 bei nur 16 Jahren, (c) bestimmte minimale geistige Voraussetzungen erfüllen muss (die in der Regel tatsächlich minimal sind: nur wenn fest steht, dass man nicht in der Lage ist, den Wahlvorgang zu verstehen, wird man ausgeschlossen) sowie (d) keine schwerwiegenden Verurteilungen wegen bestimmter Arten von Verbrechen vorliegen dürfen.

Punkt (d) ist deshalb nicht zu unterschätzen, weil er in den USA eine massive und vielkritisierte Strategie der Ausschließung darstellt, die vor allem Minderheiten ausgrenzt. So waren in den USA 2012 ungefähr 1,8 Prozent der Bevölkerung wegen aktueller oder vergangener Gefängnisstrafen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Diese Maßnahme trifft Afroamerikaner besonders stark: 7,7 Prozent im Schnitt, in drei Staaten des Südens (Florida, Kentucky und Virginia) jedoch betrifft dies über 20 Prozent der afroamerikanischen Bevölkerung.[30] In Deutschland und Österreich hingegen handelt es sich hier um vergleichsweise harmlose Maßnahmen zur Ausschließung von politischen Straftätern (die das Ziel verfolgen, die Republik zu zerstören); es geht hier also um Maßnahmen der „wehrhaften Demokratie“, die wir unten noch näher diskutieren werden.

Das Wahlalter ist jedenfalls ein ungeheuer wichtiger Aspekt demokratischer Ein- und Ausschließung. In frühen Demokratien des neunzehnten Jahrhunderts lag das Wahlalter bei etwa 25 Jahren. Damit waren Jugendliche und junge Erwachsene vom demokratischen Prozess ausgeschlossen, ungeachtet der Tatsache, dass auch in diesen Zeiten gerade Staatsbürger dieser Altersgruppe zweifellos am meisten über Politik nachgedacht haben. Die Frage, um die es hier geht, ist also erneut eher *indirekt*. Wie kann eine Demokratie funktionieren, die wichtige Teile ihrer Bürger vom Wahlrecht ausschließt? Kann eine Demokratie frei und gleich sein, wenn sie den Rahmen derer, die frei und gleich an der Demokratie partizipieren dürfen, *einschränkt*? Nein, weil Demokratie, die ausschließt, Autokratie gegenüber den Ausgeschlossenen ist. Im Fall des Wahlalters geht es aber auch um den pragmatischen Gesichtspunkt, dass frühe Integration in die demokratische Gemeinschaft ein substantieller Aspekt der *Bildung* als Voraussetzung der Partizipation in dieser Gemeinschaft ist. Ein Wahlrecht, das noch während der Zeit der Schulbildung ausgeübt werden kann, gibt der Schulbildung die Chance, Kinder zu mündigen, erwachsenen, engagierten Bürgern zu erziehen. Bringt man die Bürger dazu, bis zum Alter von 18 Jahren die Schule zu besuchen und gibt man ihnen das Wahlrecht schon mit 16 (oder noch früher),

[29] Um in ein politisches Amt gewählt werden zu können, muss man meist ein paar Jahre älter sein als beim aktiven Wahlrecht. Ausschließungsgründe sind meist auch ein Gefängnisaufenthalt u.dgl.

[30] Vgl. http://www.sentencingproject.org/publications/felony-disenfranchisement-laws-in-the-united-states/, abgerufen am 15.05.2017. In den USA hat sich die Anzahl der Inhaftierten in den letzten vier Jahrzehnten verfünffacht. Heute sind dort 698 von hunderttausend Einwohnern im Gefängnis (also 0,7 Prozent). Die USA liegen damit weit an der Weltspitze, vor Ruanda (492 pro Hunderttausend) und Russland (446 pro Hunderttausend). In China (119) und Europa sind die Werte wesentlich niedriger: Frankreich (100), Österreich (96), Deutschland (78). Vgl. http://www.sentencingproject.org/criminal-justice-facts/, abgerufen am 15.05.2017.

dann bleiben 2 wichtige Jahre zur Wahrung dieser neuen Chance demokratischer Integration.

Migration und Partizipation

Die wichtigste Frage der Inklusion ist aber, in einer Welt der globalen Migrationsbewegungen, die demokratische Integration von Zuwanderern (und natürlich auch von Abwanderern: aber mit dem Wahlrecht für Auslandsbürger hat interessanter Weise ohnehin kaum jemand ein Problem). Dieser Gesichtspunkt der Integration wird insofern teilweise realisiert, in den meisten heutigen Demokratien, als man mit der Staatsbürgerschaft auch das Wahlrecht erwirbt (man muss also nicht zwangsläufig in dem Land geboren sein, in dem man wählen darf). Das Erlangen der Staatsbürgerschaft ist aber meistens eine langwierige Angelegenheit bzw. wird von vielen (aus welchen Gründen immer) gar nicht gewünscht. Meldezettel und Staatsbürgerschaft sind zwei grundverschiedene Dinge. So haben 2016 in Österreich 18,3 Prozent der Bevölkerung Migrationshintergrund, hingegen haben 14,5 Prozent der Bevölkerung nicht die österreichische Staatsbürgerschaft. Das bedeutet, dass lediglich knapp ein Viertel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, drei Viertel aber nicht: diese Bürger (14,5 Prozent der Gesamtbevölkerung) sind von den Wahlen ausgeschlossen. Besonders schwerwiegend ist das in Wien, wo 34,5 Prozent der Bevölkerung Migrationshintergrund haben, von denen jedoch vier Fünftel nicht die Staatsbürgerschaft besitzen und daher nicht wählen dürfen.[31] Mit anderen Worten: in Wien ist heute mehr als ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung nicht wahlberechtigt!

Aber warum sollte dieses Ausschließen von Zuwanderern ein Problem für die Demokratie darstellen? Erneut handelt es sich hier um ein indirektes Argument. In einer Gesellschaft, in der Migration eine große Rolle spielt, weil es ein Fünftel oder mehr Bürger mit Migrationshintergrund gibt, wo aber ein Großteil dieser Bürger (noch) die Staatsbürgerschaft des Landes nicht besitzen, ist die Staatsbürgerschaft kein brauchbares Kriterium zur Bestimmung des Wahlrechtes mehr, weil dadurch eine extreme Fragmentierung der Gesellschaft entsteht. Es passiert exakt dasselbe was in den USA seit dem 19. Jahrhundert Realität ist, nämlich die Schaffung von Minoritäten, die vom demokratischen Prozess ausgeschlossen und so zu Bürgern zweiter Klasse degradiert werden. *Wenn* eine Demokratie frei *und* gleich sein soll, dann muss sie das Wahlrecht für Zuwanderer einführen, spätestens dann, wenn diese zu einer demografisch relevanten Gruppe werden. Sonst läuft diese Demokratie Gefahr, sich selbst aufzuheben und zu einer Autokratie der Einheimischen zu degenerieren.

Zwischenbemerkung: sind die USA eine multikulturelle Einwanderungsnation?

Die USA werden oft als beispielhaft bezeichnet, für die Konzepte (a) des Einwanderungslandes und (b) der multikulturellen Demokratie. Für diesen Standpunkt

[31] Bei Kommunalwahlen und EU-Wahlen gilt diese Einschränkung nur zum Teil. EU-Bürger dürfen dann an dem Ort ihres Aufenthaltes wählen. Aber erstens sind viele (fast genau 50 Prozent) der Zuwanderer in Österreich keine EU-Bürger und zweitens gilt der Ausschluss auch hier bei den wichtigeren Wahlen zum Nationalrat und bei der Bundespräsidentenwahl.

spricht zweifellos einiges. Die Bevölkerung der USA setzt sich heute tatsächlich mit großer Mehrheit aus Menschen zusammen, die oder deren Vorfahren in den vergangenen Jahrhunderten in dieses Land eingewandert sind. Und die USA sind in hohem Maß multikulturell aufgestellt

……..

Das Maß der Fragmentierung einer Demokratie: drei unterschiedliche Strategien

Demokratie ist ein Produkt der vergangenen zwei Jahrhunderte, aber nicht in dem Sinn, dass sie, einmal erreicht, konstant beibehalten wurde, sondern als ein dynamischer Prozess, als permanenter Zustand der Optimierung einer zunächst, aus heutiger Sicht, nur allzu vage und unzulänglich gefassten Idee. Kurz gesagt erscheinen uns heute die Demokratien vor fünf Jahrzehnten und erst Recht vor einem Jahrhundert überaus mangelhaft und *fragmentarisch*. Aber auch heute haben wir zwar in gewissem Sinn ein Ideal von Demokratie herausgearbeitet – die Überlegungen in den vergangenen Abschnitten haben gezeigt, wie rezent die Entwicklung vieler Gesichtspunkte dieses Ideals ist –, sind aber dennoch weit davon entfernt, dieses Ideal *sicher* zu haben. Gerade die am höchsten entwickelten Demokratien sind, so scheint es, auch die gefährdetsten, einfach weil sie Zirkularität ablehnen und Dynamik forcieren; Dynamik aber kann immer in alle Richtungen ausschlagen: Donald Trump ist das Gesicht derselben amerikanischen Demokratie wie Barack Obama.

Was genau ist nun eine *fragmentierte* Demokratie (im Unterschied zu einer idealen)? Ich möchte eine Definition vorschlagen, die sich auf eine dreifache Auffassung des Begriffs des *Ausschlusses von der Partizipation stützt*. Eine Demokratie fragmentiert demnach, wenn sie (a) die Partizipation von Bürgern verliert bzw. verunmöglicht, durch Selbstausschluss und/oder fremdbestimmten Ausschluss; sie fragmentiert, wenn sie (b) inadäquate Partizipation – also Partizipation auf unzureichender Faktengrundlage oder aufgrund von Zwang, einschließlich des Stimmenklaus durch Wahlbetrug – entweder bewusst herbeiführt oder nicht zu verhindern in der Lage ist; und sie fragmentiert (c), wenn die Bürger bei Wahlen ihre Stimmen demokratiefeindlichen Parteien geben.

Ist n die Anzahl der erwachsenen Bürger eines Staates und m die Anzahl der Bürger, die an demokratischen Prozessen partizipieren, dann gibt m/n das Maß der Fragmentierung an: es ist 0, wenn es keine qualitativ hochwertige Partizipation gibt, 1, wenn diese zu hundert Prozent vorliegt. Im Detail sollte man die Berechnung von m aber noch weiter zerlegen, indem man mit folgenden Zahlen operiert:

b … Anzahl der Bewohner eines Staates, einschließlich Nicht-Staatsbürger und Illegale
k … Anzahl der (ideal) als nicht entscheidungsreif identifizierten BürgerInnen aus b
f … BürgerInnen aus b-k, die der Staat vom demokratischen Prozess ausschließt
s … BürgerInnen aus b-k-f, die freiwillig oder gezwungen nicht am demokratischen Prozess teilnehmen
q … BürgerInnen aus b-k-f, die inadäquat am demokratischen Prozess teilnehmen oder deren Stimmen durch Wahlbetrug gekapert werden.
r … BürgerInnen aus b-k-f, die gegen die Demokratie votieren.

Unter b verstehen wir hier die Gesamtzahl aller zu einem bestimmten Zeitpunkt einem Staat zuzurechnenden Bürger: alle Staatsbürger (also auch die Auslandsbürger) und alle im Staat befindlichen Personen, einschließlich der Gemeldeten und der Illegalen. Für die Berechnung von k ist bereits eine wichtige normative Entscheidung zu treffen, die sich, wie wir gesehen haben, im Lauf der Entwicklung der Demokratie verändert hat: ab welchem Alter soll man wahlberechtigt sein? Wer wird als entscheidungsunfähig identifiziert, etwa aufgrund einer starken geistigen Beeinträchtigung? Wir nehmen aber an, dass diese Entscheidung irgendwann (bzw. heute: am besten verfügbaren Stand des Ideals der Demokratie) gefällt wird und damit eine Gruppe von nicht Entscheidungsfähigen definitiv vom demokratischen Prozess ausgeschlossen ist. Entschließt man sich etwa, das Alter der demokratischen Entscheidungsfähigkeit mit 16 Jahren zu bestimmen, dann würde f bei einem Wahlalter von 25 Jahren insbesondere alle Bürger im Alter zwischen 16 und 25 Jahren enthalten. Entschließt man sich darüber hinaus, ausschließlich solche Personen vom Wahlrecht auszuschließen, die nachweislich, nach bestimmten idealen psychologischen Standards, nicht in der Lage sind, den Inhalt des Wahlzettels zu erfassen (etwa aufgrund einer starken Demenzerkrankung), dann würde f alle anderen Personen umfassen, die, aus dieser Sicht, ungerechtfertigt wegen geistiger Beeinträchtigung vom Wahlreicht ausgeschlossen sind. Weiters umfasst f in der Regel folgende Personengruppen: illegale und gemeldete Nicht-Staatsbürger und bestimmte Gruppen von Straftätern sowie, in älteren Demokratien, Frauen bzw. Angehörige bestimmter ethnischer Minderheiten. Die Gruppe s ist eindeutig definiert als die Wahlberechtigten, die nicht oder ungültig wählen bzw. die an einem demokratischen Entscheidungsprozess ihre Teilnahme verweigern oder unter Zwang darauf verzichten. Extrem schwierig zu identifizieren und daher durchaus spekulativ ist dagegen die Gruppe q. Sie umfasst all diejenigen, die zwar am Entscheidungsprozess teilnehmen (bzw. gültig wählen), die jedoch nachweislich ihre Wahlentscheidung aufgrund unzulänglicher Informationen oder unter Zwang treffen bzw. deren Stimmen durch Wahlbetrug missbraucht werden. Das heißt: jede Person fällt genau dann in die Gruppe q, wenn ihre Stimme gestohlen wurde oder wenn sie sich aufgrund von ausreichenden und adäquaten Informationen sowie ohne Einwirkung von Zwang anders entscheiden würde. Alternativ zu q verwenden wir als Maß der Fragmentierung durch „falsches“ Wählen den Anteil von Wählern, die, etwa durch Wählen von Spaßparteien oder antidemokratischen Parteien, gegen die Demokratie insgesamt votieren.

Um eine klare Unterscheidung zwischen den leichter quantifizierbaren Größen b, k, f, s und den schwerer zu quantifizierenden Größen q und r zu ermöglichen, führen wir drei Maßzahlen ein: das *primäre Fragmentierungsmaß* ϕ und das *sekundäre Fragmentierungsmaß* ϕ^* *bzw.* ϕ^{**} (mit ϕ^{**} beschäftigen wir uns im dritten Kapitel dieses Buches):

$$\phi := \frac{\mathrm{b-k-f-s}}{\mathrm{b-k}} = \frac{\text{gültige Stimmen}}{\text{entscheidungsfähige BürgerInnen}},$$

$$\phi^* := \frac{b-k-f-s-q}{b-k} = \frac{\text{adäquat abgegebene Stimmen}}{\text{entscheidungsfähige BürgerInnen}},$$

$$\phi^{**} := \frac{b-k-f-s-r}{b-k} = \frac{\text{nicht gegen die Demokratie votierende Stimmen}}{\text{entscheidungsfähige BürgerInnen}}.$$

Anschaulich drückt ϕ den Anteil der abgegebenen gültigen Stimmen an der wahlfähigen Gesamtbevölkerung aus (einschließlich Jugendliche, ethnische Minderheiten, Nicht-Staatsbürger, Illegale), ϕ^* den Anteil der unter idealen Voraussetzungen (bestmögliche Informationen, einschlägiges Wissen, Abwesenheit von Zwang) abgegebenen gültigen Stimmen an derselben Grundgruppe.

Man beachte, dass im Prinzip alle in den Formeln für ϕ und ϕ^* enthaltenen Größen normativ sind: ihre Bestimmung hängt ab, von einem zuvor definierten *Idealzustand* der Demokratie, der sich natürlich ändern kann. Wir gehen hier von den im Verlauf dieses Kapitels beschriebenen Annahmen aus, die ihrerseits den *Status quo* der Demokratietheorie zu reflektieren versuchen.

Die Messgröße ϕ

Ein zu hohes Mindestalter für die Beteiligung an demokratischen Prozessen führt zu einer strukturellen Fragmentierung der Demokratie: Bürger werden nicht aktiv auf die demokratische Partizipation eingestellt, die wichtige Gruppe von Jugendlichen bleibt unter- oder unrepräsentiert. Dass diese Spielart der Fragmentierung auch quantitativ schwerwiegend sein kann zeigt das Beispiel der Wahlrechte im späten neunzehnten Jahrhundert. So umfasste um 1910, nach der damaligen Altersverteilung, die Gruppe der zwischen 16 und 25 Jahre Alten etwa 20 Prozent der über 16-Jährigen, eine nicht unwesentliche Fragmentierung also. Rechnet man dazu noch die Fragmentierung durch die Beschränkung auf ein reines Männerwahlrecht, so ergibt sich augenblicklich, dass ϕ unter 40 Prozent liegen muss (hinzu kommt noch der Ausfall durch Nichtwahl oder ungültige Wahl bei eingetragenen Wählern).

In heutigen hochentwickelten Demokratien ist aber die Fragmentierung, im Sinne von ϕ, oft nicht weniger Schwerwiegend: niedrige Wahlbeteiligung unter den eingetragenen WählerInnen ist eine Seite dieses Phänomens, die andere, oft sehr zu Unrecht übersehene, ist der Ausschluss von Illegalen, Nicht-Staatsbürgern und ethnischen Minderheiten (etwa durch die Ausschließung von Straftätern oder das Einrichten von bürokratischen Schwellen für die Eintragung ins Wählerregister). Sehen wir uns die Werte an, die sich für ϕ anhand einiger historischer wie rezenter Wahlen in Österreich, Deutschland und den USA errechnen lassen:[32]

[32] Die Werte sind, für Deutschland, aus den *Statistischen Jahrbüchern* auf https://www.destatis.de/ entnommen, für Österreich stammen sie von *Statistik Austria* https://www.statistik.at/, von der Homepage des Innenministeriums http://www.bmi.gv.at/ bzw. aus dem Referenzwerk Fritz Plasser, Peter A. Ulram und Günther Ogris (Hrsg.): *Wahlkampf und Wählerentscheidung. Analysen zur Nationalratswahl 1995*, Wien: Signum Verlag, 1996. Für die USA https://en.wikipedia.org/wiki/United_States_presidential_election,_2016, abgerufen am 17.05.2016 sowie http://www.pewresearch.org/fact-tank/2017/04/27/5-facts-about-illegal-immigration-in-the-u-s/, abgerufen am 17.05.2017. In Deutschland und Österreich wird angenommen, dass es keine Illegalen Migranten gibt. (Es konnten keine gesicherten Zahlen gefunden werden.) Zweitens wurde bei den Berechnungen angenommen, dass die Gruppe der wegen geistigen Defiziten Ausgeschlossenen leer ist, sodass k genau alle (legalen und illegalen) Einwohner ab 16 Jahren umfasst.

	Nationalratswahl Österreich 1971	Nationalratswahl Österreich 2013	Nationalratswahl Österreich 2013 (Wien)	Reichstagswahl Deutschland 1912	Reichstagswahl Deutschland 1932a	Bundestagswahl Deutschland 1972	Bundestagswahl Deutschland 2013	Präsidentenwahl USA 2016
Bevölkerung	7.500	8.477	1.741	64.926	65.733	61.669	80.767	324.420
Bevölkerung > 15	*5.670*	*7.189*	*1.474*	*40.130*	*47.427*	*46.638*	*69.551*	*255.450*
Illegale	-	-	-	-	-	-	-	*11.100*
Wahlberechtigte	4.984	6.384	1.157	14.362	43.855	41.446	61.800	
Gültige Stimmen	4.555	4.692	795	12.208	36.882	37.460	43.727	136.501
% Gültige Stimmen	91,4	73,5	68,7	85	84,1	90,3	70,8	60
Φ (in %)	**80,3**	**65,3**	**53,9**	**30,4**	**77,8**	**80,3**	**62,9**	**51,2**

Dass ϕ in Deutschland 2013 um ungefähr 2 Prozent niedriger ist als in Österreich liegt wohl vor allem an dem dort höheren Wahlalter von 18 Jahren. In den USA ist der Wert 2016 nochmal, bei gleichem Wahlalter, um 10 Prozent niedriger als in Deutschland. Diese Diskrepanz hängt mit den oben angedeuteten Problemen der Ausgrenzung ethnischer Minderheiten in den USA zusammen. Bemerkenswert ist hier, dass in einer Stadt mit hoher Zuwanderung wie Wien die Werte nurmehr unwesentlich höher sind als in den USA: der Anteil der Wähler beträgt nurmehr ungefähr die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung.

Andererseits sind die signifikant höheren Werte für ϕ bei Wahlen der Zwischen- und Nachkriegszeit auffällig. Wählen heute in Deutschland und Österreich ungefähr zwei Drittel der erwachsenen Bevölkerung, so waren es in der Zwischen- und Nachkriegszeit noch zwischen 70 und 80 Prozent. Bemerkenswert ist vor allem der hohe Anteil in der Zwischenkriegszeit, vor dem Hintergrund, dass vor dem ersten Weltkrieg nur knapp ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung gewählt hat (Ausschluss von Jugendlichen und Frauen). Das deutet darauf hin, dass die Demokratie in der Weimarer Republik durchaus auf einem hohen Niveau gewesen ist,[33] in mancher Hinsicht auf einem höheren Niveau als heute.

In heutigen Demokratien von einer Fragmentierung zu sprechen ist also gerechtfertigt. Umgekehrt zeigt sich so aber auch, dass ein hoher Wert für ϕ nicht zwangsläufig eine *stabile* Demokratie bedeutet: 1932 war das Jahr der Machtetablierung der NSDAP in Deutschland, vor dem Hintergrund eines ϕ von fast 80 Prozent. Die Bürgerbeteiligung in der Weimarer Republik war offenbar ebenso beeindruckend wie die weitgehende Ablehnung von Demokratie. ϕ stellt also kein absolutes Maß für die *Qualität* einer Demokratie dar. Dennoch drückt ϕ zumindest etwas an einem insgesamt komplexeren Begriff einer hochwertigen Demokratie sehr präzise aus.

[33] Darauf weist auch Kelsen, *Verteidigung der Demokratie*, 229 hin: die Weimarer Verfassung ist „die freieste Verfassung […], die sich je ein Volk gegeben hat."

Man beachte auch, dass Resultate von Wahlen nur unter der Bedingung demokratisch relevant sind, dass diese frei erfolgt sind und dass es vor allem eine ausreichende Zahl von Wahlmöglichkeiten gibt. Messgrößen wie ϕ und ϕ^* sagen kaum etwas über den demokratischen Zustand eines Staates mehr aus, sobald dieser bereits keine Demokratie mehr ist oder bloß eine *defekte Demokratie*. Gibt es systematischen Wahlbetrug, wird Zwang auf Wähler ausgeübt und gibt es vor allem keine plausiblen Alternativen zur Wahl der aktuellen Machthaber, dann sind Wahlen überhaupt demokratisch nur mehr bedingt aussagekräftig. Einschätzungen des *Zustandes* einer Demokratie, wie wir sie hier vorschlagen, setzen also bestimmte Grundstandards als gegeben voraus – kein Wahlbetrug, kein Zwang auf Wähler, geheime Wahl, Existenz von ausreichenden demokratischen Alternativen.

Die Messgrößen ϕ^* und ϕ^*/ϕ

Um ϕ^* abschätzen zu können, muss man viel tiefer in die Analyse der Bevölkerungsstruktur eindringen. Wir betrachten dieses Maß hier als eine eher hypothetische Größe, die sich kaum plausibel *direkt* errechnen lässt. Wohl aber kann man die verfügbaren Daten für Bildungsstand etc. als Indikatoren für ϕ^* heranziehen. In den heutigen westlichen Demokratien ist grundsätzlich ein hohes Maß an Verfügbarkeit hochwertiger Information gegeben, vor dem Hintergrund eines sehr hohen Standes der Freiheit der Wissenschaften. Ähnliches kann etwa über die Weimarer Republik oder auch das Europa des neunzehnten Jahrhunderts gesagt werden. Das Problem ist also in all diesen Kontexten nicht, dass Informationen nicht vorliegen oder dass es der Wissenschaft an Mitteln und Entfaltungsmöglichkeit mangelt. Damals wie heute hängt die Frage des tatsächlichen Zuganges zu Information damit auf das Engste mit dem Bildungsstand und dem sozialen Status zusammen. Wer einen niedrigen Bildungsstand hat, ist tendenziell nicht in der Lage, anspruchsvolle Darstellungen komplexer Zusammenhänge nachzuvollziehen bzw. greift, wenn überhaupt, zu weniger vertrauenswürdigen Quellen. Mit niedriger Bildung hängt meist auch ein niederer sozialer Status zusammen: prekäre Beschäftigungsverhältnisse, familiäre Turbulenzen, Alkoholsucht und viele andere Hindernisse wirken zusätzlich als Unterdrücker der Möglichkeit qualitativ hochwertiger Informationsbeschaffung. „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral." Das stimmt. Man könnte aber auch hinzufügen: „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Wissenschaft."

Natürlich können auch gebildete Menschen politisch desinteressiert sein. Aber dieser Umstand wird bei der Berechnung eines Fragmentierungsmaßes zumindest teilweise dadurch abgefangen, dass für die Ermittlung von q nur die Gruppe der tatsächlichen Wähler zugrunde gelegt wird: politisch Desinteressierte gehen tendenziell gar nicht erst wählen, spielen bei der Berechnung von ϕ^* also keine Rolle mehr. Geht man überdies (was sicher nicht ganz stimmt) davon aus, dass Wähler proportional zu gleich großen Teilen gebildet oder weniger gebildet sind wie die Gesamtbevölkerung, so kann man Daten für den Bildungsstand direkt zur Abschätzung von ϕ^* heranziehen. Zwar sind solche Daten nur sehr grobe Abschätzungen – auch mit bloßer Grundschulbildung kann man sich durch Selbststudium in eine Situation versetzen, dass man Zusammenhänge versteht, die sonst nur Akademikern zugänglich sind, umgekehrt rutschen manche durch die Matura, die in ihrem

Leben nie in der Lage sein werden, eine Tageszeitung sinnerfassend zu lesen – aber als solche scheinen sie brauchbar. Geht man davon aus, dass die ausschlaggebende Differenz im Ausmaß der Bildung durch die An- und Abwesenheit einer durchgängigen Schulbildung bis zum Erlangen des Wahlalters und idealer Weise noch darüber hinaus besteht, so kann man entweder die sogenannte sekundäre Bildungsstufe (also Matura, Abitur, Hochschulreife) als Kenngröße verwenden oder aber auch die Vorhandenheit einer über die Grundschule hinausgehenden Bildung (Lehre, BMS).

Auch wenn an Berufsschulen weniger Allgemeinwissen vermittelt wird als an Mittelschulen sind doch auch die Berufsschulen jedenfalls Bildungsinstitutionen, die prägende Funktion haben, in einer Phase, in der, etwa in Österreich, das Wahlrecht bereits ausgeübt werden kann. Hinzu kommt, dass auch an Berufsschulen (in Österreich bis 2016 sogar *nur* dort) politische Bildung als Fach angeboten werden kann und wird. Ist das Kriterium für hohe Wahrscheinlichkeit einer qualitativ hochwertigen demokratischen Partizipation also die Vorhandenheit einschlägiger Bildungsangebote während der ersten Jahre der Ausübung des Wahlrechts, dann wäre im Grunde jede Form der Bildung, die über die Grundschule hinausgeht, ausreichend. Wir rechnen beide Beispiele durch: Hochschulreife als Grundlage sowie Hochschulreife *oder* Lehre/BMS als Grundlage.

ϕ^* gibt den Anteil der Wähler mit höherer formaler Bildung an der politisch entscheidungsfähigen Gesamtbevölkerung an, ϕ^*/ϕ, als weitere wichtige Kenngröße, den Anteil der Wähler mit höherer formaler Bildung an der Gesamtheit der Wähler, die eine gültige Stimme abgegeben haben (wobei diese Größe, aufgrund unserer idealisierenden Annahmen, gleichzeitig den Anteil der Personen mit Hochschulreife an der erwachsenen Gesamtbevölkerung ausdrückt).[34] Hier einige Zahlen:

	Nationalrats-wahl Österreich 1971	Nationalrats-wahl Österreich 2013	Reichstags-wahl Deutschland 1932a	Bundestags-wahl Deutschland 1972	Bundestags-wahl Deutschland 2013
Φ	71,6	65,3	77,8	80,3	62,9
	Hochschulreife als formales Bildungskriterium				
ϕ^*/ϕ	12	27	3	12	31
ϕ^*	9	18	2	10	19
	Hochschulreife *oder* Lehre/BMS als formales Bildungskriterium				
ϕ^*/ϕ	42	84	20		63
ϕ^*	30	55	16		40

1932 hatte nur ein geringer Teil der Bevölkerung formale Bildung aufzuweisen (auch sind die Werte, die „Lehre“ als formale Bildung mit einbeziehen, hier nur bedingt vergleichbar, da Berufsschulen mit politischer Bildung etwa in Österreich erst seit den 1970er-Jahren

[34] Quellen wie oben. Bei den 16 bis 18-Jährigen müsste man diejenigen dazurechnen, die aktuell eine Mittelschule besuchen. Wir stützen uns stattdessen, der Einfachheit halber, auf den Anteil der Personen mit Hochschulreife unter den über 20-Jährigen, der näherungsweise der ersten Zahl entspricht (wenn auch nicht ganz, sobald der Anteil der Besucher von Mittelschulen kontinuierlich zu- oder abnimmt).

existieren). Nach 1945 hat sich die Situation aber kontinuierlich verbessert, vor allem dann, wenn wir alle Arten der über die Grundschule hinausgehenden Bildung berücksichtigen. Letztlich wird das Ziel aber sein müssen, dass irgendwann ein hoher Anteil der Bevölkerung (weit über zwei Drittel, idealer Weise) sowohl zu den Wahlen geht als auch eine hinreichende formale Bildung aufweist. Welche Art der formalen Bildung *hinreichend* ist, hängt dann natürlich ganz stark davon ab, wie die einzelnen Bildungseinrichtungen pädagogisch vorgehen, welche Fächer sie anbieten, wie die Lehrpläne sind, wie die Ausbildung der Lehrkräfte ist. Was die unterschiedlichen Werte für ϕ^* und ϕ^*/ϕ also letztlich aussagen, hängt davon ab, wie Bildung organisiert wird. So kann man diese Werte auch historisch kaum miteinander direkt vergleichen, sondern muss sie in der Detailanalyse erst aussagekräftig machen. Dann aber, als lokale Kenngrößen, können diese Werte durchaus hilfreich sein: als Rahmen für die unten noch zu formulierende Theorie einer „natürlichen Epistokratie“, die, grob gesprochen, dadurch entsteht, dass die in einem demokratischen Kontext Agierenden mehrheitlich zu kompetenten Entscheidungen in der Lage sind, weil sie mehrheitlich eine für demokratische Partizipation ausreichende (und adäquate) Bildung besitzen.

Demokratie ohne mythische Identität ist nicht lebensfähig

Wir haben in diesem Kapitel ein Idealbild von Demokratie gezeichnet, das sich zwar am heutigen Status quo orientiert und insofern empirisch ist, in dem aber ein entscheidender Aspekt ausgespart geblieben ist, nämlich der Umstand, dass, wie auch immer man Demokratie letztlich konstruieren mag, für ihre Akzeptanz und Überlebensfähigkeit wesentlich mehr bzw. etwas Anderes erforderlich ist als die astreine Beschreibung von demokratischen Werten und rationalen Anforderungen. Demokratie benötigt, wie jede andere Staatsform auch, um stabil sein zu können, eine *mythische Identität*, etwas, an das wir uns auch noch dann zu klammern bereit sind, wenn vieles andere längst aus dem Blickfeld verschwunden ist.

Die besten Beispiele für die Stabilität mythischer Identitäten von Staatsformen liefern ältere Konzeptionen, namentlich die Monarchie. Die Monarchie ist eine Staatsform, die, rational betrachtet, auf ungerechtfertigten Privilegien einer Kaste von Adeligen aufbaut, auf Ungerechtigkeit, Unfreiheit und Unterdrückung. Von einem höheren (demokratischen) Wertestandpunkt gesehen ist die Monarchie also ohne Zweifel eine Absurdität (bzw. kann nur denen, die von ihr profitieren, also den Adeligen, plausibel erscheinen). Dennoch waren Monarchien von absolut verblüffender Stabilität, haben sich vielfach über Jahrtausende gehalten und viele bestehen auch heute noch, im demokratischen Zeitalter (wenn auch in eingeschränkter Form). Warum ist das so? Die Antwort kann nicht anders lauten als dass es sich hier um mythische Identitäten handelt, die, wegen ihrer Verankerung in religiösen Dogmen und scheinbar naturgegebenen Rechten die teils geradezu unglaubliche Ungerechtigkeit dieser Staatsformen zu rechtfertigen imstande sind. Mit anderen Worten, diese Staatsformen haben praktisch überhaupt keine rationale Grundlage, aber sie basieren auf überwältigend starken mythischen Identitäten, die vielfach ihre Absurdität nachhaltig kompensieren können.

Demokratie hat demgegenüber unbestreitbar einen viel leichteren Stand, was ihre rationale Rechtfertigung anlangt. Präsentiert man die Demokratie einem unvoreingenommenen Beobachter, so wird sie ihm, auch ohne Beigabe einer mythischen Identität mit großer Sicherheit plausibel erscheinen: die beste mögliche Staatsform also. Aber, wie man weiß, ist die Demokratie auch nicht fehlerfrei. Sie fördert tendenziell Korruption, Misswirtschaft und Protektionismus. Sie tendiert dazu, Entwicklung nur sehr langsam und in oft deprimierend kleinen Schritten möglich zu machen (zwei Schritte vor, drei Schritte zurück). Sie erfordert eine für viele nur schwer zu ertragende Streitkultur und Kompromissbereitschaft. Sie ist die schlechteste Staatsform, wenn auch vielleicht mit Ausnahme aller anderen. Theorie und Praxis der Demokratie tendieren dazu, auseinander zu klaffen. Einer Vielzahl an Rechten steht eine Vielzahl an Pflichten gegenüber. Demokratie erzeugt die über ihr Erlangen einsetzende Euphorie in genau demselben Maß wie die nach einiger Zeit auftauchende Ernüchterung. Demokratie ist, kurz gesagt, kein Selbstläufer, sie ist weder naturgegeben noch bleibt sie, einmal erreicht, auch notweniger Weise erhalten. Das bedeutet, dass Demokratie, angesichts all der Nachteile, die sich im demokratischen Alltagsgeschäft herauskristallisieren, in letzter Konsequenz nicht viel weniger auf mythische Identitäten angewiesen ist wie die Monarchie. Ihre entwaffnende Logik und Rationalität reicht nicht aus, wenn die ideologischen Wohlstandsbäuche übersättigt sind und den daraus resultierenden Überdruss zum Anlass nehmen, Logik und Rationalität insgesamt das Klo der Ideologie hinunter zu spülen.

Aber, was genau *kann* die mythische Identität einer Demokratie sein? Es sind zwei Typen erkennbar, ein positiver und ein negativer (und Mischungen beider). Positive mythische Identitäten basieren auf einer großen patriotischen Erzählung, einer Staatsgründung, in der die nationale Identität gleichzeitig mit der Erfindung der Demokratie gestiftet wird, und auf die man sich jederzeit emotional und irrational berufen kann, besonders in den Stunden wo die rationale Befriedigung mit der Demokratie klein wird. Die stärksten Beispiele für positive Verankerung der Demokratie sind sicher Frankreich und die USA, aber auch Großbritannien und die Schweiz wären hier etwa zu nennen sowie Indien und andere ehemalige Kolonien, die ihre Demokratie in einer Freiheitsbewegung gefunden haben. Negative mythische Identitäten sind dagegen so konzipiert, dass zwar auch eine gefundene Freiheit dabei eine Rolle spielt, vor allem aber der dadurch überwundene selbstverschuldete Zustand des Totalitarismus. Solche negativen Identitäten existieren vor allem in Westeuropa: Deutschland, Österreich, Italien und Spanien wären hier vor allem zu nennen. Hier steht im Zentrum der mythischen Identität das *Nie wieder!*, das, was man unbedingt vermeiden möchte und von dem man gleichzeitig weiß, dass es schon einmal nicht zu vermeiden gelungen ist. Zumal in Deutschland scheint diese negative mythische Identität bis heute eine überragende Rolle zu spielen.

Wenn so in den mythischen Identitäten von Demokratien positive oder negative Aspekte überwiegen, so sind doch stets *beide* zu finden. Gefundene Freiheit ist immer auch überwundene Unfreiheit und umgekehrt. Hinzu kommt, dass mythische Identitäten nicht nur als *Gründungsmythen* zu verstehen sind. Vielmehr sind oft die stärksten Bestandteile mythischer Identitäten historische Aspekte, die nur für eine gewisse Zeit der Demokratie Kraft verleihen, während sie davor und danach keine oder nur eine untergeordnete Rolle

spielen. Im zwanzigsten Jahrhundert waren die mythischen Identitäten von Demokratien vorwiegend *nationale Verteidigungsmythen*, zunächst, bis 1945, im Rahmen der Weltkriege und im Kampf gegen Faschismus und Kommunismus, dann, nach 1945, in der Gestalt des Kalten Krieges. Auch wenn solche Identitätskonstruktionen im Kern nationalistisch sind, so scheinen sie doch eine bemerkenswerte Kraft zu haben, *den Status quo festzuschreiben* – ist dieser zufällig demokratisch, so verankert sich die Demokratie zusätzlich in einem Bedrohungsszenario von außen.

Wie kann die künftige mythische Identität der Demokratie aussehen?

Durch den Kalten Krieg prolongierte sich eine Art Kriegszustand durch das gesamte zwanzigste Jahrhundert – auch wenn dieser konstruiert war, so war er zumindest in den Köpfen real. Im Krieg stellt man keine Grundlagen eines nationalen Konsenses infrage, um sich nicht selber zu schwächen und angreifbar zu machen. Seit 1989 ist dieses seltsame quasi-kriegerische Szenario jedoch beendet und mit ihm die daraus geschöpfte mythische Identität aller beteiligten Staaten. Hinzu kommt ein zweiter schleichender Verlust an mythischer Identität, der schlicht aus der zeitlichen Entfernung der realen Kriegsszenarien des zwanzigsten Jahrhunderts hervorgeht. Das *Nie wieder!* ist heute schwerer zu motivieren als etwa noch in den 1980er-Jahren als viele der ehemaligen Nazis (und viele ihrer Gegner) in Machtpositionen saßen. Wer wie Kurt Waldheim 1918 geboren war konnte den ganzen zweiten Weltkrieg als Soldat erleben und konnte Mitte der 1980er-Jahre immer noch aktiv sein, in diesem Fall als Österreichischer Bundespräsident, der mit seiner unverfroren beschönigten NS-Vergangenheit heiße Diskussionen ausgelöst hat. Heute wäre selbst jemand der 1945 erst 18 Jahre alt gewesen ist bereits 90 Jahre alt und daher mit großer Sicherheit nicht mehr politisch oder wirtschaftlich aktiv. Die Nazis sind gestorben und mit ihnen ist ein weiteres Stück der mythischen Identität unserer Demokratie verloren gegangen, sofern sich diese aus der Zurückweisung und Überwindung des Nationalsozialismus gespeist hat.

Den letztgenannten Zusammenhang zwischen zeitlicher Distanz zum Nationalsozialismus und Verlust an mythischer Identität der Demokratie bestätigen drei 2007, 2014 und 2017 in Österreich durchgeführte Umfragen in ebenso eindrucksvoller wie beunruhigender Weise.[35] Zwar distanziert man sich heute stärker von der (ihrerseits vielleicht, paradoxer Weise, auch für die mythische Identität der Nachkriegsdemokratie durchaus positiv wirkenden) Geschichtslüge, Österreich sei das erste Opfer des Nationalsozialismus gewesen (2007 hat diese These noch die Hälfte der Bevölkerung vertreten, 2014 nurmehr ein Drittel). 2014 waren aber vierzig Prozent der Österreicher der Auffassung, die Diskussion über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust sollte beendet werden, 2007 nur dreißig Prozent. In genau demselben Ausmaß hat die Zustimmung zur Demokratie als bester Regierungsform abgenommen (2007: 70 Prozent, 2014: 60 Prozent) und die Zustimmung zur Idee eines starken Führers, der sich nicht um das Parlament kümmern muss zugenommen (2007: 10 Prozent, 2014: 20 Prozent). In der jüngsten Umfrage von 2017 sind die Werte noch leicht schlechter als 2014. Diese Entwicklung ist extrem beunruhigend, auch wenn man bedenkt,

[35] http://www.sora.at/nc/news-presse/news/news-einzelansicht/news/schon-43-fuer-starken-mann-776.html

dass der Zusammenbruch der Weimarer Republik aus einem vergleichbaren Szenario der Abkehr von demokratischen Werten und Parteien hervorgegangen ist: der Anteil antidemokratischer Parteien (KPD, NSDAP, DNVP) lag bei den Parlamentswahlen 1920 bei nur 10 Prozent, 1930 bei 38 Prozent, dann aber stieg er bei den Wahlen 1932 und 1933 auf an die zwei Drittel. Wir sind heute etwa in einem ähnlichen Stadium der Demokratie-Skepsis wie die Weimarer Republik zwischen 1930 und 1932. Wie wird es weitergehen?

Heute, sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und knapp drei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des Kommunismus drohen den Demokratien der westlichen Welt ihre mythischen Identitäten durch die Finger zu rinnen. Dass ausgerechnet jetzt der Populismus reüssiert muss mit diesem Identitätsverlust zusammenhängen, auch wenn es sich dabei natürlich nicht um die vollständige Erklärung für den Erfolg der Populismus handelt: der Verlust an mythischer Identität ermöglicht das Durchschlagen von Kausalfaktoren gegen die Demokratie, die bei intakter mythischer Identität nicht diese verheerende Wirkung entfalten könnten.

Was also tun? Wie können wir die verlorene mythische Identität als Schutzmantel unserer demokratischen Systeme wiedergewinnen? Meines Erachtens gibt es zwei Strategien, die man hier ergreifen wird müssen, wobei die zweite die wichtigere ist. Einmal und naheliegender Weise geht es darum, die ursprünglichen mythischen Identitäten, also die Gründungserzählungen unserer Demokratien, erneut ins Gedächtnis zu rufen, immer gemeinsam mit umfassenden vergleichenden Betrachtungen über die in diesen Gründungserzählungen sichtbar werdenden schlagenden Vorteile der Demokratie (und die Nachteile ihres Gegenteils). Dann aber gilt es vor allem mit größter Deutlichkeit darauf hinzuweisen, dass die Demokratie heute fundamental bedroht ist, dass die populistischen Kräfte, die heute die Hälfte der Bevölkerung der westlichen Welt mobilisieren, *die Zerstörung* der Demokratie betreiben. Dieses Bedrohungsszenario ist von äußerster Wichtigkeit und scheint mir von überragender Bedeutung zu sein, für die Herausbildung einer neuen effektiven mythischen Identität unserer Demokratien. *Unsere Demokratie im Kampf gegen den Populismus zu behaupten* sollte die Devise sein, die die verloren gegangenen Szenarien des Antifaschismus und des Kalten Krieges ersetzt.

Anhang: Inwieweit sind Habermas und Derrida demokratische Denker?

Wissenschaft generiert Objektivität. Auch wenn sie viele Fragen entweder überhaupt nicht beantworten kann (weil Prognosen ebenso wie Erforschungen des Fernen und Vergangenen ihre natürlichen Grenzen haben) oder nur durch Angaben von Wahrscheinlichkeiten und komplexen Erklärungsmodellen, so funktioniert die Wissenschaft doch, in den so gezogenen Grenzen, wie ein auf Fakten abgestimmtes Wunschkonzert. Wir stellen Fragen und erhalten Antworten, idealer Weise gemeinsam mit einem die genauen Gültigkeitsbedingungen transparent machenden Methodenreport. Wäre Politik also auf das Stellen wissenschaftlicher Fragen beschränkt, dann wäre die ideale Staatsform nicht die Demokratie, sondern die *Diktatur der Experten*.

Bloß stellt die Politik selber überhaupt keine Faktenfragen, sondern ausschließlich normative Fragen, die jedoch ihrerseits auf Fakten rekurrieren können. Auch wenn der Klimawandel

evident ist und klar ist, dass eine Reduktion der CO_2-Produktion das einzige Gegenmittel ist, so ist die Frage nach dem Implementieren konkreter Maßnahmen zur CO_2-Reduktion dadurch nicht automatisch entschieden. Es sind weitere Fragen zu stellen. Welche wirtschaftlichen Folgen haben diese Maßnahmen? Schwächen sie die Wirtschaft oder stärken sie sie etwa gar (was nicht ausgeschlossen ist, da es um die Entwicklung neuer Technologien geht)? Wirken sich die Maßnahmen auf die Arbeitslosigkeit aus? Was genau sind die konkreten Folgen des Klimawandels? So könnte man beispielsweise die Aussicht subtropischer Sommer in Österreich als durchaus positives Versprechen betrachten (gut für die Tourismuswirtschaft). Ob man Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung unterstützt, ist und bleibt letztlich eine normative Entscheidung, die uns die Wissenschaft und die Experten niemals abnehmen können.

Die Diktatur der Experten ist eine absurde und zutiefst antidemokratische Vision. Bedenklich daran ist jedoch vor allem, dass diese Vision nicht bloß in den Köpfen intellektuell zweifelhafter Extremsportler herumspukt,[36] sondern im Grunde ein genuines Anliegen aller Vertreter eines Wissenschaftsbildes sein müsste, das die Existenz objektiver Werte behauptet. Für einen Philosophen der Aufklärung wie Immanuel Kant war die Demokratie eine Absurdität, ein „Despotism“,[37] weil sie die Verankerung des rational Richtigen in einer Verfassung durch die Diktatur des Einzelnen konterkariert (man sieht also, dass die Aufklärung zwar *der Ursprung* der modernen Demokratie ist, was aber nicht bedeutet, dass all ihre Repräsentanten deswegen Demokraten gewesen wären!). Ähnlich Kant hat die große Mehrheit der deutschen und französischen Philosophen wenig über, für die Idee der Demokratie, und zwar im Grunde bis heute. Für einen Vertreter des werttheoretischen Kognitivismus (und damit für die Mehrheit der kontinentaleuropäischen Philosophen, mit Ausnahme der Logischen Empiristen) kann die Demokratie bestenfalls ein störendes Ornament darstellen bzw. einen erratischen Aktionsrahmen auf dem Weg zur Herausarbeitung der besten aller möglichen Welten der absoluten Werturteile. Der sogenannte „Tod des Subjekts“ in der deutschen und französischen Philosophie nach 1945 bedeutet für die Demokratie ebenfalls nichts Gutes. Wenn es keine Individuen gibt, sondern lediglich „Strukturen“ oder diffuse Schriftdenkmale einer „poststrukturalistischen“ Philosophie, dann bedeutet dies insbesondere, dass die im Kern aufklärerische Idee einer freien und gleichen Entscheidung der Bürger eines Staates ad absurdum geführt ist. Der „demokratische Wille“ *kann* sich für Philosophen wie Habermas oder Derrida damit nur jenseits und außerhalb der freien Entscheidung des Einzelnen manifestieren, in Schriften, Diskursen und anderen seltsamen Objekten einer dem rationalen Denken feindlich gesinnten Philosophie.

„Vernunft“ ist für Habermas ein prozessuales Ding, das sich außerhalb bzw. über den Strukturen der Kommunikation artikuliert. Es (dieses Ding „Vernunft“) umfasst nicht bzw. höchstens am Rande logische Denkoperationen, sondern „normative Gründe“, Werte und

[36] Vgl. http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/1312781/Eine-kleine-Diktatur-Haben-wir-doch-laengst-Herr-Baumgartner, abgerufen am 15.05.2017.
[37] Vgl. Rudolf Eisler, *Kant-Lexikon*, Hildesheim: Olms, 1994, Eintrag: Demokratie, 85f.

praktische Entscheidungen.[38] Dadurch aber, dass diese praktischen Entscheidungen, die in der nonkognitiven Perspektive, eben stets irrational, emotional sind, bei Habermas den Inbegriff der „Rationalität" bilden, wird Politik insgesamt zu einer Sache der „Vernunft". Dieser eindeutig philosophisch gedachte Vernunftbegriff impliziert, dass diejenigen, die ausschließlich in der Lage sind, zu verstehen, was gerade in einem bestimmten Moment das politisch Richtige ist, die Intellektuellen bzw. die Philosophen sind. Die Expertendiktatur bzw. die „Herrschaft von Intellektuellen" ist dann für Habermas einzig und alleine deshalb keine Option, weil „kommunikative Macht […] nur indirekt, in der Art einer Begrenzung des Vollzugs der administrativen – also der tatsächlich ausgeübten – Macht wirksam werden [kann]."[39] Das heißt, die „öffentliche Meinung" muss hier sozusagen zum Werkzeug der Einsichten der Intellektuellen werden, indem sie, „freien Assoziationen" folgend,[40] genau jenen politischen Willen mehr unbewusst implementiert, den die Intellektuellen einzig bewusst rational erfassen könnten. Salopp formuliert ist die Expertendiktatur nur deshalb unmöglich, weil die Intellektuellen auf die nicht-intellektuellen Teile der Gesellschaft angewiesen sind, die die Administration und letztlich auch das politische Tagesgeschäft – die „tatsächlich ausgeübte Macht" – repräsentieren. Nur weil sich herausgestellt hat, dass Intellektuelle nicht in der Lage sind, durch bloße Überredung, mit ihren Einsichten beim gemeinen Volk durchzudringen, ist die Expertendiktatur für Habermas keine Option. Aber er muss stattdessen auf ein letztlich völlig diffuses Modell setzen, in dem die „freien Assoziationen" der (dummen) Bürger irgendwie automatisch, wenn auch unbewusst, zu denselben Einsichten gelangen wie die bewusst denkenden hellsichtigen Intellektuellen. Die sogenannte „deliberative Demokratie" bei Habermas ist deshalb keine Demokratie in dem hier beschriebenen Sinn, weil ihr jeder Blick für das Irrationale normativer Entscheidungen fehlt. *Wenn* es wirklich Demokratie geben soll, dann müssen wir uns von dem Gedanken einer „Rationalität", die praktische Entscheidungen, Werte, „normative Gründe" umfasst, ein für alle Mal verabschieden. Habermas ist kein Vordenker der Demokratie, sondern ein Philosoph, der den Wertkognitivismus eines vordemokratischen Zeitalters in das Zeitalter der Demokratie mitgeschleppt hat. Nicht, dass Habermas nicht die besten Absichten hätte – er *will* ohne Zweifel Demokratie verteidigen und Totalitarismus bekämpfen – bloß fehlen ihm, als genuin kognitivistischem Denker, die für dieses Projekt erforderlichen intellektuellen Mittel.

Der Wertekognitivismus ist aber nicht bloß inkompatibel mit der Auffassung von normativen Entscheidungen als nonkognitiv, er zerstört auch jede Grundlage für ein adäquates Verständnis von wissenschaftlicher Objektivität. Sind Werte und normative Entscheidungen eine Sache der „Vernunft", dann kollabiert zwangsläufig jedes Verständnis von Objektivität, das sich seinerseits nicht in bloßer subjektiver Überzeugung erschöpft. Sind Werte „rational", dann wird, sozusagen im Rückschlagmechanismus, Wissenschaft insgesamt ins Irrationale gezerrt. So bei Habermas, der in Sachen Objektivität nicht mehr anzubieten hat wie die für die kontinentale Philosophie typischen soziologischen Rekonstruktionen und also

[38] Vgl. etwa Jürgen Habermas, *Politische Theorie*, *Philosophische Texte Band 4*, Frankfurt / Main: Suhrkamp, 2009, 60-69.
[39] Ebd., 68.
[40] Ebd., 62.

einen bizarren Kohärentismus. So in noch dramatischerer Weise bei Derrida, dessen Philosophie der „Dekonstruktion“, anders als Habermas, nicht einmal mehr den Anschein der Rationalität erwecken möchte. Ist alles was wir über die Wirklichkeit sagen ein bloßes Produkt der Willkür unserer dekonstruktiven Lektüreerfahrungen, dann gibt es so etwas wie wissenschaftliche Objektivität einfach nicht. Unsere demokratischen Überzeugungen – auch Derrida ist dafür zu loben, dass er, anders als die meisten seiner Zeitgenossen, eine dezidiert pro-demokratische Politikauffassung formuliert[41] – scheitern dann an der Unmöglichkeit einer *nur* normativen Auffassung der politischen Praxis, der jede Grundlage in logischem Denken, wissenschaftlich sichergestellten Fakten und Kausalzusammenhängen fehlt. Dieses Problem, dass der so konzipierten Demokratie die Basis in einer rationalen Wissenschaftlichen Weltauffassung fehlt, ist besonders prekär bei Derrida und seiner gewissermaßen post-rationalen Philosophie der „Dekonstruktion“. Derridas Glaube an Freiheit und Gleichheit, an Menschen- und Völkerrecht scheint lückenlos. Habermas kokettiert noch mit der Idee eines doppelten Bodens, den wir in das Gebäude des Staates einziehen, indem wir „Deliberation“ zur Grundlage der Demokratie machen, also einen bewusst nur dem Gelehrten zugänglichen, werte und „normative Gründe“ dezidiert einschließenden Vernunftbegriff (die gewöhnlichen Bürger sind da auf „freie Assoziation“ angewiesen wo nur der Intellektuelle den Durchblick haben kann). Habermas steht so, wenn auch in gebrochener, prodemokratisch gewendeter Form, in der Tradition einer kognitiven Weltsicht, der Demokratie letztlich ein Unding ist, ein „Despotism“ der Unwissenden, der Nicht-Experten. Derrida hat diese Tradition überwunden, aber der Preis den er dafür zahlt ist zu hoch, weil Derrida nämlich mit dem aus demokratietheoretischer Sicht abzulehnenden Kognitivismus auch Vernunft, Rationalität und ein konsistentes Wissenschaftsbild verwirft. Derrida ist, so könnte man es ausdrücken, Nonkognitivist,[42] der aber den Nonkognitivismus auch auf all jene Zusammenhänge ausdehnt, die in der Wissenschaftlichen Weltauffassung durchaus kognitiv sind: logische Tautologien, wissenschaftlich sicherzustellende Fakten und Kausalzusammenhänge. Wenn sich alles was wir denkend erfassen können, in einem grenzenlosen Ozean der Dekonstruktion auflöst, dann fehlt einem demokratischen Prozess jede Entscheidungsgrundlage. Das postfaktische Zeitalter ist eines der Kuckuckseier, das die kontinentaleuropäische Philosophie, namentlich jene französischer Provenienz mit-ausgebrütet hat.

So lange wir nicht den Gedanken aus unseren Köpfen verbannen, es müsste doch in jeder historischen Situation das normativ Richtige geben (den dieser Situation adäquaten politischen Wert, den historischen Idealtypus, das Resultat eines „demokratischen Diskurses“, eines „deliberativen Prozesses“), kann unser Bekenntnis zur Demokratie nur ein Lippenbekenntnis sein. Demokratische Entscheidungen sind nicht, wie dies von populistischen Politikern gerne behauptet wird, „Tatsachenentscheidungen“. Sie schreiben nichts Anderes fest als die Tatsache, dass das Volk so und so entschieden hat. Diese

[41] Vgl. Jacques Derrida, *Schurken. Zwei Essays über die Vernunft*, Frankfurt / Main: Suhrkamp, 2003, 111-134.
[42] Vgl. etwa Derridas klares und klar nonkognitives Bekenntnis zur Demokratie als dem „einzige[n] Verfassungsmodell, in dem man prinzipiell das Recht hat oder sich nimmt, alles öffentlich zu kritisieren, einschließlich der Idee der Demokratie, des Begriffs, ihrer Geschichte und ihres Namens. Einschließlich der Idee des Verfassungsmodells und der absoluten Autorität des Rechts.“ (ebd., 124) Ich bedanke mich bei Jürgen Körner für den Hinweis auf diese Passage.

Entscheidung wird dadurch aber weder (im Sinne einer Konsenstheorie der Wahrheit) *wahr* noch stiftet sie eine (demokratische) *Tatsache*, die wir fortan (als absoluten Wert) akzeptieren müssen. Was die demokratische Entscheidung „stiftet" ist zunächst einmal bloß eine demokratische Entscheidung. Im Idealfall erhält diese Entscheidung dadurch zusätzliche Kraft, dass sie nicht aus einer bloßen *Abstimmung* generiert wird (vgl. auch unsere Bemerkungen über direkte Demokratie, weiter unten), sondern als ein alle Standpunkte einbeziehender und größtmöglich mitberücksichtigender *Kompromiss*. Aber wie auch immer die Entscheidung zustande kommt: sie hat es so an sich, dass sie unterschiedlichste Spielarten von Meinungen und Positionen unberücksichtigt lässt. Demokratie ist Konflikt, nicht Konsens. Die andere Seite dieses Postulats der Unmöglichkeit von Objektivität im Zusammenhang mit normativen Setzungen ist der Umstand, dass eine Philosophie, die hier Objektivität postuliert fast zwangsläufig *wissenschaftliche Objektivität* entwertet. Sind irrationale emotionale Entscheidungen „objektiv", dann bekommt Objektivität insgesamt einen irrationalen Anstrich. Dabei hilft es auch nichts, wenn man, mit Derrida, den Spieß umdreht und der Rationalität insgesamt Lebewohl sagt. Zwar hat man dann, gegenüber Habermas, den Vorzug zu verbuchen, dass man nicht in die anti-demokratische Falle jener von Kant, über Rickert reichenden Tradition eines Wertekognitivismus gerät. Aber indem man vom wertekognitivistischen Zwang eines stets nur scheindemokratischen Denkens direkt in die postfaktische Beliebigkeit einer allumfassenden „Methode" der Dekonstruktion wechselt, hat man für die Demokratie am Ende nichts gewonnen.

Die zentrale demokratietheoretische These dieses Buches lautet, dass Demokratie nur als Summe funktioniert, aus (1) Nonkognitivismus bezüglich Werten und normativen Entscheidungen sowie (2) Kognitivismus hinsichtlich logischen Tautologien, raumzeitlichen Fakten und Kausalzusammenhängen. Die kontinentaleuropäische Philosophie des zwanzigsten Jahrhunderts fällt so, in all ihren Hauptströmungen, aus dem Rahmen des Demokratischen hinaus. Habermas und Derrida sind zwar, aus demokratiephilosophischer Sicht, dafür zu schätzen, dass sie als überzeugte emotionale *Anhänger* der Demokratie gegen den antidemokratischen Strom schwimmen: auch nach 1945 sind Philosophen in diesem kulturellen Umfeld *fast immer* antidemokratisch orientiert (und vorher ohnehin). „Warum gibt es so wenige demokratische Philosophen?"[43] – Die Antwort auf diese Frage ist eindeutig in der fundamental anti- bzw. undemokratischen Natur nahezu aller wichtigen Spielarten der kontinentaleuropäischen Philosophie zu sehen. Demokratie kann letztlich, so die These, *nur* wie oben dargestellt gedacht werden, als Summe aus Wertenonkognitivismus und Wissenschaftskognitivismus. Diese Denkweise ist die dominierende Spielart von Philosophie in der Tradition des Logischen Empirismus. Sie war eine (bald vertriebene) Randerscheinung im philosophischen Geschehen des *Fin de Siècle* und der Zwischenkriegszeit, erlangte aber ungebrochene und nachhaltige Bedeutung im Umfeld der angloamerikanischen analytischen Philosophie. *Dort* ist Demokratie – wenn auch dort gerade in der Wertphilosophie Spielarten des Kognitivismus und (Quasi-)Realismus dominieren[44] – nie ein Fremdwort gewesen. Die

[43] Vgl. Derrida, a.a.O, 126.

[44] Zwar identifizieren sich viele Philosophen der analytischen Tradition mit der Idee des Nonkognitivismus, jedoch oft nur in einer Spielart in der am Ende erneut absolute Werte existieren. Die Idee eines solchen Quasi-Realismus besteht einfach darin, dass man bestimmte Subjekte auszeichnet, deren Emotionen die „richtigen"

kontinentaleuropäische Philosophie jedoch, erweist sich, namentlich nach 1945, als *inkommensurabel* mit dem Konzept der Demokratie. Auch jene Denker, die, wie Habermas und Derrida, emotional in eine demokratische Richtung tendieren, sind am Ende nicht in der Lage, eine tragfähige Demokratietheorie zu entwickeln, einfach weil sie die oben beschriebene Summe aus nonkognitiven Werten und kognitiven Fakten, im Rahmen ihrer philosophischen Gesamtkonzeptionen (und also, wie wir gesehen haben, auf durchaus unterschiedlichen Ebenen), nicht bilden können.

Werte hervorbringt. Werte sind also non-kognitiv, emotional, aber nicht alle Wege, Werte hervorzubringen, sind akzeptabel. Die klassische Spielart dieses nonkognitiven Absolutismus findet sich bei Oskar Kraus, dem Prager Gegenspieler von Rudolf Carnap. Vgl. Oskar Kraus, *Werttheorien*, Brünn: Verlag Rudolf M. Rohrer, 1937, 439-441. Für neuere Ansätze eines quasi-realistischen bzw. absolutistischen Nonkognitivismus vgl. Simon Blackburn, *Ruling Passions*, Oxford: Clarendon Press, 1998, 304-310 sowie Alan Gibbard, *Wise Choices, Apt Feelings. A Theory of Normative Judgment*, Cambridge Ma: Harvard University Press, 1990, 153-218.

Populismus spiegelt Demokratie

Im Zentrum dieses Kapitels steht eine Metapher: Populismus als *Spiegelung* der Demokratie. Spiegelung bedeutet zwei Dinge in einem. Sie bedeutet eine Wiederholung und in gewissem Sinn originalgetreue Wiedergabe. Der Spiegel mag verschmutzt oder zerkratzt oder verbogen sein. Aber das Bild, das er zeigt, entspricht, rechnet man die Verunreinigungen und Verzerrungen heraus, exakt dem Original. Gleichzeitig aber bedeutet Spiegelung auch eine Umkehrung, eine geometrische Abbildung, die alles dem Original gegenüber ins genaue Gegenteil verdreht. Links ist dann auf einmal rechts, das Abbild wird zum Zerrbild, Schrift erscheint spiegelverkehrt und sinnentstellt. Diese Metapher passt auf Populismus, weil er genau das mit der Demokratie tut: sie einerseits aufzunehmen und (abgesehen von einigen Verunreinigungen und Verzerrungen) präzise abbildet, sie gleichzeitig aber auch in ihr Gegenteil verkehrt und also aufhebt. Man könnte bei dieser Metapher auch an abstrakte philosophische Konzepte wie das der „Verneinung" im Stil von Hegels Dialektik denken. Entscheidend ist hier aber, dass die Verneinung, von der wir hier sprechen, zumindest vom Standpunkt der Demokratie aus betrachtet, keinen dialektischen Fortschritt bedeutet, sondern bloß die Zerstörung eines erwünschten Ausgangszustandes und die Ersetzung durch einen ganz und gar unerwünschten Zustand. Populismus absorbiert Demokratie, er nimmt sie auf, um sie mit ihren eigenen Mitteln zu zerstören und in ihr Gegenteil zu verkehren bzw. optisch zu verdauen und gespiegelt wieder auszuspucken, als Diktatur mit demokratischem Anschein, Totalitarismus im Gewand der Demokratie.

Die Fortsetzung der Diktatur mit demokratischen Mitteln

Populismus ist nicht demokratisch. Dabei ist aber zu beachten, dass Populismus nie *offen* eine antidemokratische Stellung einnimmt, sondern stets im demokratischen Gewand auftritt. Russland, Ungarn, die Türkei mögen bestenfalls defekte Demokratien sein, all diese Staaten basieren aber auf der Idee einer freien und gleichen parlamentarischen Demokratie (mit präsidialem Aspekt). Die dortigen politischen Systeme könnte man als *de facto Einparteiendemokratien* bezeichnen, also Demokratien ohne Wahlmöglichkeit, das ändert jedoch nichts an dem Umstand, dass dort alles getan wird, einen demokratischen Anschein zu wahren. Man findet also selbst in diesen Extremformen keine Populisten, die sich explizit *gegen die Demokratie* aussprechen.

Um eine einfache Formel zu finden, könnte man, frei nach Clausewitz, sagen: *Populismus ist die Fortsetzung der Diktatur mit demokratischen Mitteln*. In einer Welt, die die Menschenrechtskonvention auf breiter Ebene gutheißt, in der alle Staaten, die nicht automatisch als „Schurkenstaaten" abqualifiziert werden wollen, den Anspruch erheben müssen demokratisch zu sein, ist eine einfache propagandistische Stellung *gegen* die Demokratie, die etwa im neunzehnten Jahrhundert noch als völlig unproblematisch gegolten hätte, ein Ding der Unmöglichkeit. Offen gegen die Demokratie aufzutreten wäre heute politischer Selbstmord, und zwar auch dann, wenn man weiß, dass alle diejenigen, die man mit dieser Botschaft erreichen möchte, im Grunde genau das wollen: De-Etablierung der Demokratie. Nebenbei bemerkt: dieses Phänomen kann man selbst in der Weimarer Republik bereits beobachten, also in einer zwar nominell starken, jedoch im mangelnden

demokratischen Rückhalt in der Bevölkerung schwachen Demokratie. Selbst die Nationalsozialisten mussten (zumindest phasenweise) auf die Wahrung des demokratischen Anscheins setzen und ihre demagogischen Botschaften in demokratisches Seidenpapier einwickeln.

Diese Überlegung weist auf einen fundamentalen Unterschied zwischen echt demokratischer und populistischer Politik hin, der sich auf der Ebene *des politischen Stils* festmachen lässt. Demokratische Politik bedeutet das Sprechen von *Klartext*. Fakten werden auf den Tisch gelegt und Meinungen werden auf dieser Grundlage artikuliert. Populismus ist dagegen die Kunst, Fakten unter den Teppich zu kehren und Meinungen durch entstellte Sachverhalte zu rechtfertigen, das Ganze aber so abzuhandeln, dass es den Anschein von Klartext erweckt.

Vieles am Populismus lässt sich so anhand des zum demokratischen konträren *politischen Stils* erklären: Populismus *spiegelt* die Demokratie in ihr Gegenteil. Er ist primär eine den demokratischen entgegengesetzte *politische Methode*. Die politischen Inhalte wiederum ergeben sich im Populismus aus der Methode. Parteiprogramme populistischer Parteien zu lesen ist sinnvoll. Man muss aber dabei stets bedenken, dass das was diese Programme *generiert* – der populistische Stil – den eigentlichen Unterschied zu demokratischen Parteien macht. Viele *Inhalte* populistischer Parteiprogramme mag man auch in Programmen demokratischer Parteien finden. Deshalb automatisch auf eine hohe Schnittmenge zwischen populistischen und demokratischen Parteien zu schließen, wäre jedoch voreilig.

Stil meint hier eine insofern durchaus *inhaltliche* Seite der Politik, als es sich um ein Konzept handelt, das Inhalte generiert. Was wir im Rahmen dieses Kapitels *Stil* nennen hat also wenig zu tun, mit der *Rhetorik* oder dem *kommunikativen Stil*, der sich Populisten oder demokratische Politiker bedienen. Populistische Rhetorik, also, grob gesprochen, die untergriffig-personalisierenden Umgangsformen populistischer Politiker, sind sicher in gewissem Sinn typisch, aber sie sind dennoch keine Domäne des Populismus. Nur wenn man NLP oder Untergriffe verwendet, ist er deshalb nicht automatisch Populist. Politischer Stil, wie er in diesem Kapitel beschrieben wird, hat dagegen nichts mit Rhetorik zu tun, sondern definiert eine Bestimmte Form, eine Methode des Umgangs mit Konzepten, ist also auf einer abstrakten Ebene angesiedelt, die nicht zwangsläufig etwas zu tun hat mit Umgangsformen.

Der ambivalente Umgang mit Demokratie – die Spiegelung der Demokratie in ihr Gegenteil, bei der Ausgangspunkt und Resultat gleichermaßen sichtbar bleiben und eine charakteristisch paranoide Mischung eingehen – bedeutet, dass Populismus genuin zwiespältig ist, was die Explizitmachung seiner Ziele betrifft. Je stärker populistische Strömungen sind, desto kleiner wird der Anteil an Unterstützern, die das worauf der Populismus abzielt auch tatsächlich wollen. Spiegelung der Demokratie impliziert, dass viele Anhänger des Populismus diesen bloß *irrtümlich* unterstützen und dass populistische Politik ein spezifisch *erratisches* Erscheinungsbild aufweist: man kann und muss, ihrem Prinzip nach, immer sowohl die eigentlichen Zielsetzungen als ihr genaues Gegenteil der populistischen Politik zuschreiben können. Das gilt deshalb, weil Populismus die Demokratie dadurch konterkariert, dass er auf anti-wissenschaftliche Konzepte setzt und Fakten ignoriert, aber auch deshalb, weil Populismus davon lebt, die harten Konsequenzen seines Tuns den

eigenen Anhängern sozusagen nur fakultativ sichtbar zu machen. – Populismus ist *im Kopf*. Er ist viel weniger das Produkt realer Missstände in der gesellschaftlichen Wirklichkeit als realer Hirngespinste in den Köpfen der Opfer populistischer Denkweisen.

Neben der ebenso systematischen wie verklausulierten Umkehrung der demokratischen Perspektive (Spiegelung) baut Populismus auf sehr starken mythischen Identitäten auf, die auf der Ausgrenzung bestimmter Gruppen basieren: Populismus bezieht die argumentative Kraft aus der Instrumentalisierung von Minderheiten zu Sündenböcken. Klassischer Weise hatte der Antisemitismus diese Funktion, wird in neueren populistischen Konzeptionen aber mehr und mehr durch den Muslimenhass ersetzt.

Populismus lebt von *Feindbildern*, in der Gestalt von stigmatisierten Minderheiten, aber auch von einer grundsätzlich *anti-elitären* Haltung, die, in extremer Ausformung, einen kulturrevolutionären Impetus entwickelt: eine Gesellschaft *ohne* Politiker, Wissenschaftler, Künstler und Manager, ein Arbeiter- und Bauernstaat *ohne* Intellektuelle ist die (quasi Maoistische) Urform des Populismus, die in all seinen Spielarten, ob links oder rechts, Bedeutung besitzt. Zumal dann, wenn (anders als in der Weimarer Republik) die Eliten keinerlei Anstalten machen, mit populistischen Entwürfen zu sympathisieren, kann diese kulturrevolutionäre Grundhaltung eine fatale Dynamik entwickeln.

Parallel zur anti-elitären Haltung stützt sich der Populismus auf einen restriktiven Alleinvertretungsanspruch: *wir* sind das Volk – *wir*, das sind am Ende genau diejenigen, die einer Meinung mit dem populistischen Führer sind. *Protektionismus* wird so zur eigentlichen Triebkraft des Populismus. Der Sozialstaat wird bejaht, aber nur als Privilegienstaat, der die „Schickeria“, Zuwanderer und andere die nicht als dem Volk zugehörig bestimmt werden ausschließt. Das *imperative* Mandat des Populismus macht populistische Führer zu Alleinvertretern der Volksmeinung – nur was der Führer sagt ist Volkes Wille – und nur wer der Führermeinung folgt ist, tautologischer Weise, teil des Volkes. Die so ausgezeichnete Gruppe verhilft populistischen Politikern zur Macht und wird dafür durch Privilegien belohnt, auf Kosten derer, die das imperative Mandat ausschließt.

In den folgenden Abschnitten skizzieren wir diese Aspekte des Populismus – Spiegelung als Stilmittel, Muslimenhass oder Antisemitismus als mythische Identität, Anti-Elitismus als kulturrevolutionärer Impetus, Protektionismus und das imperative Mandat – im Detail. Auf dieser Grundlage beschreiben wir, wie Demokratie durch Stärkung populistischer Kräfte (zusätzlich) fragmentiert und wie sich in einer vom Populismus gekennzeichneten Gesellschaft Politik auf die Verteidigung der Demokratie gegen ihre Anfechtung von innen heraus zuspitzt.

Wann ist Populismus?

Bevor wir diese Überlegungen fortführen sei aber gefragt, wann und wo das Phänomen des Populismus zu finden ist. Ist Populismus eine interne Gegenstrategie gegen die Demokratie, so kann er (per definitionem) nur in demokratischen Systemen auftauchen. Ist die Demokratie aber, wie wir argumentiert haben, ein Produkt der letzten ein- bis eineinhalb Jahrhunderte, so ist auch Populismus nur in diesem Zeitraum zu suchen. Auch wäre es übertrieben, den Populismus als ständig anwesende Gefahr im Hintergrund jeder

Demokratie zu bezeichnen. Die westeuropäischen Nachkriegsdemokratien hatten jahrzehntelang keine nennenswerten populistischen Entwicklungen aufzuweisen. Großbritannien und die USA blicken auf eine fast jahrhundertealte Tradition zurück, in der Demokratie ohne nennenswerte interne Anfechtungen praktiziert wurde. Nicht dass es nicht immer und überall Feinde der Demokratie zu finden gäbe. Aber diese werden erst dann zu Populisten, wenn sie sich das Gewand der Demokratie umhängen, anstatt es einfach nur abstreifen zu wollen.

Es mag auch sein, dass Populismus, in der Gestalt von marginalen Bürgerbewegungen und Kleinstparteien, immer zu finden ist. Demokratisch relevant wird dieses Phänomen aber erst zu dem Zeitpunkt, wo es von weiten Teilen der Bevölkerung getragen wird und/oder die Unterstützung maßgeblicher Eliten findet. Damit bleiben nur zwei historische Erscheinungsformen des Populismus als für unsere Überlegungen relevant übrig. Der Nationalsozialismus, gemeinsam mit ähnlich funktionierenden Spielarten des Rechts- und Linksextremismus, also eine (in Westeuropa) im Wesentlichen in der Zwischenkriegszeit auftretende Spielart von Politik. Und die rezenten Varianten des Rechts- und Linkspopulismus, die etwa seit den 1980er-Jahren groß geworden sind und die heute viele Demokratien weltweit bedrohen. Ein zentraler Aspekt dieser Untersuchungen muss so auch der Vergleich der einzigen *historischen* (= vergangenen) Erscheinungsform des Populismus mit der rezenten sein. Was können wir hier aus der Geschichte für die Gegenwart lernen?

Aber: ist es wirklich legitim, Parallelen zwischen dem Nationalsozialismus und dem heutigen Populismus zu ziehen? „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ ist einer der Lieblingstermini westeuropäischer Populisten, den sie stets zur Hand haben, wenn man beginnt, die „Nazi-Keule“ zu schwingen und Vergleiche mit der Weimarer Republik anzustellen. Diese Beschwerden sind dann legitim, wenn man heutigen Populisten unterstellt, eins zu eins das Programm der NSDAP wiederbeleben zu wollen.

Es geht nicht darum, durch das Herausstreichen von Parallelen, allen heutigen Populisten zu unterstellen, Nazis zu sein. Wohl aber geht es darum, zu zeigen, in welcher Form genau Strategien funktionieren können, die aus einem demokratischen Kontext heraus eben diesen zu deetablieren versuchen. Auch hier ist heute nicht alles genau gleich wie 1933. Aber auch Gegensätze legitimieren den Vergleich, weil sie potentiell Gegenstrategien nahelegen und Auswege vorzeichnen können. Nur ein Beispiel: ein wichtiger Unterschied zwischen der Weimarer Republik und heutigen vom Populismus bedrohten Demokratien besteht darin, dass in ersterer die politischen, geistigen und wirtschaftlichen Eliten mit überwältigender Mehrheit demokratiefeindlich eingestellt waren und damit bereit waren, die NSDAP zu unterstützen, oft auch dann, wenn sie mit vielen Details dieser politischen Bewegung nicht einverstanden waren. Heute dagegen sind gerade die Eliten gegen den Populismus eingestellt. Diese Diskrepanz gilt es festzuhalten und es gilt zu sehen, in welcher Weise sie helfen kann, heutige Strategien gegen den Populismus zu entwickeln.

In jedem Fall ist also der Vergleich zwischen heutigen Spielarten des Populismus und dem Nationalsozialismus (bzw. auch anderen Varianten des Rechts- und Linksextremismus in der Zwischenkriegszeit) nicht nur legitim, sondern geradezu die einzige Chance, das heutige Problem anhand von historischen Präzedenzfällen verstehen zu lernen. Wollen wir den Blick

von Scheuklappen befreien ist es unerlässlich, historische Parallelen zu betrachten. Was ist heute anders? Was war damals ähnlich?

Natürlich ist es für heutige Populisten keine gute Nachricht, in einem Bett mit Nationalsozialisten und anderen Feinden der Freiheit und der Demokratie zu liegen, zumindest für diejenigen unter ihnen, die im Grunde nur irrtümlich das populistische Projekt mittragen: *Wenn* ihr die hier aufgezeigten Konsequenzen populistischer Politik eventuell doch nicht wollt, dann zieht Eure Schlüsse!

Neben dieser aufklärerischen Botschaft – Entzauberung falscher Propheten – geht es aber auch darum, eine breitere Faktengrundlage zu haben, für die Analyse eines Phänomens, das nur aus dem rezenten Blickwinkel betrachtet, oft wenig greifbar scheint. Hier sind Unterschiede und Ähnlichkeiten gleich wichtig. Welche Rolle spielen die Entwicklungen der Sozialstruktur (Aufstieg der Arbeiter, der Dienstleister, der Gebildeten, Rückgang der Bauern) bei der Herausbildung populistischer Politik? Was hat Populismus (bzw. auch seine Abwesenheit) mit Wachstum, Ungleichheit, Armut und Reichtum, Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Migration und Rassismus zu tun? Populismus (und seine Abwesenheit) *hat*, wenig überraschend, etwas zu tun, mit so gut wie allen brennenden politischen Fragen. Eine umfassende Perspektive ist erforderlich, die *historisch* informiert ist, weil all die eben angedeuteten Probleme und Zusammenhänge eine starke historische Dynamik aufweisen, teils heute ganz anders wirken als in der Zwischenkriegszeit, teils aber auch ähnlich. 1933/2017 definiert so das historische Koordinatensystem, in dem wir versuchen wollen, den Populismus zu verstehen.

Spiegelung

A: Fake-News!
B: Selber „Fake-News“!
A: Nachäffer!

Spiegelung[45] bedeutet in politischen Debatten (oft im Vorgriff) Vorwürfe an den Absender zurückzugeben. Wirfst Du mir vor, mit Falschmeldungen zu hantieren, dann federe ich diesen Vorwurf dadurch ab, dass ich Dich von Vornherein als „Lügenpresse“ etikettiere. Der Falschmeldungs-Vorwurf erweckt so, bei oberflächlicher Betrachtung, den Eindruck einer bloßen Retourkutsche, wie im Spiel von Kindern, wo man dem Vorwurf „blöd“ zu sein durch die Rückmeldung „selber blöd“ begegnet. Ziel einer solchen spiegelnden Vorwegnahme von Vorwürfen ist schlicht, den Vorwurf insgesamt aus dem Spiel zu nehmen. Der Schiedsrichter sagt: hier steht nun Aussage gegen Aussage, wechseln wir das Thema!

[45] Wir gebrauchen den Terminus „Spiegelung“ hier als Bezeichnung für ein bestimmtes *politisches* Phänomen. „Spiegelung“ in unserem Sinn ist damit nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen *psychologischen* Phänomen („Mirroring“), das sich auf das neurowissenschaftliche Konzept der „Spiegelneuronen“ stützt. Zwar gibt es offensichtliche Überlappungen zwischen beiden Phänomenen – Spiegelung in unserem Sinn hat auch etwas mit Empathie zu tun, wenn auch in einer negativen, gespiegelten Weise, aber diese Überlappungen sind wohl eher zufällig und sollten nicht als bewusster Bezug auf das gleichnamige neurowissenschaftliche Phänomen missverstanden werden.

Populisten versuchen, Demokratie mit ihren eigenen Mitteln zu zerstören. Anders als revolutionäre Bewegungen, die den Parlamentarismus auf der Straße anfechten wollen, anders auch als Militärdiktaturen, die demokratischen Diskurs durch Waffengewalt obsolet machen, setzt sich der Populismus zum Ziel, durch reguläre Wahlen an die Macht zu kommen und die so legitimierte Macht durch Änderungen der Verfassung, Unterdrückung der Meinungsfreiheit und der Wahlmöglichkeit und andere geeignete Maßnahmen (oft bei gleichzeitiger Wahrung des demokratischen Anscheins) zu konservieren. Der Populismus fährt also eine Doppelstrategie. Scheinbar die Demokratie und ihre Spielregeln akzeptierend, versucht er diese in Wahrheit zu ihrer Zerstörung einzusetzen. Die Spiegelung ist eine Methode, die sich aus dieser Strategie mehr oder weniger von selber ergibt.

Freiheit der Medien, Objektivität, freie und gleiche Bürgerbeteiligung sind Grundkonzepte der Demokratie. Die Demokratie zu verteidigen und gleichzeitig diese Grundideen zu negieren ist also ein Widerspruch. Die Negation dieser Grundideen kann mit der gleichzeitigen Behauptung ihrer Verteidigung damit nur auf einer rhetorischen Ebene realisiert werden, durch Propaganda bzw. das, was man manchmal auch „Machiavellismus“ nennt. Natürlich *könnten* Politiker, in einer Demokratie, unter bestimmten Umständen, auch *offen* gegen die Grundkonzepte derselben auftreten – „Wir brauchen keine freien Wahlen, sondern die Realisierung des Volkswillens durch den Führer F“ – aber diese Methode hakt, auf unterschiedliche Weise. Einmal bedeutet diese Methode den Vorschlag eines *Staatsstreiches* und befindet sich so im genuinen Widerspruch mit geltendem Recht: jede Demokratie besitzt eine Verfassung, in der ihre eigenen Prinzipien festgeschrieben sind, diese einfach zu ignorieren bedeutet, dass man Gefahr läuft, in die Illegalität abzudriften. Außerdem ist anzunehmen, dass viele potentielle Unterstützer der Ziele eines antidemokratischen Projektes dieses nur aufgrund bestimmter spezifischer Inhalte unterstützen werden, ohne dabei seine antidemokratische Tendenz gutzuheißen; man wünscht die Umsetzung von einzelnen politischen Inhalten – etwa das Aussperren von Flüchtlingen – ohne aber das solche Inhalte erfordernde antidemokratische Gesamtpaket zu wünschen. Dieser zweite Aspekt ist auch deshalb wichtig, weil die antidemokratische Tendenz populistischer Politiken oft in einem sehr banalen Sinn mit deren Tendenz zu *Protektionismus* zusammenhängt. Es geht um die Schaffung ungerechtfertigter Vorteile und kurzfristiger Privilegien, überall dort wo eine faktenlastige Politik eigentlich das Gegenteil fordern würde. Maßnahmen gegen den Klimawandel abzulehnen ist politisch eigentlich nur unter der Voraussetzung durchsetzbar, dass der Klimawandel entweder überhaupt nicht existiert oder doch zumindest keine allzu schwerwiegenden Konsequenzen verspricht. Schutzzölle sind nur unter der Voraussetzung eines Wirtschaftsbildes zu rechtfertigen, in dem nationalistische Abschottung mit Wachstum korreliert. Nimmt man an, dass in beiden Fällen die Fakten jeweils eine gegenteilige Ausgangslage nahelegen – Klimawandel existiert und hat schwerwiegende Konsequenzen, nationalistische Abschottung korreliert negativ mit Wachstum –, so konvergiert populistische Politik, die sich diesen Zielen verschreibt – keine Maßnahmen gegen den Klimawandel, Schutzzölle – mit dem Prinzip einer faktenunabhängigen und damit fundamental antidemokratischen Generierung von normativen Entscheidungen.

Diese drei angedeuteten Problemkreise – latente Verfassungsfeindlichkeit antidemokratischer Politiken, selektive Akzeptanz dieser Politiken bei potentiellen Wählern, Fakteninkompatibilität ihrer protektionistischen Ziele – erzwingen geradezu eine Doppelstrategie. Man muss einerseits die politische Stoßrichtung sichtbar werden lassen – etwa indem man klar und deutlich sagt, dass man Ausländer und Flüchtlinge aussperren will, dass man Schutzzölle einführen will, dass man Meinungsfreiheit und Verfügbarkeit objektiver Entscheidungsgrundlagen einschränken will –, muss dabei aber gleichzeitig das politische Gesamtpaket, das man zur Umsetzung dieser Inhalte benötigt, möglichst unsichtbar halten, muss immer auch eine Spielart von Strategie X anzubieten haben, die den Anschein einer gegenteiligen Strategie (also von Nicht-X) transportiert. Das so entstehende Dickicht aus Wahrheit und Lüge hat System. Es funktioniert sowohl als oppositionelle Strategie als auch als tragfähige Grundlage einer Regierung. Die Strategien der Spiegelung sind derart effizient und durchschlagskräftig, dass man oft den Eindruck gewinnen mag, Populisten müssten immer am längeren Ast sitzen. Im Grunde gibt es nur einen Grund, dieses System *nicht* anzuwenden: die Zuneigung zu den oben beschriebenen Prinzipien der Demokratie. (Und es gibt, konsequenter Weise, auch nur eine Gegenstrategie: das Vertrauen auf diese Grundsätze und ein dementsprechendes Handeln.)

„Fake News“ und „Lügenpresse“

Politiker, die sich schwertun, Fakten anzuerkennen, sind nicht zwangsläufig Populisten. Im Gegenteil ist es gerade der Zwang der Rechtfertigung von Entscheidungen, der in demokratischen Kontexten eine gewisse Tendenz zur Fakten-Flucht hervorrufen muss. Ein einfaches Beispiel dafür ist das Missverhältnis, das sich aus dem Anwachsen der durchschnittlichen Lebenserwartung und einem auf eine niedrigere Lebenserwartung kalibrierten Pensionssystem ergibt, in dem die Arbeitenden die Pensionen bezahlen (Generationenvertrag). Natürlich wäre es faktenadäquat und rational, einfach eine neue Mischung aus niedrigeren Pensionen und höherem Antrittsalter bzw. auch höheren Pensionsbeiträgen zu definieren und gesetzlich festzuschreiben. Das Problem ist nur, dass eine solche Mischung zwangsläufig gegen Spielarten eines weit verbreiteten Gerechtigkeitsdenkens verstoßen muss (Warum bekomme ich plötzlich weniger bezahlt bzw. muss mehr einzahlen? Warum muss ich länger arbeiten?) und daher tendenziell demokratisch unverkäuflich ist. Auch wenn sich demokratische Politiker den hier beteiligten Sachverhalten natürlich bewusst sind, werden sie selten zögern, einen Anschein zu wahren, der diesen Fakten nicht in allen Punkten gerecht wird, einfach um kurzfristig Frustrationen bei potentiellen Wählern zu vermeiden. Resultat ist, dass es extrem schwierig ist, das Pensionssystem in der naheliegenden Weise anzupassen.

Einschlägige Techniken des Herumlavierens, des Verschluckens von eigentlich unübersehbaren Sachverhalten, des populären Beharrens auf mittelfristig unmöglich finanzierbaren Regelungen, sind nicht der beste demokratische Stil: sie sind aber Realität, in jeder denkbaren Demokratie, egal in einem wie guten oder schlechten Gesamtzustand sich diese nun befinden mag. Der Tendenz nach populistisch werden solche Praktiken erst, wenn sie sich satt auf ein alternatives Faktenkonstrukt (sprich: auf Verzerrungen und Verfälschungen) stützen. Aber auch die Lüge allein reicht nicht aus, eine Politik als

populistisch-antidemokratisch zu identifizieren. Korruption und Lüge sind wohl keine demokratischen Tugenden, aber sie sind doch typische Zustandsgrößen, die sich in demokratischen Systemen vorfinden: wir tun gut daran, sie zu bekämpfen; dass sie gerade in einer liberalen, offenen, demokratischen Gesellschaft möglich werden, lässt sich aber kaum bestreiten.

Lüge (und Korruption) werden erst dann zu einer Bedrohung der Demokratie, wenn Institutionen, die entsprechende Maßstäbe vorgeben – also im Fall der Wahrheitsfindung etwa bestimmte wissenschaftliche Institutionen und Medien, im Fall der Korruptionsbekämpfung beispielsweise unabhängige Rechnungshöfe u.dgl. – von Politikern attackiert werden, gemeinsam mit dem Versuch, ihre Arbeit zu diskreditieren, zu blockieren und in der Folge alternative Institutionen zu schaffen, in denen „alternative Fakten" bzw. protektionistische Praktiken institutionalisiert und damit Lüge und Korruption systematisch legitimiert (bzw. ihre Bekämpfung delegitimiert) werden.

Was aber hat dieses Phänomen der Anfechtung demokratischer Institutionen durch populistische Politik mit Spiegelung zu tun? Sehr viel, weil es sich ja hier um demokratische Grundwerte und entsprechende diese vertretende Einrichtungen handelt, die niemand in einer Demokratie einfach wird aufgeben wollen, auch nicht die potentiellen Unterstützer populistischer Politik. Wenn man also demokratische Einrichtungen, die Wahrheit institutionalisieren (sprich: die Wissenschaft) und solche, die Korruption bekämpfen (Rechnungshöfe, Gerichte) *bekämpfen* will, so bleibt als einzige mögliche Strategie, diese dadurch zu delegitimieren, dass man ihnen vorwirft, ihren Job nicht richtig zu machen: der Wissenschaft, dass sie Lügen verbreitet und Wahrheit verhindert, den Gerichten, dass sie Korruption unterstützen. Nicht, dass es solche Vorkommnisse nicht tatsächlich geben könnte – es existiert Fälschung in der Wissenschaft und es existieren Phänomene von Korruption innerhalb der Gerichtsbarkeit. Aber das ist der Hintergrund der Funktionsweise von Spiegelung: genau dort, wo keineswegs Objektivität korrumpiert und Korruption legitimiert wird genau diesen Anschein zu erwecken. Der Verteidiger der Wissenschaft oder der Gerichtsbarkeit wird so, als Systemrepräsentant, automatisch mit delegitimiert und es wird gewissermaßen eine Beweislastumkehr betrieben. „Wir haben hier" (in einer Mappe, deren Inhalt niemand genau zu sehen bekommt) „die Beweise für die Illegitimität der Methoden der Institution X. Solange keine schlüssigen Gegenbeweise vorliegen, betrachten wir jeden Output von X grundsätzlich als illegitim: Wissenschaft produziert Falschheit, Gerichte rechtfertigen Korruption."

Spiegelung liegt hier also genau dann vor, wenn eine demokratische Institution *ungerechtfertigter Weise* (die Mappe enthält nur leeres Papier) der illegitimen Produktion von Urteilen (über Fakten, Fälle von Gesetzesverletzung) bezichtigt wird. Es handelt sich dann um Spiegelung, weil präzise die Modi normativer Urteile (Objektivität, Sachhaltigkeit, Rechtskonformität), derer sich die attackierte Institution bedient, von der attackierenden populistischen Politik zur Delegitimierung der betroffenen Institutionen herangezogen werden. „Fake News" und „Lügenpresse" etwa sind die Pauschalanschuldigungen, die, von Hitler bis Trump, zur Delegitimierung etablierter Qualitätsmedien verwendet werden, indem man ihnen vorhält, genau die Maßstäbe, die sie selber definieren (und im Großen und

Ganzen auch einhalten) systematisch zu verletzen. Diese Praxis dient der Delegitimierung zuvor akzeptierter Institutionen (Medien, Universitäten) und, im Gegenzug, der Legitimierung von Alternativinstitutionen. Die von diesen geschaffenen „alternativen Fakten" sind also nur in den Augen der Vertreter der delegitimierten Institutionen bloße Hirngespinste. In Wahrheit ist es genau umgekehrt: hier, in den Trump-Wissenschaften, Trump-Medien und Trump-Gerichten, werden Wahrheit und Gerechtigkeit produziert, während die alten Wissenschaften, Medien und Gerichte nur Fälschungen, Lügen und Fehlurteile hervorbringen. Nur wer so weit geht, ist wirklich Populist. In Abwandlung eines Bonmots von Karl Kraus könnte man hier also sagen: *Der Populismus ist diejenige Krankheit, die zu heilen er vorgibt.* Spiegelung bedeutet die Identifikation genau derjenigen Untugenden in politischen und gesellschaftlichen Gegnern, die zu etablieren man selber im Schilde führt.

Erratik

Dass populistische Politik auf Lüge, Rechtsbeugung, Repression und Rassismus setzt ist nur dadurch ein Spezifikum des Populismus (es gibt diese Dinge in jeder Demokratie), dass diese politischen Modalitäten von populistischer Politik offensiv legitimiert werden, während sie in Demokratien stets nur Betriebsunfälle darstellen. Dennoch ist die bloße Existenz von Lüge, Rechtsbeugung, Repression und Rassismus kein Alleinstellungsmerkmal des Populismus. Viele eher kann eine Charakteristik populistischer Politik als Alleinstellungsmerkmal herangezogen werden, die sozusagen ein systemimmanenter Bestandteil der populistischen Technik der Spiegelung ist. Es ist dies ein spezifisch erratisches und wechselndes, scheinbar unberechenbares Vorgehen populistischer Politiker (und ihrer Anhänger). Ein Politiker hält eine von rassistischen Stereotypen, Verschwörungstheorien und Forderungen nach repressiven Maßnahmen strotzende Brandrede. Ein paar Tage später tritt er mit samtiger Stimme vor das Publikum und verteilt eine Botschaft der Liebe und der Moral. So höchst erfolgreich praktiziert von österreichischen Populisten wie Jörg Haider, H.C. Strache oder Norbert Hofer, aber auch neuerdings von Donald Trump in den USA.

Dieser auf den ersten Blick (für den Außenstehenden) völlig konfus erscheinende Stil eines ununterbrochenen Wechsels aus rabiatem Angriff und sanftem Gesäusel, der Aneinanderreihung oft radikal gegensätzlicher Forderungen – von der Zerstörung und Auflösung der EU zur glühenden Anhängerschaft und retour, vom ultimativen Feind jeder Form von Krankenversicherung zum Anhänger der freien Gesundheitsvorsorge für alle – kann auf zwei Arten und Weisen begründet werden. Einmal hat die erratische Vorgangsweise von populistischen Politikern etwas zu tun mit dem unten noch zu besprechenden Kernanspruch von Populisten, stets nur das zu vertreten, was „das Volk" wünscht. Populisten tun, wenn sie diesen Anspruch erheben, gut daran, seismische Veränderungen in bestimmten populären Schichten zumindest scheinbar mit zu übernehmen, genauso wie dies Boulevardmedien tun, wenn sie, je nach (allerdings oft selber mit-erschaffener) Stimmungslage (und also oft auch: je nach eigener Lust und Laune) ihre Meinungen ändern, vom Mitleid mit hilflosen Flüchtlingen bis zur brutalen Ausländerhetze. Populisten simulieren auf diese Art und Weise, genauso wie Boulevardmedien, die Stimmungsschwankungen in ihrer Zielgruppe: den unterdurchschnittlich gebildeten

Bevölkerungsteilen, die politische Entscheidungen eher aus dem Bauch heraus treffen und dabei kaum durchdachten Prinzipien folgen.

Wenn sich populistische Politiker drehen wie ein Blatt im Wind hängt das also ein Stückweit mit der emotionalen und intellektuellen Instabilität ihrer Anhänger zusammen. Ein zweiter Aspekt besteht jedoch darin, dass das oben beschriebene Prinzip der Spiegelung seinerseits einen eher paranoiden politischen Stil geradezu erzwingt. Populismus muss ständig zwei konträre Seiten bedienen, die sich aus dem Prinzip der Spiegelung ergeben. Einmal die Wurzeln der Demokratie, in Gleichheit, Freiheit und Menschenrechten, die man ja irgendwie beibehalten möchte. Und dann natürlich das eigene Programm, das eine radikale Alternative zur Demokratie insgesamt bedeutet. Der bloße Umstand, dass Populisten Termini wie „Demokratie“ und „Freiheit“ quasi umdefinieren, ändert wenig daran, dass es sich hier um eine paranoide Grundsituation handelt. Denn: es geht ja nicht bloß darum, demokratische Begriffe in ihr radikales Gegenteil zu verkehren, sondern sie so umzudeuten, dass der Ursprungszustand *und* das radikale Gegenteil davon gleichermaßen erhalten bleiben.

Es wäre hier, wie oben bereits angedeutet, sehr irreführend, Populisten zu unterstellen, einfach nur die Wähler betrügen zu wollen. Das tun sie, aber auf der Ebene der Fakten, nicht zwangsläufig auch auf der normativen Ebene. Populisten können (müssen aber natürlich nicht), das, was sie normativ sagen, durchaus selbst glauben. Eine Nächstenliebe, die sich nur auf Inländer erstreckt, mag uns absurd und widersinnig erscheinen. Aber sie ist es nur deshalb, weil wir eine von der Gleichheit aller Menschen geprägtes Liebes-Verständnis haben. Rein strukturell betrachtet müssen Nächstenliebe und Ausgrenzung nicht zwangsläufig Widersprüche darstellen. Die Botschaft der Liebe hat dann einfach zwei Seiten. Eine Botschaft der Liebe, die die Eingegrenzten betrifft, und eine Botschaft des Hasses, die sich auf die Ausgegrenzten bezieht. Das ist paranoid und konsistent gleichzeitig.

Spiegelung erzeugt eine zwar konsistente, aber systematisch mit absurden Verzerrungen durchsetzte normative Wirklichkeit. Dadurch, dass sie alle vorhandenen Normen, ihrem eigenen Prinzip folgend, in einen Teil zerlegt, der beibehalten wird und einen solchen, der die ursprüngliche Haltung in ihr gerades Gegenteil verkehrt, kann Spiegelung und Populismus geradezu zwangsläufig nur so kommuniziert werden, dass man ununterbrochen zwischen Liebe und Hass, Jovialität und Repression, Dr. Jekyll und Mr. Hyde hin und her wechselt. Populistische Politiker mögen gelegentlich durchaus authentische Paranoiker sein. Ihr paranoides Auftreten lässt sich aber nicht alleine auf ihre Psyche zurückführen, sondern viel unmittelbarer auf den von ihnen repräsentierten politischen Stil. Ob ein Populist nur ein Opfer seiner eigenen Theorie ist oder tatsächlich verrückt, lässt sich oft aus der Distanz nicht wirklich beurteilen.

Spiegelung führt zur Herausbildung von genuin paranoiden Erscheinungsformen des Politischen. Geht sie einher mit einem einfachen Szenario des Machiavellismus, in dem alles was man zur Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten von sich gibt, also die gesamte positive Seite des Normativen, bloße Fassade und Lüge ist, dann ist das zwar auch in der Wirkungsweise eher paranoid, aber es lässt sich immerhin noch auseinanderdividieren, in die wahre Botschaft einer Politik und die Fälschungen, in die sie verpackt ist. Aber selbst, wenn wir annehmen, dass populistische Politiker da und dort in

ihren normativen Aussagen lügen, wäre es zu kurz gegriffen, zu glauben, dass *alles* was sie über die positive Seite des Politischen sagen, über Demokratie, Nächstenliebe und die Menschenrechte, bloß erstunken und erlogen ist. Genau dadurch aber, dass populistische Systeme (wenn sie nicht einfach lügenbasiert, sondern echt paranoid sind) eine durchaus authentische Mischung aus Demokratie und Diktatur, aus Gut und Böse, aus Menschlich und Unmenschlich basteln, sind sie brisant. Sie sind dann irgendwie gut und böse gleichzeitig und können die Realität letztlich in jeder beliebigen normativen Farbe erscheinen lassen. Es geht hier also viel mehr noch um *Nihilismus* – eine gänzlich *amoralische* Haltung, *jenseits* von Gut und Böse – als bloß darum, in einer leicht durchschaubaren Weise, die Stimme *des Bösen* zu übernehmen.

Wir tun daher gut daran, zu glauben, dass Strache, Hofer, Farage und Trump im Großen und Ganzen das, was sie normativ sagen, auch tatsächlich selber glauben. Nur so können wir vermeiden, sie in fataler Weise zu unterschätzen. Natürlich bleibt die Botschaft, die man ihnen entgegenhalten muss, so oder so dieselbe: Aufklärung, Menschenrechte, Demokratie und Freiheit *gegen* ihre Korrumpierung im Populismus. Aber es könnte signifikant schwieriger sein, diese Botschaft zu vermitteln, wenn man es mit einem Moral-Paranoiker zu tun hat, der zwischen Gut und Böse herumlaviert als wenn in jedem Fall eindeutig klar ist, dass es sich hier um einen Unmenschen handelt.

Glühende Demokraten

Spiegelung hat nie nur eine negative Seite. Es geht nicht nur darum, etablierte demokratische Institutionen zu delegitimieren, sondern gleichzeitig alternative Institutionen zu schaffen und zu legitimieren. Das kann so funktionieren, dass man die alten Institutionen zusperrt und neue gründet. Meist aber wird man die alten Institutionen beibehalten und, nach einer rigorosen *Säuberung*, in neuem ideologischen Gewand weiter betreiben. Vom Standpunkt der Spiegelung ist diese zweite Methode auch sauberer, weil sie eindeutiger zu signalisieren erlaubt, dass die alten Werte (Wahrheit, Objektivität, Gerechtigkeit) *beibehalten* und ausschließlich Missbräuche und Fälle von Korrumpierung des alten Systems ausgeschaltet wurden. (Im Nationalsozialismus etwa hat diese Technik der Spiegelung perfekt funktioniert, weil die überwältigende Mehrheit der Wissenschaftler und Richter bereit war, auf das neue System umzuschwenken. Eine ähnliche Manipulation von Wissenschaft, Medien und Recht in einer heutigen Gesellschaft der westlichen Welt, sei es in den USA oder in Westeuropa, vorzunehmen, schiene hingegen schwierig: man müsste dann wohl 98 Prozent aller Wissenschaftler, Journalisten und Richter in die Emigration treiben, wegsperren oder ermorden.)

Es geht also, bei der Anwendung der Technik der Spiegelung, um zwei komplementäre Aufgaben. Die Ausschaltung von demokratischen Institutionen und ihren loyalen Repräsentanten und um die Etablierung von Ersatz-Institutionen, die im Prinzip vorgeben müssen, exakt dieselben Werte zu vertreten, wenn auch in einer gespiegelten, das heißt, ins Gegenteil verkehrten Weise. Objektivität, im Sinne von „Allgemeingültigkeit“, wird ersetzt durch Objektivität, im Sinne von „Angemessenheit“ an die Ziele der populistischen Politik. So wird der wissenschaftliche Objektivitätsbegriff zwar korrumpiert, aber er wird gleichzeitig durch einen gleichnamigen Begriff ersetzt, der nur bei genauerer Analyse als eine

Konstruktion entlarvt werden kann, die die ursprünglichen Intentionen der Wissenschaft (zumindest teilweise) ad absurdum führt. Ähnlich wird in der Gerichtsbarkeit vorgegangen. Wie man in der Wissenschaft nicht jede vorhandene Theorie pauschal verwerfen wird (wie sollte man auf die Schnelle Alternativen basteln?), sondern lediglich danach trachten wird, dort einzugreifen, wo „unangemessene" Fakten produziert wurden, wird man auch in der Gerichtsbarkeit die vorhandenen Gesetze im Großen und Ganzen beibehalten, und zwar nicht nur aus pragmatischen Gründen. Die Tatsache, dass man immer noch nach den alten Gesetzen judiziert, erweckt den Anschein der Kontinuität. Genehme Richtersprüche werden von gleichgeschalteten Richtern vorzugsweise ad hoc geliefert. Die *personelle* Seite ist, in solchen Prozessen der Spiegelung, also viel wichtiger als die *formale*.

Populisten treten gerne als glühende Demokraten und Menschenfreunde auf. Hitler konnte auf diese Art und Weise jahrelang die internationale Diplomatie an der Nase herumführen. Bei den Bundespräsidentenwahlen in Österreich im Jahr 2016 hat der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer mit großem Erfolg (bei ungefähr 50 Prozent der Bevölkerung) seine Politik in immer wieder überraschend unvermittelten Exkursen ins Demokratisch-Liebevolle verpackt. Dieses Einnehmen einer (für Außenstehende) oft eher penetrant wirkenden Pose der Demokratie und der „Nächstenliebe" hängt genuin mit dem Mechanismus der Spiegelung zusammen. Anders ausgedrückt: vom Standpunkt des Populisten aus gesehen ist der demokratische Auftritt Hofers durchaus authentisch. Hofer *will* tatsächlich die Werte der Demokratie und der Liebe verteidigen, denen er das Wort redet. Der Punkt ist bloß, dass all diese Werte bei ihm „in neuem Gewand" auftreten. Nächstenliebe beschränkt sich (wie das Kleingedruckte auf den Wahlplakaten der FPÖ unmissverständlich klarmacht) auf „Inländer", Demokratie auf eine radikal umkonzipierte populistische Staatsform. Hofer *ist* also ein glühender Demokrat, aber es handelt sich um die Demokratie, die *er* meint.

Genau aus diesem Grund wäre es kontraproduktiv, Populisten ein allzu großes Maß an *Hidden Agenda* zu unterstellen. Natürlich spielen bewusste Irreführung, gezieltes Lancieren von Falschmeldungen, spielen Verschwörungstheorien eine wichtige Rolle in populistischer Politik und unterscheiden diese, unter anderem, von demokratischer Politik. Aber all diese Stilelemente werden durchaus bewusst eingesetzt und im Grunde wird wenig getan, die eigenen Strategien und Zielsetzungen *zu verstecken*. Spiegelung bedeutet also nicht nur, dass man hinter einer Fassade des Scheins an einer diesem entgegengesetzten Politik bastelt. Auch das kommt vor: im Fall von Maßnahmen, die nicht einmal die eigenen Anhänger gutheißen würden. Aber im Grunde ist, von den brutalen Spitzen der populistischen Politik einmal abgesehen, ihr Vorgehen in den Grundzügen transparent.

Verschämte Verbrecher

Wollen Populisten die Implikationen ihrer Politik wirklich? Eine schwer zu beantwortende Frage. Es gibt Argumente dafür und dagegen. So hat der Nationalsozialismus zwar eine Politik betrieben, die präzise auf den Holocaust zusteuerte, dennoch war man sich der politischen Unverkäuflichkeit der Vernichtung der Europäischen Juden durchaus bewusst und hat, so scheint es, den Entschluss zur „Endlösung" eher ad hoc gefasst, gleichsam mit

Schrecken die Konsequenzen aus dem eigenen Tun ziehend.[46] Gerade hier ist es wichtig, festzustellen, dass, auch und gerade wenn wir die nonkognitivistische Wertauffassung akzeptieren, dies nicht impliziert, dass anti-demokratische Politik die Werte der demokratischen Politik einfach negiert und in ein diametrales Gegenteil verkehrt. Ja, diese Werte werden negiert, aber in einer durchaus komplexen Art und Weise. Es bleibt bei jedem Grundwert etwas von der ursprünglichen Substanz erhalten. Zwar heißen Unrechtsregime wie der Nationalsozialismus in gewissem Sinn den Massenmord gut und setzen ihn kalt ins Werk. Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit, weil man gleichzeitig den Mord genauso ablehnt, wie jede andere (demokratische oder undemokratische) Politik dies tut.

Der Holocaust ist hier nur ein extremes Beispiel für eine Familie von Praktiken, die jedes undemokratische Regime mit sich bringt. Will man eine undemokratisch festgeschriebene Politik umsetzen, dann ist man zwangsläufig darauf angewiesen, sich der Gegner dieser Politik zu entledigen. Hinzu kommt ein weiterer wichtiger Zug populistischer Politik – das unten noch zu beschreibende Phänomen, dass deren Rechtfertigungszusammenhang stets auf *Sündenböcke* angewiesen ist. Es gilt also die *wirklichen* Gegner zu beseitigen, diejenigen, die die umzusetzende Politik ablehnen und nicht mitzutragen bereit sind. Zugleich aber gilt es, aus eher propagandistischen Erwägungen, den Kampf gegen die *eingebildeten* Gegner voranzutreiben, einfach nur um die das populistische Vorgehen unterstützenden Teile der Bevölkerung bei Laune zu halten. In beiden Fällen sind repressive Maßnahmen gegen die fraglichen Gegner und Sündenböcke erforderlich: vom Aussperren und Vertreiben bis zum Isolieren, Internieren, Ausbeuten und Vernichten. Natürlich bedient sich nicht jedes populistische Regime automatisch des ganzen Spektrums an möglichen Maßnahmen der Repression. Aber auch wenn es nach Hitler kaum denkbar scheint, dass irgendein Land der westlichen Welt jemals wieder eine vergleichbare Industrie der Vernichtung aufbauen könnte, so sind doch auch die vergleichsweise gelinderen Mittel, derer sich heutige populistische Politiker vermutlich bedienen würden, bei näherer Betrachtung hart genug. Es geht darum, dass Menschen die humanitäre Hilfe verweigert wird, dass sie hilflos ihrem Schicksal überlassen werden, dass angesehene Bürger ihre Jobs verlieren und in Elend und (innere oder äußere) Emigration getrieben werden, dass Gefängnisse zur Unterdrückung politisch missliebiger Personen missbraucht werden. All diese Dinge sind weniger schlimm als die industrielle Vernichtung ganzer Völker, aber sie sind schlimm genug, dass man als populistischer Politiker gute Gründe haben wird, die genauen Konsequenzen der im Grundsatz durchaus transparenten eigenen Politik, unsichtbar zu machen.

Dass Populisten ihre Verbrechen nur in Ausnahmesituationen offen exekutieren, dass sie im Großen und Ganzen durchaus *verschämte* Verbrecher sind, die, bei aller Transparenz ihrer Agenden, deren unangenehme Begleiterscheinungen gerne unsichtbar machen wollen, ist ein nicht weniger wichtiges Merkmal des Prinzips der Spiegelung wie die Transparenz selber. Auch handelt es sich hier nicht um einen Widerspruch. In einer demokratisch geschulten Welt der Bilder und der Allgegenwart der Medien weiß jeder, wie sehr Bilder von brutalen

[46] Man vergleiche die klassische Rekonstruktion bei Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden,* Frankfurt / Main: Fischer, 1990.

Realitäten beeindrucken können. Wer sieht gerne wie das Schwein geschlachtet wird, von dem das Schnitzel stammt, in das er gerade genüsslich hineinschneidet?

Es ist kein überproportionaler Widerspruch, Wertkataloge wie die Menschenrechte im Grundsatz anzuerkennen und doch bewusst eine Politik zu betreiben, die diesen Katalogen geradezu entgegengesetzt ist. Ebenso wenig aber ist es ein Widerspruch, wenn man eben diese Politik so zu betreiben versucht, dass ihre harten Konsequenzen möglichst unsichtbar bleiben. Es hieße, die Unmenschlichkeit populistischer Politiker in nachgerade gefährlicher Weise zu übertreiben, wollte man ihnen unterstellen, sie würden alle zusammen die von ihnen begangenen Verbrechen nicht bloß wünschen, sondern sie auch noch genießen. Dass gerade dieses Phänomen, dass eine Politik mit zunehmendem Verlust an demokratischer Legitimation und zunehmendem Rückgriff auf repressive Maßnahmen auch sensitiver wird für die Sichtbarkeit des eigenen Tuns (konkret: immer stärkere Maßnahmen trifft, die harten Konsequenzen der eigenen Politik unsichtbar zu machen) ist bemerkenswert. Nur eine winzige Minderheit populistischer Politiker und ihrer Anhänger wünscht die harten Konsequenzen der eigenen Politik, heißt sie offen gut bzw. ist sogar bereit, Lust dabei zu empfinden. So ist es eine furchtbare Waffe, im Kampf gegen den Populismus, eben diese seine harten Konsequenzen sichtbar zu machen, die Bevölkerung mit der Nase darauf zu stoßen und sie ununterbrochen damit zu konfrontieren. Verschämte Verbrecher schämen sich ihrer Verbrechen aus gutem Grund.

Populismus aus Bösartigkeit versus Populismus aus Irrtum

Ist es wirklich nötig, Populismus durch die Moralbrille zu sehen? Der nonkognitive Blick impliziert doch, dass Moral sozusagen im Auge des Betrachters liegt. Was für Hans gut und gerecht ist, mag Grete abgrundtief bösartig erscheinen. – Im Prinzip ist das tatsächlich so. Und es ist wichtig, dies zu verstehen, weil man nur so den Sinn demokratischer Prozesse versteht: wenn jede Stimme zählt, dann zählen auch die verstreuten Stimmen, die absurde Geisteshaltungen repräsentieren; bloß können sie sich, in einem demokratischen Prozess nicht durchsetzen: absurd sind sie in der Perspektive der Majorität nur dadurch, dass sie deren majoritär gewonnenen Einsicht diametral entgegenlaufen. (Vergessen wir auch nicht, dass Nonkognitivismus nicht bedeutet, *keine* moralische Position zu haben und diese unter Umständen bis aufs letzte zu verteidigen.)

Es kann Moralvorstellungen geben, die von der breiten Masse der Bevölkerung, ja, von der Menschheit insgesamt getragen werden. Die Menschenrechte sind, wie wir oben argumentiert haben, schlagende Beispiele für solche Moralvorstellungen. *Alle* teilen diese bzw., präziser ausgedrückt, handelt es sich hier um einen ethischen Narrativ, der offensichtlich von der riesigen Mehrheit der Bevölkerung der (westlichen) Welt geteilt wird. Wenn selbst in populistischen Parteien nur eine Minderheit (so unsere Vermutung) tatsächlich gegen die Menschenrechte ist, dann bedeutet dies eine bemerkenswerte Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis, in der sich die majoritäre Untergruppe von Anhängern des Populismus befindet.

Nehmen wir die Menschenrechte als Messlatte für Moral und beschreiben wir moralische Haltungen von diesem Inertialsystem aus, so können wir die Menschheit eindeutig in Gut

und Böse einteilen, je nachdem, ob jemand die Menschenrechte akzeptiert oder nicht. Es ist wichtig, in diesem Zusammenhang, *nur* die emotionale Akzeptanz der Doktrinen als ausschlaggebendes Kriterium zu veranschlagen, jedoch nicht *die Handlungen* einer Person. Natürlich kann man für die Menschenrechte sein (also „gut“) und dennoch einen Mord begehen: man tut dann etwas, das man selber für böse hält (und wird in der Regel, wenig überraschend, eine Bestrafung dieser Tat als gerecht empfinden, auch dann, wenn man ihr zu entgehen versucht). Gut denkende Menschen können, aus emotionaler Schwäche, aus intellektueller Unbedarftheit, böse handeln. Da ist kein Widerspruch.

Dieses argumentative Schema kann man auch auf populistische Politik anwenden. Sind die Menschenrechte ein Maß für Gut und Böse und sind populistische Parteien fundamental gegen die Menschenrechte gerichtet, dann sind populistische Parteien (in diesem Inertialsystem) bösartig. Populistische Politiker und Unterstützer populistischer Parteien sind aber erneut nur dann bösartig, wenn sie die Menschenrechte verwerfen. Zweifellos existiert so ein harter Kern von bösartigen Unterstützern dieser bösartigen Parteien. Es wird schwer sein, diese Gruppe durch Argumente zu beeindrucken: Wenn jemand das Böse rational, im Bewusstsein aller Konsequenzen wünscht, dann werden Diskussionen nutzlos; diese Repräsentanten des Bösen muss man *bekämpfen*, anstatt mit ihnen zu reden.

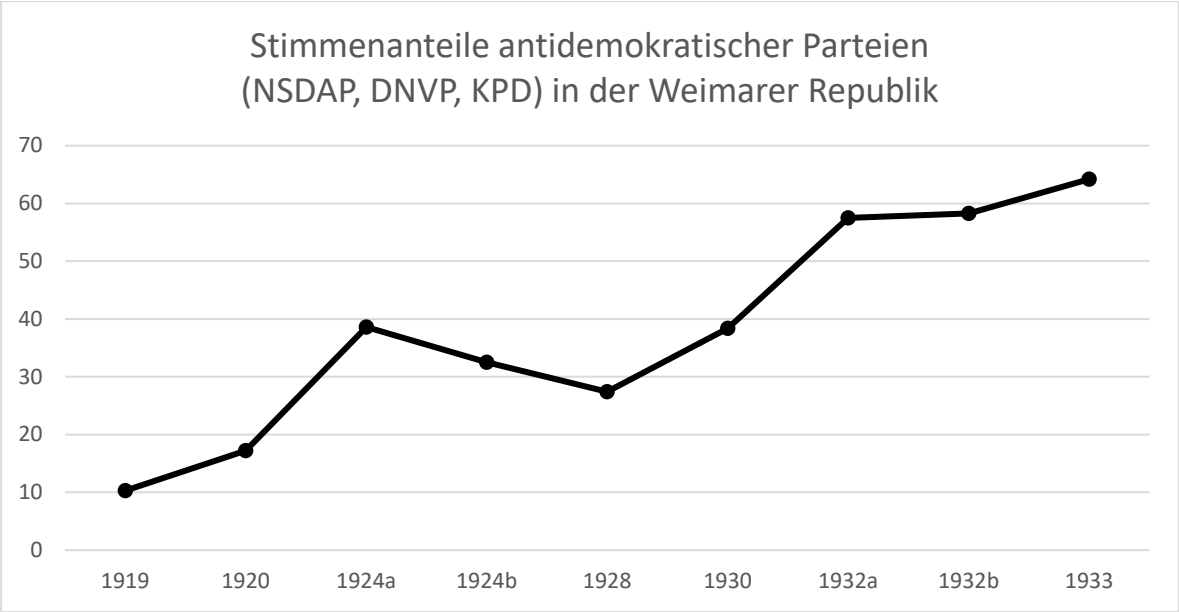
Alle vorhandenen Daten legen aber nahe, dass ein nicht unwesentlicher Anteil an den Unterstützern und Repräsentanten bösartiger Parteien aus Menschen besteht, die selber keineswegs bösartig sind. Sie unterstützen die Menschenrechte im Grundsatz, lassen sich aber im Affekt oder auch bloß irrtümlich zum Wählen bösartiger Parteien hinreißen, die die Menschenrechte verwerfen. Genau diese Gruppe *der irrtümlichen Wähler* muss die demokratische Propaganda in den Fokus nehmen, müssen wir versuchen, wieder zurück ins Boot der Demokratie zu holen. Bei denen, die kaltlächelnd auf die Menschenrechte spucken, wird kein Argument etwas fruchten. Aber diese Gruppe ist eine winzige Minderheit, die Demokratie kann auch mit dieser und gegen diese Gruppe überleben, wenn sie es schafft, sie an den Rand zu drängen, wo sie hingehört. Entscheidend ist es, das Potential populistischer Parteien von derzeit, in der westlichen Welt, um die fünfzig Prozent, dadurch einzuschränken (auf zehn Prozent? vielleicht auf ein Viertel der heutigen Sympathisanten?), dass man die irrtümlichen Unterstützer zurück auf die demokratische Seite zieht.

Populisten (aus Irrtum) sind Pessimisten

Auch wenn die positiven Anhänger populistischer Strömungen, die 10 Prozent, die diese nicht bloß irrtümlich unterstützen, vielleicht Optimisten sind, die Mehrheit der Unterstützer des Populismus (respektive seine irrtümlichen Anhänger) sind Pessimisten. Das gilt für den Nationalsozialismus und es gilt heute erst recht.

Betrachten wir die Wahlergebnisse der antidemokratischen Parteien in der Weimarer Republik.[47]

[47] Werte nach Falter, *Hitlers Wähler*.



Dieser Anteil war zunächst, 1919, sehr niedrig: nur 10 Prozent unterstützten demokratiefeindliche Parteien. Die Anstiege 1920 und 1924 sowie ab 1930 korrelieren mit der schlechten Wirtschaftslage zu Beginn und Ende der 1920er-Jahre sowie mit der Frustration über die Friedensbedingungen von Versailles (der Vertrag von Versailles wurde nach den Wahlen von 1919 unterzeichnet, Ende der 1920er-Jahre kochte die Debatte über die Friedensbedingungen erneut auf). Umgekehrt korreliert der Rückgang der Zustimmung zu antidemokratischen Parteien, bei den Wahlen von 1924 bis 1928, mit der verbesserten Wirtschaftslage und der plötzlich positiven Grundstimmung der „goldenen 20er“. Auch, wenn sich einige Intellektuelle die bizarre Aufgabe gestellt haben, den Nationalsozialismus als positive Vision zu zeichnen, so war doch das hervorstechende Motiv seiner Unterstützer pessimistisches Denken: verflog dieses, dann auch die Begeisterung gegen die Demokratie.

Ist der Zusammenhang zwischen Pessimismus und Populismus im Fall der Weimarer Republik zwar spekulativ (es gab keine Wahltagsumfragen), aber insgesamt äußerst naheliegend, so bestätigen im Fall des heutigen Populismus alle Umfragen diesen Eindruck.[48]

Präsidentschaftswahlen USA, New York Times Exit Polls		
	Clinton	Trump
Optimistisch hinsichtlich der Entwicklung des Landes	90	8
Pessimistisch hinsichtlich der Entwicklung des Landes	25	69
Bundespräsidentenwahl 2016 Österreich		
	Hofer	Van der Bellen
Optimisten	28	72
Pessimisten	64	36
NS-Geschichtsbewusstsein und autoritäre Einstellung in Österreich 2014		
	Optimisten	Pessimisten
Demokratieskepsis (nicht beste Regierungsform)	11	25

[48] Werte wie oben bzw. nach http://www.sora.at/ und https://www.nytimes.com/interactive/2016/11/08/us/politics/election-exit-polls.html?_r=0, abgerufen am 17.05.2017.

Die Optimistischen Wähler haben zu 90 Prozent Clinton gewählt, zu 8 Prozent Trump, während die Pessimisten zu 69 Prozent Trump gewählt haben und nur zu 25 Prozent Clinton. 72 Prozent der Optimisten haben Van der Bellen gewählt, hingegen 64 Prozent der Pessimisten Hofer. Analog dazu korreliert Pessimismus mit einer demokratiekritischen Haltung. In Österreich haben 2014 11 Prozent der Optimisten die Demokratie skeptisch betrachtet (also wenig oder gar nicht der These zugestimmt, dass die Demokratie die beste Regierungsform sei, auch wenn sie Probleme mit sich bringt) hingegen haben 25 Prozent der Pessimisten eine demokratieskeptische Haltung eingenommen.

Populismus ist im Kopf

Wenn man verstehen will, warum jemand populistische Politik unterstützt, so muss man von dem Szenario ausgehen, das sich im Kopf potentieller Unterstützer aufbaut. Es geht also nicht nur und nicht primär um das Aufzeigen realer Kausalfaktoren, sondern um das Bild, das sich Unterstützer des Populismus von der Wirklichkeit machen. Dieses Weltbild wird in der Regel eine bunte Mischung darstellen, aus wahren und falschen Annahmen, aus berechtigten Ängsten und bloßen Verschwörungstheorien. Dementsprechend werden auch die Schlüsse, die man aus der Konstruktion eines solchen Weltbildes ziehen muss, durchaus unterschiedlich sein. Wählt jemand Populisten, weil er sich als unterprivilegierter Einwohner einer aussterbenden Industrieregion von der Politik alleingelassen fühlt, dann könnte es sein, dass konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Arbeiter in dieser Region die richtigen Strategien sind, um diesen Unterstützer des Populismus für die Demokratie zurückzugewinnen. Wählt jemand Populisten, weil er Angst davor hat, dass muslimische Netzwerke demnächst die Macht übernehmen werden, dann werden Gegenstrategien eher darin bestehen müssen, ihm seine unbegründeten Ängste auszureden. Das heißt, es geht hier darum, berechtigte von unberechtigten Ängsten zu unterscheiden und entsprechende Strategien zu entwickeln.

Die zynische Logik des Populismus, der die Demokratie und ihre Werte „spiegelt“ und so eine Konstruktion aufbaut, in der die Zerstörung der Demokratie von innen heraus realisiert werden soll funktioniert so nur aus dem Blickwinkel der zehn Prozent, die nicht bloß irrtümlich, sondern im vollen Bewusstsein aller antidemokratischen Konsequenzen für den Populismus sind: die populistischen Politiker und all jene Unterstützer, die das gesamte Paket im vollen Bewusstsein kaufen. Um eine *Spiegelung* handelt es sich hier aber nicht nur deshalb, weil demokratische Werte ad absurdum geführt werden, sondern auch aus dem Grund, dass die paradoxen, irrtümlichen Anhänger des Populismus diesen als legitimen (mit Menschenrechten und Demokratie vereinbaren), unumgänglichen Akt der Selbstreinigung der Demokratie betrachten. Es geht, für die paradoxen Populisten, um die Beseitigung von Missbräuchen und Ungerechtigkeiten, die ihrerseits den Charakter von Menschenrechtsverletzungen haben, wogegen die populistische Politik legitime Mittel ergreift.

Manche dieser Missbräuche und Ungerechtigkeiten sind durchaus real. Es handelt sich um berechtigte Anliegen. Korruption, Ungleichheit, Vernachlässigung kommen in den besten

Demokratien vor und werden von ihren Repräsentanten gelegentlich missachtet. Wer in die Fangnetze populistischer Politik gerät, weil er solche berechtigten Anliegen nur dort gehört findet, der weist tatsächlich auf einen Missstand hin. Die demokratischen Kräfte tun gut daran, ihm Gehör zu schenken, ihm demokratische Alternativen zu bieten.

Dennoch ist das Standard-Szenario für populistische Politik, ist das wärmste Nest zum ausbrüten populistischer Eier eine Spielart von „Missständen" und „Ungerechtigkeiten", die eben dadurch zur exklusiven Agenda populistischer Politik werden, dass sie entweder überhaupt nicht oder zumindest nicht in der von Populisten behaupteten Form existieren. Ein realer Missstand hat für die Erfolgsbilanz populistischer Politik den einfachen Nachteil, dass er auch demokratischen Kräften auffallen könnte und diese sich ihm in effektiver Weise widmen könnten. Populisten benötigen aber, für ihre Alleinvertretungs-Szenarien eine Spielart von angeblichen Missständen, von denen sie von Vornherein sicher sein können, dass die demokratische Konkurrenz sich ihnen nicht widmen wird (zumindest so lange als sie nicht selber zum Populismus überläuft). Per definitionem sind dies genau all jene Konstruktionen, die für demokratische Politik durch ihre schlichte Irrealität irrelevant sind. Verschwörungstheorien und Sündenbockthesen werden von Populisten also deshalb bevorzugt, weil sie *exklusiv* sind. Die jüdische Weltverschwörung war deshalb die exklusive Agenda der Nazis, weil sie nicht existiert hat, und weil genau deshalb auch niemand sonst eine Strategie dagegen anzubieten hatte. Die drohende Muslimisierung des Abendlandes ist deshalb die exklusive Agenda heutiger Populisten, weil sie *nicht stattfindet*, und weil genau deshalb demokratische Politik keine Rezepturen dagegen anzubieten hat. Oder, besser gesagt: die Rezepturen demokratischer Politik *gegen* die jüdische Weltverschwörung und die Muslimisierung des Abendlandes bestehen einzig und allein in dem für Anhänger derselben zunächst zutiefst unbefriedigenden Argument der reinen Inexistenz dieser Phänomene.

Natürlich wird jeder populistischen Politik potentiell ihre Grundlage genommen, wenn man zeigt, dass sie auf Hirngespinste begründet ist. Aber die Sache ist eben deshalb nicht so einfach, weil das ja auch schon vorher klar gewesen ist. Verschwörungstheorien sind stets bizarr und im Grunde auf den ersten Blick als solche erkennbar. Wer solche glaubt, muss zuvor schon sehr starke Schutzmechanismen entwickelt haben, die ihn daran hindern, diesen Glauben ohne weiteres wieder aufzugeben. Will man also diese Materialschlacht der Informationen – Original gegen Fälschung, Wahrheit gegen Lüge – gewinnen, so wird man zu unverhältnismäßig starken Mitteln greifen müssen. Man wird die Wahrheit, kurz gesagt, durch mehr unterstützen müssen als nur die Wahrheit alleine. Die Schutzmechanismen des Falschen liegen weniger auf der Ebene von Argumenten und Tatsachen (die hier nicht anzubieten sind), sondern haben die Erscheinungsform von Mythen und Erzählungen, sind also eher emotiver Natur. Gegenargumente müssen daher die nötigen Fakten und Richtigstellungen, den neutralen Kern, in ein geeignetes Mythenkonstrukt einbetten, sie müssen auch für die emotive Seite der Verschwörungstheorie eine Alternative bieten.

In den Augen seiner irrtümlichen Anhänger geht es im Populismus um nichts Anderes als um die Beseitigung von Missbräuchen der Demokratie und von Verletzungen der Menschenrechte. Diverse Sündenbockthesen und Verschwörungstheorien sind deshalb *nicht* demokratisch und menschenrechtskonform, weil sie auf *falschen* Annahmen beruhen.

Glaubt man also irregeleiteter Weise diese falschen Annahmen, so kämpft man mit redlichen Motiven für ein unredliches Regime. Natürlich könnte man hier fragen, wie viel Naivität und Blauäugigkeit in einer Demokratie noch legal sein sollte, aber im Prinzip muss man die Frage eher umdrehen: Wie hoch muss der Grad an Bildung und Weltläufigkeit in einer Demokratie sein, damit sich diese nicht selber abschafft? Die Demokratie muss Resistenz für Verschwörungstheorie *trainieren* genau so wie Diktaturen ihren Bürgern die Empfänglichkeit für dieselben einimpft. Demokratische Propaganda muss genauso schlagkräftig sein wie totalitäre, bloß mit dem konträren Ziel: dass Gehirnwäsche Offenheit und Transparenz stärkt und die Resistenz gegenüber Irrationalismus und absurden Thesen.

Sündenböcke

Sündenböcke sind aus zwei Gründen genuine Bestandteile jeder populistischen Politik. Einmal ist ein Sündenbock nichts anderes als eine falsche Behauptung über kausale Zusammenhänge. Indem aber populistische Politiker, wie wir gesehen haben, auf die Disqualifikation von Fakten setzen, haben genau die Konstruktionen, die sie an ihre Stelle setzen, den Charakter von Sündenböcken. Wenn nicht eine verfehlte Wirtschaftspolitik an der Finanzkrise schuld ist, sondern das internationale Finanzjudentum, wenn nicht das gebremste Wachstum und die steigende soziale Ungleichheit den Wohlstand bedrohen, sondern die Ausländer, dann passiert genau das: falsche Ursachen werden angesetzt und fungieren als Sündenböcke. Hinzu kommt, dass es sich hier tatsächlich um *personifizierte* Sündenböcke handelt. *Abstrakte* Ursachen für komplexe Phänomene – demografische Entwicklungen, die Dynamik der Technologie, protektionistische Elemente in der Wirtschaftspolitik – werden so zu etwas Greifbarem, schwer Verständliches wird vereinfacht, komplizierte Probleme, die nur einer komplexen, schwer verständlichen, oft langwierigen Lösung zugänglich sind, werden dadurch erfassbar und leicht lösbar, dass sie mit konkreten Schuldigen identifiziert werden, mit Tätern, die Menschen aus Fleisch und Blut sind, und mit deren Beseitigung man auch das Problem gelöst hätte.

Sündenböcke haben, politstrategisch gesehen, nicht nur Vorteile. Dadurch, dass sie *nicht* die wahren Schuldigen sind, beseitigt ihre Beseitigung auch nicht das Problem, ändert nichts an seinen tatsächlichen Ursachen. Repressionen gegen Sündenböcke können somit, augenscheinlich, leicht als wirkungslose Stellvertreterkriege entlarvt werden. Aber diesem Problem kann man begegnen. Einmal ist es ja meist so, dass Sündenböcke für ein durchaus komplexes, oft kaum greifbares Phänomen stehen. Damit bleiben Kausalzusammenhänge für den durchschnittlich informierten Beobachter meist unsichtbar. So kann es dazu kommen, dass ein durch Repressionen gegen Sündenböcke bekämpftes Phänomen zufällig von selber verschwindet oder aber auch gleichzeitig durch andere, erfolgreichere Maßnahmen bekämpft wurde. Nach 1932 nahm die Arbeitslosigkeit in Deutschland (wie im Übrigen auch in den USA: dort aufgrund von Roosevelts „New Deal“) rapide ab. Natürlich war klar, dass diese Entwicklung vorwiegend auf bestimmte naheliegende Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung zurückzuführen war. Man konnte aber auch die antisemitischen Repressionen dafür mitverantwortlich machen, wenn man wollte, indem die beiden Ereignisse unbestreitbar korreliert (wenn auch nicht kausal verknüpft) waren. Das heißt, man kann im Prinzip immer so vorgehen, dass man, gleichzeitig mit Repressionen gegen

Sündenböcke, auch andere Maßnahmen ergreift, die sich dann auf die wahren Ursachen eines Problems beziehen und also wirksamer sind. Dadurch, dass die effektiven Maßnahmen und die Repressionen gleichzeitig einsetzen, tut man sich nicht schwer, diese Korrelation durch die Behauptung eines kausalen Zusammenhanges zu ergänzen.

Was aber tun, gegen das populistische Instrumentalisieren von Gruppen zu Sündenböcken? Indem die kausale Wirkungslosigkeit von Repressionen gegen Sündenböcke nur schwer nachweisbar ist (meist ungefähr genauso schwer, wie die eigentliche, abstraktere Ursache des fraglichen Problems) sind einfache Behauptungen der Wirkungslosigkeit von Maßnahmen nicht ausreichend. Ebenso nicht ausreichend, weil der Logik der fraglichen populistischen Politik zuwiderlaufend, wäre es, ausschließlich mit moralischen Erwägungen und den Menschenrechten zu argumentieren (Schuld muss bestraft werden, daher sind die Menschenrechte hier, aus der Perspektive der Populisten gesehen, fehl am Platz). Ohne Zweifel kann deshalb hier nur eine umfassende argumentative Strategie erfolgreich sein. Es gilt, einen *komplizierten* Sachverhalt in seiner ganzen Komplexität erfassbar zu machen und gegen einen *einfachen* Sachverhalt ins Spiel zu bringen, gemeinsam mit der einzigen echten Trumpfkarte die man hat: dass der komplizierte Sachverhalt auf wahren Annahmen basiert, der einfache aber nicht; dass der komplizierte Sachverhalt die Menschenrechte respektiert, der einfache nicht. Das ist langwierig und aufwändig und man wird, gegen einmal von Sündenbockthesen infiltrierte Populisten, nur sehr langsam Erfolg haben.

Mythische Identitäten: Vom Antisemitismus zum Muslimenhass

Ist Demokratie ohne mythische Identität nicht lebensfähig, so gilt dies für den Populismus erst recht. Stammt die mythische Identität der Demokratie entweder, positiv, aus einem im Umfeld von Aufklärung angesiedelten Gründungsmythos oder, negativ, in der Idee der Verhinderung von Totalitarismus bzw. Populismus (nie wieder Faschismus!), so sind die mythischen Identitäten von populistischen Politiken meist weniger Ideen- als Personenbezogen: die mythische Identität des Populismus ist, kurz gesagt, rassistisch. Zwar bauen populistische Konzeptionen durchwegs auf einer ganzen Reihe von Sündenböcken und Feindbildern auf – Intellektuelle und alle Arten von gesellschaftlichen Randgruppen und ethnischen Minderheiten haben es in populistischen Konzeptionen generell schwer. Jedoch gibt es, zumindest in den uns vorliegenden bisherigen Erscheinungsformen des Populismus doch eine eindeutige Tendenz, *eine* bestimmte Gruppe zum zentralen und universellen Sündenbock aufzubauen, zum identitätsstiftenden Feindbild. Die geistige Elite, so sehr diese, wie wir unten noch sehen werden, auch ein zentrales Feindbild populistischer Politik ist, kann diese Funktion kaum übernehmen, will man doch am Ende selbst diese Rolle ausüben (und sich gewissermaßen nicht selbst von Vornherein als Abschaum qualifizieren). So sind Gruppen gefragt, die weit genug am Rande stehen, um logistisch die Rolle des universellen Feindbildes spielen zu können. Im Nationalsozialismus haben diese Rolle eindeutig die Juden und die antisemitische Aggression gespielt.[49] Im heutigen Populismus hingegen kristallisiert

[49] Zu beachten ist dabei aber auch, dass der Antisemitismus in anderen Spielarten des Rechtsextremismus wie dem Austrofaschismus und dem italienischen Faschismus weniger extreme Erscheinungsformen annahm. Im Austrofaschismus kam hinzu, dass man sich als Alternative zum Nationalsozialismus verstehen wollte und deshalb offenbar nach 1933 weniger auf die antisemitische Karte setzte als davor. Man versuchte, die

sich immer mehr der Muslimenhass als Alternative zum Antisemitismus heraus. Das ist bemerkenswert, weil frühere Erscheinungsformen des neueren Populismus wie die FPÖ oder der Front National in den 1980er- und 1990er-Jahren noch sehr stark auf die ältere mythische Identität des Antisemitismus gesetzt haben, gemeinsam mit einer unübersehbaren Tendenz, die nationalsozialistische Vergangenheit zwar nicht gerade zu loben, aber ihr doch zumindest gewisse gute Seiten abgewinnen zu können. So etwa die von Jörg Haider gelobte „ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich".[50] Von diesen Ursprüngen hat sich aber bereits Jörg Haider in den 1990er-Jahren zu distanzieren begonnen. Eine anfängliche Orientierungslosigkeit, die daraus resultierte – *Ausländer* erfüllen zwar viele Anforderungen, die ein guter Sündenbock zu erfüllen hat, sind aber doch als Gruppe zu abstrakt und heterogen, schließlich sind nicht bloß Türken Ausländer, sondern auch Deutsche und Schweizer –, fand aber mit den Anschlägen von Al-Kaida um 2001 herum ihr Ende. In den 2000er-Jahren bot sich immer mehr die Spezifikation auf die religiöse Gruppe der Muslime als Alternative zum Ausländer als Sündenbock an. Ein einschneidender Vorteil des Islam als Feindbild bzw., im Umkehrschluss, ein Nachteil des Ausländer-Feindbildes, besteht darin, dass der Islam nicht nur eine Gruppe definiert, die sich jenseits der Grenzen aufhält (und bloß in der Gestalt von „Gästen" im eigenen Land: Zuwanderer wurden in den 1970er-Jahren in Österreich euphemistisch „Gastarbeiter" genannt), sondern auch eine Minderheit im eigenen Land repräsentiert, die es viel effektiver macht, ein entsprechendes Bedrohungsszenario zu zeichnen: „Daham statt Islam", wie es auf den Wahlplakaten der FPÖ mit dümmlich-diabolischer Prägnanz lautet.

Antisemitismus funktionierte als Mischung aus *internationaler* Bedrohung – die Verschwörung des Welt- und Finanzjudentums – und *nationaler* Bedrohung, in der Gestalt einer bescheidenen Minderheit von ein bis drei Prozent der Bevölkerung in den Ländern Westeuropas. Es handelt sich also um eine stigmatisierte Gruppe, die zwar national vorhanden, jedoch demografisch eher irrelevant ist, die gleichzeitig aber in vielen Staaten der Welt existiert, und der man so eine starke internationale Aktivität nachsagen kann. Die Gruppe der Muslime erfüllt diese Anforderungen gleichermaßen, wenn auch mit ein paar nicht unwesentlichen Unterschieden. Der Anteil an Muslimen ist heute durchschnittlich höher (Österreich: 4%, Deutschland: 5%, Frankreich: 8%), vor allem aber ist die Gruppe der Muslime weltweit viel größer als die jüdische Weltbevölkerung je gewesen ist. Der Islam steht für eineinhalb Milliarden Menschen oder knapp 20 Prozent der Weltbevölkerung, während die Juden stets eine kleine Gruppe von etwa 16 Millionen (vor dem Holocaust) bzw. um die 14 Millionen (heute) bilden, also etwa zwei Promille der Weltbevölkerung heute bzw. etwa ein Prozent um 1933.[51]

Es gibt heute etwa hundert Mal so viele Muslime als Juden auf der Welt. Auf der anderen Seite sind muslimische Bürger in den meisten Ländern der westlichen Welt im Schnitt weniger einflussreich als jüdischer Bürger vor dem Holocaust gewesen sind. Viele

antisemitische Strategie durch eine klerikalfaschistisch-katholische zu ersetzen. Zentraler Sündenbock waren hier, im „ständestaatlichen" Denken, vielleicht eher die Sozialisten.

[50] Vgl. http://newsv1.orf.at/060916-3953/?href=http%3A%2F%2Fnewsv1.orf.at%2F060916-3953%2F3964txt_story.html, abgerufen am 17.05.2017.

[51] http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/22645, abgerufen am 15.05.2017.

Intellektuelle, Künstler, Wirtschaftstreibende und Politiker hatten einen jüdischen Hintergrund: Antisemitismus hatte so auch sehr viel mit Neid zu tun und mit einem anti-elitären Reflex. Dieser Aspekt einer auf Antisemitismus gründenden mythischen Identität fällt beim Muslimenhass weg. Zwar gibt es eine mit dem Bevölkerungsanteil steigenden Anteil von erfolgreichen muslimischen Bürgern, in allen westlichen Staaten, aber im Wesentlichen repräsentiert die muslimische Bevölkerung (zumal im Bewusstsein populistischer Denker) eher die Unterschicht und nicht die Elite.

Veranschlagt man also den weit überproportionalen Anteil an erfolgreichen jüdischen Bürgern, in Politik, Wirtschaft und Kultur als wichtige Grundlage des Antisemitismus als mythischer Identität des Populismus der Zwischenkriegszeit – nur so konnte ein Bedrohungsszenario aus einer winzigen Minderheit der Weltbevölkerung, ohne eigenen Staat, gebastelt werden – so scheint der Muslimenhass auf den ersten Blick als wenig plausible Grundlage einer mythischen Identität. Muslime besetzen keine Schlüsselpositionen der Weltwirtschaft, Weltpolitik und Weltkultur. Wie sollte man also auf ihnen ein ultimatives Verschwörungsszenario aufbauen?

Bei genauerer Betrachtung hat aber der Muslimenhass durchaus schwerwiegende Vorteile in einem heutigen populistischen Szenario, die offensichtlich dazu geführt haben, dass dieser den Antisemitismus als zentrales Feindbild ablösen konnte.

Erstens ist der Antisemitismus durch den Holocaust ein für alle Mal als Ideologie des Massenmords gebrandmarkt. Man kann hier nicht ohne weiteres zu milderen Erscheinungsformen übergehen und man kann dies schon gar nicht in ehemaligen nationalsozialistischen Täter-Ländern. Damit im Zusammenhang stehend ist die Nazi-Keule ohnehin ein Angst-Szenario für alle heutigen Populisten. Nazi steht nicht nur für Massenmord, sondern auch für alt und ewig gestrig. Will man den heutigen Populismus als etwas grundlegend Anderes, Modernes und Neuartiges verkaufen, dann wäre es ziemlich unlogisch, sich auf dieselbe ideologische Grundlage zu stellen wie der Nationalsozialismus.

Hinzu kommt zweitens, dass eine mythische Identität im Antisemitismus den Grundsätzen der Spiegelung zuwiderlaufen würde. Wie kann man vorgeben, eine Demokratie vertreten zu wollen (wenn auch in fundamental transformierter Form), wenn man sich im Antisemitismus fundamental gegen die mythische Identität eben derselben stellt? Man muss diese mythische Identität zunächst übernehmen und muss versuchen, für die populistische Spiegelung der vorhandenen Demokratie, eine neue mythische Identität zu schaffen, die aber nur dann effizient funktionieren kann, wenn sie nicht offensichtlich als Negation der alten auftritt.

Drittens ist das Judentum heute politisch in einer viel stärkeren Position als in der Zwischenkriegszeit. Wer Juden attackiert setzt sich nicht nur dem Nazi-Vorwurf aus, sondern er bekommt es gleichzeitig mit dem Staat Israel zu tun sowie mit traditionellen Schutzmächten Israels wie den USA und, in gewisser Weise, auch Deutschland. Warum sich also mit den Mächtigsten anlegen, wenn man es auch einfacher haben kann. Die Juden funktionierten als Feindbild nur so lange gut wie sie keine Lobby und keinen politischen Rückhalt hatten.

Viertens ist das antimuslimische Feindbild durch den islamistischen Terror zu einer evidenten Größe geworden, an der man als populistisch denkender Politiker nicht vorbeikann. Nun hat dieses Feindbild aber die unangenehme Eigenschaft in einem offensichtlichen Inkompatibilitätsverhältnis zum Antisemitismus zu stehen. Antisemit *und* Muslimenhasser gleichzeitig zu sein erscheint irgendwie unlogisch, angesichts der Tatsache, dass der politische Konflikt im Nahen Osten traditionell als Konflikt von Muslimen gegen Juden wahrgenommen wird. Man muss sich also für eine der beiden Optionen entscheiden. Genau das haben, so scheint es, die Strategen von FPÖ & Co getan und setzen daher plötzlich auf eine gegenüber ihren eigenen Wurzeln ins Gegenteil verwandelte Strategie hinsichtlich des Judentums. Die neue im Muslimenhass gründende mythische Identität erhält so als einen wichtigen Bestandteil eine pro-israelische und gegen den Antisemitismus gerichtete Grundhaltung.

Fünftens funktioniert der Muslimenhass nur auf den ersten Blick schlechter als mythische Identität denn der Antisemitismus. Der Antisemitismus schöpfte seine argumentative Kraft nicht zuletzt aus alten religiös-mythischen Vorstellungen, von Bedrohungen des Christentums (Juden als Mörder des Christlichen Heilandes, als Hostienschänder), vom raffgierigen Juden als einer Bedrohung der Wirtschaft. Natürlich bietet der Muslimenhass nicht dieselben Mythen an, aber er bietet andere, nicht weniger wirkungsvolle. So die (eine große Menschenmasse imaginierende) Vorstellung vom Einfall muslimischer Horden (Türkenbelagerung), von Schändungen durch Muslime, etc. Die Bedrohungsszenarien sind also durchaus maßgeschneidert für die völlig andere Struktur der muslimischen Weltbevölkerung (als große, aber politisch und kulturell weniger einflussreiche Gruppe): die „Invasion“ einer riesigen Masse von Muslimen, die zu einer „Umvolkung“ führt, einer Zerstörung der kulturellen Identität des „Abendlandes“, zur umfassenden Einführung von Zwangsehe, Terror und Unterdrückung. Es bleibt natürlich der Nachteil, dass beispielsweise wirtschaftliche Probleme mit diesem neuen Mythos weniger effizient erklärt werden können als mit der alten Idee des internationalen Finanzjudentums. Schlagkräftig ist er dennoch.

Sechstens ist hier eine explosive Win-Win-Situation zu veranschlagen, die sich aus der Addition der auf den ersten Blick völlig konträren Interessenlagen westlicher Populisten und Islamisten ergeben. Islamisten planen den Umsturz und ihre Pläne decken sich tatsächlich weitgehend mit anti-muslimischen Szenarien, die westliche Populisten zeichnen. Ein Kalifat, das die Scharia weltweit implementiert, das alle Religionen außer einer bestimmten Spielart des Islam unterdrückt, das Terror und Schrecken verbreitet. Eine bessere Auflage kann Populisten nicht für ihre Angst-Szenarien einer neuen „Türkenbelagerung“ geliefert werden. Der Muslimenhass aber ist seinerseits genau das Klima, das der IS und andere islamistische Gruppen zur Rekrutierung und Heranzüchtung von Extremisten benötigen. Der IS lebt also vom Populismus und umgekehrt.

Siebentens wäre die antisemitische Option deswegen heute dysfunktional, weil die geistige Elite heute von Vornherein keine Affinität mit populistischen Strömungen aufweist. War es im Nationalsozialismus geradezu *das* zentrale machtsichernde Element der Ideologie, die Elite einerseits, in der Gestalt der *jüdischen* Elite, auszugrenzen, sie andererseits hemmungslos in den nationalsozialistischen Apparat zu integrieren und so anti- und pro-

elitär gleichzeitig zu sein, so würde sich diese Strategie heute nicht anbieten, weil es den Teil der Elite, der bereit wäre, sich populistisch vereinnahmen zu lassen, praktisch nicht gibt. Es ist also unnötig, für heutige Populisten, zwischen guter und böser Elite zu unterscheiden: man muss die Elite in ihrer Gesamtheit bekämpfen. Das macht es logistisch einfacher, es könnte aber der Grund sein, warum heute, in der westlichen Welt, der Populismus letztlich keine realistischen Siegeschancen besitzt.

Hängen Flüchtlingsbewegungen und populistischer Erfolg zusammen?

Was den kausalen Zusammenhang zwischen Flüchtlingsbewegungen und Populismus betrifft, so ist hier eine gewisse Beziehung zumindest nicht auszuschließen. Die FPÖ Jörg Haiders profitierte massiv von der Flüchtlingsbewegung während des Jugoslawienkrieges. Niemand bezweifelt ernsthaft, dass die Flüchtlingskrise von 2015 nicht einer der Gründe gewesen ist, warum der Brexit gewählt wurde und warum Norbert Hofer bei den österreichischen Bundespräsidentenwahlen 2016 derart erfolgreich gewesen ist. Andererseits besteht hier jedoch keine durchgängige Korrelation, die sich in Zahlen festmachen ließe. So hat der Flüchtlingsstrom nach Österreich ab Mitte der 1990er-Jahre stark abgenommen, die Erfolge der FPÖ sind davon aber unbeeinträchtigt geblieben (1999 erzielte die FPÖ ihren bislang größten Erfolg bei Nationalratswahlen). Auch heute wäre es kurzsichtig, den gedämpften Erfolg populistischer Parteien im Jahr 2017 auf die restriktivere Flüchtlingspolitik in der EU zurückzuführen. Polen, ein Land mit einem Ausländeranteil von 0,1 Prozent, also, wenn man die Abwanderung von Arbeitskräften in den Westen berücksichtigt, ein Land der gelebten „Minuszuwanderung", das auch von der Flüchtlingskrise 2015 (anders als etwa Ungarn) in keiner Weise betroffen gewesen ist, driftet vor diesem Hintergrund dennoch in ein populistisches Regime.

Es besteht offensichtlich kein *direkter* und genereller Zusammenhang zwischen Migration und der Unterstützung von populistischen Strömungen. Es gibt sogar Konstellationen, die eher den gegenteiligen Schluss nahelegen, indem sie eine *negative* Korrelation zwischen Migration und Populismus-Unterstützung nachweisen. Bei der Bundespräsidentenwahl 2016 in Österreich hat Van der Bellen sowohl in den Bezirken mit höherem Ausländeranteil (Spearman-r = 0,754, $p < 0,01$) als auch in denen mit positivem Bevölkerungswachstum (Spearman-r = 0,579, $p < 0,01$) besser abgeschnitten.[52] Populistische Parteien reüssieren also gelegentlich gerade dort, wo es wenig Migration und einen niedrigen Migrantenanteil gibt.

Dennoch wäre es voreilig, die Behauptung eines Zusammenhangs zwischen Populismus und Flüchtlingsbewegungen zu negieren. Die eine Seite ist, dass, wie die Zahlen zu Van der Bellen illustrieren, in eher multikulturell geprägten Regionen – in Großstädten und anderen Gegenden, die wirtschaftlich stark sind und viel Zuwanderung erleben – der Populismus eher weniger erfolgreich ist. Das bedeutet aber auf der anderen Seite nicht automatisch, dass die Bürger, die in den anderen Regionen leben – in ländlichen Regionen und Gegenden, die wirtschaftlich eher schwächer sind und wenig Zuwanderung bzw. eher Abwanderung erleben – nicht möglicher Weise den Populismus, auch wenn dies auf den ersten Blick paradox erscheinen mag, *genau wegen* der Zuwanderung und der Flüchtlingskrise

[52] Werte errechnet aus dem offiziellen Wahlergebnis auf http://www.bmi.gv.at/.

unterstützen. Wo man Flüchtlinge und Migranten *sieht*, sieht man auch, dass sie keine Monster sind, sondern Menschen wie du und ich. Im Prinzip würde ja eine positive Korrelation zwischen Zuwanderung und Populismus tendenziell eine empirische Bestätigung der ausländerfeindlichen Thesen der Populisten bedeuten, weil sie nahelegen würden, dass die Vorurteile berechtigt sind. Im Umkehrschluss bestätigen die tatsächlich vorliegenden Daten, die eine negative Korrelation belegen, tendenziell, dass diese populistischen Vorurteile unberechtigt sind: dort wo Migration stattfindet, erlebt die Bevölkerung, dass die Ängste unbegründet gewesen sind; dort wo Migration ausbleibt, wird die Bevölkerung daran gehindert, diese positiven Erfahrungen zu machen.

Populismus hängt also mit Migration zusammen, aber nicht mit der konkreten Erfahrung von Migration, mit der Interaktion mit Zuwanderern: diese Dinge dämmen Populismus eher ein und korrelieren daher negativ mit der Unterstützung populistischer Strömungen. Wohl aber hängt Populismus mit der populistischen Vermarktung eines bestimmten (Feind-)Bildes von Zuwanderung und ihren Erscheinungsformen und Konsequenzen zusammen. Weil aber nur dort, wo die Zuwanderung nicht real erlebt wird, die Übersteigerungen und Lügen der populistischen Propaganda geglaubt werden können, aus denen sich dieses Bild zusammensetzt (die reale Erfahrung widerlegt das Bild handgreiflich), ist es völlig logisch und konsequent, dass gerade dort, wo *keine* Zuwanderung stattfindet und *keine* Migranten leben, das Migrationsthema Populismus stützt. Es existiert also hier ein kausaler Zusammenhang. Dieser Zusammenhang ist aber deshalb komplex, weil er nicht eine kausale Verbindung herstellt zwischen der Realität der Migration und der konkreten Erfahrung damit, sondern zwischen einem von populistischer Politik gezeichneten (auf Überzeichnung und Lüge basierten) *Bild* der Emigration und den Angstszenarien, die dieses Bild überall dort auslöst, wo eine reale Erfahrung mit Migration ausbleibt (die das Bild neutralisieren würde).

Migrationspolitik *kann* hier gegensteuern, indem sie Sicherheit vermittelt und populistischen Argumenten, die auf Chaos und Kriminalität setzen, die Migration auslösen, den Wind aus den Segeln nimmt. Es ist also durchaus nicht paradox, dass eine konsequentere und schärfere Asylpolitik hier zielführend sein kann, *obwohl* das populistische Bild auf Überzeichnungen und Lügen basiert. Vermittelt die Politik Sicherheit und Konsequenz, dann ziehen die populistischen Überzeichnungen und Lügen plötzlich nicht mehr. Gleichzeitig muss aber eine konsequente Integrationspolitik betrieben werden, die konkret versucht, gesellschaftliche Konflikte zu vermeiden bzw. in einer nicht-destruktiven Weise zu kanalisieren. Mit anderen Worten: *Bildung* ist hier der Schlüssel zum Erfolg.

Kontinuitäten: heutiger Populismus und Nationalsozialismus

Auch wenn sich westeuropäische Populisten, etwa in Frankreich und Österreich, seit den 1980er-Jahren zu einer neuen mythischen Identität durchgerungen haben, indem sie den Antisemitismus verworfen und durch den Muslimenhass ersetzt haben, kann man doch guten Gewissens sagen: sie haben sich dabei schwergetan. Grund dafür ist, dass der westeuropäische Populismus (zumindest in Frankreich und Österreich) eine überaus starke und bis heute fundamental wichtige Verankerung in (neo)nationalsozialistischem Denken nahestehenden Gruppierungen hat. Wir illustrieren dies hier am Beispiel Österreichs. Die FPÖ steht seit Jörg Haider in einem überstarken Naheverhältnis zu rechtsextremen

Burschenschaften und Neonazi-Gruppierungen. Auch, wenn diese bevölkerungsanteilsmäßig marginalen Institutionen (es geht hier wohl um ein paar Hundert, vielleicht ein paar Tausend Deutschnationale und Neonazis) heute in der Basis einer gut 30 Prozent der Bevölkerung erreichenden Volkspartei kaum wahrgenommen werden, so spielen sie doch in der Parteielite nach wie vor eine überragende Rolle. Es gibt praktisch keinen höheren FPÖ-Funktionär, den man nicht als mehr oder weniger eindeutig mit am Rande der Legalität dahinschrammenden rechtsextremen Organisationen verstrickt bezeichnen müsste. Hätte Norbert Hofer die Präsidentenwahlen 2016 gewonnen, so wäre ein deutschnationaler Burschenschafter Präsident geworden, dessen persönliche Sekretäre in neonazistische Kontexte verstrickt sind.[53] Kurz gesagt existiert bei der FPÖ eindeutig eine ideologische Doppelbödigkeit, die darin besteht, dass ein „moderner", auf Muslimenhass aufgebauter Populismus als offizielle Parteiideologie dient, während die Schlüsselpersönlichkeiten der Partei ganz offensichtlich eine viel traditionelle, wenn auch versteckte, neonazistische Strategie verfolgen. Bemerkenswert ist, dass diese Doppelbödigkeit in durchaus sichtbarer Weise, im Parlament und in anderen öffentlichen Kontexten, durch das Zurschautragen nationalsozialistisch konnotierter Symbole wie der Kornblume und dem Georgskreuz zelebriert wird.[54]

Naheliegende Erklärung für diese Doppelbödigkeit sind die neonazistischen Wurzeln der Haider-FPÖ, die offensichtlich bis heute entscheidend sind für die Besetzung aller Schlüsselpositionen der Partei, gemeinsam mit der Tatsache, dass eine neonazistische Ideologie heute in Österreich nur eine winzige Minderheit ansprechen könnte. Ist der offizielle populistische Kurs der FPÖ für knapp 50 Prozent der Wähler in Österreich attraktiv, so würde der inoffizielle Kurs vielleicht nur von drei Prozent der Österreicher unterstützt.

Kann man nun sagen: diese versteckte Agenda der FPÖ-Parteielite sei gleichgültig, weil sie nicht die Meinung der Basis wiederspiegelt? Kaum, weil anzunehmen ist, dass politische Entscheidungsträger (etwa Minister in einer allfälligen FPÖ-Regierung) zumindest teilweise aus der neonazistischen Parteielite bestellt werden würden. Natürlich müssten diese auch weiterhin ihre Agenda im Geheimen verfolgen, aber die Vorstellung, dass versteckte Neonazis die Republik regieren, wird dadurch, dass sie dies versteckt tun, nicht wirklich beruhigender.

Insgesamt muss diese Doppelbödigkeit der FPÖ (und wohl auch des Front National) als wichtiger Gesichtspunkt im Kampf gegen diese Organisation betrachtet werden. Wer selber kein Nazi ist wählt zwangsläufig nicht gerne eine Partei, deren Elite sich aus geheimen Nazis zusammensetzt. Aufklärung kann hier viel bewirken.

---

[53] Vgl. https://www.oeliug.at/2016/11/22/scharsach-faktensammlung-zum-pr%C3%A4sidentschaftskandidaten-und-burschenschafter-norbert-hofer/, abgerufen am 15.05.2017.

[54] Zur Kornblume vgl. die in der vorigen Fußnote zitierte Faktensammlung von Hans-Henning Scharsach. Das Georgskreuz (Symbol der NS-Wehrmacht) haben Norbert Hofer und Johann Gudenus bei ihren Fernsehauftritten nach der zweiten Stichwahl der Bundespräsidentenwahl 2016 getragen, aber auch bei vielen anderen Anlässen. Es handelte sich dabei zwar offensichtlich um das Abzeichen des obskuren St. Georgs-Ordens (das Hofer und Gudenus von dem Kaiser-Erben Karl Habsburg verliehen wurde), aber die Konnotation mit dem optisch identischen Nazi-Symbol ist unvermeidlich.

Anti-Elitismus: die populistische Kulturrevolution

Anti-Elitismus behauptet, dass der Staat (und andere Institutionen, in denen Macht ausgeübt wird: etwa auch Industriebetriebe, Kulturinstitutionen, Vereine) von einer Gruppe von zwar gebildeten, jedoch moralisch und intellektuell ungeeigneten Personen geführt wird. Berufspolitiker, Berufsmanager und Berufsintellektuelle halten die Hand drauf, verteilen Macht und Besitz untereinander, verschaffen sich Privilegien zuungunsten der Anderen und fahren letztlich mit ihren auf allen Ebenen zu findenden Fehlentscheidungen den Karren in den Dreck.

Anti-Elitismus kann sich gegen die besitzende Elite richten (vor allem bei linkspopulistischer Politik), er richtet sich aber (insbesondere in rechtspopulistischer Politik) auch gegen die entscheidende und kreative Elite, also gegen Politiker und Künstler. Nicht zu vergessen ist dabei, dass (worauf wir unten noch ausführlich zu sprechen kommen werden) die sogenannte Elite in den letzten hundert Jahren massiv angewachsen ist. Geht man vergröbernd davon aus, dass „Elite" gleichzusetzen ist mit dem Absolvieren eines Hochschulstudiums, so steht einem Akademikeranteil unter der erwachsenen Bevölkerung von wenig über einem Prozent in der Zwischenkriegszeit heute eine rasch wachsende Gruppe von derzeit etwa 15 Prozent der Erwachsenen gegenüber (rasch wachsend: bei den 25-Jährigen liegt der Akademikeranteil heute bei ungefähr einem Viertel!). Aus einer winzigen, demografisch irrelevanten Gruppe von „Mandarinen" in der Zwischenkriegszeit wurde ein Massenphänomen, das irgendwann ein Drittel der Bevölkerung und mehr repräsentieren wird. Wenn heute Populisten gegen die „Schickeria" und die „Hautevolee" wettern, so wenden sie sich gegen eine viel größere Gruppe als die Nazis mit deren Anti-Elitismus es getan haben.

Daran könnte man nun die Frage knüpfen: können es sich Populisten überhaupt leisten, diese Gruppe zu umgehen? Sie können, weil diese Gruppe Populisten ohnehin nicht wählt (beispielsweise haben 2013 insgesamt 20 Prozent FPÖ gewählt, aber nur 4 Prozent der Akademiker; bei der Bundespräsidentenwahl 2016 haben 46 Prozent Hofer gewählt, aber nur 17 Prozent der Akademiker, von denen viele ihrerseits ÖVP-Stammwähler gewesen sind) und weil die Populisten ihrerseits eine völlig andere Zielgruppe bedienen, nämlich eben all diejenigen, die sich von über ihre Köpfe gefällten Entscheidungen, vom Lauf der Geschichte überhaupt überrannt fühlen.

Norbert Hofer hat, mit der rhetorischen Fleischhacke, zwischen der „Schickeria" unterschieden – die Wähler Van der Bellens – und „den Menschen" – also seinen Wählern. Abgesehen davon, dass dies nur eine verniedlichende Variante der nationalsozialistischen Untermenschen-Rhetorik ist – sind nur genau die Wähler Hofers „die Menschen", dann sind alle anderen Wähler eben keine – drückt es präzise die Stoßrichtung des populistischen Antielitismus aus. Im Grunde geht es um nichts Anderes als das was Mao Zedong in China in der Gestalt seiner Kulturrevolution realisiert hat. Die verachtete Elite wird abgewählt (oder auch um einen Kopf kürzer gemacht), nicht bloß, weil man die Personen, die an der Spitze stehen für unfähig hält (obwohl das natürlich auch der Fall ist), sondern weil man alles das was diese Personen produzieren und repräsentieren für absolut überflüssig hält. Von der „Lügenpresse" bis zum staatlichen „Rotfunk" (das ist die Bezeichnung der FPÖ für den

öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Österreich), vom Kabarett bis zum Burgtheater, vom Parlament bis zu den Mittelschulen und Universitäten handelt es sich hier, in den Augen der Populisten, um Institutionen die ausschließlich der Belustigung bzw. der Beschäftigungstherapie der „Schickeria“ dienen. Überflüssige Journalisten, Künstler, Politiker und Professoren, die auf Kosten der Steuerzahler Lügen verbreiten, Witze reißen, Blödsinn reden und nutzloses Wissen anhäufen. Eine völlig eigendynamische Gruppe von Profiteuren der sozialen Ungleichheit, die, ohne eine für die Gesellschaft auch nur irgendwie relevante Gegenleistung zu bringen, sich bereichern, wechselseitig unterhalten bzw. Bildung als Beschäftigungstherapie der privilegierten Kaste vorantreiben.

Nicht, dass alle Populisten dieses Bild genau so zeichnen würden bzw. bereits sein würden, die naheliegenden Konsequenzen zu ziehen – also die Medien, Kultur- und Bildungseinrichtungen, gemeinsam mit dem Parlament *einfach abzuschaffen*. Die populistische Rhetorik geht aber genau in diese Richtung. Sich hier irgendwelchen Illusionen hinzugeben wäre fatal. Es geht um die Auflehnung derer, die das Gefühl haben, zu kurz gekommen zu sein, die gegen die Obrigkeit antreten, mit der Überzeugung, dass alles was diese tut entweder überflüssig ist oder aber von den „kleinen Leuten“ viel besser gemacht werden könnte. Dass sich solche Auflehnungsszenarien oft als Sturm im Wasserglas entpuppen steht außer Zweifel. Aber der Punkt ist hier ja nicht, ob die einzelnen Unterstützer populistischer Denkweisen wirklich *wollen*, dass man so weit geht wie sie *sagen*, dass man gehen soll. Worum es geht ist vielmehr, dass hier in jedem Fall die Gefahr besteht, dass die, denen man den Auftrag dazu gibt, vielleicht am Ende wirklich eine Kulturrevolution durchführen, auch wenn die Auftraggeber es insgeheim eh nicht so weit kommen lassen wollten. Die Sache könnte aus dem Ruder geraten. Es *ist so*, dass populistische Politiker und, mehr noch, ihre Sympathisanten, ununterbrochen behaupten und suggerieren und dies an diversen Stammtisch- und Bierzeltkonferenzen ausbreiten, dass diese ganze Bagage – *alle* Repräsentanten von Medien, Kultur und Politik, die nicht eindeutig dem eigenen Lager zuzuordnen sind – im Prinzip *überflüssig* sind. Was genau man daraus macht, welche Konsequenzen man zieht, bleibt dabei zunächst natürlich offen. Aber das Spektrum von Möglichkeiten ist da, und es ist riesig: vom folgenlosen Aufbegehren, bis zur Kulturrevolution, die, von den Personen bis zu den Gebäuden alles zerstört was die verhasste Elite repräsentiert.

Auch hier steckt eine eindeutige Strategie zur Bekämpfung des Populismus präzise in der Transparentmachung seiner eigenen Forderungen. Es geht darum, die Möglichkeiten und möglichen Konsequenzen des Anti-Elitismus zu verdeutlichen und, im Gegenzug, klar zu machen, was die einzelnen verhassten Institutionen wirklich im Schilde führen, nämlich Objektivität, Unterhaltung für grundsätzlich alle, Bildung und Verbesserung von Technologie und sozialem Zusammenhalt, Organisation des Staates auf demokratischer Grundlage. *Wenn* eine Mehrheit der Bevölkerung all dies tatsächlich ablehnt, dann ist die Kulturrevolution unausweichlich. Aber bis es dahin kommt besteht Hoffnung, haben die Anhänger der Demokratie die Möglichkeit, aufklärend und bildend zu wirken.

Warum der Nationalsozialismus dem heutigen Populismus überlegen war

Die These, dass populistische Politik grundsätzlich anti-elitär ist scheint, so sehr sie im Fall heutiger Populisten beinahe selbstevident ist, am Beispiel des Nationalsozialismus in Schwierigkeiten zu geraten. Heutige Populisten repräsentieren einen Teil der Bevölkerung, der mehrheitlich nicht der sogenannten Elite angehört, der seinerseits mit anti-elitärem Denken sympathisiert, während umgekehrt die Erfolgreichen und Mächtigen den Populismus ihrerseits mit überwältigender Mehrheit ablehnen. Im Fall des Nationalsozialismus gilt all dies auch, mit Ausnahme des letzten Halbsatzes: die Elite hat den Nationalsozialismus mit großer Mehrheit unterstützt.

Wie aber kann das gehen? Wie kann eine Bewegung von genau der Bevölkerungsgruppe aus deren Stigmatisierung sie ihre argumentative Kraft bezieht unterstützt werden und sich letztlich mit ihr verbünden? Muss der Widerspruch, der darin liegt, nicht automatisch dazu führen, dass eine solche politische Bewegung jede Plausibilität verliert? Nun, die Geschichte hat gezeigt, dass sich das alles ausgeht. Die erfolgreiche Strategie der Nationalsozialisten lag darin, zwar brutal anti-elitär aufzutreten, aber nur vor dem Hintergrund der Stigmatisierung einer ganz bestimmten Spielart von Elite. Die Elite als Sündenbock der Nationalsozialisten war (1) vorwiegend *international* – die internationale Hochfinanz, die Siegermächte des Ersten Weltkrieges – und sie war vor allem (2) jüdisch – die „verjudete" Elite in Wirtschaft, Kultur und Politik wurde aggressiv bekämpft und diese massiv antisemitische Konnotation des Anti-Elitismus hatte für die Nationalsozialisten den Vorteil, dass man, ohne große argumentative Klimmzüge, jederzeit Verbindungen mit allen Arten von Eliten eingehen konnte, solange diese „judenrein" waren.

Der Antisemitismus hatte für Nazis also eine wichtige Funktion, im Umgang mit Eliten. Man *musste* anti-elitär sein, das lag in der Natur der Art von Politik, die man bediente. Gleichzeitig war man aber auf die Kooperation der Eliten angewiesen, die die wirtschaftliche Macht besaßen, das technische, politische und (nicht zuletzt) militärische Knowhow. Zwar bedeutete die Vertreibung und Vernichtung der jüdischen Elite eindeutig einen Aderlass, der auch die Nazis geschwächt hat, aber diesen Kompromiss wollte und musste man letztlich eingehen. Abgesehen davon, dass man den eigenen Antisemitismus auf diese Weise befriedigen konnte, fungierte die jüdische Intelligenz hier als höchst effektives Bauernopfer, das es den Nazis ermöglichte, ohne argumentativen Notstand gleichzeitig anti-elitär sein *und* mit den Eliten kooperieren zu können.

War es also, so könnte man zynisch weiterfragen, vielleicht doch ein strategischer Fehler der heutigen Populisten, den Antisemitismus zugunsten des Muslimenhasses zu verwerfen? Die Antwort ist eindeutig nein. Jüdische Intellektuelle und Wirtschaftstreibende repräsentieren heute eine kaum wahrnehmbare Gruppe – die Basis würde mit einem antisemitisch konnotierten Anti-Elitismus schlicht nichts anfangen können, aus Mangel an herzeigbaren Repräsentanten des Feindbildes. Vor allem aber wäre eine solche Strategie zur Mobilisierung der Eliten heute nutzlos, einfach weil die Eliten den Populismus mit großer Mehrheit ablehnen: sie stehen nicht zur Verfügung! In der Weimarer Republik war die große Mehrheit der Intellektuellen, die Gruppe der sogenannten Mandarine, radikal antidemokratisch eingestellt. Man hat, auch wenn man nicht mit allen Details einverstanden gewesen ist, die

Politik der Nationalsozialisten grundsätzlich als den richtigen Weg gesehen. Heute ist das extreme Gegenteil der Fall. Die Elite ist unempfänglich für populistische und antidemokratische Botschaften. Das gilt für die Repräsentanten der Kultur, für Universitätsabsolventen (Burschenschaften sind heute gänzlich marginale Vereinigungen von verlachten Witzfiguren, während sie in der Weimarer Republik das Universitätsleben dominiert haben), aber auch für Wirtschaftstreibende. Egal also was Populisten tun, welches Mäntelchen sie sich umhängen, auf welche mythische Identität sie setzen: die Elite ist gegen sie!

Dieser Umstand macht es zunächst einmal natürlich einfacher, für Populisten. Zu wissen und durch unzählige Belege nachweisen zu können, dass genau die verhasste „Schickeria" wirklich *gegen* „die Menschen" ist, gibt der eigenen Bewegung eine enorme zusätzliche argumentative Kraft (während die Nazis hier den doch ein wenig komplizierteren Umweg über die antisemitische Ausgrenzung wählen mussten). Besonders extrem war dieser Umstand in den USA, beim Wahlerfolg von Donald Trump zu konstatieren. Im Grunde war es das einzige Argument, das Trump vorzuweisen hatte, für „Euch" und gegen „die" zu sein.

Das Problem, das Trump und andere populistischen Administrationen dann aber bekommen, ist, dass praktisch die gesamte Gruppe der Intelligenten und Mächtigen gegen sie ist. Wie soll man gegen diejenigen regieren, die wissen wie es geht (und die auch kaum zu kooperieren bereits sind)? Kurz gesagt: das Problem des heutigen Populismus (und die größte Chance im Kampf gegen ihn) besteht genau darin, dass das bei den Nationalsozialisten so erfolgreiche Modell der Mobilisierung der Eliten für die eigenen Ziele heute, nach allen bisherigen Erfahrungen, nicht mehr funktionieren kann. Die Eliten sind unkooperativ. Und damit ist die Situation heute grundlegend anders als in der Weimarer Republik. Eine direkte historische Parallele hingegen wäre die Situation in China, bei der Niederwerfung des jahrtausendealten Kaiserreiches durch die Kommunisten. Diese Parallele ist zwar ein wenig verwirrend, weil wir weiter unten gerade den von dem Soziologen Fritz Ringer stammenden Vergleich zwischen den Intellektuellen der Weimarer Republik und den Chinesischen Mandarinen aufgreifen werden (und hier quasi das Gegenteil tun). Es geht hier aber um eine andere Art der Parallele. Während Ringer die gänzliche Abgehobenheit der „Mandarine" des deutschen Universitätssystems nach 1900 herausstreicht (und ihre daraus resultierende Demokratieskepsis) geht es uns um einen völlig anderen Aspekt des chinesischen Kaiserreiches. Die Repräsentanten dieses Systems und ihre Produkte waren für das neue kommunistische Regime nicht greifbar, sie waren nicht kooperativ. Das kommunistische Regime hatte also keine andere Möglichkeit als einen radikalen Schlussstrich zu ziehen und die gesamte jahrtausendealte Kultur – ihre Repräsentanten *und* ihre Produkte – *zu zerstören*. Das ist die Parallele zur Situation der heutigen Populisten. Die Elite ist nicht kooperativ. Kultur, Wissenschaft, Bildung, Medien stehen nicht zur Verfügung. Man kann sie nicht ins eigene Boot holen. Also muss man entweder versuchen, sich mit ihnen zu arrangieren (und hat damit die Daueropposition in Kauf zu nehmen: also genau das was man abschaffen will) oder aber sie *zu zerstören*. Trump, Farage, Le Pen, Hofer, Strache, Berlusconi sind die Maoisten des Populismus. Sie wollen eine Welt *ohne* Kultur, *ohne* Wissenschaft, *ohne* Technologie und Intelligenz. Sie wollen die Rückkehr in den Urzustand einer primitiven agrarischen Gesellschaft, in der wir selbstgewebte Kleider tragen und uns

von selbstgepflanzten Karotten ernähren. Sollten sie irgendetwas anderes wollen, dann haben sie zumindest bislang keine Anstalten gemacht, das deutlich zu machen.

Zwischenbemerkung: Sind Populisten regierungsunfähig?

Sind Populisten regierungsunfähig? Führt es, wenn sie an die Macht gelangen, unweigerlich dazu, dass Wirtschaft und Kultur kollabieren? Die Antwort ist insofern natürlich nein als in den heutigen hocheffizienten demokratischen Staaten des Westens eine noch so absurde Regierung nicht in der Lage ist, ruckzuck die Entwicklungen der vergangenen vierhundert Jahre zu vernichten (Mao Zedong war hier in einer aus seiner Sicht viel bequemeren Lage). Der Spielraum heutiger Administrationen ist durch viele Gesichtspunkte eingeschränkt, die eben das verhindern sollen: einen rasch durchgeführten Staatsstreich. Eine Kulturrevolution des Populismus würde also jedenfalls länger dauern, vielleicht Jahrzehnte, und sie hätte mit sehr viel Widerstand zu kämpfen. Was vordergründig viel eher fraglich scheint ist, ob Populisten überhaupt in der Lage sein können, sich längere Zeit an der Regierung zu behaupten. Die Erfahrungen mit Berlusconi in Italien und der FPÖ in Österreich scheinen eher dagegen zu sprechen, die ersten Wochen der Regierung Trump ebenso. Hier scheint es genau diesen Effekt zu geben, dass eine Administration auf die Expertise der Elite verzichten muss bzw. darauf angewiesen ist, in der winzigen Gruppe derjenigen Intellektuellen zu wählen, die tatsächlich den Populismus unterstützen. Salopp formuliert, diese Regierungen setzen sich aus Idioten zusammen und scheitern an ihrer eigenen Dummheit.

Allerdings gibt es auch mächtige Gegenbeispiele. Putin, Orban, Erdogan sind höchst erfolgreiche Populisten, die ihre Staaten im Griff zu haben scheinen (Putin regiert Russland immerhin seit 18 Jahren). Nicht nur ist das Erscheinungsbild dieser Politiker selber weniger erratisch als das von „Trottel Trump“ und den westeuropäischen populistischen „Horrorclowns“. Putin, Orban, Erdogan strahlen große Sicherheit und Selbstbewusstsein aus, ihre Administrationen scheitern nicht an übergroßer Dummheit ihrer Repräsentanten, sondern man hat eher den Eindruck (der allerdings von außen kommt und daher täuschen mag), dass sie wie Schweizer Uhrwerke funktionieren. Nicht zufällig sind zumindest zwei dieser Politiker (Erdogan scheidet aus naheliegenden Gründen aus: er bedient das antimuslimische Feindbild) die beliebtesten Vorbilder populistischer Politiker des Westens (grotesker Weise, unter Einschluss von Donald Trump).

Niemand kann bestreiten, dass diese Beispiele beweisen, dass populistische Politik auch heute erfolgreich und nachhaltig betrieben werden kann (was den Machterhalt angeht). Dennoch sollte man zögern, den populistischen Politikern des Westens ihre eigenen Visionen zu glauben und die Möglichkeit für realistisch zu halten, die USA oder irgendein Land Westeuropas könnten kurz- oder mittelfristig zu Einparteiendemokratien im Stil von Russland, Ungarn oder der Türkei mutieren. Die Türkei ist hier aus verschiedenen Gründen kaum zu vergleichen, reden wir also von Russland und Ungarn. In diesen beiden Ländern haben Populisten die Macht übernommen, jeweils nachdem ein kurzes demokratisches Zwischenspiel (10 Jahre in Russland, 20 in Ungarn) dem Zusammenbruch des Kommunismus um 1989 gefolgt war. Der Eindruck entsteht, dass die Demokratie in diesen Ländern nie richtig etabliert wurde bzw. eine antidemokratische Haltung (ähnlich der Situation in der

Weimarer Republik) einen breiten Konsens der Bevölkerung ausdrückt, von den weniger gebildeten Teilen bis zu den Eliten.

In Westeuropa und den USA hingegen haben wir es mit extrem starken, gut etablierten Demokratien zu tun. Die populistischen Bewegungen sind auch hier machtvoll, das steht außer Zweifel. Sie repräsentieren immerhin um oder an die 50 Prozent der Bevölkerungen dieser Länder. Aber, anders als in Ungarn oder Russland, scheint die dem Populismus abgeneigte Hälfte hier, wie gesagt, auch die mächtige Hälfte zu sein und die Hälfte, die das Wissen und andere kulturelle Skills (Kreativität, Inspiration) in Händen hat. Die Unterstützer des Populismus dagegen bilden eher die schweigende Hälfte der Bevölkerung, die, gering qualifiziert und politisch eher desinteressiert, den Populismus nicht aus einer fanatischen Abkehr von der Demokratie heraus unterstützt, sondern mehr aus Überdruss und einem Gefühl des Unbefriedigtseins, das zwar zumindest so weit aktiviert, dass man sich aufrafft, wählen zu gehen und bei Populisten anzukreuzen, aber auch schon nicht viel mehr. Die Populisten repräsentieren also nicht bloß die weniger gebildete, weniger mächtige, ärmere Hälfte der Bevölkerung, sondern auch die passivere. All das könnte dazu führen, dass sich populistische Regierungen auch weiterhin überaus schwertun werden, in jedem Land der westlichen Welt. Sie werden auf massivsten Widerstand stoßen und dieser Widerstand wird erst aufhören, wenn diese Regierungen abgetreten sind. Zumindest gibt es kein Indiz, dass die Beispiele Russland und Ungarn eins zu eins auf die USA und Westeuropa umgelegt werden könnten.

Populismus als Moralismus

Eine Grundidee der Demokratie besteht in den Menschenrechten als einem weltweit gültigen gemeinsamen Nenner aller im Rahmen einer Demokratie möglichen Weltanschauungen. Die Menschenrechte ermöglichen es, Demokratie ohne Moral zu betreiben, einfach deshalb, weil man alle Moralfragen als geklärt betrachten kann. Die Menschenrechte beschreiben einen Konsens der Menschheit, der sich über viele Jahrhunderte bzw. Jahrtausende herauskristallisiert hat. Sie wurden angesichts der Katastrophe des zweiten Weltkrieges von der internationalen Staatengemeinschaft festgeschrieben, als Grundlage aller künftigen demokratischen Aktivitäten. Nicht, dass dieser moralische Kanon nicht die eine oder andere Lücke aufweisen würde – so wurde er etwa relativ rezent (2010) um das Recht auf Wasser ergänzt und es wäre hoch an der Zeit, einen Weg zu finden auch die Rechte von Tieren und die Integrität der Natur (Klimawandel, Umweltverschmutzung), sozusagen als Ergänzungen der Menschenrechte um entsprechende Tier- und Naturrechte kanonisch zu machen. Niemand wird also behaupten, die Menschenrechte seien einmal festgeschrieben auch endgültig: sie drücken einen Konsens der Menschheit aus, der angesichts geänderter Voraussetzungen auch entsprechend ergänzt werden kann. Viel problematischer als die Idee einer *Ergänzung* der Menschenrechte erschiene da schon die scheinbar verwandte Idee, einstmals plausible Annahmen, die in der Menschenrechtskonvention enthalten sind, angesichts geänderter Voraussetzungen zu hinterfragen. Auch das wäre zwar *denkbar*, aber bei genauerer Betrachtung von möglichen Szenarien scheint es sich hier in der Regel eher darum zu handeln, dass man in einer Situation eine rasche Entschuldigung für Moralverstöße

konstruieren will, die nicht das Zeug hätte, zum menschheitlichen Konsens zu gedeihen. In geradezu unglaublicher Weise hat die Britische Regierung 2015 einen Vorstoß unternommen, die Menschenrechte zu verwerfen und durch einen „British Bill of Rights“ zu ersetzen. Ein Schritt in Richtung der Zerstörung eines weltweiten Konsenses, der eine absolut entscheidende Grundlage darstellt, für den Weiterbestand der Demokratie. (Dass dieser Vorstoß von derselben Regierung gemacht wurde, die Großbritannien und die Welt auch mit dem Brexit-Referendum beglückt hat, sagt eigentlich alles was wir über David Cameron und seine Truppe wissen müssen.)

Sind Moraldiskussionen also in Demokratien überflüssig, weil man stets nur mit dem Finger auf die Menschenrechte zeigen muss und damit schon alles gesagt ist, so gilt das präzise Gegenteil für die populistischen Feinde der Demokratie: sie treiben die Zerstörung der letzteren dadurch voran, dass sie einen moralisierenden Diskurs eröffnen, die Fundamente der Demokratie infrage stellen, die Menschenrechte attackieren und an allen Ecken und Enden nationalistische Alternativen einfordern. Der „British Bill of Rights“ oder die „Österreichische Menschenrechtskonvention“ sind also nicht einfach nur extreme Schnapsideen, es sind die Präzedenzfälle einer ultimativen Forderung, die auf die populistische Zerstörung der Demokratie hinauslaufen muss.

Populisten sind Moralisten, weil sie den demokratischen Konsens der Menschenrechte ablehnen. Was vor wenigen Jahren noch ausschließlich die übelsten „Schurkenstaaten“ gewagt hätten – nämlich offen zu sagen, dass man Menschenrechte im Detail für durchaus verhandelbar hält – ist durch die beispiellosen Erfolge populistischer Politik mittlerweile politischer Mainstream geworden, in allen Ländern der westlichen Welt (und in den anderen erst recht). Diese Entwicklung ist, ohne jede Übertreibung und Metaphorik, katastrophal. Sie kann nur so gedeutet werden, dass ein aus der schlimmsten Katastrophe, die die Menschheit je erlebt hat, zusammengeschweißter Konsens, verloren gegangen ist. Es kann nicht deutlich genug gesagt werden: jeder einzelne, der auch nur kokettiert, mit der Idee, an den Menschenrechten herumzuschrauben und sie durch willkürlich entworfene nationalistische Lokalkonstruktionen zu ersetzen, betreibt damit ein Spiel mit dem Feuer der ultimativen Weltkatastrophe, völlig egal, wie provinziell oder weitgreifend sein Aktionsradius auch sein mag. Jeder, der hier beginnt, den Konsens der Demokratie infrage zu stellen, legt sich unweigerlich in ein Bett mit den schlimmsten Verbrechern der Weltgeschichte, völlig egal, ob er nun selber dabei ist, einen Massenmord zu planen oder ob er selbst etwa gar nichts dergleichen vorhaben mag. Es gibt hier keinen Spielraum für Ignoranz und keine Entschuldigung für Unwissenheit.

Was demokratischer Nonkognitivismus nicht ist: Die Vision von Hans Freyer

Verblüffender Weise ist nicht nur die Grundlage der modernen Demokratie, so wie sie paradigmatisch von Hans Kelsen beschrieben worden ist, nonkognitivistisch, also der philosophischen Idee verpflichtet, dass es keine wie auch immer gearteten absoluten Werte geben kann, dass Werte vielmehr rein emotionale Setzungen sind, die nur für diejenigen Gelten, die sie vornehmen – die Menschenrechte sind nicht dadurch gültig, dass sie den Inhalt eines platonischen Himmels widerspiegeln, sondern ausschließlich dadurch, dass sie einen von der Menschheit mühsam errungenen Konsens ausdrücken (den diese

grundsätzlich jederzeit auch wieder aufkündigen könnte). Nicht nur die moderne Demokratie also ist nonkognitiv, sondern auch zumindest eine bestimmte (allerdings weniger bekannte) Spielart der Diktatur. Der totalitäre Rechtstheoretiker Carl Schmitt kann als Repräsentant dieser Diktaturauffassung gesehen werden, vor allem aber der Soziologe Hans Freyer, der auch dadurch interessant ist, dass er seine Ideen in direkter Auseinandersetzung mit dem Philosophen Rudolf Carnap entwickelt hat, seinerseits ein strikter Vertreter der demokratischen Spielart des Nonkognitivismus.[55] Für Hans Freyer wären die Menschenrechte als universeller Konsens und stabile moralische Grundlage der Demokratie eine Horrorvision, und zwar deshalb, weil sie ein *statisches* Bild von Geschichte repräsentieren, genau dort, wo Freyer eine *dynamische* Auffassung verteidigt: Dynamik bedeutet hier Fortschritt, Statik Stillstand.

Freyers Idee ist, dass sich ein Staat (durch einen starken Führer angeleitet) einem proprietären Kanon von Werten verschreibt, der insbesondere (hier liegt auch die Übereinstimmung mit Carl Schmitt) klar definiert, auf nationaler Ebene, welche Staaten, auf persönlicher, welche Personen, *Freunde* bzw. *Feinde* des Staates sind. Der Staat hat sich mit befreundeten Staaten zu verbünden und gegen die Feinde zu kämpfen und er hat intern alles daranzusetzen, seine Feinde (in der Gestalt von dissidenten Bürgern) auszuschalten. Krieg und Repression sind also die Stilelemente dieses Staates, mehr noch als Propaganda und Werbung für den von ihm repräsentierten Wertekanon. Der Kampf in- und außerhalb des Staates führt zu einem dynamischen Weltbild, weil sich auf beiden Ebenen stets der Stärkere durchsetzt. In Kriegen gewinnt das stärkere Wertesystem, aber auch innerhalb eines Staates kann dies geschehen. Freyer zufolge ist es nämlich die Verpflichtung des Einzelnen, stets die Werte zu vertreten, die ihm sein Gewissen, seine Emotionen diktieren (hier ist Freyer in Übereinstimmung mit allen anderen, auch mit den demokratischen Nonkognitivisten). Dies bedeutet, dass auch innerhalb eines Staates ein Wettstreit entstehen kann, wenn einzelne Bürger die offiziellen Werte des Staates nicht teilen. Schließen sich diese Bürger zusammen und bekämpfen den Staat von innen, so wird auch hier am Ende der Stärkere siegen. Der Staat ist also alles andere als sakrosankt, in diesem Konzept. Wenn er sich als *schwächer* entpuppt als die Konzepte einer revolutionären Basis, dann ist es, für Freyer, ganz im Sinne des Fortschrittes, wenn die Basis den Umsturz betreibt.

Egal ob durch Krieg oder Revolution: die optimistische Haltung Freyers lautet, dass sich im Wettstreit immer die besseren Werte durchsetzen bzw. überhaupt nur durch die Existenz eines aktiven Szenarios von Freunden und Feinden gesellschaftlich-kultureller Fortschritt möglich ist. So muss eine demokratische Gesellschaft, die Feindschaft vermeidet und einen Wertekanon vorschlägt, den prinzipiell alle unterschreiben können, ohne sich selbst aufgeben zu müssen, unbedingt zur kulturellen Degeneration führen. Demokratie führt zum Verfall der Kultur, weil sie den natürlichen Widerstreit konträrer Wertesysteme unmöglich macht.

Freyers Theorie mag uns heute absurd erscheinen, zumal in ihrer optimistischen Färbung, die eindeutig die Handschrift eines Denkens trägt, das *vor* dem Holocaust zustande

[55] Vgl. Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Berlin: Duncker & Humblot, 2009 sowie Hans Freyer, „Ethische Normen und Politik“, *Kant Studien* 35, 1930, 99-114.

gekommen ist. (Tatsächlich hat sich Freyer nach 1945 von diesem Denken verabschiedet und wurde zum liberalen Intellektuellen.[56]) Heutige Populisten werden denn auch eher zu einem defensiveren und weniger optimistischen Modus der Verteidigung *ihrer* Werte tendieren. Populismus heute ist Freyers moralischer Sozialdarwinismus, ohne Fortschrittskomponente.

Im „Amerika wieder groß Machen" Trumps mag ein Stück Imperialismus stecken, ein Stäubchen Weltmachtvision. In der Hauptsache ist es aber eine Großmachtvision, die darin liegt, die gute alte Zeit wieder aufleben zu lassen, reicher als die anderen zu sein, auch stärker, aber ohne zwangsläufig einen Eroberungskrieg zu planen. Die anderen sollen bleiben wo sie sind – und dort auch tun, was ihnen behagt. Darauf legen Trump und andere Populisten den größten Wert. Das macht ihre populistischen Visionen zwar *nationalistisch*, aber es macht sie dort defensiv (und tendenziell pessimistisch) wo die imperialistischen Visionen von Populisten der Zwischenkriegszeit offensiv und optimistisch gewesen sind. Zwar spielt auch heute Machtverbreiterung und die Wahrung wirtschaftlicher Interessen eine große Rolle (zumal im Nahen Osten), aber dennoch ist das Konzept populistischer Politik grundsätzlich eher das des *Divide et Impera* als das einer aggressiven Politik der militärischen Eroberung der Weltmacht. Darin unterscheidet sich der Populismus heute kaum von seinen demokratischen Antithesen.

Populismus und Demokratie scheiden ihre Geister heute präzise am moralischen Denken und also dem Umgang mit den Menschenrechten. Demokratie sieht ihre Grundlage in einer letztlich stets *international* gedachten Politik, die ihre Grundlage in den Menschenrechten als einem für alle Menschen und Völker akzeptablen Wertekanon hat. Dieser Wertekanon kann diese Funktion erfüllen, weil er *lückenlos inklusiv* ist. Er enthält keine einzige Doktrin, die Privilegien und Protektionismus stiften könnte. Im Prinzip muss man also lediglich diejenigen Gruppen und Staaten bekämpfen (oder zumindest kritisieren), die sich nicht auf die Menschenrechte verpflichten bzw. nicht an sie halten. Sobald die Menschenrechte auf breiter Basis akzeptiert sind, werden alle Arten von moralisch konnotierten Konflikten obsolet. Die radikale Antithese also zu Freyers sozialdarwinistischen Bild eines immerwährenden Kampfes der Kulturen.

Was wollen heutige Populisten? Sie setzen kaum auf die aggressiv-fortschrittsgläubige Seite des Kulturkampfes. Wohl aber setzen sie auf seine negative Seite, und das bedeutet: sie setzen auf die Idee, für die „eigenen Leute", „die Menschen" (im Sinne von Norbert Hofer), die „Inländer", das Beste herauszuholen. Mit anderen Worten: die Moral des heutigen Populismus ist eine Moral des bedingungslosen *Protektionismus*.

Protektionismus als Grundlage der Innen- und Außenpolitik

An die Stelle des Modells eines weltweiten moralischen Konsenses, in der Gestalt der Menschenrechte, an die Stelle der Idee des Weltfriedens und der zum Wohl aller praktizierten produktiven Koexistenz, an die Stelle aber auch des älteren Modells eines aggressiven Imperialismus und Sozialdarwinismus tritt im heutigen Populismus ein

[56] Vgl. Jerry Z. Muller, *The Other God that Failed. Hans Freyer and the Deradicalization of German Conservatism*, Princeton: Princeton University Press, 1987. Diese äußerst interessante intellektuelle Biografie beschreibt genau diesen Prozess der „Deradikalisierung" Freyers, über 1945 hinaus.

protektionistisches Denken, das zwar anderen Staaten ihre Wertsysteme lässt – „Tut doch mit Euren Frauen, was ihr wollt! (so lang ihr zu Hause bleibt)“ –, in dem jedoch der eigene Vorteil (unter Umständen zum extremen Nachteil der Anderen) die zentrale moralische Leitschnur wird.

Rein propagandistisch betrachtet spielt bei der protektionistischen Logik des Populismus zunächst eine bestimmte Form der moralischen Brauchtumspflege eine Rolle. Es geht darum, die (angeblich) etablierten Werte des eigenen Landes hochzuhalten und gegen das Eindringen fremder Einflüsse zu schützen. So lange es sich hier um eine Verteidigung der Menschenrechte handelt, ist das auch alles andere als problematisch und Teil des moralischen Konsenses der Demokratie. Bloß sind die Grenzen zwischen Wahrung der Menschenrechte und bloßer Brauchtumspflege manchmal gar nicht so leicht zu erkennen. Das Kopftuchverbot ist vielleicht das beste Beispiel zur Illustration dieser Problematik. Geht es hier um eine Verteidigung der Rechte der Frauen oder einfach nur um die Unterdrückung bestimmter kultureller Traditionen? Die Grenzen zwischen Populismus und Demokratie sind hier nicht leicht deutlich zu machen. Dennoch ist in den meisten Fällen im Grunde völlig klar, worum es geht. Populistisch ist jede Art der Verteidigung von „Werten“ bzw. der Unterdrückung kultureller Gepflogenheiten, die sich nicht anhand von Menschenrechtsfragen rechtfertigen lassen. Die Werte des „Abendlandes“ sind *entweder* auch die Werte jedes anderen Landes – und dann sind sie Teil der Menschenrechte bzw. des diese ergänzenden hypothetischen Kanons von Tier- und Naturrechten – *oder* es handelt sich um kulturelle Traditionen, die in einer Demokratie moralisch zu thematisieren illegitim ist, weil jede solche Praxis dem Menschenrecht auf Kultur und Gleichheit zuwiderlaufen muss.

Die populistische Vision der Gegenwart – Stichwort: „Österreichische Menschenrechtskonvention“ und Schutzzölle – besteht also darin, dass die Welt zurückkehrt, von einem universellen Konsens, in der Gestalt der Menschenrechte und einer liberalen Wirtschaftspolitik, zu einem Kampf-Szenario, im Stil von Freyer und Schmitt, in dem sich jeder Staat und wenn es sein muss, jedes Provinznest, eine eigene Moral verschreibt, mit der man versucht, andere zu übervorteilen, das Maximum für sich und die „Freunde“ herauszuschlagen und das Minimum für die „Feinde“. Das ist, zumal wenn man, durch den Holocaust belehrt, nicht mehr an die irrwitzigen Fortschrittsvisionen Freyers glaubt, ebenso grotesk wie dumm. *Wie* dumm und *wie* grotesk es ist, werden wir unten noch näher erläutern, weil sich zeigen sollte, dass Protektionismus und das Aufstellen proprietärer Moralmodelle nicht nur ganz simple humanitäre Nachteile beinhaltet (die man im Grunde nicht weiter diskutieren und erläutern muss), sondern schwerwiegende wirtschaftliche Nachteile mit sich bringt. Stimmt das, so würde es bedeuten, dass nicht bloß das Inhumane proprietärer Wertentwürfe gegen sie spricht – *das* könnte man ja ignorieren, wenn man sich entschließt, keinen Wert mehr auf Humanität zu legen – sondern ganz handfeste Nachteile, die niemand von denen, die heute den Protektionismus hochleben lassen, will: Rezession, Verschuldung, Armut und Elend sind keine Werte, die auf irgendeiner der künftigen Listen nationaler Menschenrechtskonventionen zu finden sein werden.

Volksversteher: Das imperative Mandat

Populisten sind Volksversteher. „ER will, was WIR wollen“ oder „Er sagt, was Wien denkt“ (oder auch: „Er hat Euch nicht betrogen!“ Haha), lauteten Slogans der FPÖ. Populisten behaupten dadurch das, was Jan-Werner Müller ein „imperatives Mandat“ nennt. Sie behaupten, das Ohr an den Bürgern, am „Volk“ zu haben und, ohne jede eigene Meinung, stets nur das zu fordern, was „das Volk“ gerade wünscht. „Der Repräsentant bildet in der populistischen politischen Theorie eigentlich nur ab“, während man in einer Demokratie erwartet, dass Politiker „Gebrauch von der eigenen Urteilskraft machen. Die Demokratie kennt nur das freie, nicht das imperative Mandat.“[57]

Dass politische Parteien Umfragen machen ist legitim und auch demokratisch sinnvoll. Sie können dadurch feststellen, ob die eigenen Anhänger eine bestimmte Maßnahme, die man plant, unterstützen würden. Umfragen werden so zu sinnvollen und effizienten basisdemokratischen Hilfsmitteln. Sie ähneln dann Ur-Abstimmungen, sind aber viel einfacher zu organisieren, da nur ein Bruchteil der Parteimitglieder bzw. -Sympathisanten befragt werden muss. Würde eine Partei also den Anspruch erheben, ihre Meinungen stets mit der Basis zu akkordieren (was von manchen Grünparteien phasenweise tatsächlich versucht wurde), so wäre das zwar vielleicht schwer umzusetzen, es wäre aber sicher das Gegenteil von undemokratisch oder populistisch.

Das Problem bei populistischen Parteien ist zunächst einmal, dass sie mit ihrem „imperativen Mandat“ den Anspruch erheben, schlicht *alle* zu repräsentieren (dazu unten noch mehr), und damit eine demokratische Unmöglichkeit konstruieren. Das imperative Mandat basiert auf der Idee eines umfassenden *Konsenses*, einer Meinung, die ALLE teilen („WIR“, „die Wiener“) und die ausschließlich dem das Ohr ans Volk haltenden populistischen Politiker zugänglich ist. Eine solche Meinung existiert aber nicht! Populistische Politiker halten durchaus das Ohr „ans Volk“, aber sie agieren dadurch nicht demokratischer, sondern wie Boulevardmedien, die stets das sagen, von dem sie glauben, dass es gerade opportun ist, dass es die Auflagen in die Höhe treiben könnte.

Diese Idee eines geheimen, im „Volk“ schlummernden Konsenses, der nur den Volksverstehern mit ihren populistischen Antennen sichtbar wird, ist antidemokratisch, weil sie auf dem Konsens als einer antidemokratischen Idee basiert und den Konflikt als die Substanz aller Demokratie verweigert. Parlamentsdebatten werden dadurch überflüssig bzw. wäre es eigentlich die einzig sinnvolle Lösung, das Parlament (wie in kommunistischen Volksrepubliken) mit 100 Prozent Abgeordneten der volksverstehenden PARTEI zu bestücken. Das imperative Mandat ist *anti-pluralistisch*. Es birgt den Anspruch, dass *jede* Meinung, die nicht exakt der Meinung der PARTEI entspricht, automatisch falsch und inakzeptabel ist und dass es daher auch sinnlos ist, sich diese abweichende Meinung (a) anzuhören und (b) mit ihren Repräsentanten zu diskutieren.

Meinungen populistischer Parteien sind auch auf der Ebene der Moral und der Menschenrechte antidemokratisch (indem sie rassistisch sind, Ausgrenzung und Hass propagieren), das antidemokratische Fundament des Populismus insgesamt liegt aber tiefer.

[57] Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp, 2016, 46f.

Es liegt in dem Anspruch, die Wahrheit gepachtet zu haben, der impliziert, dass alle anderen Meinungen anderer Parteien einzig und allein dazu dienen können, die Durchsetzung der Wahrheit zu behindern. Andere Parteien sind für Populisten keine Diskussionspartner, von denen man unter Umständen lernen kann, mit denen es Kompromisse auszuhandeln gilt, die Entscheidungen eine breite demokratische Grundlage verleihen. Vielmehr sind andere Parteien für populistische Politiker die Krebsgeschwüre eines degenerierten demokratischen Systems, in dem „Altparteien" (so die Diktion der FPÖ seit Jörg Haider, aber auch die totalitärer Theoretiker der Zwischenkriegszeit wie Hans Freyer) auf ihren Privilegien und Fehldeutungen des Volkswillens sitzen und jede Bewegung im System blockieren und verhindern. Der Parlamentarismus im Besonderen und Wahlen im Allgemeinen sind für Populisten also bloße politische Fehlentwicklungen, die es möglichst rasch zu beseitigen gilt. Die Einparteiendemokratie (nach volksrepublikanischem Vorbild) ist, in der populistischen Politik, die einzige sinnvolle Variante.

Alleinvertretungsanspruch

Einer der berühmtesten philosophischen Aufsätze des vorigen Jahrhunderts trägt den Titel „On what there is" und beginnt mit der Wendung, dass die ontologische Frage in drei englischen Worten als „What is there?" formuliert und mit einem Wort – „Everything" – beantwortet werden kann – „and everyone will accept this answer to be true".[58] Irgendwie entspricht dieser ontologischen Frage eine wichtige politische Grundfrage, nämlich: „Wer ist das Volk?" und ebenso einfach könnte man als Antwort nahelegen: „Alle!", bloß mit dem Unterschied, dass hier, anders als bei der ontologischen Parallelfrage, nicht alle zustimmen würden. Genauer gesagt: es werden hier nur die zustimmen, denen die Demokratie ein echtes Anliegen ist. Demokratie, die ausschließt, fragmentiert und gerät dadurch in Gefahr. Dieses Postulat haben wir bereits im ersten Kapitel formuliert, dort aber nur bezogen auf das Wahlrecht und die formale Möglichkeit zur Partizipation. Hier geht es nun um eine bestimmte Form der normativen Radikalisierung der Frage von Partizipation und Ausschluss, die charakteristisch für populistische Politik ist. Nicht *alle* sind das Volk, in den Augen von Populisten, sondern nur „die Menschen", nur diejenigen, die nicht der „Hautevolee" angehören oder irgendeiner anderen missliebigen Gruppe, ja, am Ende sind überhaupt nur die das Volk, die bereit sind, die Meinungen der Populisten zu teilen. „Populisten" sind dadurch und darin „Volkisten", dass sie „das Volk" radikal einschränken, im Wesentlichen, auf die Gruppe derer, die den Populisten gerade genehm sind.[59] Das „Volk" wird damit zum tautologischen Substrat der Anhängerschaft einer vorgegebenen Meinung, Volk wird mit „f" und „g" geschrieben, „Volk" ist, wer dem Führer folgt – und sonst niemand: Volk folg!

„Wir sind das Volk!" – Das war der Slogan des Aufbegehrens der unterdrückten Bürger des Kommunismus im Jahr 1989. Er drückte aus, dass das genaue Gegenteil von der populistischen Formel zu gelten hat: das Volk sind nicht bloß die SED-Apparatschiks, auch nicht bloß diejenigen, die der SED-Propaganda brav folgen, *das Volk sind alle* (hier vertreten

[58] Willard Van Orman Quine, *From a Logical Point of View. Nine Logico-Philosophical Essays*, Cambridge MA: Harvard University Press, 1980, 1.

[59] Die Beschreibung dieser durchaus paradoxen Seite des Populismus ist eine der großen Stärken von Müller, *Was ist Populismus?*

durch eine nicht unrepräsentative Gruppe von Demonstranten, die sich gegen den Zynismus der Diktatur stellen). Aber „Wir sind das Volk!“ wird auch heute von PEGIDA, bei deren Demonstrationen ausgerufen (oft vielleicht gar von denselben Leuten, die schon 1989 auf die Straße gegangen sind?). Hier nimmt die Formel jedoch die exakt gegenteilige Bedeutung an. In einer Demokratie skandiert bedeutet sie nämlich: *nicht alle* sind das Volk, sondern *nur wir*, die hier gerade auf der Straße stehen und den Staat zum Abdanken auffordern. „Wir sind das Volk!“ ist also eine höchst variable Formel, deren Bedeutung, je nach Kontext, entweder (in einer Diktatur skandiert) einfordert, endlich das Ohr zu öffnen, für die Bürger, endlich den Zynismus der Gewaltherrschaft zu beenden und freie Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Oder (in einer Demokratie skandiert) stellt die Formel die Forderung dar, endlich nurmehr diejenigen Bürger als entscheidungsmündig zu betrachten, die exakt dieselben Meinungen vertreten wie *wir*, die wir die Formel ausrufen.

Populisten sind also „Volkisten“ in dem Sinn, dass sie eine radikale Einschränkung des Begriffs der demokratischen Partizipation fordern, in dem diese zur Tautologie verkommt. Die populistische Meinung repräsentiert exakt alle, die ihr folgen – und genau diese sind dann „das Volk“. Natürlich müssen Populisten, zumindest so lange sie auf eine Legitimation durch Wahlen angewiesen sind, danach trachten, dass „das Volk“ als das ihre Meinungen goutierende „Stimmvieh“ groß genug bleibt. Aber im Prinzip muss ihr Anspruch sein, alle, die nicht diesem tautologischen Volk angehören, von der Partizipation am Staat auszuschließen, ihre volksfremden Meinungen zu unterdrücken, deren Artikulation zu verhindern bzw. letztlich sich dieser volksfremden Elemente zu entledigen. Populismus basiert auf der Urformel jeder Diktatur – *das Volk ist, wer folgt* –, er hat mit Demokratie nichts als die Fassade gemein, in der er ihr radikales Gegenteil spiegelt.

Fragmentierung der Demokratie durch demokratiefeindliches Wählen ϕ^{**}

Die im ersten Kapitel spezifizierten Messgrößen für die Fragmentierung einer Demokratie ϕ und ϕ^* stützen sich auf den Ausschluss vom demokratischen Prozess durch Verweigerung des Wahlrechts, durch freiwilligen Verzicht auf das Wahlrecht sowie, im Fall von ϕ^*, durch inadäquates Wahrnehmen des Wahlrechtes, aufgrund eines mangelhaften Bildungsniveaus. ϕ^* hat sich dabei als durchaus problematisch erwiesen, weil zwar das Argument, dass eine inadäquate Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge zu erkennen, demokratische Fehlentscheidungen wahrscheinlicher macht, etwas für sich hat – wir werden diesen Aspekt in den folgenden Kapiteln immer wieder aufgreifen. Es gibt jedoch zwei Gründe, die ϕ^* problematisch erscheinen lassen. Erstens könnte der Fall eintreten (siehe Weimarer Republik), dass gerade die gebildeten Bevölkerungsteile gegen die Demokratie votieren und insofern ihren Zustand fragmentieren. Zweitens ist ϕ^* zwar für bildungspolitische Erwägungen sinnvoll, in den meisten anderen Kontexten scheint es aber weitaus adäquater, gewissermaßen von einem *methodologischen Rationalitätsprinzip* auszugehen, wonach man annimmt, dass demokratische Entscheidungen stets unter rationalen Idealbedingungen gefällt werden. Dieses Prinzip ist immer dann sinnvoll, wenn der Fokus nicht auf der individuellen Analyse der einzelnen Bürger liegt, sondern auf den politischen Konsequenzen ihres Handelns. Für diese Konsequenzen zählt immer nur die demokratische Entscheidung, es ist hingegen völlig irrelevant, wie sie zustande gekommen ist. Für all diese Fälle scheint

sich die dritte Messgröße ϕ^{**} als adäquater anzubieten, die wir oben definiert haben. In diesem Maß wird von der Anzahl der abgegebenen Stimmen die Anzahl aller Stimmen subtrahiert, die entweder (a) an Splitterparteien gehen, die keine Repräsentation im Parlament finden oder (b) an Parteien, die entweder bloße Spaßparteien sind, die sich der Teilnahme am demokratischen Geschehen verweigern oder populistische Parteien, die die Demokratie zerstören wollen.

In den folgenden Berechnungen subtrahieren wir von den abgegebenen gültigen Stimmen stets (a) all diejenigen Stimmen, die auf Parteien gefallen sind, die es nicht ins Parlament geschafft haben sowie (b) die Stimmen, die an populistische Parteien gegangen sind. Bei den Wahlen von 1971 in Österreich sowie von 1972 in Deutschland gibt es keine unter (b) fallenden Parteien, 1986 in Österreich ist dies die FPÖ, 2013 in Österreich FPÖ und FRANK, in Deutschland DIE LINKE, 1919 in Deutschland die DNVP, 1932a in Deutschland die DNVP, NSDAP und KPD.[60]

	Nationalratswahl Österreich			Reichstagswahl Deutschland		Bundestagswahl Deutschland	
	1971	1986	2013	1919	1932a	1972	2013
Bevölkerung	7.500	7.570	8.477	60.899	65.733	61.809	80.767
Bev. > 15	*6.360*	*6.419*	*7.189*	*43.939*	*47.427*	*46.980*	*69.551*
Gültige Stimmen	4.555	4.852	4.693	30.524	36.882	37.460	43.727
- (a) und (b)	4.491	4.328	3.200	27.403	14.716	37.123	33.062
Φ^{**} (in %)	**71**	**67**	**37**	**62**	**31**	**79**	**48 [50]**
Φ	72	76	54	69	78	80	63
Φ^{**}/Φ	99	88	68	90	40	99	76 [80]

Zu beachten ist dabei, dass der relativ schlechte Wert in Deutschland 2013 nicht zuletzt durch die Sperrklausel von 5 Prozent zusammenkommt, da 2013 16 Prozent der Stimmen auf Parteien gefallen sind, die diese Hürde nicht geschafft haben. Allerdings befanden sich unter diesen 16 Prozent, mit AfD und NPD (zusammen 6 Prozent), populistische Parteien sowie, mit PIRATEN, DIE PARTEI etc. (zusammen etwa drei Prozent) diverse Spaßparteien. Ohne Sperrklausel wäre die Fragmentierung dennoch weniger stark gewesen (weil etwa auch die FDP mit 4,8 Prozent die Sperrhürde nicht geschafft hat): Φ^{**}/Φ wäre dann bei etwa 80 Prozent gelegen, Φ^{**} bei etwa 50 Prozent.

Die heutigen Werte für Φ^{**} sind beunruhigend. Sie bedeuten, dass heute in Österreich nurmehr wenig mehr als ein Drittel der entscheidungsfähigen Bevölkerung ihre Stimme einer räsonablen demokratischen Partei gibt (die Werte nähern sich denen aus der Endphase der Weimarer Republik an), in Deutschland nurmehr knapp die Hälfte. Der Rest geht entweder (gezwungen oder freiwillig) überhaupt nicht wählen oder wählt populistische Parteien und Spaßparteien. Bemerkenswert sind diese Ergebnisse aber auch darin, dass die Unterschiede

[60] Werte wie oben.

zwischen Deutschland und Österreich hier geringer sind als man vielleicht meinen sollte. Die These, dass Deutschland weniger anfällig sei, für Populismus, ist falsch. DIE LINKE mag weniger rabiat (und ausländerfeindlich) auftreten als rechtspopulistische Parteien. Eine Stütze für die Demokratie stellt sie kaum dar. 2017 in Deutschland bzw. 2018 in Österreich wird sich dieser Zustand, nach allen Prognosen zu urteilen, weiter verschlechtern. – Unsere Demokratien sind in Gefahr: das zeigen diese Zahlen mit frappierender Deutlichkeit.

Es steht Spitz auf Knopf, für die Demokratie

Die westliche Welt steht im Jahr 2017 vielleicht nicht gerade am Abgrund, aber eine Entwicklung hat Westeuropa und die USA ereilt, die vor wenigen Jahren noch niemand für möglich gehalten hätte. So gab es lange Zeit die Theorie, antidemokratische Bewegungen würden in einer Demokratie von maximal einem Drittel der Bevölkerung unterstützt. Diese Theorie stützte sich offenbar vor allem auf die Tatsache, dass die NSDAP bei den Wahlen, die unbeeinflusst durch ihre Propaganda abgewickelt wurden (1933, als sie 43,9 Prozent erreicht hat, war die NSDAP bereits an der Macht) nur etwas mehr als ein Drittel der Stimmen erreicht hat (bei den beiden Wahlen im Jahr 1932, erst 37,4, dann 33,1 Prozent). Stimmt diese Theorie, so dachte man, dann genügt es, wenn sich stets alle demokratischen Kräfte bündeln und sich weigern, die antidemokratische Kraft an die Macht zu hieven. So plausibel der zweite Teil dieser These jedenfalls ist – die Nazis hätten die Macht nie erlangt, wäre ihnen das nicht von den anderen politischen Kräften im Land ermöglicht worden – ist leider der erste Teil offensichtlich falsch.

Die Eindrittelthese war auch schon mit Bezug auf die Weimarer Republik dramatisch falsch, einfach weil die NSDAP nicht die einzige antidemokratische Partei gewesen ist. Gemeinsam mit den anderen antidemokratischen Parteien (also vor allem KPD und DNVP) bildete die NSDAP einen antidemokratischen Block, der bis 1930 unter 50 Prozent lag, dann aber, bei den Wahlen 1932 und 1933 knapp zwei Drittel der Stimmen lukrieren konnte. Auch wenn es also möglich gewesen wäre, die Republik zu retten – Hindenburg hätte sich weigern können, Hitler zum Reichskanzler zu machen, er hätte eine Minderheitenregierung verlangen können, in der die demokratischen Kräfte die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen umsetzen hätten können – so wäre das doch schwer gewesen, gegen eine antidemokratische Zweidrittelmehrheit.

War die Eindrittelthese also schon in der Weimarer Republik falsch, so haben 2016 die Präsidentenwahlen in Österreich und in den USA gezeigt, dass sie auch heute nicht gilt. Der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer hat zwar am Ende die Wahl nicht gewonnen, aber er konnte bei den beiden Stichwahlen unglaubliche 49,65 bzw. 46,2 Prozent der Stimmen erreichen. Bedenkt man, dass die zweite Stichwahl nur durch einen Einspruch der FPÖ erreicht wurde (ein klassischer Schuss ins Knie übrigens), so war es letztlich verdammtes Glück, dass Hofer bei der ersten Stichwahl die paar Tausend (es waren exakt 30.863) Stimmen weniger erlangt hat als Alexander Van der Bellen. Wesentlich dramatischer und politisch relevanter war jedoch der Fall der Präsidentenwahlen in den USA 2016, die Donald Trump, entgegen aller Erwartungen, gewinnen konnte. Zwar hat Trump keine absolute Stimmenmehrheit erreicht (addiert man die Stimmen von Trump und Clinton, so hat Clinton 51 Prozent dieser beiden Anteile erreicht, insgesamt erreichte Clinton 48,03 Prozent, Trump 45,94 Prozent der

Stimmen, der Rest ging an andere Kandidaten), wohl aber die absolute Mehrheit (57,2 Prozent) der Wahlmänner. (Grund dafür ist das amerikanische Mehrheitswahlrecht: Trump hat in den Staaten, wo er gewonnen hat, knapp gewonnen, Clinton hat, vor allem in Kalifornien, dem größten Bundesstaat, mit großem Abstand gewonnen: 61,73 Prozent aller Stimmen.) Nun könnte man an diese Sachverhalte (gemeinsam mit einem Appell gegen das Mehrheitswahlrecht) eine modifizierte Theorie knüpfen, wonach Populisten eben zwar mehr als ein Drittel, jedoch nicht die absolute Mehrheit der Stimmen in einer Demokratie erreichen können.

Aber diese Theorie wäre, woran wohl niemand zweifeln wird, sehr kurzsichtig, zumal es 2016 eine weitere demokratische Entscheidung gegeben hat, bei der eindeutig die antidemokratische Gruppe gesiegt hat, nämlich das Brexit-Volksbegehren in Großbritannien (51,9 Prozent für den Brexit). Natürlich ging es bei dieser Abstimmung nicht um die Frage für oder gegen die Demokratie, sondern um die (sozusagen schwächere) Frage für oder gegen die EU. Aber dennoch hat das Brexit-Volksbegehren Züge einer Volksabstimmung über die Demokratie gehabt, weil es darum gegangen ist, *innerhalb* einer Demokratie über einen der Grundpfeiler des demokratischen Konsenses dieses Staates abzustimmen (und diesen per Abstimmung zu zerstören, wie sich zeigte). Hier zu glauben, dass irgendwelche anderen Elemente des demokratischen Grundkonsenses, inklusive des Gesamtpakets, bei einer eventuellen Abstimmung gegen die Zurückweisung immun wären, wäre aufgrund dieser Erfahrung nur mehr naiv und dumm.

Die modifizierte Theorie über den möglichen Erfolg populistischer Politik in einer Demokratie muss nach 2016 daher zwangsläufig lauten, dass es keinen plausiblen Grund zu der Annahme gibt, dass Populisten in irgendeiner Demokratie der Welt nicht unter Umständen auch einmal die absolute Mehrheit der Stimmen (oder auch die Zweidrittelmehrheit) erlangen könnten. Diese Erkenntnis ist absolut dramatisch, weil sie der zunächst eher theoretischen Auffassung Kelsens, dass sich die Demokratie auch selber abwählen kann (im Fall der Weimarer Republik fand ja keine Koalition der völlig inkompatiblen antidemokratischen Einzelparteien statt, sondern hat Hindenburg Hitler alleine an die Macht gehievt), eine zusätzliche empirische Seite hinzufügt: dass dies nämlich auch realistischer Weise passieren kann!

Es steht also, in der gesamten westlichen Welt, wie sich Alexander Van der Bellen vor der ersten Stichwahl der österreichischen Bundespräsidentenwahl 2016 ausgedrückt hat, „Spitz auf Knopf“,[61] was die Demokratie angeht. Wir müssen annehmen, dass die knapp 50 Prozent der Wähler, die Trump bzw. Hofer oder dem Brexit ihre Stimme gegeben haben, genau gewusst haben, was das Paket enthält, für das sie sich entschieden haben. (Und wenn manche von ihnen es nicht gewusst haben, so müssen wir dennoch so tun als ob: ihre Stimme zählt *für das Paket*, egal was sie sich gedacht haben.) Das heißt nicht, dass diese knapp 50 Prozent zwangsläufig alle eingefleischte Feinde der Demokratie sein müssen, wohl aber, dass sie mit ihrer Stimme signalisiert haben, dass sie ohne Demokratie auch ganz gut leben könnten. Mit anderen Worten, es steht „Spitz auf Knopf“ für die Demokratie, weil die knappe Hälfte der Wähler in einer Situation ist, wo man erwarten muss, dass sie sich

[61] https://kurier.at/meinung/spitz-auf-knopf/198.580.164, abgerufen am 15.05.2017.

gegebenenfalls *gegen* die Demokratie entscheiden könnte. Dieser Tatsache müssen wir *jetzt* ins Auge sehen.

Aber ist es nicht vielleicht ohnehin schon zu spät? Keineswegs! Weder die USA noch Großbritannien und auch nicht Österreich sind demokratische Bananenrepubliken wie Russland, Ungarn oder die Türkei, in denen sich die Demokratie einfach im Handstreich abschaffen lässt bzw. zur Implosion gebracht werden kann. Auch wenn in der westlichen Welt, in einer gewissen Phase der Entwicklung, die Mehrheit gegen die Demokratie ist, verschwindet diese nicht automatisch, zumal dann, wenn, im krassen Gegensatz zur Situation in der Weimarer Republik, die politischen und wirtschaftlichen Eliten diese Ablehnung der Demokratie nicht teilen. Die Eliten, die in der Weimarer Republik die Sargnägel der Demokratie gewesen sind, könnten heute ihre Retter werden.

Anhang: zur Demokratiefeindlichkeit kontinentaleuropäischer Denker

In dem autobiografischen Essay *Rückkehr nach Reims* hat der französische Soziologe Didier Eribon beschrieben, wie Arbeiter, die in den 1970er-Jahren die Kommunisten gewählt haben, heute Front National unterstützen.[62] Dass dies möglich ist, liegt, so Eribon, vor allem daran, dass diese Arbeiter schon als Unterstützer der Kommunisten dieselben homophoben, rassistischen, ausländerfeindlichen und protektionistischen Denkweisen hatten, die sie heute in Scharen zu Le Pen treiben. Sie haben kommunistisch nicht aus einer humanistischen oder internationalistischen, sondern eher aus einer protektionistischen Gesinnung heraus gewählt, und deshalb ist es auch nicht überraschend, dass sie heute eben auf die andere Seite des populistischen Spektrums tendieren. Diese Diagnose Eribons ist ebenso ernüchternd wie plausibel, und sie konvergiert mit der hier vertretenen Auffassung, dass populistische Strömungen grundsätzlich immer austauschbar sind.

Es gibt wohl ein Lagerdenken unter Populisten, das unter Umständen Inkompatibilitäten erzeugen kann – so ist es der NSDAP nicht gelungen, KPD-Unterstützer in großem Ausmaß zu mobilisieren, nicht einmal 1933, als sie schon in einer Machtposition saß (bei dieser letzten Wahl konnte sie lediglich 9 Prozent der vormaligen KPD-Wähler auf ihre Seite ziehen). Nur: was führt zu solchen Resistenzen? Es scheint vieles dafür zu sprechen, dass Inkompatibilitäten zwischen populistischen Parteien wenig oder nichts mit Ideologie und politischer Programmatik zu tun haben. Populistische Parteien sind inkompatibel und mobilisierungsresistent, in genau demselben Sinn wie etwa die Fanclubs von Fußballmannschaften es sind. Wenn ein Rapid-Fan lieber sterben würde als sich zu Austria-Wien zu bekennen, dann hat das sehr viel mit Gruppendenken und nachhaltig erlebten Wir-Gefühlen zu tun, jedoch kaum etwas mit Ideologie. Ähnlich ideologiefrei sind, so scheint es, die Präferenzen für populistische Parteien, für Rechts und Links, auf dem antidemokratischen Spektrum.

Das soll nicht in Abrede stellen, dass viele Unterstützer der Kommunisten, in der Zwischenkriegszeit wie auch in den 1970er-Jahren, sehr wohl einen starken ideologischen Hintergrund gehabt, ihre Überzeugungen in Internationalismus und Humanismus verankert

[62] Didier Eribon, *Rückkehr nach Reims*, Berlin: Suhrkamp, 2016.

haben. Solche vorwiegend intellektuellen Repräsentanten der Linken (Eribon ist einer von ihnen) würden niemals eine rechtsextreme Partei unterstützen. Bloß sind diese Vordenker und linken Bobos immer nur die Spitze des Eisbergs der linken Bewegung gewesen. Die Basis jedoch war stets beweglich, weil eindeutig durch populistische Motive (Anti-Elitismus, Sündenbockdenken, Protektionismus) getrieben. Sie unter eine neue Spitze zu stellen, diesmal nicht von linken Bobos, sondern von Nazis und Rassisten, ist problemlos möglich.

Eribons beeindruckendes Buch liefert diese Diagnose mit aller Deutlichkeit. Allerdings lokalisiert Eribon diese Diagnose der Links-Rechts-Indifferenz proletarischer Wähler, die wir uneingeschränkt teilen, in einem mit dem hier entwickelten kaum kompatiblen konzeptuellen Rahmenwerk. Eribon, der Repräsentant der radikalen Linken Frankreichs, nimmt eben diese Perspektive ein und diese erweist sich in niederschmetternder Weise als inkompatibel mit demokratischem Denken. Eribon disqualifiziert mit einigem Zynismus jede „Philosophie der ‚Demokratie', die sich […] damit begnügt, die grundsätzliche ‚Gleichheit' aller Menschen zu feiern und immer wieder zu betonen, dass alle Individuen über die gleichen ‚Kompetenzen' verfügen" (S. 143) – nebenbei: wer behauptet so etwas?! – und er beruft sich auf die extremistischen Ideen Jean-Paul Sartres, wonach demokratische Wahlen eine „depolitisierende" Wirkung hätten (was auch immer das genau heißt), demnach durch eine die Massen auf der Straße mobilisierende Form des politischen Aktivismus zu ersetzen wären (S. 126). Zwar findet Eribon, dass diese Diagnose Sartres angesichts von Front National „an ihre Grenzen stößt" (ebd.), einfach weil hier heute eine Mobilisierung der sogenannten Zivilgesellschaft erfolgt, die in die exakte Gegenrichtung der Weltanschauung von Sartre und Eribon verläuft. Aber die Konsequenzen, die Eribon aus dieser Feststellung zieht, sind bloß, dass er Sartres optimistische Spielart einer antidemokratischen Vision in eine zutiefst pessimistische, jedoch nicht weniger antidemokratische verwandelt. Wenn die Mobilisierung der Massen für die linke Revolution versagt – die Massen werden zum rechten Mob und treiben die Etablierung einer ganz anderen Form von Diktatur voran: Was ist dann die Alternative?

Für Eribon jedenfalls *nicht* die Konsolidierung des Staates als demokratische Gesellschaft. Eribons niederschmetternde Diagnose fügt der Annahme Sartres, wonach demokratische Wahlen eine „depolitisierende" Wirkung hätten, hinzu, dass auch die revolutionäre Mobilisierung der Massen unter Umständen diesen Effekt haben kann (und gerade heute tatsächlich hat). Die linksradikale Vision von Eribon und Sartre rückt damit in weite Ferne. Aber das bedeutet, für Eribon, eben nicht, dass dadurch die Demokratie, sozusagen als zweitbeste Lösung, zur Option wird. Denn, die Demokratie krankt, für Eribon, an demselben Symptom wie die linksextreme Vision: an der „Inkompetenz" der Massen und ihrer Unfähigkeit, sich für humanistische Ideen begeistern zu lassen. Kurz gesagt: die heutige Gesellschaft (in Frankreich, in der westlichen Welt) ist *unreif*, und zwar unreif sowohl für die Demokratie (als zweitbeste Lösung) als auch für die Implementierung einer proletarischen Revolution (die bessere Lösung).

Diese Diagnose Eribons ist nicht in *jeder* Hinsicht falsch, und zwar auch dann nicht, wenn man sie von unserer Perspektive einer demokratischen Vision aus betrachtet. Die von Eribon implizit diagnostizierte „Inkompetenz" der Massen ist weitgehend synonym mit der von uns

verteidigten These, wonach Anhänger des Populismus in der Mehrheit irrtümlich in diese Richtung tendieren. Natürlich sind Populisten (wir würden hinzufügen: von links *und* rechts) falsche Propheten, dadurch, dass sie die Massen durch irreführende Botschaften, Lügen und Verschwörungstheorien mobilisieren: Aufklärung kann damit dem Populismus seine Opfer auch wieder entziehen. Bloß scheint Eribon diesen Aspekt der „Inkompetenz"-These überhaupt nicht zu sehen. Für ihn besteht die einzige denkbare Option darin, die Massen erneut von einer rechts- auf eine linksextreme Fährte zu locken (bei Beibehaltung ihrer Inkompetenz). Demokratie spielt in dieser Bilanz keine Rolle bzw. ist relevant nur als Störfaktor.

Warum sind Intellektuelle der französischen Linken wie Sartre und Eribon derart schlecht auf die Demokratie zu sprechen? Es gibt, wie mir scheint, nur eine mögliche Antwort auf diese Frage. Diese Intellektuellen sind der Auffassung, dass die Bürger eines Staates entweder inkompetent sind oder aber dazu erzogen werden müssen, genauso zu denken wie ein Philosoph, der an der Sorbonne studiert hat. Diese Auffassung überlappt sich darin mit der hier vertretenen Demokratie-Konzeption, dass sie als Voraussetzung eines funktionierenden Staates eine bestimmte Form der *Bildung* ansetzt. Bloß handelt es sich bei Sartre und Eribon (wie etwa auch bei Habermas und anderen deutschen Intellektuellen) um eine völlig andere Art der Bildung wie die hier propagierte. Während die Voraussetzung für demokratisches Entscheiden darin besteht, dass man die dafür nötigen *Fakten* übersehen und verstehen kann, wobei man die dafür nötigen normativen Entschlüsse *selbst* zu fällen hat, sind die philosophischen Höhenflüge von Sartre bis Eribon und Habermas auf eine zutiefst normative, *moralische* Spielart von Bildung gestützt. Es geht darum, radikal linke (oder sonst welche normativen) Ideen als einzig mögliches Weltbild zu erkennen und zu verinnerlichen, völlig egal was man sonst über die Welt weiß oder nicht weiß. Dies ist eine zutiefst anti-aufklärerische Vision, die Bildung nur als *weltanschauliche Manipulation* versteht und akzeptiert, nicht aber als Erziehung zum rationalen Denken. Nicht *die Ignoranz* der einstmaligen Kommunisten und jetzigen Rechtsextremisten ist, für Eribon, das Problem, sondern ihre mangelhafte Infiltrierung durch die wahren Werte.

All das ist ohne Zweifel *eine mögliche* Art und Weise, Politik zu denken. Es ist auch kaum daran zu zweifeln, dass die Strategie, die Eribon ansetzt, nämlich mittelfristig die heutigen Front-National-Wähler auf die linksextreme Seite zurückzuholen, unter bestimmten Umständen funktionieren könnte. Auch wollen wir Eribon zugestehen, dass eine humanistisch und internationalistisch konzipierte Revolution von Links in mancher Hinsicht wünschenswerter wäre als eine auf Rassismus gegründete Revolution von rechts: Eribons Denken konvergiert in wesentlichen Punkten mit dem auf die Menschenrechte gestützten Denken der Demokratie und es divergiert mit dem diese verneinenden Denken des Rechtsextremismus. Bloß ist der Vorschlag, den wir hier verfolgen, auf einer ganz anderen Ebene angesiedelt als der Eribons. Unsere Vision zielt darauf ab, die *Inkompetenz* irrtümlicher Anhänger aller Arten von Populismus zu bekämpfen, sie zu *reifen* Bürgern einer Demokratie zu machen, in der begründeten Hoffnung, dass dann am Ende immer eine Mehrheit für demokratische Denkweisen herausschauen wird.

Das heißt: „Wir“ sind, wenn unsere Diagnose stimmt, nicht zu unreif für die Demokratie. Die Demokratie ist bedroht, aber nicht tot. Es liegt in der Natur ihrer Sache, dass sie unter Umständen auch in größter Bedrängnis überleben kann. Die Vision der Demokratie besteht darin, die Bürger mit den wirtschaftlichen und intellektuellen Voraussetzungen auszustatten, die ihnen die Partizipation am demokratischen Prozess ermöglichen. Welche Weltanschauung die einzelnen Bürger dann wählen, auf welche Seite des politischen Spektrums sie sich bewegen, bleibt dabei, so lange wir die demokratische Grundhaltung nicht verlassen wollen, offen. Auch die offene Ablehnung der Demokratie bleibt eine mögliche Option, sei es in einem linken oder einem rechten Szenario. *Das* – dieses demokratische Denken – ist natürlich *auch* eine Weltanschauung und eine Moral – es ist die Weltanschauung des Nonkognitivismus, in Verbindung mit der Moral der Menschenrechte. Ob diese Visionen oder die von Eribon und Sartre (oder gar die von Hitler, Strache und Le Pen) *besser* sind: das muss am Ende jeder für sich entscheiden.

Arbeiter kontra Bildungselite

Populismus hängt mit den sozialen und ökonomischen Entwicklungen der letzten ein bis zwei Jahrhunderte zusammen. Auf der einen Seite spielt hier die hochdynamische Entwicklung der Arbeiterklasse eine Rolle, auf der anderen der Aufstieg der sogenannten Bildungselite. Es gilt, diese beiden Gruppen in ihrer Dynamik zu analysieren. Wann spielten sie welche Rolle? Wann haben sie aus welchen Gründen mehr oder weniger populistische Politik unterstützt? Damit im Zusammenhang steht die Frage, ob soziale Ungleichheit direkt oder indirekt für Populismus verantwortlich ist und welche Rolle die Globalisierung dabei spielt. Dieses Kapitel enthält so die für die vorliegenden Untersuchungen entscheidenden kausalen Analysen.

Der sozialstrukturelle Rahmen: Erwerbsmodell und Bildung

Bei jeder Annäherung an sozialstrukturelle Faktoren im zeitlichen Vergleich ist es wichtig, zunächst die massiven quantitativen Veränderungen zu erkennen, die einzelne Bevölkerungsgruppen in den letzten zwei Jahrhunderten durchgemacht haben. Mitte des achtzehnten Jahrhunderts waren alle Gesellschaften der Welt hauptsächlich agrarisch geprägt, bestanden also fast ausschließlich aus Bauern und Fischern, mit einer kleinen Zahl an Handwerkern und einer quantitativ winzigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Elite. Die Entwicklungen seit 1800 seien anhand einiger Zahlen für Deutschland und Österreich illustriert (Angaben immer in Prozent aller Erwerbspersonen):[63]

Jahr	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen
	Deutschland		
1800	62	21	17
1871	47,3	32,8	*20,8*
1925	30,5	41,4	28,1
1970	8,8	48,7	42,5
1986	4,6	41	54,5
2010	1,6	24,5	73,9
	Österreich		
2014	3,6	21,6	74,8

Im neunzehnten Jahrhundert erfolgte der Aufstieg der Arbeiterklasse, die zunächst ein Fünftel, um 1870 ein Drittel, in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts, am Höhepunkt ihrer Entwicklung, die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung (hier stets: selbständig *und* unselbständig Erwerbstätige zusammengerechnet) repräsentierte. Seither ist der Anteil der Arbeiterklasse aber in der westlichen Welt rapide zurückgegangen und beträgt heute nur mehr ein Viertel bis ein Fünftel der Erwerbspersonen. Das ist schockierend, wenn man

[63] Werte aus den Statistischen Jahrbüchern, wie oben sowie aus Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands,* Wiesbaden: Springer, 2014.

bedenkt, dass die industrielle Revolution in Deutschland erst in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts eingesetzt hat: Arbeiter existieren heute anteilsmäßig nur mehr so viele wie in der Zeit *vor* der industriellen Revolution!

Während sich der Anteil der produzierenden Klassen (Bauern, Arbeiter) seit Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts stark verkleinert hat, von knapp zwei Drittel auf heute gerade noch ein Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung, so sind die Dienstleistungen dementsprechend zur dominierenden Sparte geworden. Das gilt für Handel, Verkehr und sonstige Dienstleistungen (Verwaltung und Regierung, Militär und Exekutive, Haushaltshilfe, Versicherungswesen, EDV-Dienstleistungen, etc.), deren Anteil sich von einem Viertel auf die Hälfte verdoppelt hat, aber es gilt vor allem auch für die sozialen Dienstleistungen (Gesundheit, Pflege, Unterricht, etc.), die heute ein Viertel der Beschäftigten umfassen. Der gesamte Dienstleistungsbereich ist seit Anfang des neunzehnten Jahrhunderts von einem Achtel auf heute drei Viertel der Erwerbstätigen angewachsen.

Diese Veränderungen sind dramatisch. Gerade was den Anteil an Bauern und Arbeitern betrifft, so ist der negative Effekt für die Selbstwahrnehmung dieser Gruppen nicht zu unterschätzen, der durch die schlichte Tatsache ihrer Schrumpfung entsteht. Deshalb sind auch für die Selbstwahrnehmung einer Bevölkerungsgruppe die absoluten Zahlen wichtig, die wir erneut am Beispiel Deutschlands illustrieren.[64]

Jahr	Bevölkerung alte Bundesländer	ArbeitnehmerInnen Alte Bundesländer	
		Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich
1951	50.528	8.082	5.521
1971	61.284	12.220	10.101
1986	61.066	9.940	12.338
2015	65.223 [2014]	8.217	23.377
71->15	+6%	-32%	+131%

In den alten Bundesländern Deutschlands war die Anzahl der beschäftigten Arbeiter am Höhepunkt des Nachkriegsbooms, um 1970 herum, am höchsten. Diese Zahl ist seither kontinuierlich zurückgegangen und ist heute um ein Drittel niedriger als 1970. Gleichzeitig hat die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich um 130 Prozent zugenommen. Bei etwa stabil bleibender Bevölkerung (lediglich 6 Prozent Wachstum seit 1971) bedeutet das, dass im Dienstleistungsbereich in Deutschland in den letzten viereinhalb Jahrzehnten dreizehn Millionen neue Jobs geschaffen worden sind, während im produzierenden Gewerbe vier Millionen Jobs verloren gegangen sind. Diese Situation ist typisch für alle Länder der westlichen Welt, die Unterschiede im Detail sind minimal.[65]

[64] Werte wie oben, aus den Statistischen Jahrbüchern.

[65] Vgl. etwa Max Haller, *Die österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und sozialer Wandel,* Frankfurt / Main: Campus, 2008, 275, wo zahlreiche Länder der westlichen Welt gegenübergestellt werden. Der Anteil an Dienstleistungen lag 2005 überall zwischen 65 und 74 Prozent, Land- und Forstwirtschaft zwischen 3 und 6 Prozent, Industrie und Gewerbe zwischen 20 und 30 Prozent. Ebenso ähnlich lagen die Verhältnisse in den unterschiedlichen Ländern 1960.

Beinahe noch dramatischer als die Veränderungen im Erwerbstypus hat sich in den vergangenen hundert Jahren der Bildungsstand der Bevölkerung verändert. Hier die wichtigsten Zahlen:[66]

	Nur Grundschule	Lehre oder Fachschule	Matura bzw. Hochschulreife	Universität
	Deutschland			
1930	80	17	3	1
1987	67	20	13	7
2014	37	32	31	16
Prognose	20	32	48	24
	Österreich			
2014	24	49	27	14
Prognose	17	41	42	21

Die „Prognose“ rechnet einfach die Zahlen von heutigen Jugendlichen hoch. Hilfskräfte ohne Ausbildung bildeten 1930 vier Fünftel der arbeitenden Bevölkerung, heute umfasst diese Gruppe ein Drittel und wird in den kommenden Jahrzehnten auf ein Fünftel zurückgehen. Facharbeiter bildeten 1930 ein Achtel, heute und auch in Zukunft bilden sie ein Drittel der Arbeitskräfte. Hochschulreife haben 1930 lediglich 3 Prozent erlangt, heute ein Drittel, künftig etwa die Hälfte der Bevölkerung. Einen Universitätsabschluss erlangte 1930 nur ein Prozent der Bevölkerung, heute ein Achtel, künftig etwa ein Viertel.[67]

Diese Daten sind für unsere folgenden Überlegungen extrem wichtig, weil sie zeigen, dass die sogenannte geistige Elite, die in der Weimarer Republik etwa ein bis drei Prozent der Bevölkerung repräsentiert hat (je nachdem, ob man sich auf die Gruppe mit Matura oder die mit Hochschulabschluss stützt), heute fast exakt den zehnfachen Bevölkerungsanteil hat (16 bzw. 31 Prozent in Deutschland, 14 bzw. 27 Prozent in Österreich), bei stark weiter steigender Tendenz: der Anteil wird in einigen Jahrzehnten wohl bei 50-60 Prozent bzw. etwa einem Drittel der erwachsenen Bevölkerung liegen. Eine Gruppe also, die als „Elite“ zu bezeichnen eigentlich absurd ist: sie wird irgendwann die absolute Mehrheit der Erwerbstätigen repräsentieren und damit die sogenannte Unterschicht zahlenmäßig überholen!

[66] Werte wie oben, aus den Statistischen Jahrbüchern sowie aus Hartmut Titze, *Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Band 1: Hochschulen 1. Teil: Das Hochschulstudium in Preußen und Deutschland 1820-1944*, Vandenhoeck & Ruprecht, 1987.

[67] Es gibt hier allerdings Aspekte, wo sich diese Zahlen aufgrund bildungspolitischer Veränderungen gegenüber der Situation bei heutigen Jugendlichen künftig stark ändern könnten. So könnte der Anteil an Hochschulabsolventen in einigen Jahren viel höher sein als hier prognostiziert, wenn man viele collegeartigen Ausbildungen entwickelt, die dann auch in diese Kategorie fallen. Auch der Anteil der Arbeitenden mit Hochschulreife könnte dann stark ansteigen, wenn ein anderer Modus der Lehrlingsausbildung gefunden wird, in dem Stil, wie wir dies unten nahelegen werden. Dann könnte die Gruppe der Personen mit Hochschulreife im Wesentlichen um das eine Drittel der Personen mit Facharbeiterausbildung erweitert werden (zu etwa 70 bis 80 Prozent der Arbeitenden), der Anteil von Universitätsabsolventen könnte auf weit mehr als ein Drittel der Bevölkerung ansteigen.

Eine wichtige Frage wäre nun auch, wie sich die Bildungsniveaus auf die einzelnen Beschäftigungstypen verteilen. Leider konnten darüber keine Zahlen gefunden werden, weshalb wir auf eine Schätzung zurückgreifen müssen. Nehmen wir also an, dass Arbeiter grundsätzlich höchstens Lehre oder Fachschule (ohne Matura) als Ausbildung aufzuweisen haben, bei Angestellten, Beamten und Selbständigen aber die Ausbildungsniveaus dem Durchschnitt entsprechen, bei leicht stärkerer Gewichtung des Anteils an Maturanten und Akademikern, so ergibt sich folgende Schätzung für Österreich um 2015:[68]

	Anteil der Erwerbstätigen	Nur Grundschule	Lehre / Fachschule	Matura / Hochschulreife	Universität College
Arbeiter	26,3	1/3	2/3	0	0
Angestellte	57,3	2/9	4/9	1/3	1/5

Beschäftigungstyp, Bildungsniveau und populistisches Mobilisierungspotential

Es gibt eine Reihe von interessanten Korrelationen, die wir hier aussparen. So wählen Frauen fast immer unterdurchschnittlich populistisch. Populistische Parteien reüssieren immer (in der Weimarer Republik, in Österreich, in Frankreich, in den USA) in den ländlichen Regionen und weniger in den Ballungsräumen. Jugendliche unterstützen manchmal überdurchschnittlich populistische Politik (so etwa in den 1990er-Jahren in Österreich), manchmal aber eben auch nicht (so heute in den USA, Österreich und den Niederlanden). Arbeitslose unterstützen überdurchschnittlich Populisten, wogegen gerade Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit beispielsweise heute in Österreich kaum überdurchschnittlich die FPÖ wählen (es gibt hier keine signifikante Korrelation).[69] Wir greifen hier nur zwei wichtige sozialstrukturelle Faktoren heraus: Beschäftigungstyp, und Bildung.

Zum Zusammenhang von Beschäftigungstyp mit der Unterstützung der NSDAP hat Falter umfassende Daten zusammengestellt. Hier die wichtigsten Resultate:[70]

	1930	1932a	1932b	1933
Selbständige / Mithelfende	17	39	33	49
Angestellte / Beamte	13	24	21	32
Arbeiter	12	27	24	33
Hausfrauen etc.	15	31	26	36
Alle Wahlberechtigten	15	31	26	39

Arbeiter haben die NSDAP also zwar stark, aber unterdurchschnittlich unterstützt. Noch geringer war die Unterstützung bei Angestellten und Beamten. Hausfrauen unterstützten die NSDAP durchschnittlich. Überdurchschnittlich war hingegen die Zustimmung bei Selbständigen und Mithelfenden.

[68] Werte wie oben, aus den Statistischen Jahrbüchern.
[69] Errechnet aus den offiziellen Wahlergebnissen des Innenministeriums.
[70] Falter, *Hitlers Wähler*, S. 283.

Wie hat die Bildungselite in der Weimarer Republik gewählt? Es scheint alles dafür zu sprechen, dass diese zahlenmäßig kleine und daher wahlstatistisch kaum erfassbare Gruppe weit überdurchschnittlich die NSDAP unterstützt hat, auch in den Großstädten, wo die geringere Unterstützung der NSDAP auf das Konto der ärmeren Bezirke gegangen ist.[71] Unter Studierenden hatte die NSDAP bereits 1930 die absolute Mehrheit: die Universitäten schritten in Sachen NSDAP-Unterstützung dem Rest der Bevölkerung voran.[72]

Bei den heutigen Vergleichswerten stützen wir uns ausschließlich auf österreichische Statistiken.[73]

	FPÖ 1986	FPÖ 1990	FPÖ 1994	FPÖ 1995	FPÖ 1999	FPÖ 2002	FPÖ 2006	FPÖ 2008	FPÖ 2013	Hofer 2016
Gesamt	9,7	16,6	22,5	22,0	26,9	10,0	11,0	17,5	20,6	46,2
Arbeiter	10	21	29	34	47	10	14	28	33	85
Angestellte	13	16	22	22	22	4	10	20	25	40
Pflichtschule	6	14	21	18	25	14	8	19	15	53
Lehre	11	19	26	27	33	10	13	23	35	64
BMS						13	11		21	51
Matura	11	13	19	16	22	6	6	12	19	26
Universität							8		4	17

2014 teilten sich die Beschäftigten in Österreich in 32,6 Prozent Arbeiter auf, 47,9 Prozent Angestellte sowie 19,5 Prozent sonstige (Freie Dienstnehmer, Grundwehrdiener, Arbeitgeber, Selbständige, Mithelfende Familienangehörige, etc.).[74]

Was an den Zahlen zur FPÖ auffällt, im Vergleich zu den Daten zur Weimarer Republik, ist die enorme, wenn auch diskontinuierliche Mobilisierung der Arbeiter durch die FPÖ. Bis 1999 konnte die FPÖ knapp die Hälfte der Arbeiter für sich gewinnen (zu diesem Zeitpunkt wählte gerade noch etwas mehr ein Drittel der Arbeiter SPÖ). 2002, nach dem Scheitern der ersten Schwarz-Blauen Koalition, erreichte die FPÖ plötzlich nur mehr 10 Prozent der Arbeiter oder denselben Wert wie davor 1986. Diese Werte sind dann aber kontinuierlich erneut gestiegen, mit dem vorläufigen Höhepunkt der Bundespräsidentenwahl 2016 und der schier unglaublichen Mobilisierung von 85 Prozent der Arbeiter.

Angestellte wählten dagegen nur 2013 sowie 1986 überdurchschnittlich FPÖ, ein Bild, das hier in der Tendenz dem in der Weimarer Republik ähnelt.

Bei der Bildung ist das heutige Bild vom historischen grundlegend verschieden. Extrem niedrige Zustimmung zur FPÖ und zu Hofer bei Universitätsabsolventen (bei den 17 Prozent für Hofer sind ohne Zweifel viele ÖVP-Stammwähler, die bei Nationalratswahlen kaum die FPÖ wählen würden), aber auch bei Maturanten, ausgeglichenes Niveau bei Absolventen von sogenannten berufsbildenden Mittelschulen (BMS), jedoch massive Zustimmung bei

[71] Nach Falter, *Hitlers Wähler*.
[72] Nach Konrad H. Jarausch, *Deutsche Studenten. 1800-1970,* Frankfurt / Main: Suhrkamp, 1984, 159-162.
[73] Werte, wie oben.
[74] *Statistik Austria. Statistisches Jahrbuch 2017*, S. 65.

Facharbeitern (mit „Lehre“). Bei Arbeitskräften ohne Ausbildung („Pflichtschule“) ist die Zustimmung zur FPÖ ebenfalls überdurchschnittlich, jedoch (mit Ausnahme von 2002) geringer als bei Facharbeitern. Die minimale Bereitschaft heutiger Universitätseliten, Populismus zu unterstützen, zeigt sich in dramatischer Weise auch an den Hochschülerschaftswahlen in Österreich. Waren die Studierendenvertretungen in der Weimarer Republik extrem nationalsozialistisch eingestellt, so erreicht der FPÖ-Ableger RFS bei den Hochschülerschaftswahlen in Österreich stets nur um die zwei Prozent der Stimmen.[75]

Versuchen wir nun zusammenfassend die unterschiedlichen sozialen Gruppen hinsichtlich des populistischen Mobilisierungspotentials, im zeitlichen Vergleich, darzustellen. Wir unterscheiden fünf Kategorien des Mobilisierungspotentials:

Sehr stark = > 2/3
Stark = 1/2 bis 2/3
Mittel = 1/3 bis 1/2
Gering = 1/8 bis 1/3
Sehr gering = < 1/8

	Pflichtschule (Arbeiter + Angestellte)	Arbeiter mit Fachausbildung	Angestellte mit Fachausbildung aber ohne Matura	Angestellte, Beamte etc. mit Matura	Angestellte, Beamte etc. mit Universitäts-abschluss
Weimarer Republik	Stark		Stark		Sehr stark
Österreich 2016	Stark	Sehr stark	Mittel	Gering	Sehr gering

Die wichtigsten Unterschiede zwischen heute und der Situation in der Weimarer Republik sind also (1) dass heute das Mobilisierungspotential bei gut ausgebildeten Arbeitern sehr stark ist, offenbar stärker als das in der Weimarer Republik, während (2) bei Personen mit Matura und, noch stärker, mit Hochschulabschluss, das Mobilisierungspotential in der Weimarer Republik sehr stark gewesen ist, heute aber gering bis sehr gering ist. Anders ausgedrückt, fallen die hochqualifizierten Bevölkerungsgruppen (die in der Weimarer Republik insgesamt eine sehr starke Tendenz zum Populismus hatten) heute in zwei Extreme: die Facharbeiter, die sehr stark zum Populismus tendieren, und die Personen mit mindestens Hochschulreife, die kaum zum Populismus tendieren. Diese beiden Sachverhalte gilt es, auch im zeitlichen Vergleich, zu erklären. Warum sind Arbeiter heute affiner zum Populismus als in der Weimarer Republik? Warum ist bei Maturanten und Akademikern das genaue Gegenteil der Fall?

[75] Vgl. https://wahlergebnisse2015.oeh.ac.at/ und http://fm4v2.orf.at/connected/121137/main , beide abgerufen am 17.05.2017. Das Ergebnis lag in den Jahren 2001 und 2015 durchwegs nur bei etwa 2 Prozent.

Erste Fallstudie: Die Bildungselite

Wenn wir hier von „Elite“ oder „Bildungselite“ sprechen, so meinen wir die Gruppe, die alle gebildeten Teile der Bevölkerung umfasst: Angestellte mit Matura oder Hochschulabschluss, Manager, Industrielle, Lehrer, Ärzte, Politiker, Künstler, Journalisten und Wissenschaftler. Diese Gruppe ist nicht völlig identisch mit der Gruppe der Maturanten und Akademiker: Künstler, Politiker, selbst Journalisten und manche Wissenschaftler haben diese formalen Ausbildungen gelegentlich nicht aufzuweisen. Dennoch waren und sind das eher Ausnahmefälle, weshalb wir uns der Gruppe dadurch approximativ nähern, dass wir die formale Bildung (mindestens Matura) als definitorisches Kriterium ansetzen. Das zeigt, dass diese Gruppe in der Weimarer Republik nur einen Bruchteil der erwachsenen Bevölkerung, maximal ein Zwanzigstel, umfasst hat, während sie heute knapp ein Drittel und in einigen Jahrzehnten mehr als die Hälfte repräsentieren wird.

Die Bildungselite ist aus verschiedenen Gründen wichtig für eine Gesellschaft, egal ob sie groß oder klein ist. Sie repräsentiert Wissen und Kultur ebenso wie politische und wirtschaftliche Macht. Sie sorgt für Informationsfluss, Gesundheit und Bildung. Dadurch *beeinflusst* diese Gruppe die Gesellschaft in höchstem Maß, sie ist aber auch für ihr Funktionieren verantwortlich: sie bestimmt, *wie* das gesellschaftliche Getriebe läuft und sorgt dafür, *dass* es überhaupt laufen kann. Früher war für diesen Aspekt der Gesellschaft eine eher kleine Personengruppe erforderlich: vor dem neunzehnten Jahrhundert wohl tatsächlich weit weniger als ein Prozent. In den letzten ein oder zwei Jahrhunderten aber ist diese Gruppe stark angewachsen, aufgrund der weltweiten Transformation der Gesellschaft, von einer *agrarischen* Gesellschaft (von der Steinzeit bis ins achtzehnte Jahrhundert) zu einer *industriellen* Gesellschaft (im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert), die aber ihrerseits schrittweise zur Ausprägung einer *Technologie-, Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft* geführt hat. Dadurch stieg der Anteil der Bildungselite bis in die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts auf drei bis fünf Prozent. Nach 1945 ist dieser Anteil aber exponentiell weitergewachsen. Er liegt heute in Westeuropa und den USA bei einem Drittel und steigt rasant weiter. Teilweise geht es hier um einen Effekt der Selbstreproduktion- und Erhaltung. Eine größere Bildungselite erfordert einen größeren Bildungsapparat und umfangreichere Kulturaktivitäten. Dienstleistungsgesellschaft kommt auch dadurch zustande, dass sich das Sozialsystem in seiner Gesamtheit verbessert, unter Einschluss des Gesundheitssystems: der Bedarf an Ärzten steigt an. Technologiegesellschaft bedeutet, dass die Produktion ein größeres Ausmaß an Wissen und wissenschaftlichem Hintergrund erfordert. Dadurch steigt der Bedarf an wissenschaftlichen Institutionen wie auch an hochqualifizierten Fachkräften (mit Hochschulabschluss). All diese Entwicklungen sind zur Zeit der Weimarer Republik längst im Gang gewesen, sie haben sich nach 1945 aber weiter verstärkt.

Der verblüffende Sachverhalt, den wir nun zu erklären versuchen werden, besteht darin, dass die Bildungselite in der Weimarer Republik überdurchschnittlich stark anti-demokratisch eingestellt war und mit ihrer weitgehend bedingungslosen Bereitschaft zur Unterstützung, den schrecklich durchschlagenden Erfolg des Nationalsozialismus möglich gemacht hat, während sie heute in allen Ländern der westlichen Welt als Bollwerk gegen den

Populismus fungiert und weitgehend immun gegen anti-demokratische Tendenzen zu sein scheint. Was war für die katastrophale Einstellung der Bildungseliten in der Weimarer Republik verantwortlich? Was hat dazu geführt, dass dieser Bevölkerungsteil nach 1945 nicht nur massiv gewachsen ist, sondern innerhalb von gut fünf Jahrzehnten seine politische Ausrichtung um 180 Grad verändert hat? Wir gehen in drei Stufen vor. Zunächst beschreiben wir die Situation in der Weimarer Republik, in enger Anlehnung an die bis heute bahnbrechenden Studien des Soziologen Fritz Ringer zu den Ursachen des Totalitarismus der Wissenschaft in der Weimarer Republik. Dann skizzieren wir die ungefähr in der zeitlichen Mitte zwischen damals und heute angesiedelte 1968er-Generation als ein Übergangsstadium: der revolutionäre Impetus der 68er hat vieles an Demokratisierung mit sich gebracht, schleppte aber auch Relikte des Totalitarismus der „Mandarine" mit sich fort. Schließlich versuchen wir eine Annäherung an die rezente Bildungselite – die oft belächelten Bobos und Nerds, die trotz ihrer wenig engagierten und eher apolitischen Einstellung heute das Fundament unserer Demokratien repräsentieren.

Stufe 1: Die deutschen Mandarine

Die von Fritz Ringer beschriebenen „deutschen Mandarine" sind der Typus des Universitätsgelehrten, den Ringer nach dem Muster der chinesischen Beamten gleichen Namens beschrieben hat, als starre und in sich abgeschlossene Gruppe mit rückwärtsgewandter Denkweise, unfähig die Modernisierungsschübe des beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts als Chancen zu erkennen.[76] Die deutschen Intellektuellen, die Ringer beschreibt, betrachteten die Welt nach dem ersten Weltkrieg, auch in Phasen ökonomischer Prosperität, als eine Welt der *kulturellen Krise*, des Niedergangs einer großen abendländischen Kultur, für die, ihrer Meinung nach, vor allem die Kunst und Wissenschaft in Deutschland im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert stand. Der von Oswald Spengler in einem in den 20er-Jahren viral gewordenen Kultbuch beschworene *Untergang des Abendlandes* bestand also weder in einem ökonomischen Untergang (er hatte nichts mit der Wirtschaftskrise zu tun) noch war er direkt mit den Gräueln des ersten Weltkriegs verbunden. Vielmehr lag das Problem in der angeblichen Zerstörung der abendländischen (genauer: der deutschen) Kultur *durch die Demokratisierung der Politik*.[77] Wie schon Kant die Demokratie als „Despotism" betrachtet hatte, weil sie zu einer Diktatur der öffentlichen Meinung über die wahren, „transzendentalen" Einsichten der Ohrensesselphilosophen führt, lehnte die große Mehrheit der Intellektuellen der Weimarer Republik die Demokratie fundamental ab und war am Ende bereit, Hitler zu unterstützen, einfach nur um den Wahnsinn der Freiheit und Gleichheit zu beenden. Das Denken der Professoren war totalitär und die Studenten sind ihnen darin gefolgt bzw. vorangeschritten: schon 1931 haben die Nazis die deutsche Studentenschaft dominiert.

Grund für die totalitäre Ausrichtung der Bildungselite der Weimarer Republik war, so könnte man sagen, eine von Vornherein falsch verstandene Aufklärung. Man klammerte sich an die Idee des Philosophen, des Denkers, der anderen verborgene („transzendentale")

[76] Fritz K. Ringer, *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933,* Stuttgart: Ernst Klett, 1983.
[77] Oswald Spengler, *Der Untergang des Abendlandes*, München: C.H. Beck, 1923, 1130-1144.

Zusammenhänge sieht, der, wie Heidegger es in seinen Schriften der Nazi-Zeit unternommen hat, „das Sein“ durch den Einsatz seines Denkens, vom Ohrensessel aus, weiterbringt. Demokratie war für die Denker der Weimarer Republik deshalb ein bizarrer Unsinn, weil sie der Überzeugung gewesen sind, dass es sich den für die Lenkung eines Staates erforderlichen normativen Ansätzen stets um Einsichten handelt, die ausschließlich einem vertieften wissenschaftlichen Zugang sichtbar werden.

Nicht alle haben so gedacht. Man kann die nonkognitivistische Moralauffassung der Logischen Empiristen und des großen Demokratietheoretikers Hans Kelsen als direkten Gegenentwurf zur antidemokratischen Idee einer Diktatur der Seher der wahren Werte interpretieren. Bloß waren diese Querdenker von Beginn an in der Defensive und mussten spätestens um die Mitte der 30er-Jahre emigrieren. Die demokratische Philosophie von Kelsen, Carnap, Reichenbach und dem österreichischen Sozialphilosophen Otto Neurath war die Vorwegnahme der Einstellung zum Verhältnis von Wissenschaft und Wert, die heute die Mehrheit der Repräsentanten der Bildungselite teilt. In dieser Zeit jedoch wurde sie diffamiert und bekämpft, weil sich die Bildungselite durch die Ideen dieser Querdenker in ihrem moralischen Alleinvertretungsanspruch beeinträchtigt fühlte.

Waren aber die Intellektuellen in der Weimarer Republik der Auffassung, dass die Demokratie deshalb abzulehnen ist, weil sie die Möglichkeit hintertreibt, die Werteinsichten von Moralexperten zur Grundlage des Staates zu machen, so ist damit noch nicht erklärt, warum sie am Ende die Nazis unterstützt haben, als ein diesen höheren Einsichten kaum stärker zugeneigtes Regime. Dass dennoch (zumindest anfänglich: viele Intellektuelle waren bald nach 1933 eher enttäuscht vom Verlauf des Nazi-Regimes) die große Mehrheit der Bildungselite auf die Nazis gesetzt hat, muss so eine Reihe von weiteren Gründen gehabt haben. So waren die „Werteinsichten“ vieler Intellektueller de facto denen der Nazis sehr ähnlich: der Antisemitismus hat gerade an den Universitäten eine zentrale Rolle gespielt, ebenso der Deutschnationalismus und die Idee einer aggressiven Bereinigung der Schmach von 1918. Auch hat man die Demokratie nicht nur aus dem abstrakten Grund abgelehnt, dass sie zu einem „Despotism“ der uneinsichtigen Massen führt. Man war in der Bildungselite weitgehend antisozialistisch eingestellt bzw. vertrat einen apolitischen Liberalismus, der zwar auf den ersten Blick wenig Berührungspunkte mit der Ideologie der Nazis hatte, aber oft die Möglichkeit für ad hoc geschmiedete Verbindungen bot. So konnte man sozialdarwinistische Ideen bzw. Gedanken zum freien Wechselspiel der Kräfte zur Rechtfertigung einer machtvollen Diktatur heranziehen.

Wichtig ist für unsere Betrachtungen aber auch, dass der Typus des „Mandarins“ sich nicht in einem Nazi-affinen Anhänger illiberaler Werte erschöpft. Es stimmt zwar, dass (zumindest bis 1933) viele Intellektuelle in Deutschland diese Verbindung repräsentiert haben. Aber auch unter den dem Nationalsozialismus abgeneigten Intellektuellen spielte der Typus des Mandarins eine wichtige Rolle, auch nach 1945. Es geht hier um ein Schema von Verhaltensweisen, die zunächst von politischen Konnotationen unabhängig funktionieren. Eine abgehobene geistige Elite. Kathederwissenschaftler, die mit eiserner Hand forschen und lehren, die größtmögliche Distanz zu ihren Studierenden und erst recht zur gemeinen Masse wahren. Mandarine sind *auch* der Typus des verschrobenen Gelehrten, der, wie der

Professor Unrat von Heinrich Mann oder der abgehobene Sinologe Kien in Elias Canettis meisterhaftem Roman *Die Blendung* (oder auch die „Geistesmenschen“ in den Romanen Thomas Bernhards), weitgehend lebensunfähig ist und so weltfremd, dass er nicht einmal mit seinesgleichen auf Augenhöhe kommunizieren kann und dabei ein Leben von spektakulärer Banalität führt, dessen soziale Primitivität in einem grotesken Gegensatz zu seinen hochfliegenden Kopfgeburten steht. Mandarine sind milieubedingte Soziopathen, die, so scheint es, die Illusion eines exklusiven Zugangs zu den wahren Werten durch eine weitgehend paradoxe moralische und emotionale Degeneration erkaufen. Dieser allgemeinere Aspekt des Typus des Mandarins beschränkt sich weder auf Universitäten noch auf Deutschland. Er existiert vom Oberlehrer bis zum Politiker, vom Arzt bis zum Künstler und mag zwar im deutschsprachigen Raum stärker, aggressiver ausgeprägt gewesen sein. Man findet ihn jedoch letztlich in allen Gegenden der westlichen Welt, in einem bestimmten Zeitraum, der wohl irgendwann vor oder nach der Wende zum zwanzigsten Jahrhundert beginnt und irgendwann nach 1945 (es gibt auch heute noch einzelne Repräsentanten dieses seltsamen Menschenschlags) endet.

Stufe 2: Die 1968er-Generation

Auch wenn die deutschen (und anderen) Mandarine nach 1945 ihre Sympathien für den Totalitarismus weitgehend aufgegeben haben, so ist doch ihre soziale Rolle dieselbe geblieben. In mancher Hinsicht hat sich das Mandarinhafte der Bildungselite nach 1945, so scheint es, sogar noch weiter verschärft. Nach dem Krieg agierten die Nationen in Europa zunächst eher abgeschottet. Man igelte sich ein und schuftete für den wirtschaftlichen Aufstieg – politische Diskussionen zur Aufarbeitung des Vergangenen fanden kaum statt. Die Kriegsgenerationen haben (im Übrigen auf Opfer- wie auf Täter-Seite) das Geschehene verdrängt und ihr Heil in einem apolitisch-liberalen Denken gesucht, das Weltanschauung durch eine Ästhetik des Fortschritts zu ersetzen trachtete. Gutes wie Schlechtes wurde unter den Teppich gekehrt, man hatte sich nichts vorzuwerfen. In diesem isolierten Klima der von uns oben so charakterisierten zirkulären Nachkriegsdemokratie kam es irgendwann in den 60er-Jahren zur Explosion. Weder die auf wirtschaftliche Eckdaten reduzierte Weltsicht noch die Gewaltexzesse des Vietnamkrieges waren für die Babyboom-Generation der kurz nach dem Krieg Geborenen länger akzeptabel. Sie wollten Politik diskutieren und leben, Demokratie praktizieren, Frieden herbeiführen und überhaupt die Welt auf den Kopf stellen.

Diese zweite große Jugendbewegung des zwanzigsten Jahrhunderts (nach der teilweise nahtlos in die Hitlerjugend übergegangenen Jugendbewegung des Meißner-Treffens von 1913) wendete sich radikal gegen den aus verdrängten Restbeständen des Nationalsozialismus bzw., im Fall der USA, aus dem rassistischen Klima der Rassentrennung und der Antikommunismus-Hysterie generierten Nachkriegsmief. Neue Formen der Interaktion, vom Politischen bis zum Sexuellen, wurden programmatisch gefordert, gleichzeitig aber auch praktiziert. Nur: wie nachhaltig war diese Revolte?

Zunächst ist wichtig festzustellen, dass die 1968er-Revolte eindeutig eine Jugend- bzw. *Studenten*bewegung gewesen ist, die sich *gegen* das Establishment gerichtet hat und folgerichtig von diesem auch nur sporadisch unterstützt wurde. Ein großer Teil der universitären Mandarine wurde durch die 68er-Revolte nicht etwa aufgerüttelt, sondern hat

sich reflexartig noch weiter im eigenen Mandarinentum eingeigelt. Das gilt auch für bis heute nachwirkende intellektuelle Leitfiguren wie die Denker der Frankfurter Schule. Auch wenn in Frankreich und den USA etablierte Philosophen (allen voran Sartre und Marcuse) die Revolte unterstützt haben, änderte das wenig daran, dass gerade die sprichwörtlichen Meisterdenker auch nach 1968 ausgesprochen distanzierte und tendenziell demagogische Persönlichkeiten geblieben sind, die, linksextreme Nostalgie hin oder her, ihre großartigen Weltentwürfe dem staunenden Publikum vorgesetzt haben, ohne dabei auch nur einen Millimeter des unermesslichen Abstandes zwischen sich und der Masse zu überbrücken. Es ist, anders ausgedrückt, geradezu ein Alleinstellungsmerkmal der Meisterdenker der Nachkriegszeit, dass sie die Rolle des universitären Mandarins mit einer liberalen, oft sehr weit links angesiedelten Attitüde kombinieren. Dass gleichzeitig eben diese linken Intellektuellen den nationalsozialistischen Vordenker Heidegger zu ihrer ultimativen Vorbildfigur erkoren haben, drückt die Paradoxie dieser Kombination aus wie kaum eine andere Einzeltatsache.

Kurz gesagt, die Revolte von 1968 hat an der Mandarinhaftigkeit des universitären Establishments – die Meisterdenker Frankreichs und Deutschlands waren alle damals schon etabliert, hatten also durchwegs schon vor, während oder kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges studiert – wenig geändert. Änderungen fanden hier (im Grunde wenig überraschend) erst einige Zeit später statt, seit den 1980er-Jahren, als die Revolutionäre von 1968 selbst nach und nach ins Establishment vorstießen. War die Revolte also zunächst eher ein Sturm im Wasserglas, weil sie beim herausgeforderten Establishment kaum viel mehr als Trotzreaktionen und Verschärfungen der kritisierten Attitüden auslöste, so ist aufseiten der Revolutionäre selber zu fragen, ob und inwiefern diese einen Weg aus der Mandarinhaftigkeit gefunden haben.

Man muss dabei bedenken, dass Jugendbewegungen nie rein politische oder ideologische Ziele verfolgen. Sie zielen nie bloß auf eine Reform der Weltanschauung ab, sondern auf etwas das viel mehr ist (in manchen Gesichtspunkten aber dann, wie sich zeigt, oft auch weniger), nämlich eine umfassende *Lebensreform*. Es geht darum, die Welt, die eigene Existenz mit anderen Augen zu sehen, *anders* zu leben, alle eingespielten Praktiken und Gewohnheiten radikal infrage zu stellen und sich ein gänzlich neues Image zu geben. Oder, wie dies schon die erste deutsche Jugendbewegung 1913 formuliert hatte, es geht darum, dass die Jugend „nach eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, in innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten [will].“[78] Die Lebensreform von 1968 war insgesamt, so scheint es, überaus erfolgreich (und jedenfalls weit erfolgreicher als die von 1913: die Pläne dieser Generation waren durch den Ersten Weltkrieg durchkreuzt worden). Es war eben gerade der erfrischend neue Wind, die neue Lebensart, die sich 68er in aller Regel bewahrt haben, auch wenn sie später von so manchem ideologischen Grundsatz wieder abgegangen sein mögen. Wie *wir*, die um und nach 1968 überhaupt erst geborenen Bestandteile der heutigen Bildungselite das Leben betrachten: das hat viel mehr mit dem Blickwinkel der 68er zu tun, als mit dem autoritär-weltfremden Mief der Mandarine der ersten Hälfte des

[78] Winfried Mogge und Jürgen Reulecke (Hrsg.): *Hoher Meißner 1913. Der Erste Freideutsche Jugendtag in Dokumenten, Deutungen und Bildern*, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1988, 272f.

zwanzigsten Jahrhunderts (auch dann, wenn unsere politischen Denkweisen vielleicht kaum mehr etwas mit denen unserer Vorläufer von 1968 zu tun haben).

Dieser durchschlagenden Erfolgsstory einer Lebensreform – die Generation von 1968 hat hier den Weg ins 21te Jahrhundert vorgezeichnet und es gibt keine Indizien, dass die Richtung nicht beibehalten würde – steht aber ein wesentlich zweifelhafterer Erfolg der konkreten ideologischen und weltanschaulichen Entwürfe gegenüber, die in der Revolte entstanden sind. Auch hier sind positive Aspekte zu konstatieren. Sexuelle Freiheit und Basisdemokratie hatten schon ihre guten Seiten, auch wenn erstere oft zum Vorwand für sexuelle Übergriffe mutierte und letztere die Tendenz hatte, blanke Anarchie und Beliebigkeit zu stiften. Das ideologische Kernproblem der 68er-*Revolte* lag aber, so könnte man aus demokratietheoretischer Sicht sagen, eben darin, dass es sich um eine Revolte gehandelt hat. Der Historiker Götz Aly hat in einem ebenso provokanten wie lesenswerten Rückblick gerade diese teils offen verfassungs- und demokratie*feindliche* Seite der 68er-Revolte hervorgehoben.[79] Der Terrorismus der RAF wurde von vielen 68ern romantisch verharmlost. Zwar hat ein Großteil der 68er hat später einen Weg gefunden, zu einer durchaus demokratischen Haltung, von der die heutigen Demokratien fast nur positiv profitieren. Zunächst aber hat man den demokratischen Weg, so scheint es, nicht einmal zur Debatte gestellt, sondern stattdessen den Umsturz gepredigt. Dieser hat nicht stattgefunden. Aber *hätte* er stattgefunden: wie hätte das Resultat demokratischer sein sollen, als der Zustand davor? Alys Diagnose, dass hier auf der politischen Ebene viele Muster des totalitären Denkens der verachteten Elterngenerationen stillschweigend übernommen worden sind, ist ohne Zweifel richtig (auch wenn Aly die oben angesprochenen, insgesamt viel wichtigeren positiven Seiten der Revolte im Überschwang seiner Kritik übersieht).

Die Revolte von 1968 war, weltanschaulich-politisch gesehen, ein Sturm im Wasserglas. Und das war gut so. Lebensweltlich gesehen aber, war diese Revolte (zwar keine Revolte aber) ein voller Erfolg. Sie hat eine neue Einstellung zu den kleinen und großen Dingen des Lebens ermöglicht, genau den entspannten Blick, fern von überzogenen Moralvorstellungen und tausendjährigen Visionen, von dem wir bis heute profitieren und auf dem letztlich, wie es scheint, auch die demokratische Kultur der heutigen Bildungselite indirekt aufbaut.

Zwischenbemerkung: 1987 – was ist seither passiert?

Die abgeschlossene und insgesamt irgendwie bösartige Welt der Mandarine war überaus nachhaltig überlebensfähig. Gerade an den Universitäten hat sich hier eine Art Inselwirklichkeit herausgebildet, in der der Nationalsozialismus und seine ideologischen Derivate auch lange nach 1945 oft, einem Gruselkabinett gleich, weiter grassieren konnten. Als ich Ende der 1980er-Jahre als junger Student an das Philosophieinstitut der Universität Wien gekommen bin (es war dies grade zur Zeit der Waldheim-Affäre, die weite Teile der Bevölkerung aufgewühlt und politisiert hat) war dieses Institut, trotz einer kleinen Gruppe von querdenkerischen Honorarprofessoren und Privatdozenten (ihrerseits offenbar Profiteure des seit Anfang der 1970er-Jahre auch an den Universitäten spürbaren frischen

[79] Götz Aly, *Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück,* Frankfurt / Main, Fischer, 2008.

Windes der Kreisky-Administration), ein protektionistisches Horrorkabinett, das noch immer die Handschrift jener starrsinnigen Altnazis und katholischen Fundamentalisten trug, die nach 1945 das Institut aufgeteilt hatten, untereinander bis aufs Blut verfeindet, mit dem einzigen gemeinsamen Nenner, niemanden von außen rein zu lassen, schon gar nicht jemanden, der in der Nähe der Philosophie des von genau diesen Nachkriegsprotagonisten in den 30er-Jahren vertriebenen Wiener Kreises angesiedelt sein könnte.[80] Protektionismus ermöglichte, dass sich hier ein Panoptikum reaktionärer Denkweisen, die zu diesem Zeitpunkt in Österreich schon kaum mehr als eine Ein- oder Zwei-Prozent-Minderheit begeistert haben dürften, über viele Jahrzehnte perpetuieren konnte. Das wirklich Verblüffende an dieser Situation ist aber, dass sie, trotz ihrer scheinbaren Unanfechtbarkeit, heute, nur drei Jahrzehnte später, praktisch spurlos verschwunden ist. Wo sind die katholischen und deutschnationalen Netzwerke geblieben, die das universitäre Leben in Österreich noch in den 1980er-Jahren dominiert haben? Was ist mit den protektionistischen Schutzmechanismen passiert, die es ermöglicht haben, ideologisch indiskutable und qualitativ inferiore Substrate der akademischen Sattelzeiten des Austrofaschismus und Nationalsozialismus über alle „Krisenzustände“ der Nachkriegs(sozial)demokratie hinweg zu retten? Wo ist die (von der anderen Seite gesehen) gute alte Zeit geblieben, in der die Universitäten Bollwerke und Brutstätten des Protektionismus, Nationalismus und Rassismus gewesen sind?

Nicht, dass heute an den europäischen Universitäten alles zum Besten liefe. Es gäbe hier genug zu kritisieren und an Reformbedarf anzumelden. Beschränkt man sich aber auf die weltanschauliche Seite des Universitätslebens, dann kann man nicht anders als die Entwicklungen in den letzten drei Jahrzehnten als spektakuläre Erfolgsstory zu sehen. Was ist also passiert? Wo sind die alten Netzwerke und Seilschaften?

Zunächst ist es wichtig, den äußerst provinziellen Zustand der Universitäten vor drei Jahrzehnten zu verstehen. Besetzungen von Professuren und Assistentenstellen wurden in Österreich und anderen Ländern Westeuropas (vielleicht mit Ausnahme von Großbritannien) weitgehend als sogenannte Hausbesetzungen vorgenommen: man berief eine Person auf die Stelle, die man vor Ort dafür aufgebaut bzw. ausgewählt hatte. Dieses System war perfekt dafür geeignet, einen provinziellen Ausgangszustand zu konservieren. Heute können Stellenbesetzungen nur in Ausnahmefällen aus dem lokalen Personalstand vorgenommen werden, überwacht wird dies vom Rektorat der Universität. Auch war in den 1980er-Jahren der Einfluss der Politik auf die Wissenschaft noch sehr groß. Professuren wurden letztlich nur mit dem Segen des Ministeriums besetzt. Auch das eine Maßnahme zur Stärkung provinzieller Netzwerke. Heute sind die Universitäten autonom und dem politischen Einfluss entzogen.

Aber diese Faktoren alleine – also Internationalisierung und Autonomie der Universitäten – reichen nicht aus, um das Phänomen der totalen Entmachtung provinzieller Netzwerke zu erklären, auch weil sie letztlich nur Begleiterscheinungen einer größeren Entwicklung sind. Das Ende des Kalten Krieges spielte hier eine wichtige Rolle, gerade in Österreich, das durch

[80] Vgl. Kurt R. Fischer, Franz M. Wimmer (Hrsg.): *Der geistige Anschluß. Philosophie und Politik an der Universität Wien 1930-1950*, Wien: WUV, 1993.

die Ostöffnung einen Schub an Internationalisierung und Deprovinzialisierung erlebt hat. Österreich ist 1995 in die EU eingetreten. Heute gibt es den Euro, offene Grenzen und eine Bevölkerung, die ungleich mobiler ist als vor drei Jahrzehnten. Das gilt für *alle* Teile der Bevölkerung, ganz besonders aber für die Bildungselite. Kaum jemand erlebt heute seine Karriere ausschließlich im engen Umfeld einer einzelnen Stadt oder eines Bundeslandes. Der internationale Austausch ist viel stärker als vor drei Jahrzehnten. Auch wenn die bösartigen Netzwerke, in denen noch in den 1980er-Jahren das (akademische) Leben in Österreich gefangen war, vielleicht immer noch existieren: sie sind machtlos geworden, weil das Personal der Universitäten heute ununterbrochen wechselt und zu 95 Prozent nicht einmal von der schieren Existenz der einst allmächtigen Seilschaften weiß.

Auch wenn diese Effekte nur die universitären Institutionen wirklich stark treffen (und auch wenn sie anderswo vielleicht weniger wirksam sind: in Deutschland, Frankreich oder Italien scheinen protektionistische Konstruktionen heute noch wirksamer zu sein, vielleicht einfach deshalb, weil diese Länder größer sind und daher eine Art Schein-Internationalität innerhalb der eigenen Grenzen simulieren können). Die Universitäten sind Kern-Institutionen. Sie erzeugen das Klima, in dem die gesamte Bildungselite aufwächst. Auch diejenigen, die selber nicht studieren gehen in eine Mittelschule, an der Lehrer unterrichten, die ihrerseits wieder vom Klima an den Universitäten geprägt sind. Werden provinzielle Mechanismen an Universitäten aufgebrochen, dann wirkt das indirekt auf die gesamte Gesellschaft deprovinzialisierend.

Stufe 3: Proletarisierung der Bildungselite

Heutige Bobos, Nerds und Hipster (und wie diese Prädikate urbaner Kulturrepräsentanten sonst heißen mögen) werden oft für ihre bloß am Lifestyle orientierte Lebenshaltung und ihre apolitische Einstellung kritisiert. Im Vergleich zu den Che-Guevara-T-Shirts tragenden 68ern sind heutige Bildungsbürger, mit ihrer Konsumorientiertheit und oftmals selbstgefälligen Lebenslust, auf den ersten Blick eher eine politische Bankrotterklärung der Gesellschaft. Hinzu tritt eine kaum zu übersehende Marginalisierung der traditionellen Hochkultur. Es gehen, so scheint es, heute kaum mehr (bzw. vielleicht sogar weniger) Bildungsbürger in die Oper oder ins Burgtheater als vor hundert Jahren, obwohl diese Gruppe heute zehn Mal so groß ist wie damals. Die Kultur „verflacht“, so scheint es, dadurch, dass Bildungsbürger heute eher dieselben US-Importe der Mainstream-Kultur konsumieren wie ihre ungebildeten Zeitgenossen. Man könnte all diese Dinge aus einer bestimmten Perspektive heraus beklagen, als Verlust eines tiefen Kulturbewusstseins, als Depolitisierung der Intelligenz oder gar als Phänomen der Degeneration oder „Verhaustierung“. Ich möchte hier jedoch eine völlig andere Einschätzung dieses durchaus unübersehbaren Phänomens vorschlagen.

Es stimmt, dass das was hier passiert, als *Proletarisierung der Bildungselite* beschrieben werden kann. Diese Gruppe ist in die Breite gewachsen – sie ist schon heute zahlenmäßig ebenso stark bzw. knapp stärker als die Gruppe der Arbeiter. Vor allem aber hat sich die Bildungselite im kulturellen Spektrum der Gesamtbevölkerung signifikant integriert und dadurch auch abgeflacht. Die Hochkultur und der gediegene politische Diskurs, vormals Alleinstellungsmerkmale bzw. Pflichtrituale der Bildungselite sind heute innerhalb derselben

zum Nischenprogramm geworden. Aber, erstens ist diese Entwicklung alles andere als ein Nachteil für die Hochkultur selber. Sie hört damit tendenziell (wenn auch nicht vollständig) auf, eben diesen durchaus problematischen Charakter eines elitären Konsumrituals zu haben – was gibt es schöneres als Salzburger Festspiele, wo nicht bloß Bonzen aus dem Ruhrgebiet ihre Wohlstandsbäuche zur Schau tragen, sondern x-beliebige Nerds ihre exotischen Vorlieben pflegen. Zweitens bedeutet diese Proletarisierung der Bildungselite ja nur dann eine negativ zu konnotierende „Verflachung", wenn wir jede Form der Kultur außer dem von Shakespeare bis Beethoven reichenden Kanon als prinzipiell minderwertig betrachten. Mit anderen Worten: nur, wenn wir einen zutiefst reaktionären und anti-modernistischen Kulturbegriff verteidigen, können wir hier von einer „Verflachung" (als etwas Negativem) reden. Sonst ist das was hier passiert einfach eine Liberalisierung und Erweiterung, die den klassischen Kanon in (auch in Österreich!) längst überfälliger Weise relativiert. Kurz gesagt: die Verbreiterung der Kultur der Bildungselite und die tendenzielle Aufhebung aller kulturellen Exklusivitätsansprüche kann eigentlich nur als Vorteil gesehen werden. (Es stimmt zwar, dass in Österreich immer schon Taxifahrer und Postbeamte die Oper besucht haben und nicht bloß Spitzenmanager, aber bei den letzteren hatte das eben einen zusätzlichen Wert als kulturelles Absetzungsritual. Dieser Aspekt existiert immer noch, aber er ist heute viel schwächer als noch vor ein paar Jahrzehnten.)

Was aber hat diese Proletarisierung der Kultur der Bildungsbürger – Maturanten und Akademiker konsumieren, bei allen feinen Unterschieden, die immer noch existieren, grundsätzlich dieselben Kulturangebote wie Facharbeiter und Hilfskräfte ohne Ausbildung – mit *Demokratisierung* zu tun? Warum sind heutige Nerds und Bobos so scheinbar unangreifbar demokratisch, dort wo vor acht Jahrzehnten die Burschenschafter das ganz und gar nicht gewesen sind? Warum sind diese Repräsentanten einer proletarisch-verflachten Kultur auch demokratischer eingestellt als die älteren Generationen der 68er-Bewegung?

Mir scheint, dass hier ein direkter Zusammenhang besteht, zwischen der proletarischen Verflachung der Kultur und ihrer Demokratisierung. Stimmt es, dass das Undemokratische an den deutschen Mandarinen (und ihren internationalen Gegenstücken) darin gelegen ist, dass sie einen normativen Exklusivitätsanspruch erhoben haben, in der Gestalt der Idee eines exklusiven Zugriffs auf Werte (verblüffender Weise etwas, das heutige Populisten auch sehr gerne tun), dann wäre der Verlust dieses Exklusivitätsanspruchs und des damit konvergierenden exklusiven Kulturbewusstseins letztlich gleichbedeutend mit dem Verlust der entsprechenden anti-demokratischen Haltung. Die *Entzauberung* der Intellektuellen (nach 1968) hat also dazu geführt, dass diese aufgehört haben, Überlegenheitsvisionen in antidemokratische Konzepte umzumünzen. Die proletarisierten Bobo- und Hipster-Intellektuellen sind deshalb quasi von Natur aus demokratisch, weil sie in dem Bewusstsein groß geworden sind, auch nur mit Wasser zu kochen. Weil sie in einer (Universitäts-)Kultur aufgewachsen sind, in der klar unterschieden wird, zwischen objektiven Fakten und subjektiven Normen. In einer hinsichtlich Normen nonkognitivistischen Kultur also, in der das Missverständnis überhaupt nicht aufkommen kann, Wissenschaft könne *mehr* leisten, als bloß die Welt in all ihren Details zu beschreiben bzw. kausal zu erklären. Eine proletarisierte intellektuelle Kultur bedeutet, dass weder an die Wissenschaft noch an andere

Erscheinungsformen der Kultur jene Heilsvorstellungen geknüpft werden, die den deutschen Mandarinen jede Annäherung an die Demokratie unmöglich gemacht haben.

Es ist also vor allem eine spezifische Form des *Mangels*, etwas, das verloren gegangen ist, das dafür verantwortlich ist, dass heutige Bildungseliten Demokratie vertreten. Das bedeutet auch, dass man zwar diese Eigenschaft heutiger Bildungseliten durchaus schätzen kann und sollte, dass man sich aber davon auch nicht allzu viel erwarten darf. Bobos und Hipster *sind* eher unterdurchschnittlich politisch engagiert und interessiert. Bloß, wenn man sie darauf festnagelt, dann denken sie politische Zusammenhänge (von einem demokratischen Standpunkt gesehen) *besser* als ihre burschenschaftlerischen und revolutionären Vorgänger von 1933 und 1968, nämlich fern von Verschwörungstheorien, intellektuellen Zwangsvorstellungen und revolutionärer Romantik, tatsachenbasierter und nüchterner denn je.

Zweite Fallstudie: Die Arbeiterklasse

Während wir bei der Bildungselite eine stark abnehmende Populismus-Affinität diagnostiziert haben, die in den letzten acht Jahrzehnten durch die Entzauberung des Konzepts einer mandarinhaft-abgehobenen Elite mit Exklusivzugang zu ewigen normativen Wahrheiten zustande gekommen ist, haben wir für die Arbeiterklasse eine tendenziell gegenläufige Entwicklung, im Sinne einer steigenden Affinität zu populistischen Strömungen zu erklären. Auch fällt hier das Mandarin-Konzept per definitionem als Erklärungsansatz weg. Mandarin ist man dadurch, dass man eine intellektuelle Exklusivität beansprucht, die einen Alleinerklärungsanspruch hinsichtlich aller Arten von (praktischen wie theoretischen) Fragen bedeutet. Dadurch, dass die Arbeiterklasse, auch ihrem eigenen Anspruch nach, nicht die denkende Elite repräsentiert, kann sie ein derartiges Argument nicht zur Rechtfertigung eines eigenen Exklusivitätsanspruches führen: Arbeiter sind keine Mandarine. Wohl aber besteht die Möglichkeit, einen normativen Alleinvertretungsanspruch zu etablieren, der sich nicht auf intellektuelle, sondern auf andere Fähigkeiten gründet, etwa auf einen eher emotional konnotierten Begriff des Proletariats als des „wahren Volkes“, das von der „Bourgeoisie“ unterdrückt und ausgebeutet wird.

Die Arbeiterbewegung war von ihren Anfängen im neunzehnten Jahrhundert an eine soziale Emanzipationsbewegung. Man kann die Entwicklung der Bildungselite – auch diese „Klasse“ ist in gewissem Sinn erst im neunzehnten Jahrhundert entstanden – als einen Prozess der *Verbreiterung* und schließlich Proletarisierung der klassischen, meist religiös-adelig konnotierten politisch-kulturell-wirtschaftlichen Elite auffassen. Das heißt, die Bildungselite multipliziert im Wesentlichen die gesellschaftliche Oberschicht und *öffnet* sie zumindest insofern nach unten als erblicher Adel aufhört eine Rolle zu spielen und Zuwachs aus der Unterschicht notwendig ist, um das Wachstum dieser Schicht insgesamt gewährleisten zu können (was aber nicht bedeutet, dass Klassenunterschiede dadurch automatisch aufgehoben wären). Hier gab und gibt es keinen Bedarf an sozialer Emanzipation, einfach weil diejenigen, die in dieser Schicht angekommen sind, ohnehin an der Spitze stehen. Hingegen hatte die Arbeiterklasse in der industriellen Revolution von Beginn an den Charakter des Kampfs gegen Ungerechtigkeit: die kapitalistischen Ausbeuter vermehrten ihren Reichtum ungehemmt, ohne auch nur das Geringste an die Arbeiter weiterzugeben.

Die Arbeitsbedingungen in den Fabriken und die Löhne waren im neunzehnten Jahrhundert zunächst ebenso keiner staatlichen Regulierung ausgesetzt wie es keine staatliche Vorsorge für Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Alter gab. Marxismus und Sozialdemokratie forderten daher zuallererst eine radikale Änderung dieser Situation. Kapitalisten sollten vom Staat gezwungen werden, bestimmte Regeln einzuhalten: faire Arbeitsbedingungen, faire Löhne, Kündigungsschutz, Recht auf Krankenstand. Zugleich sollte aber der Staat durch Besteuerung der Einkommen ein Sozialsystem aufbauen, das freien Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung ermöglichte, Recht auf Arbeitslosengeld und finanzielle Altersversorgung. Abgesehen von der Schulpflicht, die in den meisten Ländern der westlichen Welt schon im neunzehnten Jahrhundert existierte und einer breiten Bevölkerung zumindest die Möglichkeit bot, Lesen und Schreiben zu lernen, war um 1870 herum keine dieser sozialen Forderungen realisiert. Erst gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts begann man, beispielsweise in Deutschland und den USA, ein staatliches Sozialsystem aufzubauen. Wirklich effiziente Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter wurden aber erst nach dem Ersten Weltkrieg und, nochmal verstärkt, nach 1945 ergriffen. So ergeben sich die drei Stufen unserer Betrachtung der Fallstudie der Arbeiter. Erste Stufe, die Zwischenkriegszeit, als große Zeit der Arbeiterbewegung, in der diese erstmals auf vielen Ebenen von staatlich bzw. kommunal gelenkten Maßnahmen der Sozialreform profitieren konnten. Zweite Stufe, die Nachkriegszeit, wo diese sozialen Maßnahmen eine neue Qualität erreichten und damit zu einer Situation in den 1970er-Jahren führten, wo man aus heutiger Sicht sagen kann, dass sich die Arbeiter am Höhepunkt ihrer historischen Entwicklung befunden haben. Stufe drei ist dann durch den in den 1980er-Jahren einsetzenden Neoliberalismus gekennzeichnet und eine schwächere Wirtschaftslage sowie durch eine radikale Abnahme des Stellenangebots für Arbeiter.

Stufe 1: Die große Zeit der Arbeiterbewegung

In der Zwischenkriegszeit gab es nicht nur die Weltwirtschaftskrise, die zu Massenarbeitslosigkeit und Verelendung in fatalem Ausmaß geführt hat – am Höhepunkt der Krise zu Beginn der 1930er-Jahre war in vielen Ländern zeitweise mehr als ein Drittel der Arbeitskräfte ohne Beschäftigung –, sondern es wurde auch, in der gesamten westlichen Welt, ein großes Bündel an sozialen Maßnahmen entwickelt, die die Lage der Arbeiter grundlegend verbessert haben, gemeinsam mit der Tatsache, dass, von der Wirtschaftskrise und den fatalen Auswirkungen der Kriege abgesehen, auch diese Zeit eine Zeit des Wachstums gewesen ist. So ist das Pro-Kopf-BIP in Deutschland zwar zwischen 1928 und 1933 um 13 Prozent gefallen, insgesamt ist es aber, zwischen 1919 und 1939, um über 100 Prozent angestiegen, die Hälfte dieses Anstiegs hat bereits in den 1920er-Jahren stattgefunden. Die sozialen Maßnahmen, von denen vor allem die Arbeiter profitiert haben, waren der kommunale Wohnungsbau – berühmt sind etwa die architektonisch visionären Siedlungen in Berlin und Wien –, Mindestlöhne, kürzere Arbeitszeiten (8-Stunden-Tag), Kündigungsschutz, Krankenversicherung, Arbeitslosengeld, staatliche Pensionsvorsorge, öffentlicher Zugang zur Bildung. Die Finanzierung staatlicher Sozialleistungen fand über einen progressiven Steuersatz statt – also die stärkere Besteuerung höherer Einkommen –, der in der Zwischenkriegszeit in allen Ländern der westlichen Welt eingeführt wurde. Dass diese Maßnahmen durchgeführt wurden war das Verdienst der Gewerkschaften und der

Sozialdemokratie, die etwa in Deutschland nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zunächst die mit Abstand stärkste politische Kraft repräsentierte.

Die Lage der Arbeiter war in der Zwischenkriegszeit also insgesamt wesentlich besser als vor dem Krieg. Die Unterschiede, die dafür verantwortlich waren, wurden von jedem wahrgenommen. Bessere Wohnsituation, mehr Lohn, bessere Gesundheitsversorgung, mehr Bildung, ein staatlich gelenktes Pensionssystem. Gemeinsam mit dem Bewusstsein, dass man diese Vorteile eindeutig der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften verdankte, war die Bindung der Arbeiter an die Demokratie in der Weimarer Republik so naturgemäß eine sehr starke. Das erklärt, warum die Arbeiter unterdurchschnittlich für die NSDAP mobilisiert werden konnten und warum sie, wenn sie sich, in der Wirtschaftskrise, radikalisiert haben, eher den Weg zur KPD gegangen sind, als der radikalen Alternative zur SPD.

Das heißt, man muss hier die generellen Mobilisierungsfaktoren anti-demokratischer Kräfte in der Weimarer Republik, von der Wirtschaftskrise, über die (nicht nur unter Intellektuellen) extrem weit verbreitete generelle Demokratieskepsis, oft gepaart mit einem profunden Anti-Modernismus, bis hin zur Unzufriedenheit mit den Friedensverträgen von Versailles abwägen gegen die besonderen Faktoren, die dazu geführt haben, dass die Demokratie-Affinität unter Arbeitern überdurchschnittlich hoch gewesen ist (wenn auch bei generell niedrigem Niveau).

Stufe 2: Die Arbeiter am Höhepunkt (Kreisky, Brandt)

Nach 1945 wurden die politischen Anstrengungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter in allen Ländern der westlichen Welt nochmal vervielfacht. Eindrucksvoll lässt sich dies anhand des jeweils für soziale Maßnahmen (Bildung, Gesundheit, Pension, Armutsbekämpfung und Arbeitslosengeld) verwendeten Anteile am BIP ausdrücken. Nach 1945 ist die Wirtschaft nicht nur rasant gewachsen – das BIP lag in Österreich 1948 etwa auf dem Niveau von 1914, bis 1975 hat es sich, von diesem Ausgangspunkt aus, vervierfacht –, sondern es wurden auch überall viel größere Anteile der vorhandenen Ressourcen in das Sozialsystem gelenkt. Der Anteil am BIP, der für soziale Maßnahmen verwendet wurde, ist in der westlichen Welt, in der Zwischenkriegszeit von meist unter einem Prozent auf ein bis drei Prozent des BIP gestiegen. In der Nachkriegszeit aber auf zehn bis 35 Prozent des BIP. In Westeuropa liegt dieser Anteil heute zwischen 20 und 30 Prozent, in den USA liegt er bei etwa 15 Prozent.[81] Ermöglicht wurde diese massive Verstärkung sozialer Maßnahmen durch einen starken Anstieg der progressiven Steuersätze nach 1945.

In den 1970er-Jahren war die Arbeiterklasse auf dem Höhepunkt ihrer historischen Entwicklung, zumindest was die westliche Welt anlangt. Nie hat es mehr Arbeitsplätze in der Produktion gegeben. Der Wohlstand der Arbeiter ist massiv angestiegen: die Löhne in Westeuropa haben sich in den Jahrzehnten nach 1945 vervierfacht. Jede Arbeiterfamilie konnte sich nun, wenn sie sparsam lebte (und sich der Familienvater nicht dem Suff ergab), ein Grundstück leisten und ein eigenes Haus bauen. Sie konnte im Sommer und Winter auf Erholungsurlaub in die Berge oder ans Meer fahren und sich all die Luxusgüter leisten, die

[81] Quelle, wie oben, Lindert, *Growing Public*.

auch allen anderen Gesellschaftsschichten das Leben versüßten: Waschmaschine, Geschirrspüler, Fernseher, Videorekorder und Stereoanlage, Auto, Zentralheizung und vielleicht einen kleinen Pool im Garten. Jede Arbeiterfamilie konnte ihre Kinder zur Schule schicken, ihnen vielleicht auch ein Universitätsstudium ermöglichen. Natürlich gab es immer noch starke Einkommensunterschiede – aber *mehr* Luxus als den, den sich eine einfache Arbeiterfamilie leisten konnte, war auch schon ein Stück weit Überfluss an Luxus.

Dieses neue Selbstbewusstsein der Arbeiter – die zahlenmäßig stärkste Gesellschaftsgruppe (knapp die Hälfte der Bevölkerung), die an Wohlstand qualitativ der Oberschicht kaum nachhinkte – führte auch zu signifikanten politischen Erfolgen. Die sozialdemokratische Alleinregierung der SPÖ von Bruno Kreisky in Österreich (1970 bis 1983) und sie sozialliberale Koalition unter der Leitung von Willy Brandt (und später Helmut Schmidt) in Deutschland (1969 bis 1982) stehen exemplarisch für dieses Selbstbewusstsein, die zahlenmäßige und wirtschaftliche Stärke der Arbeiter.

Stufe 3: Weiches Wachstum und harter Wohlstand

Wachstum kann den Charakter einer traumtänzerischen Erfolgsgeschichte haben: man bekommt für dieselbe Leistung plötzlich mehr bezahlt, ohne eigentlich zu verstehen, warum. Genau das ist in der Nachkriegszeit passiert. All die oben beschriebenen positiven Entwicklungen gingen quasi von selber. Natürlich setzten sie Fleiß und Engagement des Einzelnen voraus. Aber man musste sich nicht zerreißen, musste nicht zwanghaft etwas neues Ausprobieren: es genügte, in dem Beruf, den man irgendwann gewählt hatte, seine Leistung zu bringen, dann kamen Geldsegen und Verbesserung der sozialen Lage ganz von selber. Dieses soziale Phänomen könnte man ein *weiches Wachstum* nennen, weil es nicht mühsam erzwungen werden muss, sondern von selber passiert, nur aufgrund einer wirtschaftlich-technologischen Dynamik, die man als glückliche Fügung einfach hinnehmen muss.

Nach 1980 hat sich die soziale Lage in den Ländern der westlichen Welt nicht grundlegend verändert, auch nicht grundlegend verschlechtert. Die Sozialausgaben und das Steuerniveau blieben stabil – daran hat auch die neoliberale Wende von Thatcher und Reagan nichts geändert. Auch die Durchschnittslöhne sind weiter gestiegen, wenn auch weniger signifikant. Dennoch war der Zustand von Dauer-Weihnachten der Nachkriegszeit, wie es scheint, ein für alle Mal beendet.

Ein geringes Wachstum ist für den Einzelnen empirisch ebenso kaum direkt wahrnehmbar wie eine geringe Rezession. Natürlich sieht man, ob im neuen Jahr mehr Geld am Konto landet oder nicht. Aber, so lange diese (ohnehin durch die Inflation verzerrten) Unterschiede nicht schwerwiegend ausfallen, wird man sich hiervon, abgesehen von einem kurzfristigen positiven oder negativen Gefühl, kaum beeinflussen lassen. Wachstum (und Rezession) sind relevante historische Kausalfaktoren, nur dort, wo *ihre Konsequenzen* und Begleiterscheinungen unmittelbar und jenseits abstrakter Kontostände sichtbar werden. Das heißt, es wäre absurd, die Zu- oder Abnahme von Einkommen *direkt* für die An- und Abwesenheit von Populismus verantwortlich zu machen, einfach weil diese ökonomische Kategorie viel zu abstrakt ist, um einen unmittelbaren gesellschaftlichen Effekt haben zu

können. Hinzu kommt, dass man sich im konkreten Fall immer ansehen muss, wie Wachstum gerade zustande kommt. 6 Prozent jährliches Wachstum in Westeuropa nach 1945 darf man nicht überbewerten, weil es hier darum ging, den Rückstand durch die Kriegszerstörungen auszugleichen. Sieht man sich die Zahlen in den USA an, so zeigt sich, dass dort nach 1980 das Wachstum nicht auffällig niedriger war als davor (die Durchschnittswerte sind dann sogar höher).

Weniger abstrakt wird Wachstum aber bereits, wenn es sich nicht um den Zahlenbetrag am Gehaltskonto handelt, sondern um die Aushandlung von Kollektivverträgen. Hier erlebte die Arbeiterklasse ab den 1980er-Jahren immer wieder Enttäuschungen. Man war spektakuläre Erfolge bei diesen Verhandlungen gewöhnt, die nun ausblieben. Dass dies mit einer kaum direkt beeinflussbaren Dynamik der Wirtschaft zusammenhing und nicht damit, dass die Interessensvertreter vorher geschickter und nachher weniger geschickt agiert haben, ist zwar, rational betrachtet, wohl jedem klar, aber der emotionale Eindruck bleibt negativ. Wer ist schuld daran, dass die Wirtschaft nicht wächst?

Hier wurde, vor allem ab den 1980er-Jahren (neoliberale Wende) ein Druck aufgebaut, Wirtschaftspolitik so zu betreiben, dass sie Wachstum erzwingt (während es davor von selber gekommen ist). Aber ist das überhaupt möglich? Man kann die Bildung vorantreiben und Innovationen erleichtern. Seit den 1980er-Jahren hat man darüber hinaus vor allem auf die Liberalisierung der Wirtschaft gesetzt. Außenpolitisch, dadurch, dass man den freien Handel erleichtert hat (eine Maßnahme, die funktioniert, aber nicht ohne unangenehme Begleiterscheinungen ist: wir kommen unten noch darauf zurück). Innenpolitisch, indem man zwar kaum direkt am Sozialstaat gesägt hat (Margret Thatchers Idee einer extrem regressiven, also die Reicheren bevorzugenden „Poll tax“ hat ihre politische Karriere beendet), aber ein insgesamt kompetitiveres Klima geschaffen hat.

Aus dem weichen Wachstum wurde nach 1980, kurz gesagt, ein *harter Wohlstand*. Man kann heute immer noch dasselbe oder auch viel mehr verdienen als 1980, aber der Weg dorthin ist härter geworden. Konkurrenzdruck bedeutet, abgesehen von seinen kaum bestreitbaren positiven ökonomischen Effekten, eine Reihe von Dingen, für die von ihm betroffenen Arbeitnehmer. Er wird an diese als Leistungsdruck transferiert, was die oben bereits angesprochenen Effekte hat: ständige Qualifikation und Profilierung werden verlangt, es wird ununterbrochen evaluiert, optimiert und kritisiert. Konkurrenzdruck hat aber nicht nur diese naheliegenden Auswirkungen auf die Art und Weise, wie Arbeit gestaltet ist, welche Anforderungen gestellt werden. Es geht auch darum, dass Produzenten ständig damit rechnen müssen, dass sich die Auftragslage ändert oder dass sie überhaupt die Produktion grundlegend ändern müssen. Man muss ununterbrochen flexibel sein und sensibel auf den Markt reagieren, weil kein Polster vorhanden ist, kurze lokale Konjunkturschwankungen abzufedern. Das hat den Effekt, dass Arbeitnehmer viel öfter den Job wechseln müssen als früher, aber auch, dass klassische Modelle eines 40-Stunden-Jobs (möglichst mit Beschäftigungsgarantie) immer seltener werden. Soziales Abrutschen passiert heute weniger durch Abrutschen in Arbeitslosigkeit, sondern durch Abrutschen in Teilzeit- und Nebenjobs.

Unvollständige Nivellierung gesellschaftlicher Hierarchien

Während, im Fall der Bildungselite, eine *Proletarisierung* stattgefunden hat, die zu einer signifikanten Zurückdrängung antidemokratischer Tendenzen geführt hat, ist die Arbeiterklasse (zumindest der gut ausgebildete Teil derselben) zu einer *repräsentationslosen Elite* geworden. Die Arbeiterklasse vereint heute die finanziellen Nachteile und das Machtlosigkeitsgefühl der Unterschicht mit dem Bewusstsein, im Grunde in derselben kompetitiven und auf ständige Entwicklungsbereitschaft ausgerichteten Situation zu sein, wie die Bildungselite. Dieses Gefühl der Ungerechtigkeit ist berechtigt, wenn man bedenkt, dass Facharbeiter heute zwar nur unwesentlich (wenn überhaupt) mehr verdienen als vor vier Jahrzehnten, dafür aber einem viel höheren Qualifikationsdruck ausgesetzt sind, immer verbunden mit der Gefahr, in prekäre Beschäftigungsverhältnisse abzurutschen.

Das wäre die These: Die Arbeiterklasse (respektive ihr hochqualifizierter Teil) leidet heute darunter, zwar in Sachen Konkurrenz- und Qualifikationsdruck zur Bildungselite aufgeschlossen zu haben, nicht aber hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Macht. Das kann einerseits zu einem Gefühl der Ungerechtigkeit führen, das gerade aus der starken *Annäherung* der beiden vor hundert Jahren noch Lichtjahre voneinander entfernten Klassen – Bildungselite und Arbeiterklasse – resultiert, genauer, aus dem Gefühl, dass dieser Annäherung keine adäquate Modifikation des sozialen Status (der Arbeiterklasse) korrespondiert. Es scheint aber andererseits auch dazu zu führen, dass sich die Arbeiterklasse heute (anders als die Bildungselite, die eine repräsentative Auswahl treffen kann, zwischen sozialdemokratischen, christlich-sozialen, liberalen und ökologischen Parteien, die alle dieser Gruppe etwas zu bieten haben) im Grunde politisch unter- bzw. *un*repräsentiert fühlt. Dieses Repräsentationsvakuum könnte zumindest ein Teil der Erklärung für die übergroße Affinität der Arbeiter zu populistischen Strömungen sein, die deren heutige Situation grundlegend von der in der Weimarer Republik unterscheidet. Es ist der Mangel an einem adäquaten politischen Angebot, der die Arbeiterklasse zum Populismus treibt.

Dieser Mangel wiederum könnte damit zu tun haben, dass der neue soziale Status der gut ausgebildeten Arbeiterklasse – eine Art von Bildungselite in der Unterschicht – von der Politik noch nicht ausreichend verstanden wurde. Zwar wurde wohl auch im Fall der neuen (proletarisierten) Bildungselite diese Gruppe von der Politik noch nicht adäquat wahrgenommen, aber in diesem Fall scheint das zu keinen Problemen zu führen, sind doch dort tatsächlich gläserne Decken abgebaut und Grenzen durchlässiger geworden. Die breitere Bildungselite muss sich heute nicht machtlos fühlen, weil sie nicht machtlos *ist*.

Bei den Arbeitern jedoch scheint der in die Gegenrichtung laufende Effekt der „Elitisierung" der Arbeiterklasse ein sehr hohes Potential der Generierung von Unzufriedenheit mit sich zu bringen. Soziale Durchlässigkeit (intergenerationale Mobilität) ist hier in den letzten

Jahrzehnten nicht gestiegen, sondern hat eher abgenommen.[82] Höhere Qualifikation und größerer Konkurrenzdruck bedeuten nicht gleichzeitig auch einen sozialen Aufstieg.

Natürlich gibt es hier eine Reihe von weiteren Gesichtspunkten zu beachten, die teilweise sehr spezifisch für die heutige Situation sind – Migration und Globalisierung sind beides Phänomene, die in der Weimarer Republik keine Rolle gespielt haben. Aber wenn es nur um die Frage geht, was den kausalen Unterschied ausmacht, der dazu führt, dass in der Weimarer Republik die Bildungselite sehr stark, die Arbeiterklasse aber nur durchschnittlich stark zum Populismus tendierte, heute aber die Bildungselite diese Tendenz fast völlig abgelegt hat, die Arbeiterklasse aber stärker dem Populismus zuneigt, dann bietet sich eine Diagnose an, die in beiden Fällen etwas mit *Verschiebungen bzw. Abflachungen von Hierarchien* zu tun hat.

Bei der Bildungselite hat die Zerstörung des Mandarinentums und also die Proletarisierung dieser Gruppe die Populismus-Affinität eingedämmt, indem diese Gruppe in ihrer Verbreiterung und Eingliederung in das Alltagsleben gerade den Anspruch verloren hat, exklusiven Zugriff auf die richtigen Entscheidungen zu haben. Bei der Arbeiterklasse hingegen hat der erfolgte *Aufstieg* in Richtung der Bildungselite zu dem scheinbar paradoxen Resultat geführt, dass sich diese Gruppe, anders als früher, ausgegrenzt fühlt. Das *Selbstbewusstsein der Arbeiter* wurde also gerade durch deren sozialen Aufstieg zerstört. Früher war die Bildungselite eine ebenso ferne wie marginale Gruppe von Geistesarbeitern, die man zwar, aus Sicht der Arbeiterklasse, durchaus hassen und als ausbeuterische Bourgeoisie verdammen konnte, die aber gleichzeitig auch eine völlig andere Welt repräsentierte. Auch ein sozialistischer Staat (bzw. eine sozialdemokratische Regierung) brauchte gebildete Technokraten, die dann jeweils nicht daran scheitern mussten, dass sie ineffektiv darin waren, so zu tun als seien sie in Wirklichkeit Arbeiter. Es stand nie zur Debatte, die Rollen zu tauschen und Arbeiter und Bauern an die Spitze von Arbeiter- und Bauernstaaten zu stellen. Dadurch aber, dass Arbeiter ihrerseits in den letzten Jahrzehnten zu hochqualifizierten Fachkräften geworden sind, mit teilweise langjähriger Ausbildung und teilweise sehr hoch entwickeltem theoretischen Wissen (Computer, Elektronik, etc.) wurden die Grenzen zwischen *körperlicher* und *geistiger* Arbeit immer mehr verwischt. Gleichzeitig haben sich die Unterschiede im Bildungsstand zwischen Ober- und Unterschicht nivelliert. Als Absolvent einer Fachschule ist man nur marginal weniger gebildet denn als Maturant eines Realgymnasiums, eher sind die Bildungsfelder unterschiedlich verteilt (mehr technisches Wissen in der Fachschule, mehr Allgemeinbildung im Realgymnasium).

Dies ist eine bemerkenswerte Abflachung von Hierarchien. Hatte in der Weimarer Republik die große Masse der Bevölkerung einen niedrigen Bildungsstand – keine Fremdsprachen, nur das Nötigste an Allgemeinbildung: kaum mehr als Lesen und Schreiben und die Grundrechnungsarten – so besitzt heute die große Masse der Bevölkerung ein hoch spezialisiertes Wissen, einschließlich Fremdsprachen, Computerkenntnissen, und einer viel weitergehenden Allgemeinbildung. Es existieren hier nach wie vor Unterschiede, zwischen

[82] Vgl. dazu die umfassenden internationalen Studien in: Timothy M. Smeeding, Robert Erikson, Markus Jäntti (Hrsg.): *Persistence, Privilege, and Parenting. The Comparative Study of Intergenerational Mobility*, New York: Russell Sage Foundation, 2011.

Facharbeiter-, Matura- und Hochschulniveau, aber viel signifikanter als diese Unterschiede ist der Umstand, dass diese Gesamtgruppe, die neben Maturanten und Akademikern eben *auch* die Facharbeiter umfasst, eine große Bevölkerungsmehrheit (heute zwei Drittel, künftig mehr als vier Fünftel) umfasst, die man als *erweiterte Bildungselite* bezeichnen könnte.

Zu diesem Umstand aber – die Arbeiterklasse *ist* in der Bildungselite angelangt – steht in einem frappierenden Missverhältnis, dass die Arbeiterklasse dennoch sozial nach wie vor massiv hierarchisiert ist. Dieses Problem könnte man auch als *unvollständige Proletarisierung* der Bildungselite bezeichnen. Das was die Frustration der Arbeiterklasse ausmacht, ist der Umstand, dass fast vollständige Gleichheit der Qualifikation hier bislang nicht den Effekt gehabt hat, auch Chancengleichheit und gleiche politische Signifikanz zu ermöglichen. Kurz gesagt, wenn diese Diagnose stimmt, dann müsste das Mittel zur Beendigung der Frustration der Arbeiterklasse darin bestehen, den Proletarisierungsprozess der Bildungselite *zu vervollständigen*, so, dass die Arbeiter (respektive die Facharbeiter) zur Gänze dort angekommen und akzeptiert sind. Kurz gesagt: Arbeiter müssen den selben sozialen Status haben wie Maturanten oder Akademiker, sie müssen die selbe hochwertige Ausbildung genießen (inklusive politischer Bildung und Schule bis zum 19ten, idealer Weise bis zum 25ten Lebensjahr). Wenn die Grenzen hier gefallen sind, dann ist anzunehmen, dass auch die Immunität gegen Populismus, von der Bildungselite auf die Gruppe der Facharbeiter übergreift.

Ökonomische Ungleichheit ist nur partiell verantwortlich für Populismus

Implizit wie explizit machen in den USA und in Europa viele Beobachter des Geschehens die mangelnde Vermittlung sozialdemokratischer Grundwerte durch die Sozialdemokratie für den Aufstieg des Populismus verantwortlich. Einiges spricht für diese Annahme: waren es doch gerade die Sozialdemokraten, von Mitterand, über Vranitzky und Schröder bis Blair, die auf den neoliberalen Zug der Thatcher- und Reagan-Ära aufgesprungen sind. Hat doch nach weithin geteilter Auffassung Trump die Wahlen gewonnen, weil die tendenziell neoliberale Hillary Clinton seine Gegenkandidatin war und nicht der revolutionäre Sozialdemokrat Bernie Sanders. Sind doch die wichtigsten Unterstützer von Front National, AfD und FPÖ Arbeiter, die sich im Zorn von der Sozialdemokratie abgewendet haben.

Dennoch: Dass Arbeiter von der Sozialdemokratie zum Rechtspopulismus gewechselt sind impliziert nicht, dass sie dort ihre sozialdemokratischen Ideen besser verwirklicht sehen. Viel eher impliziert es, dass Arbeiter heute diese sozialdemokratischen Ideen überhaupt nicht mehr weiterverfolgen und durch eine Mischung aus Neoliberalismus und Protektionismus ersetzen. Wenn es darauf ankommt, die Rechte der Arbeitnehmer zu verteidigen, dann setzen Arbeiter übrigens auch heute auf die Sozialdemokratie, was die Ergebnisse der Arbeiterkammer-Wahlen in Österreich eindrucksvoll dokumentieren: 2014 haben lediglich 10 Prozent für den Arbeiter-Ableger der FPÖ gestimmt (bei 57 Prozent Zustimmung zu den *Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen*), ungeachtet der Tatsache, dass die FPÖ bei den Nationalratswahlen 2014 ein Drittel der Arbeiter mobilisieren konnte.[83] Auf der anderen

[83] https://www.arbeiterkammer.at/ueberuns/akwahl/AK_Wahl_2014.html, abgerufen am 17.05.2017.

Seite erheben populistische Parteien heute kaum den Anspruch, sozialdemokratische Werte zu vertreten.

Ungleichheit spielt in populistischen Konzeptionen nicht in der klassischen Weise eine Rolle, etwa dadurch, dass man ein Schließen der Lohnschere durch stärkere Progressivierung der Steuersätze fordert und also eine Umverteilung von oben nach unten. So werden die echten Spitzenverdiener – reiche Erben, Topmanager, Schauspieler und Spitzensportler – kaum belangt, vielleicht weil ihr absurder Reichtum zu abstrakt ist – man kann sich etwas unter 8.000 Euro netto im Monat vorstellen, aber was soll man mit Johnny Depps zwei Millionen Euro im Monat anfangen?[84] Vielleicht aber auch, weil (rechts-)populistisches Denken einen tendenziell maoistischen Elitenhass mit einem Schuss devoter Liebe für die Schönen und Adeligen verbindet: alle Politiker, Künstler und Wissenschaftler zum Teufel zu wünschen hindert nicht daran, die neuesten Ausgaben der Hochglanzmagazine über die Prinzessinnen und Krösusse dieser Welt zu studieren. Die Boulevardpresse bietet außerdem diese beiden Aspekte in verschiedenen Varianten in eleganter Kombination.

Populismus (zumindest in seinen heutigen rechten Spielarten) will die Welt des absurden Reichtums und der strukturellen Ungleichheit nicht belangen. Wo viel eher eingehakt wird, sind alle Arten von Ungleichheiten, die in der Lage sind, Neid-Reflexe auszulösen. So würde man zwar niemals irgendeiner reichen Witwe am Wörthersee, die in ihrem Leben nie einen Handgriff getan hat, in die Börse greifen wollen; die Tatsache, dass eine Nationalratsabgeordnete 8.000 Euro brutto im Monat verdient, empfindet man aber als himmelschreiende Ungerechtigkeit. Das heißt, es geht hier darum, dass mit „Elite“ eine ganz bestimmte Schicht adressiert wird, der man grundsätzlich das Existenzrecht abspricht und also auch jedes Gehalt als überzogen empfindet (ungeachtet der Tatsache, dass alle populistischen Politiker selbst von diesen angeblich so überzogenen Gehältern profitieren). Hier spielt Gerechtigkeitsdenken wohl eine Rolle, aber nicht in einem rationalen Sinn: man könnte diesen Reflex kaum dadurch eindämmen, dass man die Gehälter von Politikern oder Kulturschaffenden herabsetzt.

Ökonomische Ungleichheit ist eine Problematik von weitreichender Bedeutung. Sie führt tendenziell zu sozialen Spannungen, zumal auf der globalen Ebene, auf der sich die Welt nach wie vor in einer unerträglichen ökonomischen Schieflage befindet. Bloß liegt in diesem schwerwiegenden ökonomischen Problem kein erkennbarer Aspekt, anhand dessen man Populismus erklären könnte. Zumal in Europa, wo die Gehälter heute praktisch genauso ausgeglichen sind (oder eben nicht) als sie dies in den Jahrzehnten nach 1945 gewesen sind. Aber selbst in den USA, wo die Einkommensschere in den letzten Jahrzehnten sehr stark auseinandergegangen ist, wäre es absurd zu glauben, dass Wähler *deshalb* Trump ihre Stimme gegeben hätten.[85] Trump *hat* im *Rust Belt* die Wahlen gewonnen, das stimmt wohl. Dennoch haben Trump und andere Rechtspopulisten keine Maßnahmen gegen ökonomische Ungleichheit anzubieten und sie werden auch nicht deshalb gewählt, weil man sich von ihnen solche Maßnahmen erwartet.

[84] http://www.spiegel.de/panorama/leute/johnny-depp-so-verschwenderisch-lebt-der-hollywoodstar-a-1132601.html, abgerufen am 17.05.2017.
[85] Werte nach Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München: C.H. Beck, 2014.

Die populistische Population zerfällt in zwei Hälften. Die eine Hälfte – der Facharbeiter-Anteil am neuen Mittelstand – hat aufgrund des eigenen Wohlstandes keinerlei ökonomische Gründe, Populismus zu unterstützen, sondern tut dies aus anderen Ursachen. Die andere Hälfte jedoch – die neue Unterschicht, die schlecht ausgebildeten Hilfskräfte und Teilzeitarbeiter im unteren Einkommensdrittel – wählen populistisch sehr wohl aus einem ökonomisch zumindest mit-bedingten Frustrationsszenario. Egal wie neoliberal nun populistische Denkweisen auch sein mögen: Beim wohlhabenden Mittelstand könnten weitere Verbesserungen der ökonomischen Situation kaum zu einer direkten Schwächung populistischer Einflüsse führen, weil diese kein Problem bekämpfen würden, das diese Gruppe zum Populismus treibt; hingegen wären im Fall der Unterschicht klassische Maßnahmen zur Verbesserung der ökonomischen Situation zumindest rein logisch betrachtet vielversprechender, ist hier doch oft ein modernes Armuts-Szenario der direkte Auslöser für soziale Frustration und das Gefühl, zu kurz gekommen zu sein. In diesen Fällen könnte, anders ausgedrückt, eine verstärkt auf ihre klassischen Themen setzende Sozialdemokratie direkt Populismus-eindämmend wirken. – Hier, bei den Repräsentanten der Unterschicht, jedoch kaum bei den ökonomisch gut gestellten Facharbeitern.

Extrem schwierig ist die so entstehende Sachlage dadurch, dass diese beiden Seiten des Populismus, in der Gestalt von zwei im Detail durchaus gegensätzlichen Zielgruppen, einander argumentativ tendenziell neutralisieren. Die neoliberale Rhetorik der neureichen Facharbeiter impliziert ja gerade, dass sozialdemokratische Maßnahmen die Wurzel allen ökonomischen Übels sind: *Survival of the fittest Inländer* also; soziale Maßnahmen nur in der Gestalt von punktuell vergebenen Privilegien – im Stil der von Jörg Haider verteilten Hundert-Euro-Scheine – Sozialleistung als gerechter Lohn für Wohlverhalten, weil jede andere Form der Sozialpolitik Faulheit und soziale Hängematte bedeutet. Es spricht nichts dafür, dass diese neoliberale Logik nicht auch in der unteren Hälfte der sozusagen Neu-Armen Anhänger des Populismus im Grundsatz geteilt wird. Das Paradoxe an dieser Affirmierung einer Almosen-Politik zuungunsten eines fairen Sozialstaates muss zunächst jede erfolgreiche Verteidigung sozialdemokratischer Denkweisen verhindern. Mit anderen Worten, die Herkulesaufgabe, der sich die Politik hier stellen muss, besteht darin, die neoliberale Almosen-Logik, in der sich viel leichter eine Klientelpolitik, zuungunsten von Ausländern und „Schickeria“ rechtfertigen lässt, weniger plausibel erscheinen zu lassen als eine dem Gleichheitsgrundsatz verpflichtete Sozialpolitik. *Bevor* also sozialdemokratische Maßnahmen gegen Populismus greifen können, muss man erst die seinen Nährboden bildende neoliberal-protektionistische Logik aus den Köpfen seiner Anhänger verbannen. Erst Bildung, dann Sozialpolitik. Ganz ähnlich muss die Argumentation auch in anderen wichtigen politischen Bereichen lauten, die wir hier nicht näher behandeln können: etwa in Sachen Globalisierung und freier Handel oder im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik. Die notwendigen und vernünftigen politischen Maßnahmen liegen in all diesen Bereichen im Grunde am Tisch. Sie werden nur deshalb blockiert bzw. zögern Politiker nur deshalb, sie umzusetzen, weil sie wissen, dass sich hier einschlägige Verquere Denkweisen in den Köpfen Populismus-affiner Bürger eingenistet haben, die diese gegen an sich völlig vernünftige Maßnahmen allergisch machen. Also: raus mit dem Populismus aus den Köpfen seiner Repräsentanten!

Schluss: Für eine natürliche Epistokratie

Das Modell, das wir hier entwickelt haben, ist sehr einfach. Populismus existiert in den Köpfen von Menschen, die nicht bereit oder nicht in der Lage sind, die nonkognitive Denkweise der Demokratie zu übernehmen. Populisten sind Pessimisten und sie denken unlogisch. Das galt auch für die Bildungselite der Weimarer Republik. Natürlich war es für diese universitären Mandarine nicht „logisch", eine massiv anti-elitäre Politik zu unterstützen. Dennoch haben sie es getan, aus purer Abneigung gegen die Demokratie; weil sie diversen Sündenbockthesen und Verschwörungstheorien vertraut haben; und vor allem, weil viele von ihnen geradezu krankhafte Wertkognitivisten gewesen sind (die Welt geht den Bach hinunter, wenn meine ultimativen Werteinsichten verloren gehen). Diese gebildeten Menschen waren auf einer bestimmten Ebene ausgesprochen dumm. Das bedeutet, dass Bildung kein Allheilmittel gegen Populismus ist. Wenn Bildung Wertkognitivismus und Totalitarismus lehrt, dann schwächt sie Populismus nicht. Wenn aber Bildung den demokratischen Idealen von nonkognitiven Werten, wissenschaftlicher Objektivität, freien Medien, freier und gleicher demokratischer Mitbestimmung verpflichtet ist, dann schwächt sie Populismus zwangsläufig. Bildung ist *die* Methode, mit der wir Populismus aus den Köpfen verbannen können. Wir müssen nur verstehen, auf welche Weise genau Bildung organisiert sein muss, dass sie diesem Zweck am Ende auch wirklich dient. Das zu rekapitulieren und zu präzisieren ist das Ziel dieses letzten Abschnitts.

Wir haben oben bereits einige Ideen zur Reform der Demokratie als untauglich im Kampf gegen den Populismus identifiziert: Mehrheitswahlrecht schafft unfaire Vorteile für Minderheiten, direkte Demokratie öffnet der populistischen Demagogie von Minderheiten die Tore. Aber was ist über andere, effektivere Reformvorschläge zu denken, die vielleicht ganz explizit Populismus ausschließen?

Die einfachste Idee wäre die der Epistokratie (wörtlich: Philosophenherrschaft), in der Form, wie sie von Jason Brennan rezent ins Spiel gebracht wurde.[86] Schließe einfach die Unvernünftigen vom Wahlrecht aus und beschränke die Demokratie auf ein gleiches Verhältniswahlrecht der Vernünftigen. Bloß: wie identifiziert man die „Vernünftigen"? Man könnte alle Sympathisanten populistischer Politik zu identifizieren versuchen (etwa durch eine Umfrage) und von den Wahlen ausschließen. Oder man könnte Wahlrecht mit einer bestimmten Form von Bildung assoziieren (Matura oder Hochschulabschluss). Oder man könnte einen politischen Intelligenztest einführen, den man bestehen muss, um das Wahlrecht zu erringen. Bloß: will man ernsthaft irgendeine dieser Optionen erwägen? Sehen wir einmal davon ab, dass hier zu erwarten wäre, dass sich solche Diktaturen der „Vernünftigen" als ideales Mittel für populistischen Machtmissbrauch erweisen würden. Man muss nur an der normativen Schraube drehen, die „Vernunft" definiert, und schon hat man den idealen Staat, in dem Populisten nicht ausgeschlossen, sondern monopolisiert werden. Auch wenn das nicht so wäre: wollen wir wirklich formale Kriterien für Intelligenz als Voraussetzungen für das Wahlrecht festschreiben? Will Brennan dies in einem Land, wo

[86] Vgl. Jason Brennan, *Gegen Demokratie. Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen*, Ullstein, 2017.

die rassistische Politik der Ausgrenzung afroamerikanischer und sonstiger minoritärer Wählergruppen bis heute auf dem vergleichbaren Mechanismen aufbaut?

Nein: man will es nicht (und vielleicht will es Brennan am allerwenigsten)! Was Brennans demokratische Manöverkritik aber deutlich macht ist ein Umstand, auf den wir oben schon mehrfach verwiesen haben: Demokratie krankt an der Partizipationsunfähigkeit ihrer Bürger. Je niedriger das Bildungsniveau, je schlechter der Informationsstand, desto geringer die Chancen der Einzelnen, sich solche Meinungen zu bilden, die sie nicht, auf der Grundlage besserer Informationen, bereuen würden. Brennan spricht also mit seiner paradoxen Intervention ein Grundproblem der Demokratie an: dass sie stillschweigend auf der (heute noch) unrealistischen Annahme beruht, dass jeder Einzelne ein umfassend informierter und wissenschaftlich gebildeter perfekter politischer Analytiker ist. Mangels der Realisierbarkeit dieser Voraussetzung droht Demokratie in Populismus zu ersticken.

Die Idee der Epistokratie ist also nicht so absurd, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mag. Dennoch ist sie offenbar undurchführbar. Aber es gibt eine einfache Alternative, die zwar weniger effizient und vor allem langsamer funktioniert, die aber den entscheidenden Vorteil hätte, die in der Epistokratie unweigerlich *festgeschriebene* Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Die Idee besteht darin, das Naheliegende zu tun und bildungs- und sozialpolitische Maßnahmen zu setzen, die umfassende Bildung bis zum 19-ten, noch besser aber bis zum 25-ten Lebensjahr, für die große Mehrheit der Bevölkerung ermöglichen. Solche Maßnahmen würden einen Staat zusehends in eine *natürliche Epistokratie* verwandeln, weil der Anteil der Inkompetenten minimiert würde. Liegt der Wert des oben definierten Fragmentierungsmaßes ϕ^* bzw. ϕ^*/ϕ bei weit unter 50 Prozent, wie dies noch heute der Fall ist, dann gibt es eine Sperrmajorität der Ungebildeten und Desinteressierten. Schaffen wir es aber (a) diesen Wert auf über 50 Prozent zu steigern und (b) Bildung so zu organisieren, dass sie Demokratie stützt, dann realisieren wir eine natürliche Epistokratie, in der Populismus von selber aufhört ein Problem zu sein. Vielleicht ist der heutige Populismus nur ein Schwellenphänomen, das wir hier, am Übergang zum (noch in der Weimarer Republik absolut unrealistischen) Zustand einer natürlichen Epistokratie erleben?

1932 waren die Werte für ϕ^* (Anteil der gebildeten Wähler an der erwachsenen Gesamtbevölkerung) und ϕ^*/ϕ (Anteil der gebildeten Wähler an den gültigen Stimmen) winzig, selbst dann wenn wir bloß handwerkliche Bildung mit einbeziehen. Heute ist die Situation aber wesentlich günstiger. ϕ^* liegt bei etwa 20 Prozent, wenn wir Matura als Kriterium für „gebildet“ definieren, es liegt aber, in Österreich, schon heute bei über 50 Prozent, wenn wir auch eine Facharbeiterausbildung als Kriterium für „gebildet“ akzeptieren. Gelingt es also, diese zusätzliche Gruppe der Facharbeiter voll in die Bildungselite zu integrieren, dann haben wir schon unter den heutigen Voraussetzungen in Österreich eine Situation einer natürlichen Epistokratie.

Wie wir gesehen haben, sind Intellektuelle nicht zwangsläufig gegen Populismus – das Beispiel der Weimarer Republik zeigt einen dramatischen Fall, wo das Gegenteil gilt. Bloß haben wir auch gesehen, dass offensichtlich *heute* ein Zusammenhang besteht, zwischen Bildung und Abnahme der Populismus-Affinität. Wir lehnen uns also nicht allzu weit aus dem

Fenster, wenn wir behaupten, dass eine solche natürliche Epistokratie, wenn sie heute in einer alten Demokratie etabliert wird, auch die Affinitäten mit Populismus minimieren würde. Ganz konkret ginge es hier nur darum, das für die Maturanten und Universitätsabsolventen schon heute erfolgreiche Bildungsideal auch für Facharbeiter effektiv zu machen.

Nur: wie genau muss Bildung funktionieren, damit sie Affinität für Demokratie steigert? Die Populismus-Anfälligkeit der deutschen Mandarine hatte auch damit zu tun, dass die Schul- und Universitätsbildung in dieser Zeit viel eher Grundlagen des Totalitarismus als solche der Demokratie vermittelt hat. Bildungsrituale waren autoritär konzipiert und die Inhalte der Bildung fokussierten auf ein totalitär verbrämtes antikes Weltbild, auf ritualisiertes Erlernen toter Fremdsprachen und das Herunterbeten eines sinnfreien Kanons der sogenannten Hochkultur. Kurz gesagt war Bildung im neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert nichts anderes als ein Disziplinierungsritual, das die Bürger fit machte, als gehorsame Untertanen und flexibel einsetzbares (militärisches) Menschenmaterial zu fungieren. Die philosophische Botschaft, die dahinter steckte, war der Wertekognitivismus: nicht die freie Entscheidung des einzelnen darf politische Strategien determinieren, sondern nur die Einsicht der Wissenden in das was gerade angemessen ist. Diktatur war stets eine *Experten*diktatur. Ist Bildung diesem Ideal untergeordnet, dann muss selbst eine perfekt rationale Weltsicht, die sich auf Fakten und wissenschaftliche Objektivität stützt, am Ende den Totalitarismus gutheißen (zumindest so lange als dieser die Wertedoktrin ist, die vermittelt wird).

Wie aber sieht es heute aus? Wie funktioniert *heute* die politische Bildung an Schulen?[87] Lehrpläne in Deutschland und Österreich sind bis heute angelehnt an den „Beutelsbacher Konsens“ über politische Bildung von 1977, wonach es politischer Bildung nicht erlaubt sein darf, „Schüler […] im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln“ („Überwältigungsverbot“), während „was in Wissenschaft und Politik *kontrovers* ist, […] auch im Unterricht kontrovers erscheinen [muss]“, sodass schließlich „[der] Schüler […] in die Lage versetzt [wird], eine *politische Situation* und seine *eigene Interessenlage zu analysieren,* sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene Lage im Sinne seiner Interessen *zu beeinflussen*.“[88] Hinzu kommen etwa im jüngst veröffentlichten Lehrplan für politische Bildung in Österreich Ideen aus der Europarats-Charta für politische Bildung und Menschenrechte von 2010. Demnach dient politische Bildung, der „Überwindung von Vorurteilen, Rassismen und Stereotypen […] [, dem] europäischen Leitziel der Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter“ und es geht darum, „ein an den Menschenrechten orientiertes Politik- und Demokratieverständnis zu erarbeiten.“ Politische Bildung soll so (1) „einen wesentlichen Beitrag zu Bestand und Weiterentwicklung von

[87] Wir beschränken uns hier auf die Beispiele Deutschland und Österreich. Überblicksartikel zur Situation der politischen Bildung in anderen europäischen Ländern, in den USA und in Asien enthält Wolfgang Sander (Hrsg.): *Handbuch Politische Bildung*. Wochenschau Verlag 2014, S. 552-608.
[88] Dieser wird hier zitiert nach Sander, *Handbuch*, S. 21.

Demokratie und Menschenrechten [leisten]“ (S. 2) und (2) „soll [Schule] ein Ort sein, an dem demokratisches Handeln gelebt wird“ (S. 3).[89]

Interessant ist an diesen Grundsätzen vor allem all das was sie *nicht* enthalten. Einüben in demokratischer Kultur ist sicher sinnvoll. Es kann aber nicht den anderen, mindestens ebenso wichtigen Gesichtspunkt der Demokratietheorie ersetzen, die diese in einen Kontext einer nonkognitiven wissenschaftlichen Weltauffassung stellt. Es genügt nicht, wie dies derzeit offenbar an Schulen praktiziert wird, bloß Diskussionskultur zu trainieren. Mindestens genau so wichtig wäre es auch, konkret zu vermitteln, auf welcher Grundlage Demokratie heute steht. Nonkognitive Wertauffassung und die Schlüsselrolle wissenschaftlicher Objektivität, die Rolle der Medien und des Sozialstaates müssen (jeweils im historischen Zusammenhang) verstanden werden, um ein Verständnis dessen entwickeln zu können was man heute Demokratie nennt. Und es geht natürlich auch darum, Demokratie im Licht ihres Gegenteils zu verstehen, also ein konzeptuelles Verständnis von Populismus zu entwickeln. Für all diese Dinge reicht es nicht aus, Parteiprogramme zu studieren oder die tagespolitische Situation zu diskutieren. Man muss eine universalhistorische Aufgabe lösen, ungefähr in der Art und Weise wie es dieses Buch zu zeigen versucht. Politische Bildung läuft am Ziel vorbei, wenn sie nichts weiter ist als ein Planspiel tagespolitischer Debatten. Sie muss tief in die konzeptuellen und historischen Details eindringen. Und dort geht es bestenfalls am Rande darum, Dinge zu diskutieren oder zu problematisieren. Es geht um die Vermittlung von konkreten, deskriptiven Inhalten und objektiven kausalen Zusammenhängen, genau dort wo diese eben nicht zur Disposition stehen und nicht sinnvoll hinterfragt werden können.

Ein solches Verständnis für Demokratie basiert also auf Verständnis für wissenschaftliche Objektivität *und* der Aneignung einer Reihe von substanziell wichtigen Fakten. Auch wenn politische Bildung heute diese eigentlich zentralen Aspekte nicht zu liefern imstande ist, so liefert doch eine Mittelschul- und erst recht eine Universitätsausbildung diese Skills *in ihrer Gesamtheit* sehr weitgehend, eben weil Schule und Universität heute fern von ideologischer Indoktrination und Disziplinierungsritualen funktionieren und *stattdessen* wissenschaftliche Objektivität vermitteln. Das woran es in den Facharbeiterausbildungen, im Gegenzug, zu kranken scheint, ist also, dass diese letztlich eine mangelhafte Grundausbildung im wissenschaftlichen Denken repräsentieren. Es ginge deshalb buchstäblich darum, die Intensität der Bildung insgesamt zu intensivieren, auf dem Niveau der Facharbeiterausbildung. Nur so, und nicht durch Rituale der Diskussionskultur, kann gegen Populismus immunisiert werden.

Es geht also tatsächlich um *Wissen* und *Wissenschaft*, in einem sehr umfassenden Sinn. Natürlich sollte politische Bildung hier spezifischer auf konkrete Inhalte der Demokratie (und ihres Gegenteils) hinweisen und Informationen über Sozialstaat, Wirtschaft, Globalisierung, Migration vermitteln, deren Mangel direkt Affinitäten für Populismus steigert. Aber diese (heute auf allen Ebenen *fehlenden*) Gesichtspunkte sind letztlich von sekundärer Bedeutung; sie müssen eingebettet sein, in ein Bildungskonzept, das *wissenschaftliche Objektivität*

[89] https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/lp/lp_neu_ahs_05_11857.pdf?4dzgm2, abgerufen am 17.05.2017.

vermittelt, gemeinsam (und anhand von) einer Unterweisung in Schlüsselresultaten aus allen wissenschaftlichen Disziplinen. *Genau das* leistet heute die Mittelschul- und Universitätsbildung, *nicht aber* die Facharbeiterausbildung. *Deshalb*, so lautet am Ende die These dieses Buches, sind Facharbeiter hochgradig Populismus-affin, nicht aber Mittelschul- und Universitätsabsolventen.

Das vorliegende Buch verfolgt die Zielsetzung (ohne historische Nostalgie) zu zeigen, dass Populismus nur dadurch effektiv bekämpft werden kann, dass man die (zunächst vom Wiener Kreis entwickelte) *Wissenschaftliche Weltauffassung* einem breiten Publikum zugänglich macht und elementare Zusammenhänge in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einem breiten Publikum sichtbar macht. Wir haben dies anhand der Schul- und Universitätsbildung thematisiert; nicht weniger wichtig wäre es aber auch, entsprechende Initiativen in der Erwachsenenbildung zu setzen: Volkshochschulen wären hier gefragt, aber auch Ausstellungen, im Stil von Neuraths legendärem *Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum*. *Neurath reconsidered* also, was hier aber nicht bedeutet, dass man sich historisch mit der Entwicklung der ursprünglichen Ideen der Erwachsenenbildung und/oder der Biografie ihrer Erfinder auseinandersetzt, sondern, unter Ausklammerung aller irrelevanten historischen Details, diese Ideen auf die heutige Situation anwendet und in ihr zu einer neuen, aktuellen Theorie auswertet.

Bildung ist die wichtigste, aber sicher nicht die einzige Strategie gegen Populismus, die wir ergreifen sollten. Im Grunde müsste eine umfassende politische Initiative gegen Populismus auf zwei Säulen ruhen. Die pädagogische Säule, wo es im Allgemeinen um die Vermittlung des Ideals wissenschaftlicher Objektivität geht und im Besonderen um ein Verständnis der Demokratie, in ihrem Zusammenhang mit Wissenschaft, Sozialstaat, Medien und Öffentlichkeit (unter Einschluss der historischen Perspektive und der populistischen Herausforderung). Die im weiteren Sinn politische Säule, wo es um die Entwicklung von direkten Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie geht. Welcher Art könnten diese Maßnahmen den Resultaten dieses Buches zufolge sein? Zunächst wäre hier an eine Reform der Neuen Medien (Klarnamenpflicht, effiziente Maßnahmen gegen Verhetzung) zu denken; an Maßnahmen, die den Sozialstaat effizienter und gerechter machen; an eine Reform der EU und anderer internationaler Strukturen wie der WTO, im Sinne einer effektiven Verbesserung der internationalen Kooperation *und* einer Stärkung nationaler demokratischer Strukturen; an eine verbesserte Migrations- und Integrationspolitik, die Missbräuche vermeidet, aber auch die ansässige Bevölkerung in die Pflicht nimmt; an Maßnahmen zur Stärkung strukturschwacher Regionen; und nicht zuletzt geht es natürlich auch um die Entwicklung von Umgangsformen mit Populisten, die sich gerade auf diejenigen stützen, die den Populismus nur irrtümlich unterstützen, diese einzugrenzen und den echten Populisten zu entfremden versuchen. All diese Dinge sind ebenso naheliegend wie sie vielfach schwer umzusetzen sein werden. Patentrezepte hat auch dieses Buch hier keine anzubieten. Der Beitrag dieses Buches zur Populismus-Debatte sollte etwas anderes sein. Die Botschaft lautet, Populismus von der Demokratie als einer nonkognitiven Angelegenheit aus zu denken. Nur so kann man seine innere Logik und seine historischen Ursachen verstehen. Die Gegenmaßnahmen sollten sich dann fast von selber ergeben.